REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 404 · 3.7.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Berliner Wandbild - mit Goebbels, Strauß und Landowsky - vernagelt
2. Bundesweite Aktionen gegen Castor am AKW Krümmel - Anti-Castor-Büro
3. Polizist freigesprochen. Todesschuß auf Halim Dener weiterhin ungeklärt - Rolf Gössner
4. Die Rückkehr der Kolonialherren. Italienische Kriegsverbrechen während der UN-Mission in Somalia - Js.
5. Madrider Gipfel: Starke, schwache NATO - Vo
6. Neutrales Österreich: Schleichend in die NATO - Hannes Hofbauer
7. Stabilität statt Beschäftigungspolitik. Der Amsterdamer EU-Gipfel und die "Rettung des Euro" - gg.
8. Boulevard of broken dreams. Interview mit Günther Jacob
9. EU-Gipfel in Amsterdam: Tagebuch aus einer belagerten Stadt - H., Amsterdam
10. Ohne demokratische Kontrolle und Transparenz. Europol und die "innere Sicherheit" der EU - ch.
11. Grenzen in den Köpfen öffnen. Eindrücke von einer Reise entlang der deutschen Ostgrenze - Katina Schubert
12. Der Euro - Feindbild Nr. 1 der extremen Rechten - Jean Cremet
13. Libanon: Abschiebeabkommen unter Dach und Fach? - R.O.
14. Die albanische Anarchie: Eine Fußnote der Weltpolitik - Amelie Lanier
15. Rosa, Rot und Grün. Eine erste Bilanz der Regierung Jospin - Bernhard Schmid
16. "Wir sind alle Kommunisten". Neue Erkenntnisse zur Geschichte der KP Frankreichs - Bernhard Schmid
17. Völkerrechtsbruch mit deutschen Waffen. Interview mit Angelika Beer zur NATO-Aktion in Kurdistan
18. Osmanische Großmachtträume in Ankara. Der Frieden in Kurdistan ist in weite Ferne gerückt - Rizgar Dostani
19. Kalter Putsch in der Türkei - Jan Keetmann
20. Vergewaltigung in türkischer Polizeihaft. Projekt zur Unterstützung von sexuell mißhandelten Frauen
21. Deutschland-Connection im türkischen Susurluk-Skandal. Gespräch mit dem Berliner PDS-Abgeordneten Giyas Sayan
22. "Sühne" für Oklahoma City? Todesurteil gegen den Rechtsradikalen Timothy McVeigh - Michael Hahn
23. Deutsche Einmischung der besonderen Art. "Volksgruppenpolitik" und Aufstandsbekämpfung im spanischen Baskenland - Hubert Brieden
24. Steppenwind bläst in Richtung Marktwirtschaft Präsidentschaftswahlen in der Mongolei - eine Republik im Wandel - Rainer Werning
25. Algerien: Zwischen Feudalismus und Staatselite. Interview mit Oppositionellen nach den Wahlen
26. Einreiseverbot für peruanische Madres
27. Verstrickt im Netz? Kritischer Kommentar der Gruppe Penumbra zum 2. "Intergalaktischen Treffen"
28. Mißbrauchte Perestroika. Privatisierung statt Intensivierung - Kai Ehlers
29. Innen!Stadt!Aktion (2). Berlin: Hönkeln "97 - Peter Nowak
30. Innen!Stadt!Aktion (3). Frankfurt/M.: Kleiner Bericht aus einer "großen" Stadt - Innenstadt AG Frankfurt
31. Innen!Stadt!Aktion (1). Hamburg: "Die Stadt gehört allen!" - pp
32. Die Befragung der Bilder. Die Essays des Schriftstellers und Kulturkritikers John Berger - ge, Hamburg
33. "Ein bißchen Spaß muß sein..." Staatsschutz- Aktion gegen das Berliner Autonomen- Infoblatt Interim - mb., Berlin
34. Jede Woche Politik, Pop und Techno. Interview mit Wolf-Dieter Vogel, Jungle World
35. "Einmal hin, einmal her ..." PKK-Verbot zeigt noch immer Wirkung - Büro Ulla Jelpke
36. Forderungen nach Existenzgeld - ch.
37. Geronimo Pratt auf Kaution entlassen. Black- Panther-Führer hofft nach 27 Jahren Haft auf neues Verfahren - Heike Kleffner
38. Quelldatei 03bu.htm
39. Quelldatei 34.htm

40. Quelldatei 37.htm

1. Berliner Wandbild - mit Goebbels, Strauß und Landowsky - vernagelt

Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:41

Zweimal übermalte die Berliner Polizei dieses Wandbild in Kreuzberg. Nachdem das Verwaltungsgericht das Übertünchen untersagte, griffen die "Ordnungshüter", die aus eigenem Antrieb gehandelt hatten, zu einem neuen Mittel: Kurzerhand nagelten sie Goebbels, Strauß und Landowsky ein Brett vor den Kopf - obwohl das Verwaltungsgericht die Polizei schriftlich aufgefordert hatte, das Wandbild nicht zu entfernen.

Der CDU-Hardliner hatte im Berliner Abgeordnetenhaus mit dem abgebildeten Zitat einen Zusammenhang zwischen "Ratten", "Gesindel" und der "Beseitigung" unliebsamer Bevölkerungsgruppen hergestellt. Nun erstrahlen - nachdem die Bullen auf Veranlassung des Gerichts die Bretter entfernten - die Demagogen wieder in dem Licht, das ihnen gebührt. Fotos: S. Orge / Version

2. Bundesweite Aktionen gegen Castor am AKW Krümmel

Autor: Anti-Castor-Büro · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:36

Die ungelöste Entsorgung des Atommülls und damit die Castor-Transporte bleiben vorerst im Zentrum der Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung. Nach den überaus erfolgreichen Aktionen und Demonstrationen im Frühjahr gegen die Atomtransporte nach Gorleben hat im Mai die bundesweite Konferenz der Anti-Atom-Gruppen beschlossen, im kommenden Herbst mit einer bundesweiten Aktion auch gegen die Transporte von den AKWs zu den Wiederaufarbeitungsanlagen im Ausland mobil zu machen. (siehe ak 401)

Damit reagiert die Bewegung auf die Vorwürfe, daß zwar die Transporte ins inländische Gorleben mit großem Aufwand behindert und blockiert würden, die Transporte zur WAA nach Frankreich oder England jedoch von den Betreibern weitgehend ungestört abgewickelt werden könnten. Vor dem Hintergrund der laufenden Energiekonsensgespräche, in deren Zentrum vor allem die bis heute völlig ungelöste Entsorgung des Atommülls steht, will die Anti-AKW-Bewegung vor allem an diesem Punkt die politische Auseinandersetzung zuspitzen.

Mit einem Aktions-Kultur-Wochenende am 20. und 21. September soll am AKW Krümmel unter dem Titel "NIX mehr" der Auftakt für Aktionen gegen die Atomtransporte ins Ausland stattfinden. Der erste Atomtransport, der nach diesem Auftaktwochenende von Krümmel zur Auslandswiederaufarbeitung geschickt werden soll, soll dann vor Ort und bundesweit entlang der Transportstrecke zwischen Hamburg, Bremen, Köln bis hin nach Saarbrücken begleitet bzw. verhindert werden.

Geplant ist, am Samstag (20.9.) mit einer Demonstration von Geesthacht zum AKW an der Elbuferstraße zu ziehen. Dort, direkt neben dem umstrittenen Atommeiler wird auf einer Grünfläche nach einer Kundgebung ein Open-Air-Konzert stattfinden. Für die Übernachtung wird ab Freitag (19.9.) ein Camp eingerichtet sein, in dem auch für die Verpflegung gesorgt sein wird.

Zum Charakter der geplanten Aktivitäten heißt es in einem Vorbereitungspapier: "Unser Aktionswochenende am 20. und 21. September soll der Auftakt für die Blockade des nächsten Krümmel-Castor-Transportes sein. Auch wenn an diesem Wochenende kein Castor zu erwarten sein wird, wollen wir mehr als symbolische Präsenz zeigen. Befürchtungen, bei der Aktion könne es sich um eine bloße Latschdemo oder ein unverfängliches Rockspektakel handeln, zerstreuen wir durch die phantasievolle Vielfalt unserer Aktionsvorschläge. Go-ins auf das AKW-Gelände, öffentliche Schienendemontagen, Untertunnelungen, Behinderungen des Schichtwechsels oder nächtliche Entzäunungen sollen den Betreibern einen Vorgeschmack auf künftige Transporte liefern und uns eine praktische Lehrstunde in antiatomarer Handwerksarbeit bieten."

Mit anderen Worten: es soll dort weitergemacht werden, wo beim letzten Castor-Transport nach Gorleben aufgehört worden ist.

Für die Hamburger Initiativen, die unter dem Motto "5000 auf die Schienen des AKW Krümmel" bereits seit April an der Vorbereitung arbeiten, ist Krümmel das derzeit politisch am heftigsten umstrittene AKW in der BRD. Bis heute steht der größte Siedewasserreaktor der Welt im Verdacht, für die weltweit einzigartige Häufung von Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Umgebung verantwortlich zu sein. Außerdem hat das Fernsehmagazin Monitor vor knapp einem Jahr recherchiert, daß bei der Montage des Reaktordruckbehälters erhebliche Schlampereien gelaufen sind, die die Sicherheit des AKW zusätzlich gefährden.

Betrieben wird das AKW Krümmel zusammen von den Hamburgischen Elektrizitäts Werken (HEW) und Preußen Elektra. Politisch nicht ganz unbrisant, da die HEW bis vor wenigen Monaten noch zu Dreiviertel (derzeit 50,1 Prozent) im Besitz des Hamburgischen SPD-geführten Senats waren. Und während die Anti-AKW-Bewegung vor dem AKW Krümmel ihr Aktionswochenende durchführt, finden am 21. September die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft statt. Ein Aspekt, der die politischen Auseinandersetzungen um das AKW Krümmel sicher zusätzlich anheizen dürfte.

Hinzukommt, daß die zuständige Atomaufsicht seit rund einem Jahr bei der rot-grünen Landesregierung von Schleswig-Holstein liegt und die Bündnisgrünen unter starkem politischen Druck stehen, das AKW endlich stillzulegen. Nicht nur von Seiten der Anti-AKW-Bewegung, sondern auch parteiintern wird der grüne Staatssekretär im Energieministerium, Wilfried Voigt, kritisiert. In einem Papier, welches von einigen Basisgrünen anläßlich der Ende Mai stattgefundenen Landesdelegiertenkonferenz publiziert wurde, heißt es deutlich: "Die Ausstiegspolitik der Grünen ist vom Winde verweht." (abgedruckt in: Anti-Atom-Aktuell, Nr. 80, Juni 97, Seite 30 ff.)

Daß sich diese Auseinandersetzungen weiter zuspitzen werden, ist mit dem gewählten Termin für das Aktions-Kultur-Wochenende mehr als wahrscheinlich. Denn der Atommeiler an der Elbe wird Ende August 1997 zur Revision abgeschaltet werden. Dann wird es etwa vier Wochen dauern, bis die Brennelemente getauscht und die jährlichen Wartungsarbeiten abgeschlossen sein werden. Die Krümmel-Aktionen werden also dann stattfinden, wenn sich der grüne Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Energieministerium mit der erforderlichen Wiederanfahrzustimmung für Krümmel befassen muß. Die politischen Kontroversen um die ungelöste Entsorgung des Atommülls ebenso wie um die Stillegung der AKWs werden also spannend bleiben.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 6. Juli in Hannover im Rasch-Platz-Pavillon, Lister Meile 4 um 12.30 Uhr statt.

Anti-Castor-Büro

Kontakt: Anti-Castor-Büro c/o TAG, Haus für Alle, Amandastraße 58

20357 Hamburg, Fax 040 / 430 41 61

3. Polizist freigesprochen. Todesschuß auf Halim Dener weiterhin ungeklärt

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:42

Dieser Prozeß um einen polizeilichen Todesschuß, der vor drei Jahren den 16jährigen Kurden Halim Dener traf, muß als Farce bezeichnet werden. Es scheint so, als sei von Anfang an klar gewesen, daß am Ende ein Freispruch stehen soll.

Wieder hat sich das Gericht mit seinem Urteil dem Votum des Oberstaatsanwalts unterworfen, der in seinem Schlußwort bereits auf Freispruch plädierte und dabei eingestand, daß die Tat nur wegen des (öffentlichen und internen) Drucks angeklagt worden sei. Sonst wäre das Verfahren schon frühzeitig eingestellt worden.

Ein in jeder Hinsicht ungewöhnlicher Strafprozeß ging heute zu Ende - zeigte er doch in aller Deutlichkeit, wie anders als gewöhnlich Ermittlungen und Strafverfahren verlaufen, wenn es sich um einen Polizeibeamten als Angeklagten handelt. Schon die Ermittlungen gegen den Beschuldigten verstießen gegen alle kriminalistischen Regeln, die bei "normalen" Beschuldigten, denen ein Tötungsdelikt zum Vorwurf gemacht wird, angewandt werden. Einer vorbehaltlosen und gründlichen Aufklärung des Falles waren jedenfalls von Anfang an enge Grenzen gesetzt. Weder Gericht noch Staatsanwaltschaft hielten es für nötig, offensichtliche Widersprüche während des 12tägigen Prozesses gründlich aufzuklären. Mit ihrem verständnisvollen und fürsorglichen Umgang mit dem angeklagten Polizeibeamten und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Opfern und Nebenklägern, den Eltern des getöteten Halim Dener, bewegten sie sich zuweilen hart an der Grenze zur Parteilichkeit und Voreingenommenheit.

Dem Gericht kann der Vorwurf nicht erspart werden,

1. daß es sich den polizeilich diktierten Sicherheitsbedingungen unterwarf und den Grundsatz der Öffentlichkeit schwer beeinträchtigte, indem es ein massives Polizeiaufgebot, die Absperrung des Gerichts, die Durchsuchung der Prozeßbesucher und die Ablichtung ihrer Ausweise anordnete sowie bewaffnete polizeibeamte im Gerichtssaal duldete. (...);

2. daß es den Wunsch und das Bemühen der Eltern des Opfers, als Nebenkläger persönlich an dem Prozeß teilzunehmen, bis zuletzt torpedierte und mit diesem unsensiblen und beschämenden Verhalten letztlich seine Fürsorgepflicht verletzte (erst durch Intervention des Grünen Bundestagsabgeordneten Lippelt wurden den Eltern Einreisevisa ausgestellt);

3. daß es sich den Eltern gegenüber, die dann trotz aller Widrigkeiten endlich am 9. Verhandlungstag am Prozeß teilnehmen konnten, kalt und bürokratische verhalten hat, sie keiner Begrüßung für wert erachtete und die weinende Mutter des erschossenen Jugendlichen aus dem Gerichtssaal "komplimentieren" wollte;

(...)

6. daß es keine Notwendigkeit sah, die zahlreichen skandalösen Ermittlungsfehler in diesem Fall aufzuspüren und zu problematisieren: Anstatt den Tatverdächtigen sofort nach dem Vorfall festzunehmen, der Kripo zu übergeben und ihn ohne Einflüsse von Vorgesetzten und Kollegen zu vernehmen und relevante Utensilien sofort sicherzustellen, wurde Klaus T. zu seiner SEK-Dienststelle gebracht. Erst dort wurde die Tatwaffe, Stunden später das Holster und erst eine Woche später der Holstergürtel sichergestellt. Der Beschuldigte konnte vor seiner Vernehmung mit Vorgesetzten, Kollegen und Betreuungsbeamten seine Tat besprechen. In dieser Zeit hat er sich die Hände gewaschen und damit wichtige Spuren verwischt, bevor der Spurensicherungsdienst eintraf;

7. daß es die verdeckte Bewaffnung eines SEK-Polizeizeugen im Zeugenstand vor Gericht zuließ und einen entsprechenden Antrag der Nebenklage nicht zum Anlaß genommen hat, den Zeugen entwaffnen zu lassen;

8. daß es einen vom SEK empfohlenen Sensomotoriker, der auch für das SEK tätig gewesen ist, einem kompetenten Schußwaffenexperten vorzog, der anläßlich dieses Falles eine experimentelle Untersuchung durchführte und daher bessere Forschungsmittel zu bieten hatte. Die Vernehmung des Schußwaffenexperten mußte erst von der Nebenklage durchgesetzt werden;

9. daß es keinerlei Ermittlungen anstellen ließ, um das während des Verfahrens unter mysteriösen Umständen verschwundene Projektil wieder aufzufinden.

(...)

Offenbar können selbst hochtrainierte und spezialisierte SEK-Polizeibeamte nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie Bürger mit ihrer Waffe erschießen und es nicht zu widerlegen ist, daß sich der Schuß angeblich unbeabsichtigt und unter Streß gelöst habe. Aus diesem tödlichen Ereignis, so hat der Prozeß ergeben, sind polizeilicherseits keinerlei Konsequenzen gezogen worden - weder was die Schieß- und Streßausbildung noch was die Bewaffnung und die sonstige Ausrüstung (z. B. Holster) betrifft. Diese Tatsache könnte den Schluß zulassen, daß die Verantwortlichen im Polizeiapparat der vorgebrachten Unglücksversion des Angeklagten selbst keinen Glauben schenken - oder aber sie verhalten sich unverantwortlich. Im übrigen ist der Beschuldigte nach Aussage seines Vorgesetzten bis zur gerichtlichen Klärung nicht suspendiert worden, sondern bereits sechs Monate nach diesem Vorfall wieder im SEK- und Zivilstreifendienst mit der Waffe eingesetzt worden.

Dieses Verfahren unter absurden Sicherheitsbedingungen hat deutlich gemacht, wie notwendig eine kritische Öffentlichkeit ist, um zu verhindern, daß Strafverfahren sang- und klanglos bereits im Vorfeld eingestellt werden, und um wenigstens zu erreichen, daß die Polizeiversion kritisch hinterfragt wird und die strukturellen Hintergründe der Tat thematisiert werden. Doch letztlich bleiben mit diesem Verfahren unter den genannten Bedingungen die kritischen Fragen der Öffentlichkeit weitgehend unbeantwortet und die Erwartungen der Familie des erschossenen Halim Dener wurden enttäuscht.

Rolf Gössner, 27.6.1997

Rechtsanwalt Rolf Gössner vertritt als Nebenklage-Vertreter zusammen mit Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz die Eltern und Geschwister des erschossenen Jugendlichen Halim Dener.

Der Beitrag ist redaktionell gekürzt.

4. Die Rückkehr der Kolonialherren. Italienische Kriegsverbrechen während der UN-Mission in Somalia

Autor: Js. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Italien; Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:12

Italienische Soldaten haben 1993 in Somalia gefoltert, gemordet und vergewaltigt. Die Enthüllungen des Augenzeugen Michele Patruno und vor allem die von ihm gelieferten Fotos, abgedruckt in dem Wochenmagazin Panorama vom 6. Juni, seien ein "Angriff auf die Armee", geifern die Militaristen. "Isolierte Fälle" von Gewalttaten räumen auch sie ein; nach Angaben der somalischen Intellektuellenvereinigung summieren sich diese "Einzelfälle" auf mindestens elf Morde und 19 Folterungen. Grüne und Kommunisten fordern die Auflösung der Fallschirmjäger-Einheit Folgore ("Blitz"), die für die Gewalttaten verantwortlich ist.

Im August 1993 sorgte Italiens sozialistischer Verteidigungsminister Fabio Fabbri mit ungewohnt scharfer Kritik an der westlichen Führungsmacht für Schlagzeilen: Die "ramboartigen Großtuereien" der US-Truppen in Somalia im Rahmen der UN-Mission "Restore Hope" seien nicht geeignet, den Konflikt zu lösen. Implizit warf er den US-amerikanischen Truppen und den für sie politisch Verantwortlichen vor, "Gewalt als Selbstzweck" einzusetzen. Mit den Worten "Wir wollen keine Befehle mehr von Rambo entgegennehmen" kündigte Fabbri den Abzug von 2.500 italienischen Soldaten aus Mogadischu an. US-Außenminister Warren Christopher begrüßte den Abzug knurrend als "konstruktiven Schritt".

Daß zumindest einige italienische Soldaten unter UN-Kommando den US-Rambos nicht nachstanden, erfuhren die LeserInnen italienischer Zeitungen bereits vor dem Streit der Kriegsminister. Schon im Juni 1993 veröffentlichten die Zeitschriften Epoca und Sette Fotos mißhandelter somalischer Gefangener. Anfang Juli enthüllte L'Europeo, daß italienische Carabinieri die somalische Polizei in Mogadischu mit "Tausenden von Kalashnikows" ausrüsteten. Anführer dieser Polizeitruppe war der berüchtigte General Ahmed Gilehow, der ehemalige Chef der Geheimpolizei von Diktator Siad Barre. Gilehow soll 1993 im Sold des italienischen militärischen Geheimdienstes SISMI gestanden haben. Italienische Soldaten arbeiteten mit der neuen somalischen Polizei auch bei der "Bandenbekämpfung" zusammen und machten sich damit bei der Bevölkerung besonders verhaßt. Der britische Observer schrieb: "Die Italiener werden am meisten gehaßt."

In einem Bericht der Hilfsorganisation Africa Rights von Juli 1993 wurden den italienischen Soldaten unterschiedliche Übergriffe gegen die Bevölkerung vorgeworfen: Prügel, Diebstahl, Verwüstung von Häusern, Erschießungen von Vieh. In der Turiner Tageszeitung La Stampa (1.8.1993) berichtete ein englischer Augenzeuge, wie Italiener die Häuser eines ganzen Dorfes in die Luft sprengten und die BewohnerInnen mißhandelten. Der Anführer der beschuldigten Truppenteile, Oberst (colonello) Martinelli, gab lediglich "Schläge" zu. Tote oder Verletzte habe es nicht gegeben. Ein Leutnant (sottotenente) begründete, warum den Gefangenen Säcke über den Kopf gezogen worden seien: So habe man verhindert, daß sie von der Bevölkerung als Kriminelle erkannt und gelyncht werden konnten!

"Bedauerliche Einzelfälle"

Der wegen des Skandals "freiwillig" zurückgetretene General Bruno Loi, seinerzeit Oberbefehlshaber der italienischen Restore-Hope-Kräfte, meldete sich nach Tagen des Schweigens mit einem Appell zum harten Durchgreifen zu Wort: "Für die Fallschirmjäger, die den Ehrenkodex vergessen, habe ich keinerlei Erbarmen, ich bin der erste, der sie verurteilt und der will, daß sie streng bestraft werden."

Der General verschweigt, daß die Folterer - aus der Sicht ihrer Vorgesetzten - lediglich das militärisch gebotene Soll übererfüllt haben. Eine Dienstanweisung ("memoria operativa"), die im Dezember 1992 an alle italienischen Somalia-Kämpfer ausgegeben wurde, enthält detaillierte Vorschriften für die Behandlung Gefangener: "Der eben festgenommene Gefangene ist im allgemeinen in einem Schockzustand, deprimiert und verängstigt. Zum Zwecke der Kontrolle ist es notwendig, diesen Zustand zu verlängern." Das habe durch folgende Maßnahmen zu geschehen: "ihm Befehle zuschreien; eine mäßige Brutalität ausüben; mit harten Mitteln jeden Versuch der Rebellion unterdrücken; zur Fesselung und zum Verbinden der Augen übergehen; ihn in unbequemer Lage halten; ihm alle persönlichen Eindrücke entziehen." Auch die der Fesselung vorausgehende Durchsuchung des Gefangenen wird genau beschrieben: Ein mit einer Pistole bewaffneter Soldat "packt einen Gefangenen mit einer Hand im Genick und stößt ihn gegen eine Wand oder auf den

Boden. Mit der anderen Hand hält er die Waffe und richtet sie auf den Körper." Der Gefangene müsse während der Durchsuchung in "instabilem Gleichgewicht" gehalten werden.

Es ist eine Frage der Definition, ob man diese "mäßige Brutalität" Folter nennen soll. Unzweifelhaft ist, daß bei der praktischen Durchführung dieser "Maßnahmen" die Grenze zu schwerer Körperverletzung fast zwangsläufig überschritten wird. Die mehrfach erwähnten "harten Maßnahmen" zur Unterdrückung jeglicher Gegenwehr werden nicht näher erläutert. Da Festnahme, Durchsuchung und Fesselung von jeweils vier bewaffneten Soldaten vorgenommen werden sollen, ist auch der Einsatz von Schußwaffen jederzeit einkalkuliert - eine Eskalation, die zumindest billigend in Kauf genommen wird. Die Opfer waren im Sprachgebrauch der Militärs samt und sonders "Banditen" - tatsächlich gehörten dazu auch Plünderer oder "Verdächtige".

Bei den Kämpfern der Folgore handelt es sich, so scheint es, um "ganz normale Männer" - bis auf die meisten Unteroffiziere und Offiziere sind es Wehrpflichtige, die sich freiwillig zur Spezialeinheit der Fallschirmjäger gemeldet haben. Die in der Presse zitierten Aussagen aus ihren Reihen wirken wie abgesprochen: Sicherlich habe es Schläge und Tritte gegeben, von Folter und Mord könne dagegen keine Rede sein; Kronzeuge Michele Patruno sei ein Verräter, der wohl selbst Dreck am Stecken habe. Einer der Befragten gibt immerhin italienische "Vergeltungsmaßnahmen" zu, nachdem bei einem Angriff auf einen italienischen Stützpunkt in Mogadischu im Juli 1993 drei Italiener getötet und 22 verletzt worden waren. Wie die Vergeltung aussah, schildert eine Augenzeugin, die Journalistin Marina Rini: "Noch am selben Tag wurden vier völlig unschuldige Somalier gefangen genommen. Sie wurden geschlagen und gefoltert und ohne Wasser oder Nahrung in einen Container gesperrt. Nach zwei Tagen wurden sie ins Krankenhaus gebracht; sie spuckten Blut. Einer von ihnen behielt einen gelähmten Arm zurück."

"Isolierte Fälle" von Gewalttätigkeit will auch die Vereinigung der Fallschirmjäger nicht ausschließen; ihr Sprecher warnte allerdings vor Verallgemeinerungen: Sonst müsse man auch das Parlament auflösen, das bekanntlich voller Diebe sei. General Angioni, "Italiens berühmtester soldat" (L'Espresso), wählte ein noch krasseres Beispiel, um den Forderungen der Grünen und der Kommunisten, Folgore aufzulösen, wirkungsvoll entgegenzutreten: "Der Gedanke, die Folgore aufzulösen, ist, als wolle man die Kirche auflösen, weil sich ein Priester schlecht benommen hat."

"Wie konnte

das geschehen?"

In der italienischen Presse, die ausführlich berichtet, wird gleichzeitig um Verständnis für die Spezialeinheit geworben. Bei früheren Missionen im Libanon, in Mosambik, Kurdistan und Albanien habe sie sich hohes Ansehen erworben; General Loi, ein praktizierender Katholik, habe in Mogadischu den verlorenen Stützpunkt durch Verhandlungen zurückgewonnen, obwohl der Generalstab in Rom den Einsatz militärischer Gewalt befohlen hatte. So läuft denn alles auf die These von den "schwarzen Schafen" hinaus, denen, trotz aller Bemühungen der Vorgesetzten, die Grenze zwischen militärisch gebotener "Härte" und "sinnloser Gewalt" nicht zu vermitteln war.

Eine zweite Erklärung erscheint auf den ersten Blick einleuchtend. Werner Raith, Italien-Korrespondent der taz, hebt die verrohende Wirkung des Krieges hervor: "Es gibt sie nicht, die ‚friedlichen` militärischen Friedensmissionen. (...) Wer Macht hat - und Macht hat, wer bewaffnet ist - kommt in die Versuchung, diese auch auszuüben. (...) Wer Soldaten, aus welchen Gründen auch immer, in Kriegsgebiete schickt, muß wissen, daß derlei geschehen kann. Er ist deshalb ohne Wenn und Aber für diese Verbrechen verantwortlich." Das ist zweifellos richtig, aber auch unzureichend.

In Raiths Kommentar fehlt jeder Hinweis auf andere Faktoren, die die von Italienern in Somalia begangenen Verbrechen bedingten. Marina Rini berichtet von manifestem Rassismus in der Truppe. Beliebt waren makabre "Späße" mit somalischen Kindern, die als "dreckige Neger" beschimpft wurden. Hinzu kommen die schwer faßbaren, aber zweifellos wirksamen "historischen" Implikationen der italienischen Somalia-Mission. Ein Teil Somalias war seit 1908 als Protektorat Somalia Italiana italienische Kolonie und nach Eritrea zweites Opfer der imperialistischen "Großen Außenpolitik" der Regierung Crispi (nach dem noch heute in Italien Straßen benannt sind). Während des Faschismus diente Somalia als Aufmarschgebiet in dem auch mit Giftgas geführten Krieg gegen das Nachbarland Äthiopien. Dabei kamen 275.000 Äthiopier ums Leben, weitere 150.000 starben in

den folgenden Jahren im Guerillakrieg, in Konzentrationslagern und bei "Vergeltungsmaßnahmen". Ungeachtet der Opfer stand das Regime nach dem Sieg 1936 auf dem Höhepunkt seiner Popularität. Damals brach "nicht nur in faschistischen Kreisen, sondern auf jedem gesellschaftlichen Niveau ungeteilter Jubel aus." (Giuliano Procacci) Noch bis 1960 stand ein Teil Somalias unter italienischer Verwaltung.

Zwar träumen heute nur noch einige Faschisten von italienischen Kolonien. Die Meinung aber, daß Mussolini auch "viel Gutes" bewirkt habe, dürfte mittlerweile mehrheitsfähig sein. Dazu haben auch konservative Historiker beigetragen. Das von den Medien kolportierte Bild von Somalia suggeriert, daß, wo damals "Ordnung" war, nun das "Chaos" herrscht. Zumindest Teile der italienischen Restore-Hope-Truppen benahmen sich in Somalia denn auch durchaus traditionsbewußt. Von Fahnenappellen mit römischem Gruß war zu lesen; selbst General Loi soll die Hand erhoben haben. Ein Augenzeuge sprach von einer "etwas finsteren und etwas faschistischen Atmosphäre" bei der Folgore.

Gestern Somalia, heute Albanien

Die Nachrichten über italienische Kriegsverbrechen in Somalia beunruhigten die Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt, da die im April begonnene Albanien-Mission unter italienischem Oberkommando zur Verlängerung anstand. Da Grüne und Kommunisten die Militärintervention nach wie vor ablehnen, war die Regierung auf die parlamentarische Unterstützung zumindest von Teilen der rechten Opposition angewiesen. Die hat sie auch bekommen - nach einem Kuhhandel mit den Rechten, die die Folgore gegen alle Auflösungsforderungen in Schutz nehmen wollten. Heraus kam eine Resolution, deren zentraler Satz lautet: "Die Abgeordnetenkammer drückt den Abteilungen der Streitkräfte, die zur Teilnahme an der Mission in Albanien gerufen wurden, ihre volle Solidarität aus." Darin, so Maurizio Gasparri, der Fraktionsvorsitzende der neofaschistischen Alleanza Nazionale, seien auch die in Albanien stationierten Soldaten der Folgore enthalten.

Politisch ist der Fall damit so gut wie abgeschlossen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission wird irgendwann ihren Bericht vorlegen. Die Auflösung der Folgore, wie von Kommunisten und Grünen gefordert, ist nicht durchsetzbar. Immerhin scheint es möglich, daß einige der Täter bestraft werden. Mehrere sind namentlich bekannt, und es gibt ZeugInnen.

Der militärischen Führung kann die Bestrafung einiger Folterer und Vergewaltiger nur recht sein. Um das Ansehen ihrer Elitetruppe zu schützen, ist sie in der Wahl ihrer Argumente nicht zimperlich. Kritik an der Folgore wird zur schändlichen "Offensive gegen die ganze Armee" aufgeblasen. General Angioni, der die angebliche Verschwörung enthüllte, wurde erst kürzlich von Ministerpräsident Prodi zum "außerordentlichen Koordinator der italienischen Initiativen in Albanien" ernannt.

Auch der frömmelnde General Loi ist in seinem Kampfgeist ungebrochen. Eine Entschuldigung der italienischen Armee für die in Somalia begangenen Verbrechen findet er völlig abwegig. Immerhin seien auch elf italienische Soldaten in Somalia gestorben - für das Vaterland, das Anlaß zur Dankbarkeit habe - und zum Selbstbewußtsein: "Die italienischen Streitkräfte haben eine außerordentliche Fähigkeit zum peace keeping, der Aufrechterhaltung des Friedens. Das erkennt die ganze Welt an. Denn wir haben in unserem Blut ein zusätzliches Etwas, dank zweitausend Jahren Geschichte und Kultur."

Unter dem Befehl solcher Generäle wird der von den Nazis verachtete "italienische Soldat" zweifellos weiter von sich reden machen.

Js.

Quellen:

Giuliano Procacci: Geschichte Italiens und der Italiener, München (C.H. Beck) 1983; L'Espresso (19.6. und 26.6.97); diverse Ausgaben von La Repubblica und Corriere della Sera; FR (14.8.93); taz (16.6.97)

Bundeswehr beteiligt?

Waren an den von italienischen Soldaten in Somalia verübten Greueltaten auch Bundeswehrsoldaten beteiligt? Benedetto Berti, ehemaliger Fallschirmjäger der Folgore-Brigade, behauptet es: "Wir waren gemeinsam mit den Deutschen auf Patrouille und sollten Medikamente in ein Dorf in der Region Belet Huen bringen. Wir fuhren als Kolonne, als wir folgenden Funkspruch empfingen: ‚Wenn ihr Schüsse hört, macht euch keine Sorgen. Das sind nur wir, wir schießen gerade Somalis ab.`" Der Funkspruch sei von deutschen

Soldaten gekommen, die etwa sieben Somalis getötet hätten. Bei einer "Vergeltungsaktion" gegen das Dorf Jalalaxi hätten deutsche und italienische Soldaten gemeinsam gemordet. Die Deutschen hätten sich dabei die Gewehre der Italiener ausgeliehen, weil ihre Munition kontrolliert worden sei. Bei dem Massaker seien viele Somalis getötet worden. (Panorama, 6.6.97)

Das Bundesverteidigungsministerium erklärte, es gebe "keinerlei Erkenntnisse", die Bertis Aussage bestätigen würden. Man sei schon mehrfach ähnlichen "Gerüchten" nachgegangen, die sich als "haltlos" erwiesen hätten. (Hamburger Abendblatt, 14.6.97)

Für die Bundeswehr steht durch Bertis Aussage einiges auf dem Spiel. Nach Ansicht des Verteidigungsministeriums war der deutsche Somalia-Einsatz ein voller Erfolg - innenpolitisch, außenpolitisch und militärisch. Der Kommentator der Welt am Sonntag, der Rühes "Analyse" kritiklos an sein Publikum weitergab, stellte den Bundeswehrerfolg dem Scheitern der UN gegenüber: "Operation Somalia: Debakel der UN - Positive Bilanz der Bundeswehr". (WamS, 5.3.95) Mitgedachte Folgerung: Hätte die Bundeswehr sich nicht so sehr "zurückhalten" müssen, wäre auch die Bilanz des gesamten Unternehmens besser gewesen ...

5. Madrider Gipfel: Starke, schwache NATO

Autor: Vo · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:06

Am 8. und 9. Juli 1997 ist es soweit: Nach mehrjährigen Vorbereitungen wird das NATO-Gipfeltreffen in Madrid die Einladung an mehrere ehemalige Mitgliedsstaaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) aussprechen, der NATO beizutreten. Da in Politik und Gesellschaft der Beitrittskandidaten große Mehrheiten hierfür gegeben sind, wird die NATO ihren 50. Geburtstag im Frühjahr 1999 wohl in erweitertem Kreise begehen können. Für herrschende Politik in den kapitalistischen Metropolen ist das ein Triumph, für die Friedensbewegungen hingegen eine bittere Niederlage.

Erst zwölf, später sechzehn

Solche Niederlagen waren im letzten halben Jahrhundert mehrfach zu verzeichnen. Denn als die NATO 1949 gegründet wurde, gehörten erst zwölf Staaten zu den Unterzeichnern des Nordatlantikvertrags: USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Island, Italien und Portugal. Drei Jahre später - am 18.2.1952 - wurden auch Griechenland und die Türkei in die NATO aufgenommen. Damit wurde die Südostflanke der NATO wesentlich gestärkt, die Möglichkeiten der militärischen Bedrohung des sogenannten "weichen Unterleibs" des potentiellen Gegners UdSSR ausgeweitet. Die Linke in Griechenland und der Türkei war zuvor innenpolitisch entscheidend geschlagen worden (in Griechenland in einem blutigen Bürgerkrieg) und hatte dem Beitritt ihrer Länder in die NATO nichts mehr entgegensetzen können. Und so waren es 1952 schon vierzehn NATO-Staaten.

Noch entscheidender für den Ausbau der NATO zum größten und stärksten Militärpakt der Geschichte war die Aufnahme der BRD im Jahre 1955. Zum Zeitpunkt der NATO-Gründung war Deutschland noch entmilitarisiert. Die wenige Wochen nach Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags (4. April 1949) gegründete Bundesrepublik Deutschland war ein Staat ohne Armee. Diesen Zustand so rasch wie möglich zu ändern, war vornehmliches Interesse der NATO-Führungsmacht USA, die in der seit 1947 (Truman-Doktrin) offen ausgebrochenen Konfrontation mit der UdSSR nicht auf deutsche Hilfstruppen verzichten wollte. Die USA fanden in Adenauer einen willfährigen Helfer, der vermittels einer eigenen westdeutschen Armee und der Einbindung der BRD in das westliche Bündnissystem sowohl die Wiederherstellung deutscher Souveränität als auch die deutsche Wiedervereinigung unter antikommunistischen Vorzeichen zu erzwingen hoffte. Adenauers Linie setzte sich durch. Im Oktober 1954 wurden die sog. Pariser Verträge unterzeichnet, die u.a. die Einbeziehung der BRD in die NATO und die Aufstellung eigener bundesdeutscher Streitkräfte vorsahen. Am 27.2.1955 wurden die Pariser Verträge gegen die Stimmen der SPD vom Bundestag ratifiziert, im Mai 1955 wurde die BRD Mitglied der NATO. Da waren es fünfzehn NATO-Staaten. 1956 begann der Aufbau der Bundeswehr. Die von SPD, DGB und anderen linken und friedensbewegten Kräften getragene Bewegung gegen die Remilitarisierung hatte diese Entwicklung nicht verhindern können. Im Gegenzug wurde unter Führung der UdSSR 1955 die WVO gegründet, in der die DDR 1956 Mitglied wurde; seit 1956 wurde die Nationale Volksarmee der DDR aufgebaut. Damit war der Systemgegensatz endgültig in Form von antagonistischen Militärblöcken verhärtet, der Kalte Krieg gleichsam institutionalisiert, und die Menschheit mußte in den folgenden Jahrzehnten unter der Drohung leben, daß dieser Kalte Krieg in einen heißen, die Welt vernichtenden Nuklearkrieg umschlagen könnte. Mit der Verfestigung der Blöcke Mitte der 50er Jahre waren alternative Optionen, die auf die Herstellung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems und die Einbindung Gesamtdeutschlands in ein solches System abzielten und die in der BRD u.a. von SPD und KPD vertreten worden waren, gescheitert.

Bei der Zahl von 15 NATO-Staaten blieb es bis zum Jahre 1982, als Spanien der NATO beitrat. Diese NATO-Ausdehnung erfolgte in einer Phase der Intensivierung des Kalten Krieges durch die US-Regierung Reagan, als mit den Plänen zur sog. Nachrüstung der NATO mit neuen nuklearen Mittelstreckenraketen die Konfrontation zwischen den Blöcken einem neuen Höhepunkt zustrebte. Der NATO-Beitritt Spaniens konnte nur gegen eine breite und kämpferische Anti-NATO-Bewegung im Lande durchgesetzt werden, der immerhin das Zugeständnis gemacht wurde, daß Spanien zwar der NATO beitrat, nicht aber in die militärische Integration des Militärpaktes einbezogen wurde. Damit hatte es in der NATO einen ähnlichen Status wie

Frankreich, welches 1966 unter de Gaulle aus der militärischen Integration ausgeschert, aber Mitglied der NATO geblieben war. Seit 1982 gab es also sechzehn NATO-Mitglieder.

Der Beitritt der Türkei, Griechenlands, der BRD und Spaniens erfolgte gemäß Artikel 10 des Nordatlantikvertrags, in dem es heißt, die Vertragsparteien "können durch einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen". Während von Artikel 10 also bis zum Juli 1997 viermal Gebrauch gemacht worden ist, fand Artikel 13 bisher (leider) noch kein einziges Mal Anwendung: Er regelt die Kündigung der Mitgliedschaft und den NATO-Austritt (ein Ziel, welches Teile der bundesdeutschen Friedensbewegung - u.a. die GRÜNEN und der KB - in den 80er Jahren auf ihre Fahnen geschrieben hatten).

NATO-Sieg im Kalten Krieg

In Madrid, der Hauptstadt des jüngsten NATO-Mitglieds, wird nun also wieder Artikel 10 hervorgezogen, und es werden Mitglieder des ehemaligen gegnerischen Blocks, der 1991 aufgelösten WVO, zum Beitritt zur NATO "eingeladen". Als sichere Beitrittskandidaten gelten Polen, Ungarn und Tschechien (vielleicht sind auch Slowenien und Rumänien schon dabei). Anders als beim NATO-Beitritt der BRD Mitte der 50er oder Spaniens Anfang der 80er wird es gegen den Beitritt in diesen Ländern keinen nennenswerten Widerstand geben. Im Gegenteil: Politik und Gesellschaften dieser Länder gieren in ihrer großen Mehrheit geradezu nach der Mitgliedschaft in der NATO. Das wiederum macht es den NATO-Spitzen leicht, der Öffentlichkeit die Expansion der eigenen Organisation als lediglich den Wünschen der Beitrittsländer geschuldet zu verkaufen. Und entsprechend schwer haben es jene Kräfte, die sich nach wie vor gegen die NATO-Erweiterung aussprechen.

Wie konnte es zu dieser Konstellation kommen? Die neuerliche Beitrittsrunde am Ende der 90er Jahre ist mit jenen der 50er und 80er selbstverständlich nicht zu vergleichen. Ging es bei den früheren NATO-Beitritten um die Stärkung des westlichen Paktsystems in der Konfrontation mit der UdSSR und dem von ihr geführten Lager, so ist die Situation heute eine völlig andere: Die UdSSR und das Lager des sog. real existierenden Sozialismus sind zu Anfang der 90er Jahre zusammengebrochen (wofür sicher eine Kombination von innerer Schwäche und äußerem - nicht zuletzt via NATO ausgeübtem - Druck verantwortlich war). Die ehemaligen WVO-Staaten haben sich auf den Weg zu Marktwirtschaft und "freedom and democracy" nach westlichem Muster gemacht, die Konfrontation der Blöcke war damit zu Ende. Nicht zuletzt wurde Deutschland dergestalt "wiedervereinigt", daß die DDR der BRD angeschlossen wurde.

Man kann diesen Ausgang der Blockkonfrontation getrost als Sieg der westlichen "Politik der Stärke" interpretieren, doch stellte dieser "Sieg" das westliche Lager auch vor Probleme. Insbesondere der Militärpakt NATO geriet in Legitimationsschwierigkeiten, war doch seine Existenz stets mit der vorgeblichen "Bedrohung aus dem Osten" begründet worden. Nach dem offensichtlichen Wegfall dieser "Bedrohung" stellte sich die Frage, wozu es nun noch der NATO bedürfe. Anfang der 90er schien sich so die Chance zu eröffnen, wieder an jene Alternativen anzuknüpfen, die mit dem NATO-Beitritt der BRD Mitte der 50er gescheitert waren: Vorstellungen von einem "gemeinsamen europäischen Haus", einer von Blöcken freien gesamteuropäischen Friedensordnung hatten (wieder) Konjunktur; die NATO erschien im Kontext dieser Überlegungen als überflüssig. Auch in Politik und Gesellschaft der ost- und mitteleuropäischen Staaten hing man diesen Vorstellungen an. Man dachte nicht daran, jetzt, da man den einen Pakt, die WVO, und die Vorherrschaft der UdSSR losgeworden war, sich dem anderen Pakt, der NATO, in die Arme zu werfen. Vielmehr ging man davon aus, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, am 1.1.1995 umbenannt in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/OSZE) zu einem gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedenssystem ausgebaut werden könnte und sollte.

Aber tatsächlich dachte herrschende Politik im Westen nicht daran, die NATO zur Disposition zu stellen. Man wollte auf dieses Machtmittel keinesfalls verzichten. Und nach einer kurzen Phase der Verunsicherung ging die NATO in die Offensive. Zur Legitimation des Fortbestehens des eigenen Militärpaktes argumentierte man in groben Zügen wie folgt: Zwar gebe es mit Wegfall von UdSSR und WVO keine direkte militärische Bedrohung mehr, die Gefahr eines Angriffs auf NATO-Territorium sei nunmehr denkbar gering; gleichwohl müsse die NATO erhalten bleiben als Rückversicherung gegen neuartige Sicherheitsrisiken, die zwar nicht mehr so präzise zu bestimmen seien wie früher die "Bedrohung aus dem Osten", die aber nach wie vor militärische Vorsorge in Gestalt eines Militärpakts nötig machten; vor allem von angeblichen "Bedrohungen aus dem

Süden", von einem "Krisenbogen von Marokko bis zum Indischen Ozean", von islamischem Fundamentalismus und "crazy states" war in diesem Zusammenhang viel die Rede. Diese neuen unkalkulierbaren "Risiken" würden eine Reorganisation und Neuformulierung der Strategie der NATO und entsprechende Umstrukturierungen und Umrüstungen erfordern.

Mit einer umfassenden "NATO-Reform" wurde 1991 begonnen. Deren Generallinie wurde auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991 mit der Verabschiedung des "Neuen Strategischen Konzepts" festgelegt. Letztlich läuft alles auf die Umstrukturierung der NATO zu einem Interventionsbündnis hinaus, das bereit steht, wenn nötig die Interessen und die Macht seiner Mitglieder auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Beschränkungen des eigenen Auftrags aus Zeiten der Blockkonfrontation werden dabei abgeschüttelt, wie sich in der sog. Out-of-area-Frage zeigt: Früher wollte die NATO lediglich im Rahmen ihres eigenen Vertragsgebiets (das in Artikel 6 des Nordatlantikvertrags mit dem "Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika" sowie das "nordatlantische Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses" umschrieben wurde) militärisch aktiv werden - und das selbstverständlich nur in Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff (Artikel 5). Heute behält man sich militärische Aktivitäten auch außerhalb des Vertragsgebiets, also "out of area", vor. Umrüstung und Umstrukturierung der NATO zielen auf solche Aktionen out of area ab: Aufstellung von Sofort- und Schnelleingreifkräften (Immediate Reaction Forces, Rapid Reaction Forces), Ausbau der weitreichenden Lufttransportkapazitäten, Einrichtung der Alliierten Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Forces - CJTF, dazu s.u.), überhaupt Stärkung von "Mobilität" und "Flexibilität" der eigenen Kräfte. Legitimiert wird diese Interventionsorientierung mit der Ideologie von "Friedensmissionen" und "humanitären Interventionen". Danach stellt sich die NATO lediglich als dienstbarer Geist den Vereinten Nationen oder der KSZE/OSZE zur Verfügung, wenn es gilt, aus "humanitären" Gründen oder zu Zwecken von "Krisenmanagement", "Friedenssicherung" oder "Friedensschaffung" zu intervenieren (so beschlossen auf der NATO-Tagung im Juni 1992 in Oslo). Die IFOR- und SFOR-Einsätze der NATO gelten als Paradebeispiel hierfür. Allerdings behält sich die NATO selbstverständlich die Entscheidung darüber, ob, wo, wann und wie sie interveniert ebenso vor wie sie selbstverständlich Kommando und Kontrolle solcher Interventionen nicht an UNO oder OSZE abgibt. Und zugleich legt sie sich die Potentiale und Fähigkeiten zu, auch ohne UN- oder OSZE-Mandat militärisch zu intervenieren, wenn es ihr denn geboten erscheint. Die von herrschender Politik hochgelobte "neue" NATO ist mithin ebenso ein für Außenstehende bedrohlicher Militärpakt wie es auch die "alte" NATO war. Mit der Umorientierung auf Intervention und der neuen Legitimation "Friedensschaffung" hat sich die NATO ihren Platz und ihre Aufgabe auch unabhängig von der Ost-West-Blockkonstellation erkämpft. Sie ist ein Faktor, mit dem man in der internationalen Politik weiterhin rechnen muß.

Ostexpansion

Diese Einsicht verbreitete sich auch bei den ehemaligen Staaten der WVO. Als klar wurde, daß westliche Politik die KSZE bzw. OSZE weiterhin stiefmütterlich behandeln würde und weiter auf den Militärpakt NATO statt auf eine von der OSZE ausgehende gesamteuropäische Friedensordnung setzte, orientierte sich herrschende Politik in diesen Ländern realpolitisch auf die NATO um. Statt um Ausbau der OSZE ging es nun um Ausweitung der NATO. Es entstand so etwas wie ein Sog Richtung NATO.

Eröffnet wurde die NATO-Osterweiterungs-Diskussion von deutscher Seite. Verteidigungsminister Rühe wird nicht müde, sich selbst dafür zu loben, daß er den Anstoß für diese Debatte gegeben hat. Er posiert als der Vorkämpfer der jetzt in Madrid besiegelten Ostexpansion. Über die deutschen Interessen hieran sagt er unverblümt: "Die Öffnung des Bündnisses nach Osten entspricht dem vitalen Interesse Deutschlands. Man muß kein strategisches Genie sein, um dies zu verstehen; es reicht ein Blick auf die Landkarte". Mit anderen Worten: Die BRD will nicht länger - wie in den Jahrzehnten des Kalten Krieges - Frontstaat sein, sondern will sich im Osten ein strategisches Vorfeld verbündeter Staaten schaffen. Genau das ist mit der NATO-Osterweiterung erreicht.

Die anderen NATO-Staaten waren ursprünglich von der Erweiterungsidee nicht besonders überzeugt; die Reaktionen reichten von Skepsis bis Ablehnung; insbesondere von den USA kam anfänglich ein klares Nein. Zu einem Positionswandel der Clinton-Administration kam es erst im September 1994 im Vorfeld der Wahlen für den Kongreß in den USA, sicher nicht zuletzt, weil sich Clinton und seine Demokraten die Stimmen der US-BürgerInnen polnischer, ungarischer, tschechischer usw. Abstammung sichern wollten. Als die "partners in leadership" BRD und USA schließlich gemeinsam für die Osterweiterung eintraten, gab es kein Halten mehr. Die anderen NATO-"Partner" zogen wohl oder übel mit, und so können jetzt in Madrid die "Einladungen"

ausgesprochen werden. Die Beitrittsverhandlungen sollen möglichst noch 1997 abgeschlossen werden, 1998 können dann die Ratifizierungsverfahren in den einzelnen Ländern laufen, und pünktlich zum 50. Geburtstag der NATO im Frühjahr 1999 könnten dann die neuen Mitglieder beitreten.

Die "Eingeladenen" werden mit hundertprozentiger Sicherheit der Einladung folgen, wünschen sie mittlerweile doch nichts sehnlicher, als in den erlauchten NATO-Club aufgenommen zu werden. Bei den professionellen Militärs dieser Länder steht hinter diesem Wunsch sicher vor allem das Bedürfnis, endlich auf die Seite der Sieger wechseln zu können und an der weltweit modernsten, stärksten, schlagkräftigsten, mit den besten Waffen und der besten Infrastruktur ausgestatteten Militärmaschinerie teilhaben zu können. Die politische Klasse der Beitrittsländer sieht mit der NATO-Mitgliedschaft den Übergang ins bürgerlich-demokratische und kapitalistisch-marktwirtschaftliche Lager als besiegelt und ein für allemal festgeschrieben an; sie ist der Ausweis, daß man nun voll und ganz zum reichen und starken "Westen" dazugehört. Die Masse der Bevölkerung sieht in der NATO-Mitgliedschaft ebenfalls die Bestätigung der Zugehörigkeit zum "Westen" und verbindet damit vor allem die Hoffnung auf wirtschaftliche und soziale Verbesserungen. Nicht zuletzt wird von Eliten und Bevölkerung in diesen Ländern die NATO-Mitgliedschaft als Vorstufe zur Mitgliedschaft in der EU gesehen, von der man sich wirtschaftlich und sozial noch viel mehr verspricht. Hinzukommen mögen auch noch diffuse Vorstellungen von "mehr Sicherheit" durch NATO-Mitgliedschaft, weil man sich damit endgültig aus der russischen Einflußzone herausbegeben hat und weil man eventuell hofft, in Streitfragen mit Nachbarstaaten als NATO-Mitglied künftig eine stärkere Position zu haben. Doch sind solche im engeren Sinne sicherheitspolitischen Motive gegenüber den ersterwähnten Beweggründen nur von nachgeordneter Bedeutung.

Die russische Position

Rußland, das von vornherein entschieden gegen die NATO-Osterweiterung Stellung bezogen hatte, weil es diese als gegen die eigenen Sicherheitsinteressen gerichtet sah, ist durch die Unterzeichnung der "Gründungsakte" mit der NATO (siehe ak 403) im Mai in Paris ruhiggestellt. Zwar lehnt es die Osterweiterung nach wie vor ab, kann sie aber nicht verhindern. So rückt die NATO an die russische Westgrenze heran. In der "Grundakte" hat die NATO zwar beteuert, gegenwärtig keine Gründe, Absichten oder Pläne für die Stationierung von Nuklearwaffen oder Kampftruppen auf dem Territorium der Beitrittsstaaten zu haben, doch ein völkerrechtlich verbindlicher Verzicht auf Dauer ist das nicht. Zudem werden die neuen NATO-Mitglieder voll in die militärische Integration und Infrastruktur der NATO einbezogen werden. Und auf ihrem Gebiet werden die Voraussetzungen für "Aufnahmebereitschaft" und "Verstärkungsfähigkeit" geschaffen.

Wenn die russische Seite also nicht die hehren Absichtsbeteuerungen der NATO - selbstverständlich sei die Osterweiterung nicht gegen Rußland gerichtet, selbstverständlich bedrohe die NATO nichts und niemanden usw. - sondern deren Potentiale und Fähigkeiten zur Grundlage einer eigenen Bedrohungsanalyse macht, so muß sie nüchtern konstatieren, daß die NATO durch die Osterweiterung enorm gestärkt worden ist und die russische Position hingegen noch schwächer als ohnehin schon geworden ist. Legt man "altes Denken" in militärischen Gleichgewichten zugrunde, ist festzuhalten, daß die NATO eine enorme militärische Überlegenheit gegenüber Rußland gewonnen hat - auch und gerade im konventionellen Bereich. Die Gefahr liegt nahe, daß Rußland darauf mit einer "NATOisierung" seiner Militärstrategie reagiert. Gemeint ist damit folgendes: Zu Zeiten der Blockkonfrontation hat die NATO stets argumentiert, daß sie wegen der enormen konventionellen Überlegenheit der UdSSR/WVO gezwungen sei, zum Ausgleich ihrer konventionellen Unterlegenheit in ihrer Militärstrategie ein besonderes Gewicht auf die taktischen Nuklearwaffen zu legen und sich den nuklearen Ersteinsatz vorzubehalten. Nun kann die russische Seite spiegelverkehrt argumentieren: Wegen der russischen konventionellen Unterlegenheit müsse man sich verstärkt auf taktische Nuklearwaffen stützen. Diese Argumentationslinie wird in Kreisen russischer Militärs bereits verfolgt. Daher ist der Sicherheitsgewinn für die Beitrittsländer durch den NATO-Beitritt womöglich nur von höchst zweifelhaftem Wert und sehr vorübergehender Natur.

Friedenspolitik bleibt auf der Strecke

Doch selbst wenn sich in der subjektiven Wahrnehmung von Eliten und Bevölkerung der Beitrittsländer die Sicherheitslage gebessert haben mag (wenn man von einer polnischen, tschechischen usw. Furcht vor einer Bedrohung durch Rußland ausgeht), ist der Preis hierfür auch unabhängig von eventuellen russischen Reaktionen hoch. Damit ist nicht so sehr gemeint, daß die NATO-Osterweiterung selbstverständlich sehr viel

kosten wird (was wiederum den Rüstungsindustrien der alten NATO-Staaten enorme Profite verspricht), sondern vor allem, daß die Chancen für die Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung mit der Osterweiterung auf absehbare Zeit verspielt sind. Das wird nicht nur Rußland negativ zu spüren bekommen, sondern auch die neuen NATO-Länder und vor allem jene Beitrittskandidaten, die von der NATO abgewiesen wurden (und auf spätere Erweiterungsrunden vertröstet werden). Denn statt einen einheitlichen Raum gleicher Sicherheit für alle zu schaffen, entstehen wieder Zonen unterschiedlicher Sicherheit und neue Spaltungslinien in Europa: Die nicht zum Beitritt eingeladenen, obgleich beitrittswilligen Staaten (wie etwa die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen), müssen sich diskriminiert und in einen Status minderer Sicherheit versetzt vorkommen (schon aus dem schlichten Grund, daß andere das Pri1vileg des Beitritts erhalten, man selber aber nicht) - trotz aller Beteuerungen der NATO-Seite, sie über eine Intensivierung des Programms "Partnerschaft für den Frieden" und die Einrichtung eines euro-atlantischen Kooperationsrates noch näher an die NATO heranzuziehen. Der von den NATO-Offiziellen stets im Zusammenhang mit der Osterweiterung beschworene "Stabilitätstransfer" wird gerade nicht vollzogen, weil einige Staaten ins Bündnis hereingenommen werden, andere aber "draußen" bleiben - und zwar gerade jene, die innen- und außenpolitisch am ehesten mit "Instabilitäten" zu kämpfen haben. Und Rußland muß befürchten, daß eine neue Spaltungslinie durch Europa gezogen wird, daß es als potentieller Gegner ausgegrenzt wird (was innenpolitisch dort nur chauvinistischen Scharfmachern in die Hände arbeitet). Sicherheit wird weiterhin exklusiv, ausgrenzend, organisiert, neue Linien der Konfrontation - nun nach Osten verschoben - werden gezogen.

Dabei kann die NATO keinerlei rational nachvollziehbare Kriterien angeben, nach denen die einen aufgenommen werden und die anderen nicht. Hinter der Aufnahmepolitik steht keine politische Strategie aus einem Guß, kein geschlossenes und in sich schlüssiges Konzept, sondern sie setzt sich zusammen aus einem Gemisch von bornierten geostrategischen Überlegungen, einzelstaatlichen Interessen und zufälliger Beliebigkeit. So entsteht ein bunter Flickenteppich von Einbindungen in und Anbindungen an eine nach Osten expandierte NATO. Gleichwohl läuft das Ganze letztlich im Ergebnis auf Stärkung der NATO hinaus. Und darum vor allem geht es offensichtlich herrschender Politik.

Widersprüche

in der Allianz

Ist also mit der Osterweiterung alles zum Besten der NATO geordnet? Ist die NATO ein monolithischer unbesiegbarer Block auf der Höhe seiner Macht? Es gibt Indizien, die gegen eine solche Sicht sprechen. Der Gipfel in Madrid ist nicht allein ein Gipfel des Triumphes, der sich in der Ankündigung der Aufnahme ehemaliger WVO-Mitglieder ausdrückt. Auf der anderen Seite offenbart der Madrider Gipfel auch Schwächen der NATO. Diese wiederum sind auf innere Widersprüche zurückzuführen, die sich in der neuen Lage nach dem Ende der Blockkonfrontation eher entfalten können, weil das einigende Band des eindeutig identifizierbaren gemeinsamen Gegners abhanden gekommen ist.

Zu denken ist in diesem Zusammenhang zuallererst an den Widerspruch zwischen den USA auf der einen Seite und den großen westeuropäischen NATO-Staaten auf der anderen Seite. Zu Zeiten der Blockkonfrontation und der nuklearen Abschreckung war die Führungsrolle der Nuklearmacht USA im westlichen Bündnis unbestritten; allein die USA konnten den westeuropäischen Verbündeten in der Auseinandersetzung mit der UdSSR und ihrem Lager die als notwendig erachtete militärische - und dies hieß insbesondere: nuklearstrategische - Rückversicherung bieten. Daher mußten sich auch damals schon bestehende Bestrebungen, eine eigenständigere (west)europäische Militärmacht aufzubauen, in Grenzen halten. Das sieht unter den heutigen Bedingungen anders aus. Die Bedeutung von nuklearer Abschreckungsmacht hat sich stark relativiert, der Wegfall der "Bedrohung aus dem Osten" eröffnet (west)europäischer Politik neue Freiräume, um eigene Interessen auch militärisch unabhängig(er) von den USA verfolgen zu können. Herrschende Politik in Westeuropa arbeitet daher zur Zeit mit Nachdruck an der Herausbildung einer - wie es offiziell heißt - "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität". Fernziel ist eine eigenständige Militärgroßmacht EU-Europa. Die Profilierung des rein europäischen Militärpakts WEU (Westeuropäische Union) und die Militarisierung der EU über den Ausbau der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), die künftig immer mehr auch sicherheits- und militärpolitisch ausgestaltet werden soll, sind Schritte auf diesem Weg - ebenso wie die "Stärkung des europäischen Pfeilers" der NATO. Über das konkrete Vorgehen gibt es unter den Westeuropäern noch Differenzen, fest steht aber, daß man die NATO und

damit das Bündnis mit den USA in absehbarer Zukunft nicht zugunsten einer rein europäischen Militärmacht zur Disposition stellen will. Das bedeutet aber auch, daß man zu einer Gratwanderung und zur Kompromißfindung mit den USA gezwungen ist. Einerseits will man soviel militärische und militärpolitische Eigenständigkeit wie möglich, andererseits will man das Bündnis mit den USA aufrecht erhalten. Dem steht auf US-Seite das Interesse gegenüber, zwar den europäischen "Partnern" mehr "Lasten" und "Verantwortung" auf militärischem Gebiet zuschieben zu wollen (um so selber "entlastet" zu werden), also auch eine stärkere "Europäisierung" der NATO gutzuheißen, andererseits aber auch die militärische Führungsrolle im westlichen Lager nicht aufgeben zu wollen.

Diese (west)europäisch-nordamerikanische Interessenkonstellation stellt eine Belastung für den Zusammenhalt der NATO dar und zwingt zu komplizierten Kompromißbildungsprozessen. Wie das aussieht, ist jüngst an der Konstruktion der Combined Joint Task Forces (CJTF) zu studieren gewesen (s. ak 392). Das CJTF-Konzept wird es möglich machen, daß die NATO künftig Militärinterventionen beschließen kann, die rein europäisch, nämlich durch die WEU, geführt werden, wobei sich die Europäer aber aller NATO-Strukturen - inklusive ihrer US-Komponenten - bedienen können. So können die Europäer zum einen "strategische Handlungsfähigkeit" erreichen, d.h. auch ohne US-Beteiligung militärisch in größerem Rahmen "out of area" aktiv werden, zum anderen werden dafür aber keine eigenen neuen europäischen Potentiale und Strukturen aufgebaut, sondern auf solche der NATO zurückgegriffen, was wiederum den USA die Kontrolle ermöglicht.

Streit um Kommandostrukturen

Wie prekär derartige Kompromißbildungen sind zeigt ein anderes in der NATO heiß umstrittenes Thema, nämlich die Reorganisation der Kommandostrukturen. Neben der Beitrittseinladung an die auserwählten osteuropäischen Staaten sollte die Verkündung einer umfassenden Reform der Kommandostruktur der zweite Höhepunkt des Madrider Gipfels werden. Dazu aber wird es wegen des allianzinternen Streits in dieser Frage nun doch nicht kommen. Einig ist man sich in der NATO zwar schon seit langem darüber, daß die noch ganz auf den Ost-West-Konflikt ausgerichtete Kommandostruktur mittlerweile völlig dysfunktional ist und gründlich umgekrempelt werden muß, aber über das Wie gibt es erhebliche Differenzen.

Die Grundzüge der Strukturreform sehen folgendermaßen aus: Statt vier militärischer Führungsebenen soll es künftig nurmehr deren drei geben: die strategische, die regionale und die subregionale. Entsprechend soll die Zahl der NATO-Hauptquartiere von zur Zeit noch 65 auf rund 25 reduziert werden. Ziel ist eine "Verschlankung", die die Kosten senkt und gleichzeitig Wirksamkeit und Flexibilität steigert, insbesondere für Zwecke des "Krisenmanagements", sprich der Militärintervention.

Auf strategischer Ebene soll es nur noch zwei Kommandos geben, das "Strategic Command Atlantic" (SCA) in Norfolk, USA, und das "Strategic Command Europe" in Mons, Belgien. Das SCA soll sich aus drei "Regional Commands" und zwei Hauptquartieren (HQs) mit speziellen Aufgaben zusammensetzen. Das SCE wird zwei Regionalkommandos haben: Nord (Brunssum, Niederlande) und Süd (Neapel, Italien). Das Regionalkommando Nord wiederum wird drei subregionale Kommandos - Joint Subregional Commands (JSRC) haben (Nord, Nordost und Ost) sowie zwei funktional spezialisierte Kommandos, nämlich die Component Commands (CC) Air (Ramstein, BRD) für Luftwaffenaufgaben und CC Nav für Marineaufgaben (Northwood, England). Für das Regionalkommando Süd ist vorgesehen: zwei CCs - Nav und Air - in Neapel sowie bis zu vier JSRCs - Süd (Verona), Südwest (Madrid), Südost (Larissa, Griechenland) und ein weiteres in Izmir, Türkei.

Allerdings gibt es um den südlichen Bereich heftigen Streit. Das ist nicht verwunderlich, weil zum einen die neue Interventionsorientierung der NATO ja gerade die ehemalige "Südflanke" der NATO aus der Ost-West-Konfliktkonstellation nunmehr gewissermaßen zur neuen "Hauptfront" aufwertet, und weil zum anderen im Süden stets interne Konflikte die NATO belastet haben, vor allem der griechisch-türkische Gegensatz. Einigkeit besteht in der NATO über die gestiegene politische und strategische Bedeutung des Südbereichs - wegen der angeblichen "Risiken", die aus dem "islamischen Krisengürtel" (s.o.) erwachsen. Deswegen steht auf dem Madrider Gipfel ja auch die sog. Mittelmeerinitiative der Allianz auf der Tagesordnung. Hierbei geht es darum, ausgewählte Staaten der südlichen Gegenküste des Mittelmeers enger an die NATO heranzuziehen. In diesen "Mittelmeerdialog" sind bisher einbezogen Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien, Tunesien. Doch wer künftig Führungsaufgaben im Südbereich übernimmt, ist zwischen USA und Europäern in der NATO sehr umstritten. Die südeuropäischen NATO-Staaten Frankreich, Spanien,

Italien und Portugal haben im Mai 1996 den Aufbau einer schnellen gemeinsamen Eingreiftruppe für Südeuropa beschlossen (EUROFOR), die am 9. November 1996 in Florenz offiziell gegründet wurde. Damit haben die Europäer signalisiert, künftig militärische Interventionspolitik in der Mittelmeerregion verstärkt in eigener Regie betreiben zu wollen.

Um die Besetzung des Regionalkommandos Süd in Neapel gibt es eine schwerwiegende Kontroverse zwischen den USA und Frankreich (s. ak 395). Frankreich fordert, daß dieses Kommando von einem europäischen (soll heißen: französischen) Offizier geführt wird. Das lehnen die USA strikt ab; sie haben bisher diesen Posten immer besetzt und wollen, daß das auch so bleibt. Dabei argumentieren sie damit, daß in diesem Bereich mit der 6. US-Flotte auch ein Verband operiert, der unbedingt der nationalen Verfügungsgewalt der USA für "Eventualfälle" außerhalb und unabhängig von der NATO vorbehalten bleiben muß. Frankreich hat von der Frage der Reform der Kommandostruktur in seinem Sinne seine vollständige Rückkehr in die militärische Integration der NATO abhängig gemacht. Frankreich hat diese Rückkehr in eine "neue NATO" zwar im Dezember 1995 angekündigt, bis jetzt aber nur sehr partiell realisiert - im Gegensatz zu Spanien, das mittlerweile voll in die militärische Integration der NATO einbezogen ist.

Unterhalb des großen europäisch/französisch-nordamerikanischen Streits gibt es im Südbereich noch weitere Konflikte. Spanien und Portugal streiten sich über die Zuordnung der Zuständigkeit für die Kanarischen Inseln und das Seegebiet zwischen diesen Inseln und dem Festland. Und Griechenland und die Türkei streiten sich selbstverständlich auch. Hier geht es um die Kommandos in Larissa und Izmir. Soll es tatsächlich zwei Kommandos geben oder nur eins - und wo soll dieses dann angesiedelt sein? Das Mißtrauen zwischen den griechischen und türkischen Offiziers"kameraden" sitzt tief, wechselseitig nimmt man sich eher als potentieller militärischer Feind denn als Allianzpartner wahr.

Und schließlich gibt es bei einigen "Partnern" generelle Vorbehalte gegen die gesamte Reform, weil bezweifelt wird, daß die neue Struktur tatsächlich billiger kommt als die alte. Dahinter stehen nicht zuletzt Interessen an Besitzstandswahrung, denn bei einer Reduktion von 65 auf 25 Hauptquartiere geht selbstverständlich auch so manche Pfründe flöten...

Perspektiven

Friedenspolitisch sind solche internen Querelen nur zu begrüßen, sind sie doch gleichbedeutend mit Sand im Getriebe der scheinbar gut geölten Militärmaschinerie NATO. Und so bleibt die kleine Hoffnung, daß auch die Osterweiterung der NATO nicht nur Freude bereiten wird, sondern daß sie sich mit neuen Mitgliedern auch neue Konfliktlinien und neuen Streit ins Haus holt. Auf lange Sicht ist die NATO vielleicht gar nicht so stark wie sie gegenwärtig scheint. Unter antimilitaristischen Gesichtspunkten gibt es jedenfalls keinen Grund zum Verzweifeln. Wenn man mit ganz, ganz langem Atem eine Politik der Auflösung und Zersetzung der NATO verfolgt, so ist das nicht chancenlos. Politisch mindestens ebenso wichtig ist dabei aber, daß man aufpaßt, mit einer solchen Politik nicht objektiv friedenspolitisch kontraproduktive Entwicklungen - Renationalisierung von Sicherheits- und Militärpolitik, Aufbau einer Militärgroßmacht Europa - zu befördern. Die Alternative: gesamteuropäische Friedensordnung und zivile Konfliktbearbeitung muß daher stets mit gedacht, mit propagiert und politisch mit erkämpft werden.

Vielleicht läßt sich als Fazit der Einschätzung des Madrider Gipfels festhalten: Die NATO ist zwar hauptseitig-kurzfristig stark, zeigt aber nebenseitig-langfristig Schwächen, ist insgesamt mithin zu charakterisieren als: Papiertiger. Das macht friedenspolitisch doch Mut, oder?

Vo

6. Neutrales Österreich: Schleichend in die NATO

Bevölkerung zeigt wenig Bündnisbegeisterung - ÖVP schafft Fakten

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:09

"Alpha, Beta, Charly", buchstabieren seit kurzem Soldaten des österreichischen Bundesheeres ihren Funkleitoffizieren die militärischen Meldungen über den Äther. Das alte "Anton, Berta, Caesar" hat ausgedient, seit die NATO-Euphorie sämtliche höheren Kader der Armee erfaßt hat. Auch in Englisch gehaltene Kommandos gehören bereits zum Alltag bei diversen alpenländischen Gefechtsübungen, denen immer öfter US-amerikanische Offiziere beiwohnen. Die NATO ist im Alpen- und Donauland jedenfalls strategisch im Vormarsch.

Hauptagitatoren für einen raschen Beitritt Wiens zum stärksten Militärpakt der Welt sind die Minister im Verteidigungs- und Außenressort, Werner Faßlabend und Wolfgang Schüssel. Die beiden ÖVP-Politiker nützen jede sich bietende Gelegenheit, den Kleinstaat Österreich in die NATO hineinzureklamieren. Schon knapp vor der Volksabstimmung zur EU-Mitgliedschaft im Juni 1994 wurde die Integrationssehnsucht daran deutlich, daß die Notwendigkeit einer militärischen Paktzugehörigkeit proklamiert wurde. Den gleichzeitig eingenommenen Status eines WEU-Beobachters verstand die ÖVP von allem Anfang an als Stärkung der europäischen Flanke der nordatlantischen Allianz. Als dann Außenminister Schüssel Ende Mai 1997 beim NATO-Gipfel im portugiesischen Sintra Österreichs Mitgliedschaft im euro-atlantischen Rat bekanntgab, schien der Bann gebrochen. Die kurz zuvor unterzeichnete Unterordnung Rußlands unter den Osterweiterungsplan des Militärbündnisses ließ die Atlantiker in Wien frohlocken: "Das ist die Geburtsstunde für die neue NATO", kabelte ÖVP-Chef Schüssel an die Presseagenturen und schlußfolgerte daraus: "Österreich muß diese unendliche Chance sehen und darf sie nicht versäumen."

Völlig außer Blickweite ist dabei Österreichs Neutralität geraten. SPÖ-Kanzler Viktor Klima hatte sie anläßlich seiner Regierungserklärung überhaupt vergessen, der Koalitionspartner ÖVP will sie ins "Abstellkammerl der Geschichte" schicken.

Der Neutralität den Garaus gemacht

Seit 1955 war die österreichische Neutralität für mehrere Generationen identitätsbildend. Verfassungsrechtlich verankert und völkerrechtlich bindend, ist sie formell nach wie vor gültig. Und nichts spräche dafür, sich leichtfertig von ihr zu trennen. Denn zweimal bereits in diesem Jahrhundert standen junge Männer aus Wien und den Alpentälern, bewaffnet in den Uniformen der k.u.k-Armee bzw. der Wehrmacht, fern der Heimat im militärischen Einsatz. Der Dienst am jeweils modernen Europagedanken bekam weder der Mehrheit von ihnen noch den anderen europäischen Völkern. Neutralisierung nach schweizerischem Vorbild hieß dementsprechend nach 1955 die logische Antwort.

Doch von allem Anfang an war es eine Neutralität mit Augenzwinkern. Noch vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages ließ der sozialistische Parteiführer Adolf Schärf seinen französischen Genossen Léon Blum im Jahre 1949 brieflich wissen, daß Österreich "die Einordnung in ein größeres politisches und vermutlich auch militärisches System braucht; aber ich glaube", fuhr Schärf fort, "es wäre unmöglich, in einem Zustand der Vier-Mächte-Besatzung etwa öffentlich zu erklären, wir wollen dem Atlantik-Pakt beitreten, wenn wir frei sind." Nun, die Alliierten sind abgezogen, der Ruf nach einer militärischen Integration wurde leiser und verhallte in den 70er Jahren vollständig. Politisch lehnte sich die kleine Republik indes immer enger an das westliche Bündnis, was auch geheimdienstlich seinen Niederschlag fand. Die diesbezügliche Drehscheibe in Europa, das bayerische Pullach, war immer auch für die beiden österreichischen Heeresnachrichtendienste der zentrale Umschlagplatz für Informationen. Am intensiven Datenfluß zur BND-Zentrale beteilig(t)en sich sowohl Berufsagenten des Heeresnachrichtenamtes (HNA) wie auch normale Angehörige des Bundesheeres, die in einer Milizstruktur zusammengefaßt sind. So mancher der 300 hauptamtlichen HNA-Mitarbeiter betrachtet seine Arbeit beim österreichischen Abwehrdienst nur als Zubrot zum eigentlichen Auftraggeber in Pullach, meint der Friedenssprecher der Grünen, Peter Steyrer. Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom schreibt in seinem Buch "Der BND - Die unheimliche Macht im Staate" von über 40 BND-Beschäftigten, die zur

Zeit der Wende 1989 in Wien residiert haben und mit dem österreichischen Partnerdienst HNA, der neckischerweise den Tarnnamen "Chrysantheme" trug, zusammenarbeiteten.

Politisch wurde Österreichs Neutralität zur Zeit der US-amerikanischen Irak-Invasion zu Grabe getragen. Schon im August 1990, im Zuge des US-amerikanischen Truppenaufmarsches, gewährte die Bundesregierung den USA großzügige Überflugsrechte vom süddeutschen Ramstein aus über die österreichischen Alpen in den Süden. Auch sämtliche Panzer, die wenig später 100.000 irakische Soldaten im Wüstensand bei lebendigem Leib verscharren sollten, wurden per Bahn über Innsbruck an die Adria transportiert. Nach Ausbruch des Krieges bestätigte der damalige Außenminister Alois Mock die Genehmigungen, rechtfertigte sie mit "internationaler Solidarität" und kümmerte sich keinen Deut darum, daß spätestens in diesem Moment die Fundamente der Zweiten Republik erschüttert waren. Das neutralitätswidrige Verhalten der Regierung, dem der größere Koalitionspartner, die SPÖ, sonderbarerweise immer skeptisch gegenübergestanden hatte, ohne das Außen- oder das Verteidigungsministerium zu blockieren, wurde weder juristisch noch politisch geahndet.

Der jugoslawische Bürgerkrieg sah dann bereits - neben der verhängnisvollen Anerkennungspolitik - österreichische Interventionen, die bis zur derzeitigen Stationierung einer 150 Mann starken Truppe in Bosnien reichen. Monatlich bis zu 2.000 Militärflugzeuge aus NATO-Staaten kreuzen seither den Himmel über dem neutralen Österreich. Wie lange die Überfluggenehmigungen für die USA, Frankreich und Großbritannien gelten, ist auch mittels parlamentarischer Rückfragen durch die Grünen nicht zu eruieren.

Meinungsstreit im Schatten des Vollzugs

Während das österreichische Territorium - nicht zuletzt wegen der standhaften Weigerung der Schweiz, gleiches zuzulassen - längst zum Aufmarschgebiet für allerlei Interventionstruppen in Richtung Bosnien, Albanien, Sudan, Golf etc. geworden ist, schleppt sich der politische Meinungsstreit über das Für und Wider eines NATO-Beitritts auf parlamentarischer und medialer Ebene dahin. Jörg Haiders Freiheitliche waren die allerersten, die sich militärisch nach Washington und Brüssel orientierten. Ab 1986, anläßlich des Machtwechsels in der FPÖ, drängen die Nationalen auf eine militärische "Westernisierung", seit kurzem sogar durch einen Brigadier des Heeresnachrichtenamtes verstärkt, der als FPÖ-Parlamentsabgeordneter die Oppositionsbank drückt. Der mitregierenden ÖVP, seit je mit einem stark atlantisch denkenden Flügel ausgestattet (1945 hatten hohe ÖVP-Politiker, z.B. der spätere Außenminister Gruber, gar die Teilung des Landes nach deutschem Vorbild ventiliert und Salzburg zur Hauptstadt Westösterreichs ernennen wollen), ist die FPÖ dennoch ein unsicherer Kantonist. Denn dem geübten Populisten Haider wäre es jederzeit zuzutrauen, bei ihm passend erscheinender Gelegenheit die Position zu wechseln und - wie schon vor dem EU-Volksentscheid - das deutschnationale Image mit einem rot-weiß-roten zu übertünchen. Die umfragemäßig erhobene Zustimmung zur Neutralität liegt immer noch bei 70%, und ein NATO-Beitritt hat bei den Wahlberechtigten trotz intensiven Nachfragens bislang nie über 50% Zustimmung erhalten; Haider könnte also versucht sein, irgendwann auch in Teilen des NATO-kritischen Milieus zu punkten.

Am widersprüchlichsten, sieht man von einem möglichen Schwenk Haiders ab, verhalten sich die Sozialdemokraten zur NATO. Ihre Parteigremien äußern sich skeptisch bis ablehnend zur Aufgabe der österreichischen Neutralität, ihr Fraktionssprecher Peter Kostelka meldet sich fast jede Woche mit einem "Njet" zur NATO-Mitgliedschaft. Dem unablässigen Vorpreschen des Koalitionspartners ÖVP wird indes von Seiten der SPÖ-Minister und des Kanzlers, Viktor Klima, wenig entgegengesetzt. Dort lautet die Botschaft: Abwarten, und später beitreten. "Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß sich Österreich in die Reihe der Beitrittskandidaten stellen muß. Wir haben ausreichend Zeit, eine Entscheidung zu treffen." Aussagen wie diese nötigt sich Partei- und Regierungschef Klima ab, wenn alle Mikrophone auf ihn gerichtet sind.

Ähnlich abwartend verhält sich übrigens die größte und einflußreichste Zeitung im Land, die Kronenzeitung. Anders als die journalistischen Meinungsmacher "Standard", "Profil" und "News" greift die "Krone", die - laut Eigendefinition - "dem Volk auf's Maul schaut", bisher auffälligerweise nicht in die Debatte ein. "Standard", "Profil" und "News" loben täglich bzw. wöchentlich den Vorzug der Westorientierung, feiern EU und NATO als Organisationen, die einen Stellungskrieg an der Maginotlinie künftig unmöglich machen, und predigen den oft ungläubigen LeserInnen, daß nur mit voller militärischer Integration in den Nordatlantikpakt der - historisch bislang noch niemals kriegerisch aufgetretene - alpenländische Provinzialismus gebändigt werden könne.

Eine ähnliche mediale Ausgangsposition herrschte auch vor dem Beitritt zur Europäischen Union. Bis die "Kronenzeitung", mit bis zu 1,5 Mio. täglicher Auflage das im Verhältnis zur Einwohnerzahl reichweitenstärkste Blatt der Welt, plötzlich auf Pro-EU-Kurs schwenkte. Damals pfiffen es die Spatzen von den Dächern, daß dafür eine vom damaligen Verkehrsminister Viktor Klima ausgestellte private GSM-Lizenz (für den Betrieb eines Funktelefonnetzes, Partner ist Siemens) sowie die Erteilung einer TV-Lizenz den letzten Ausschlag gaben. In einem mit liberalem Bürgertum nicht besonders reich gesegneten Land wie Österreich laufen Geschäfte schon mal so plump ab. Was allerdings diesmal Österreichs Flaggschiff unter den Boulevard-Blättern von einem Pro-NATO-Kurs überzeugen könnte, ist ungewiß. Die "Krone" besitzt medial schon so gut wie alles.

Institutionell in die NATO

Der 1. Januar 1995 markiert eine unumkehrbare Wende in der österreichischen Außenpolitik. Mit dem formellen Beitritt zur Europäischen Union und dem Beobachterstatus in der militärischen WEU schüttelte das Land auch politisch die Äquidistanz ab, die bis dahin zumindest auf dem Papier zu den beiden militärischen Riesen Washington und Moskau bestanden hatte, und begab sich formell unter das Schutzschild des Westens. Damit wurde auch der im Mai 1955 geschlossene österreichische Staatsvertrag obsolet. Logisch folgte daraus der österreichischerseits offiziell geäußerte Zweifel, daß Rußland die völkerrechtliche Nachfolge der Sowjetunion - als einer von vier Garanten der Staatlichkeit Österreichs - einnehmen würde. Seither geht die militärische Westintegration Schlag auf Schlag. Mit dem Beitritt zum NATO-Vorzimmer "Partnerschaft für den Frieden" hat Wien einen Kooperationsvertrag bis 1998 unterschrieben und sich zudem im Frühjahr 1997 dem "Euro-atlantischen Kooperationsrat", ei-nem politischen Instrument zur Einbindung von Beitrittskandidaten, als Vollmitglied verschrieben. Diese Mitgliedschaft wurde von ÖVP-Außenminister Schüssel ohne Wissen des sozialdemokratischen Koalitionspartners eingegangen, worauf es innerhalb der Koalitio zu Turbulenzen kam. Ein SPÖ-Minister blockierte sogar kurzfristig die Ratifizierung, womit sich allerdings der Protest auch schon erschöpfte.

Einzig die Grünen erheben ihre warnende Stimme gegen solch putschartige Vorgehensweise. Ihr Friedenssprecher, Peter Steyrer, bemängelt auch, daß das Parlament von der Vollmitgliedschaft im euro-atlantischen Rat überhaupt nicht in Kenntnis gesetzt worden war. "Weder der Vertrag mit der NATO noch der WEU-Beobachterstatus wurden im Nationalrat diskutiert", weist Steyrer auf ein strukturelles demokratisches Defizit hin, das - eingedenk der Anti-NATO-Mehrheit in der österreichischen Bevölkerung - sicher kein Zufall ist. Die Regierung rechtfertigt ihr parlamentarisches Schweigen mit dem Argument, daß es sich bei NATO- und WEU-Abkommen um bloße Regierungsvereinbarungen handeln würde, während die grüne Opposition von heimlichen Staatsverträgen spricht, die die Souveränität des Landes betreffen.

Derweil proben die Militärs den Einsatz. Flugzeuge mit österreichischen Elitesoldaten und Kriegsmaterial sind im Sommer 1996 in die USA geflogen, wo sich eine Einheit am Manöver "Cooperative Osprey 96" beteiligte. In North Carolina übten Militärs aus 18 Ländern unter US-Führung den Häuserkampf und andere Methoden militärischer Intervention in Krisengebieten. Parlamentarische Anfragen der Grünen hierzu wurden von Außenminister Schüssel mit dem Hinweis abgeschmettert, er sehe "keinen wie immer gearteten Zusammenhang mit den Bestimmungen des Neutralitätsgesetzes".

Schmackhaft wird das militärische NATO-Abenteuer, an dem sich die österreichischen Soldaten auch anderswo beteiligen, dem Minister durch großzügige Materialspenden aus US-Beständen gemacht, die im Falle einer Mitgliedschaft von Washington in Aussicht gestellt werden. Abfangjäger des Typs F-16 werden dabei genau so versprochen wie billigste Angebote für den Jagdpanzer "Jaguar". Polen, dessen Sozialdemokratie den Kniefall vor der NATO schon hinter sich hat, wird mit 70 Stück gebrauchten F-16 belohnt; allerdings unter der Bedingung, daß die im Land produzierten MIG-Klons vom Markt verschwinden. Die Fabrikschließung wurde bereits angeordnet. Kommentar eines polnischen Generals der alten Schule: Die NATO sei wie ein Drogendealer, zuerst mache sie einen abhängig, später zahle man lebenslang daran.

In Sachen militärischer Westintegration hinter Polen, Tschechien und Ungarn in der zweiten Reihe zu sitzen, das schmerzt die Herren ÖVP-Minister. Deshalb läßt auch der Chef des Verteidigungsressorts nichts unversucht, der NATO den Weg zu ebnen. Kaum mehr ein größeres Manöver des österreichischen Bundesheeres findet ohne US-Generäle statt. Am Tiroler Truppenübungsplatz in den Alpen bei Axams üben Belgier und Franzosen den Krieg in luftigen Höhen; und am größten mitteleuropäischen Übungsgelänge rund

um das Waldviertler Allentsteig - wo einst Hitler über 20 Dörfer zwangsentsiedelt hatte, um seinen Vormarsch in die Ukraine zu proben - geben sich die NATO-Bonzen die Befehlsstäbe in die Hand. Angenehmer Nebeneffekt für die Region im Norden Wiens: die einspurige Eisenbahn zum Übungsgelände wurde anläßlich des EU-Beitritts elektrifiziert, was die örtlichen Bürgermeister mit militärischen Notwendigkeiten begründen. Für die zukünftig heranzuschaffenden NATO-Geräte sind starke Lokomotiven gefragt.

Bezahlt werden all diese Manöver, die die kleine Armee NATO-kompatibel machen sollen, aus dem österreichischen Budget. Zwischen umgerechnet 70 und 130 Mio. DM schätzt der Chefredakteur der "Österreichischen Militärischen Zeitschrift", Oberst Karner, den finanziellen Aufwand, den eine Vollmitgliedschaft im Atlantikpakt jährlich kosten würde. Österreich müßte sein Verteidigungsbudget von derzeit 0,9% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf mindestens 1,8% (wie Belgien) verdoppeln. Die durchschnittlichen militärischen Ausgaben der NATO-Staaten betragen 3,3% des BIP. In Zeiten der Sparpakete ist dies eine triste Botschaft, die dem Stimmvolk nur schwer zu erklären sein wird. Deshalb drängen die Befürworter eines Beitritts auch darauf, die Sache schnell und möglichst ohne Volksentscheid über die Bühne zu bringen. Und gerade dabei will - bis Redaktionsschluß - die Sozialdemokratie nicht mitspielen. Also haben sich die Koalitionsparteien offensichtlich darauf geeinigt, es bis auf weiteres mit einer Mitgliedschaft im euro-atlantischen Rat genug sein zu lassen und ansonsten eine informelle Teilnahme an der NATO zu betreiben, solange zumindest, bis Washington ein Machtwort spricht.

Hannes Hofbauer

7. Stabilität statt Beschäftigungspolitik. Der Amsterdamer EU-Gipfel und die "Rettung des Euro"

Autor: gg. · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:40

Eigentlich sollte das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 16./17. Juni in Amsterdam die institutionellen Weichen für die bevorstehende Osterweiterung der EU stellen. Die Frage der Einstimmigkeit von Entscheidungen sollte geklärt und nebenbei der Stabilitätspakt von Dublin endgültig unter Dach und Fach gebracht werden. Doch dann kam es etwas anders als geplant. Erhebliche Differenzen gab es über den Einfluß der einzelnen Länder in den verschiedenen EU-Institutionen (Größe der Kommission, Gewichtung der Stimmenanteile im Ministerrat). Die ursprünglich vorgesehene Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat wurde nicht beschlossen. In den meisten Fällen bleibt es bei einstimmig zu fassenden Beschlüssen - de facto eine Vetomöglichkeit für einzelne Länder.

Insbesondere die Bundesregierung legte sich bei der EU-Innen- und Rechtspolitik mächtig ins Zeug. Die CSU hatte wenige Tage vor dem Gipfel gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck (SPD) Alarm geschlagen. Ihr Augenmerk lag auf den legal in der EU lebenden Nicht-EU-Staatsangehörigen. Bei freiem Wohnungswechsel sei nicht zu verhindern, daß "zum Beispiel Angehörige ehemaliger Kolonialvölker" durch "unkontrollierte Zuwanderung" versuchen würden, "in den Genuß großzügiger deutscher Sozialleistungen zu kommen", tönte es aus der bayrischen Staatskanzlei. In der Frage der Asylpolitik sei deshalb das Vetorecht "eine nationale Pflicht und ein Stück Selbsterhaltung", erklärte Kohl und setzte diese Linie in Amsterdam auch konsequent um.

Diese nationalistischen und rassistischen Sprüche und Beschlüsse wurden jedoch von der Auseinandersetzung um die Aufnahme von beschäftigungspolitischen Maßnahmen in den Maastricht-II-Vertrag überdeckt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene war zeitweise das dominierende Thema. Auslöser dafür war die neue französische Regierung, die sich wenige Tage nach der Wahl Bedenkzeit ausbat. "Die französischen Sozialisten haben vier Bedingungen für eine europäische Währungsunion gestellt: eine flexiblere Auslegung der Kriterien, eine stärkere Förderung der Beschäftigungspolitik, die Bildung einer Wirtschaftsregierung als Gegengewicht zu einer europäischen Zentralbank und die Aufnahme Italiens in jene Gruppe von EU-Staaten, die den Euro als erste einführen wollen", beschrieb der Leiter der Auslandsredaktion von Le Monde, Daniel Vernet, die Zielsetzung von Jospin und Co. Innerhalb der französischen Regierung und in der PS gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten über das weitere Vorgehen bezüglich einer gemeinsamen EU-Währung, die sich nicht wesentlich von den verschiedenen Positionen innerhalb der bundesdeutschen Sozialdemokratie unterscheiden.

Insbesondere PS und PCF waren im Wahlkampf mit der Parole "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" angetreten. Demgegenüber stand und steht auf europäischer Ebene die Bundesregierung, die sich als knallharte Stabilitätsfanatikerin präsentiert. Der Geldwertstabilität wird alles untergeordnet. Nur ein harter Euro biete die Möglichkeit, in direkte Konkurrenz mit dem Dollar- und dem Yen-Block zu treten, so das Dogma. Aus diesem Grunde wurde von der Bundesregierung vor einem halben Jahr in Dublin der Stabilitätspakt initiiert, der jetzt auf dem Amsterdamer Gipfel verabschiedet wurde.

Die Frage, die die Kommentatoren nunmehr umtreibt, lautet: Wer hat sich durchgesetzt - die reinen Monetaristen unter der Federführung der deutschen Regierung oder die politischen Kräfte, die unter dem Druck der Straße die unsoziale Entwicklung ein wenig abfedern wollen, indem sie eine Stabilitätspolitik mit einigen beschäftigungspolitischen Elementen unterfüttern?

Französisch-deutscher Konflikt

Durch den überraschenden Wahlerfolg des französischen Linksbündnisses und durch den Streit zwischen Bundesregierung und Bundesbank um die Neubewertung der Gold- und Devisenreserven wurde der Eindruck vermittelt, als geriete der vorgesehene Zeitplan zur Einführung des Euro zum 1.1.1999 in Gefahr. Denn der Streit um die Neubewertung machte deutlich, daß die von Finanzminister Theo Waigel zum obersten Konvergenzkriterium erhobene höchstens dreiprozentige Neuverschuldung von der Bundesregierung in diesem Jahr nicht einzuhalten ist. Die neuesten Zahlen der OECD bestätigen diese Vermutung. Da sich Waigel

zum Hüter dieses Wertes aufspielt, kann er kaum die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Abweichungsmöglichkeit ausnutzen. Ein glaubwürdiges Argument für den Ausschluß Italiens aus dem Gründungsverein hat er nur dann, wenn Deutschland seinerseits das Konvergenzkriterium eindeutig erfüllt.

Die Bundesvereinigung der deutschen Industrie (BDI), der Bundesverband der deutschen Banken, die Gewerkschaften und sogar Kräfte aus der FDP stellen die genaue Einhaltung dieses Kriteriums durchaus in Frage. Ihnen geht es vorrangig um eine pünktliche Einführung der Währungsunion. Der Möchtegern-EU-Verhinderer Stoiber lehnt eine solche Auslegung vehement ab: Denn, so seine Argumentation, wenn die Deutschen bei sich 3,2 Prozent durchgehen lassen, nehmen sich die anderen Länder 3,8 Prozent heraus.

Die Aufregung um die Neubewertung der Goldreserven hat sich wieder gelegt (mit neuen Buchungstricks ist zu rechnen), und die wilden Spekulationen um den bevorstehenden Rücktritt von Theo Waigel sind längst wieder verstummt. Die Bundesregierung greift zum bewährten Rezept und versucht, mit einem weiteren Sparpaket die fehlenden Milliarden zur Erfüllung der Konvergenzkriterien zusammenzukratzen - eine Methode, die in dieser Form in Frankreich nicht mehr ohne weiteres möglich ist. Dort existiert eine Kampfbereitschaft, die weitere Sparmaßnahmen nicht mehr ohne größere Verwerfungen möglich erscheinen lassen. Dieser Stimmung wurde im Wahlkampf von den Linkskräften durchaus Rechnung getragen. Schon beim EU-Referendum 1992 war Jospin mit einem "kritischen Ja" aufgetreten. Die Kritik bezog sich damals auf die rein monetäre Ausrichtung und die fehlende wirtschaftspolitische Koordination auf europäischer Ebene. Diese Aspekte spielten auch im Wahlkampf 1997 eine wichtige Rolle. Jospin bezeichnete den Stabilitätspakt als eine "absurde Konzession" an Deutschland, an die er sich nicht gebunden fühle. Doch schon wenige Tage später ging es nicht mehr um die Ablehnung des Stabilitätspaktes, sondern nur noch darum, ihn um beschäftigungspolitische Komponenten zu ergänzen.

Die Regierung Jospin und der Druck der Straße

Es stellt sich die Frage, ob die neue Linksregierung grundlegende Veränderungen an der europäischen Konstruktion durchsetzen oder ob sie nur ihr Gesicht gegenüber den WählerInnen wahren möchte. Klar ist, daß von französischer Seite die soziale Komponente innerhalb der EU gestärkt werden soll, wofür insbesondere die PCF und die Gewerkschaften vehement eintreten. Jospin hat es in Frankreich im Gegensatz zur Situation in der Bundesrepublik mit Gewerkschaften zu tun, die streikbereit und streikfähig sind - und mit Erwerbslosen, die sich nicht kampflos in ihr Schicksal fügen. Dem wurde auf einer Demonstration am 10. Juni - wenige Tage nach dem rosa-rot-grünen Wahlsieg - in Paris mit 60.000 TeilnehmerInnen Nachdruck verliehen. Unter dem Motto "Für ein Europa der Beschäftigung" wurde für mehr Arbeitsplätze und für die Einhaltung der Wahlversprechen demonstriert. Weitere Forderungen auf der Demonstration waren die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes, eine Lockerung des Ausländerrechtes und eine Rücknahme des Beschlusses, das Renault-Werk im belgischen Vilvoorde zu schließen. Daß die französische Regierung mit Schwierigkeiten rechnen kann, falls die Wahlversprechen nicht eingehalten werden, wurde auch auf der Demonstration in Amsterdam am 14. Juni durch den sehr großen französischen Block eindrucksvoll vermittelt.

Angesichts dieser Konstellation mußte sich der Amsterdamer EU-Gipfel entgegen der ursprünglichen Planung verstärkt mit der Frage einer Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene befassen. Die ursprüngliche Position der Bundesregierung, ein Beschäftigungskapitel im Amsterdamer Vertrag strikt abzulehnen, war nicht durchzuhalten, obwohl dies von den Arbeitgeberverbänden, die koordinierende beschäftigungspolitische Maßnahmen als "überflüssig und kontraproduktiv" ansehen, klar und deutlich verlangt wurde. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und die Bundesvereinigung der deutschen Industrie (BDI) befürchten "kostenträchtige Programme mit enormer Ausgabendynamik". Das beliebte deutsche Argument, daß dies insbesondere die BRD als Nettozahler der EU betrifft, muß ebenfalls herhalten. In klare und deutlich nationalistische CSU-Sprache übersetzte dies der Chef der bayrischen Staatskanzlei, Kurt Faltlhauser: "Ich halte es für unvertretbar, daß wir aus Haushaltsgründen in Deutschland die Arbeitslosenhilfe kürzen, aber Milliarden zahlen für Beschäftigungsprogramme im Mezzogiorno oder in Griechenland."

Die Bundesregierung machte deshalb schon sehr frühzeitig deutlich, daß ihre Zustimmung zu einem Beschäftigungskapitel im Maastricht-II-Vertrag nur dann zustande kommen wird, wenn dadurch keine weiteren Kosten entstehen. Diese Sprachregelung wurde auch von sozialdemokratischer Seite unterstützt. Zwar wolle man sich nicht mit "Lippenbekenntnissen" abspeisen lassen, aber "niemand will zusätzliche Finanzmittel",

verkündete DGB-Vize Engelen-Kefer. Eine Umschichtung aus den bestehenden Strukturfonds für beschäftigungswirksame Maßnahmen würde vollkommen ausreichen. Daß dem nicht so ist, dürfte auch Engelen-Kefer bekannt sein. Die Sparideologie sitzt in den Köpfen der DGB-Führung aber so fest, daß - während auf europäischer Ebene verstärkt Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung gefordert werden - der DGB sich maßgeblich auf den stabilen Euro festlegt. Ob das den deutschen Arbeitsplätzen nützt?

Ein Formelkompromiß

Die Suche nach einem Kompromiß zwischen der "monetär-deutschen" und der "sozial-französischen" Position hielt über Tage an. Noch auf dem deutsch-französischen Gipfel in Poitiers, wenige Tage vor Amsterdam, wurde der Eindruck vermittelt, als sei keine Einigung möglich. Die gefundene Lösung läßt es zu, daß alle ihr Gesicht gewahrt sehen. Die Bundesregierung stimmt der Aufnahme eines beschäftigungspolitischen Kapitels in den Amsterdamer Vertrag zu. Zusätzlich zum Stabilitätspakt wurde in Amsterdam eine "Resolution zu Wachstum und Beschäftigung" verabschiedet. Die Resolution hat zwar politisches, aber kein rechtsverbindliches Gewicht. Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird in der Resolution "höchste Priorität" eingeräumt. "Vorrangig" soll die Lösung der Probleme auf nationaler Ebene stattfinden. Für Beschäftigungsprogramme gibt es keine neuen Gelder, lediglich die Darlehensmöglichkeiten der Europäischen Investitionsbank sollen stärker für beschäftigungsfördernde Maßnahmen genutzt werden. Das hat man in den letzten Jahren schon mehr als einmal gehört. Die ausgewählten Zielsektoren sind auch immer die gleichen: Hochtechnologie, Umwelt, Medizin und transeuropäische Verkehrsnetze (gemeint sind Hochgeschwindigkeitsbahnen).

Mit diesem allgemeinen Beschluß (Beschäftigungspolitik ohne neue EU-Gelder) im Rücken erklärte sich die Bundesregierung auch mit der Aufnahme eines beschäftigungspolitischen Kapitels in den Maastricht-II-Vertrag einverstanden. Eventuelle Umschichtungsmaßnahmen aus anderen EU-Töpfen können mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat beschlossen werden.

Es ist offenkundig, daß in Amsterdam der übliche Formelkompromiß gefunden wurde. Das allgemeine Ziel - die Senkung der Arbeitslosigkeit - wurde in den Vertragstext geschrieben. Wie dies vonstatten gehen soll, bleibt unverbindlich im Raume stehen. Klar ist nur: Es darf und wird nichts kosten.

Damit gelang es den Staats- und Regierungschefs, alle Seiten zufrieden zu stellen. Die neue französische Regierung kann darauf verweisen, daß es ihr gelungen ist, soziale Aspekte auf der EU-Ebene zu verankern, die Bundesregierung darauf, daß sie weitere Kosten verhindert habe. Für das Linksbündnis in Frankreich wird es aber spätestens nach dem nächsten Kassensturz zum Treueschwur kommen. Wenn nämlich das Konvergenzkriterium Neustaatsverschuldung um einige Zehntelprozentpunkte über der erlaubten Marge liegen wird, muß sie sich entscheiden: neues Sparprogramm oder zeitliche Verschiebung des Euro? Denn der Stabilitätspakt ist nunmal in Amsterdam verabschiedet worden.

Der Kommentar des Handelsblattes (17.6.) dürfte der Wahrheit nahe kommen: "Die europäische Beschäftigungspolitik ist ... um ein weiteres ... überwiegend verbales Kapitel angereichert worden. Gerettet sind jedenfalls der Stabilitätspakt und der Fahrplan zum Euro."

Ganz anders interpretiert Erhard Weinberger in der Jungle World das Amsterdamer Ergebnis. Er sieht darin eine Niederlage der Bundesregierung, weil es eine Resolution gibt, "die in ihrer Rechtsverbindlichkeit dem Euro-Stabilitätspakt gleichgestellt ist; zum anderen enthält der neue Regierungsvertrag ein ausführliches Beschäftigungskapitel." Damit befindet sich der Autor der "radikal linken, parteilichen wie pluralen Zeitung" in Übereinstimmung mit DGB-Chef Dieter Schulte, SPD-Vize Heidi Wieczorek-Zeul oder IG Chemie-Chef Hubertus Schmoldt, aus deren Sicht die Beschlüsse von Amsterdam in die richtige Richtung gehen. Wesentlich näher an der Realität scheint mir da die ÖTV zu sein, die das Ergebnis zumindest für zu wenig verbindlich hält. Erinnert sei daran, daß es schon seit Jahren das Delors-Weißbuch mit konkreten Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt, das jedoch in der realen EU-Politik geflissentlich ignoriert wurde.

Doch entscheidend wird weniger sein, was auf dem Amsterdamer Gipfel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verabschiedet wurde. Entscheidend wird sein, ob es eine Kampfbereitschaft auf der jeweiligen nationalen wie auf der europäischen Ebene gibt, die den konservativen und sozialdemokratischen Sparprogrammen Widerstand entgegensetzt. Eine Kampfbereitschaft, die internationalistisch orientiert sein muß und nicht den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes an den Verlust des Arbeitsplatzes in einem anderen Land knüpft. Die

französischen Renault-Arbeiter, die für den Erhalt des belgischen Renault-Werkes eintreten, haben es vorgemacht.

Auch die Amsterdamer Demonstration war ein Schritt in die richtige Richtung. Hier fand sich ein bunter Haufen zusammen, dessen Positionen von der radikalen Ablehnung jeglichen Staates - und natürlich erst recht der EU - bis zur Forderung nach Unterstützung eines Arbeitslosenzentrums reichten. Manchen mag das zu wenig sein. Es war aber immerhin ein Ansatz, auf europäischer Ebene der Austeritätspolitik Protest von links entgegenzusetzen.

Die geringe bundesdeutsche Beteiligung, die nationalistische Orientierung der meisten DGB-Gewerkschaften und auch die geringe Beschäftigung der deutschen Linken mit der EU-Frage lassen einen zugegebenermaßen nicht sehr hoffnungsfroh in die Zukunft schauen. Auf der europäischen Regierungsebene und in den politischen Parteien sind bei der weiteren EU-Entwicklung und bei der Durchsetzung weiterer Sparmaßnahmen Brüche sichtbar - Brüche, die ein stärkeres Engagement lohnend erscheinen lassen.

gg.

8. Boulevard of broken dreams. Interview mit Günther Jacob

Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:21

Der Streit um die junge Welt wurde von vielen LeserInnen als Tragödie empfunden, von anderen - vor allem von den RedakteurInnen beider Parteien - als Chance für einen Neubeginn und von etlichen Außenstehenden als Farce auf die Spaltungssucht der Linken.

Leider wird dabei nicht einmal ein Lehrstück übrigbleiben. Nicht nur das Publikum, sondern auch die meisten AutorInnen fanden sich in diesem Stück als Zuschauer wieder. Was ihnen da via Medien und in Gestalt von Chronologien und Texten geboten wurde, ließ zunächst kaum politische Urteile zu. Von beiden Seiten wurde in den ersten Wochen vor allem die moralische Verurteilung der jeweils anderen verlangt. Wo die einen Solidarität mit ihrem Arbeitskampf forderten, klagten die anderen über schlechte Arbeitsbedingungen und verkauften den unkommentierten Abdruck von Agenturmeldungen als selbstlosen Einsatz für die linke Sache.

Also ging es weniger um politische Tendenzen, sondern um die bessere moralische Position?

Vor allem die Rausgeworfenen, zunächst mehr Notgemeinschaft als politischer Zusammenhang, setzten anfangs auf die moralische Empörung des Publikums und gingen dabei äußerst fragwürdige Koalitionen ein.

Koschmieder, der die Besitzverhältnisse und jene LeserInnen, die an linken Zeitungen vor allem das regelmäßige Erscheinen schätzen, auf seiner Seite wußte, konnte sich hingegen ein viel politischeres Auftreten erlauben, ohne wirklich inhaltlich zu werden. Indem er sagte, der ganze Kurs passe ihm nicht, sprach er nicht ohne Erfolg auch etliche Linke an, die auf eine Erhöhung des Gebrauchswerts der Zeitung hofften.

Sie hätten jedoch durch Koschmieders Versprechen, "mehr Marxismus" würde auch die Auflage stabilisieren, mißtrauisch werden müssen. Sie hätten außerdem erkennen können, daß diese Gleichung nur stimmt, wenn man dabei an eine ausgesprochen "volkstümliche" Marxismus-Variante denkt, an jene also, die mit dem (deutschen) "Volk" irgendwie eins sein möchte, ohne dabei seinen politischen Willen kritisieren zu müssen. Sie hätten inzwischen auch bemerken müssen, daß die inhaltliche Kritik an der ehemaligen Redaktion in der jungen Welt bisher nicht präzisiert wurde. Gerade das deutet darauf hin, daß man dort auf die Schwerkraft der "Normalität" setzt und die Anpassung daran lieber stillschweigend und sukzessive ins Blatt einfließen und alle Kritik ins Leere laufen lassen möchte.

Linke, Marxisten zumal, können sich soviel Zurückhaltung überhaupt nicht erlauben. Sie können sich allerdings auch keine temporäre Kooperation mit der taz erlauben. Dies getan zu haben, zählt, zusammen mit der völlig selbstverständlichen Berufung auf den Pluralismus und mit der Darstellung des Konfliktes als Arbeitskampf, zu jenen Aktivitäten der Redaktionsmehrheit, die Koschmieder zeitweise als konsequenten Radikalen erscheinen ließen - obwohl auch von ihm jederzeit ein Bekenntnis zum Pluralismus zu haben ist.

Auf einer Veranstaltung in Hamburg mit Vertretern von der jungen Welt und von Jungle World haben Sie diesen Pluralismusbegriff kritisiert.

In der jungen Welt wurde gefordert, daß man Meinungen, die der eigenen total entgegen stehen, "aushalten" muß, daß man sich in ein endloses Pro & Contra fügt und ewig Lust auf Konsens oder Status quo hat. Und warum? Weil nur so das ökonomische Überleben einer linken Tageszeitung möglich sei. Die Gegenfrage, ob denn der Linken eine Zeitung nützt, die ökonomisch auf ein ewiges Unentschieden festgelegt ist, wird nicht gestellt.

Selbst Linke, die gegen die Wechsel der Mode, der Musik und der Lebensstile völlig immun sind, geben sich längst als Anhänger eines lässigen Pluralismus und einer allgemeinen ästhetischen Aufheiterung. Im Diskurs der Postmoderne steht Pluralismus für das Fehlen einer universell bindenden Autorität, für die Nivellierung von Hierarchien und für interpretative Polivalenz. Doch dieser lässige Pluralismus kollidiert immer noch mit dem Pluralismus gegensätzlicher Interessen, weshalb dieser Lesart eine spezifische Indifferenz eingeschrieben ist.

Die Forderung nach "Pluralismus" bzw. "pluralistischem Marxismus" richtete sich in der Linken zunächst gegen den kanonisierten Marxismus-Leninismus. Das ist allerdings lange her, war damals schon falsch und ist heute

schon lange nicht mehr originell. Auch der Pluralismus ist heute Plural geworden. Man könnte z.B. folgende Varianten unterscheiden:

- Den philosophischen Pluralismus, ein Standpunkt, nach dem die Welt nicht auf ein einziges Prinzip zurückzuführen ist wie beim Monismus, sondern als Vielheit aufgefaßt wird. Das ist geschenkt.

- Pluralismus aus Not, auch friedliche Koexistenz genannt: Alle Seiten sind gleich stark, weshalb ihnen nichts übrig bleibt, als sich zum Pluralismus zu bekennen. Reine Taktik. Völlig unglaubwürdig. Sowie sich die Lage ändert, ist es aus mit diesem Pluralismus. Siehe junge Welt.

- Geschäftlicher Pluralismus: Ein anderes Wort für Zielgruppenmarketing. Jede Gruppe bekommt ihre eigene Rubrik und wird dort bevorzugt bedient. Der Satz: "Wir müssen auch an den Feminismus denken" bedeutet dann: "Ein bißchen Wirbel um Feminismus bringt 1.000 zusätzliche Abos."

- Postmoderner Pluralismus: Der funktioniert wie eine Tonband-Cassette, die immer wieder überschrieben wird. Ein Artikel wird vom nächsten überspielt. Die Positionen werden aneinander relativiert und dadurch nivelliert. Das ergibt eine lustige bewegungslose Bewegung, eine schöne Talk Show, die jede theoretische oder politische Anstrengung zunichte macht und schließlich denen Oberwasser gibt, die nichts zu sagen haben, das aber anspruchsvoll ausdrücken können. Dieser Trend zum bloßen Meinen beherrscht heute die meisten linken Blätter.

- Antipluralistischer Pluralismus, auch "Verbindliche Empfehlung" genannt: Ausgehend von dem nicht zu leugnenden Tatbestand, daß "links" heute alles mögliche bedeuten kann, geht es darum, einen verbindlichen Diskurs zu organisieren und das Feld der Gemeinsamkeiten zu vergrößern. Man möchte 1998 weiter sein als 1997. Erkenntnisse, die gemeinsam erreicht werden, werden festgehalten. Wer sie wieder umwerfen möchte, muß gute Argumente vorbringen und sich auf die bisherigen beziehen. In der jungen Welt bislang eine unbekannte Variante von Pluralismus.

Die politische Linke ist durch ihren politischen Willen definiert. Dadurch unterscheidet sie sich von der Kulturlinken, die durch Jobs, Werbeeinnahmen und Status zusammen gehalten wird. In der Spaltung zeigt sich in bestimmten Situationen die Souveränität der Linken: Ihr Kriterium ist nicht, ob der Laden irgendwie gut läuft, sondern wohin er läuft. Ist die Richtung falsch, so ist es okay, ihn, wenn anderes nicht geht, in die Luft zu sprengen.

Bei dem Dogma von der linkspluralistischen Zeitung handelt es sich entweder um Ideologie oder um Berechnung. Denn die Zensur liegt immer in der Struktur des Feldes. Sie liegt zum Beispiel bereits in der Entscheidung für eine Tageszeitung, wodurch bestimmte Textsorten ausgegrenzt und ein bestimmter Wirklichkeitsbegriff privilegiert werden.

Wenn Linke eine Zeitung machen, erwartet man eher, daß sie das Blatt nutzen, um ihren politischen Willen publik zu machen, für ihre politischen Ziele zu werben. Warum meinen Sie, daß das bei der jungen Welt anders gewesen sein soll?

Die Zeitung und die Arbeitsplätze waren schon da, bevor man wußte, was man damit anfangen wollte. Wäre die junge Welt als Nebenprodukt der "Wiedervereinigung" nicht einfach da gewesen - niemand wäre auf die Idee verfallen, eine linke Tageszeitung zu gründen.

So gesehen haftete der jungen Welt immer schon der Charme eines gewissen Glücksrittertums an. Die Unentschiedenheit und die programmatischen Defizite des Blattes waren sozusagen Geschäftsgrundlage. Das Kriterium, in dessen Namen bis zum jetzigen Bruch alle internen Differenzen in der Schwebe gehalten wurden, war die Auflagenhöhe. Die Pflicht zum Kundendienst galt als das einzige Dogma, das nicht Frage gestellt werden durfte. Ob es um die Antifa-Seite ging oder um das Ladenschlußgesetz - am Ende kam es darauf an, daß alle anvisierten Zielgruppen berücksichtigt wurden.

Von außen war es jedenfalls häufig ununterscheidbar, ob hinter einer Position eine Überzeugung oder ein Kalkül stand. Auch die AutorInnen konnten sich nie sicher sein, ob ihre Texte gedruckt wurden, weil man am Treptower Park ihr Anliegen teilte, oder ob sie nur publiziert wurden, weil sie ein bestimmtes Publikumssegment bedienen sollten. Vor allem jenen Kommentaren und Glossen, die als "Provokation"

konzipiert waren, war leicht anzusehen, daß sie mit der Marketingabteilung abgesprochen waren und den Segen des Geschäftsführers hatten.

Eine Tageszeitung ist allerdings aus ökonomischen Gründen auf mehr Leser angewiesen als eine Wochen- oder Monatsschrift. Die AutorInnen und RedakteurInnen stehen außerdem unter einem ganz anderen Zeitdruck als die MitarbeiterInnen anderer Periodika.

Dadurch daß man sich unreflektiert auf das Tagesgeschäft einließ, wurde der altbekannte Standpunktmarxismus - etwas Lenin, etwas VWL und etwas dpa - , wieder aktiviert. Ohne eine gewisse Trefferquote bestreiten zu wollen, bleibt doch die Tatsache, daß die politischen Orientierungen dabei dem theoretischen Denken immer vorausgehen. Die entsprechenden Theorien sind an das, was sie "zeigen" sollen, überhaupt nicht gebunden, weil sie einen schon vorher fertigen "Standpunkt" nur illustrieren sollen.

Für Tageskommentare reicht heute die theoretische Basis nicht. Wenn man trotzdem eine Tageszeitung macht, sollte man das wissen, um möglichst wenig wilde Spekulationen zu betreiben. Das war aber nicht der Gestus der jungen Welt.

Das ist eine ziemlich vernichtende Kritik. Hatte die junge Welt Ihrer Meinung nach gar keinen Gebrauchswert für die Linke?

Was die junge Welt oft rettete, war das Feuilleton. Im Feuilleton ist das Meinen und wilde Assoziieren sozusagen legitim. Anders als im Polit-Teil muß es dort nicht als Analyse ausgegeben werden.

Für Linke, die schon etwas länger dabei sind, war der Gebrauchswert der jungen Welt aber eher gering. Viele Linke haben die Zeitung nur kurze Zeit gelesen. Sie haben gelernt, die bürgerliche Presse, inklusive taz, gegen den Strich zu lesen, diverse linke Zeitschriften nach brauchbaren Texten abzusuchen und ansonsten lieber in neue Bücher zu schauen.

Man muß nicht jeden Tag eine linke Zeitung lesen, um sich ein Welt-Bild zu machen. Zumal wenn man weiß, was die Linke alles nicht weiß und aus welchen Zutaten die schnell hingeschriebenen Tageskommentare nur sein können.

Sicher hatte die junge Welt trotzdem für viele Leute einen gewissen Nutzen. Die Pointe an der jungen Welt war, daß sie, weil sie einfach da war, auch vollgeschrieben wurde. Dabei kam neben der ganzen "Dummheit" der Linken auch ihre "Klugheit" zum Vorschein.

Die junge Welt produzierte im Vierteljahr 1.200 Seiten, also ein Vielfaches der üblichen Monats- oder Vierteljahreszeitschriften. Was ihren Textbedarf betraf, war sie ein regelrechter Staubsauger. Dieser gewaltige Bedarf an Input reduzierte die Konkurrenz zwischen den Autoren weitgehend. Es war Platz für alle da. Das eröffnete Leuten den Zugang, denen andere Blätter verschlossen sind, weil dort eine feste Klientel ihre Plätze verteidigt. In der jungen Welt kamen Leute zu Wort, von denen man bisher noch nie gehörte hatte, die vielleicht irgendwo isoliert sitzen und sich mit einem Thema beschäftigen. Die Redaktion hat aus diesem Input oft sehr interessante Ausgaben gestrickt.

Die junge Welt hat (vor der Spaltung) außerdem einen interessanten Subtext produziert: Das billig gemachte, dünne Blatt stand praktisch quer zum Trend zu smarten Vierteljahresmagazinen mit hübschen Bildchen, neuester Layout-Technik und mehr symbolischem Mehrwert als Inhalt. Die junge Welt war dagegen Trash im guten Sinn. Sie denunzierte die eitle Wichtigtuerei mancher Zeitschrift, weil sie immer alles schon abgehandelt hatte, was andere erst noch zu ihrem besonderen Profil ausbauen wollten. Das tägliche Flugblatt junge Welt war in Kneipen zu finden, wurde in Betrieben gelesen, zirkulierte an Schulen, lag auf Uni-Mensatischen herum und wurde von allen möglichen Leuten gelesen. Es ist schwer zu sagen, was diese unerwartete Vernetzung diverser Welten bewirkte.

Trotzdem bleibt die Frage, warum man in diesen Textmengen täglich nach den Perlen suchen sollte. Hatte die jungen Welt überhaupt eine Chance, besser zu werden?

Die einzige Umstrukturierung, die das Blatt ökonomisch ausgehalten hätte, hätte wohl darin bestanden, noch mehr Zielgruppen zu definieren. Aber diese Zerteilung der Protestsphären in Antifa, Gentechnik, Feminismus, Betrieb etc. kopiert nur die Aufsplitterung der Bedürfnissphären im Privaten. Die Maßstäbe linker Politik sind

seit den 80ern gegenüber den Maßstäben privater Selbstfindung nicht mehr konkurrenzfähig. Der Trend zur "SzeneN-Zeitung" war dem Projekt daher tatsächlich immanent.

Wenn die junge Welt beim gegebenen Zustand der Linken die Auflage halten und als linke Tageszeitung ökonomisch überleben wollte, mußte sie das Austragung von Differenzen geradezu verhindern und die Segmentierung der Protestsphären sogar affirmieren. Die junge Welt war ökonomisch tatsächlich auf ein ewiges Unentschieden festgelegt.

Gab es in der junge Welt-Redaktion überhaupt Bemühungen, etwas anderes als solchen Pluralismus zu produzieren?

Die Frage, ob die Linke überhaupt eine Tageszeitung braucht, ob sie überhaupt über den theoretischen Rahmen und die analytischen Voraussetzungen für die Einmischung ins Tagesgeschehen verfügt, wurde nicht gestellt. Und diese Konstellation produzierte spezifische Fragwürdigkeiten: Die Illusion des schnellen Eingreifens und den dazugehörigen "Macher"-Typus; eine Neigung zum strategischen Spekulieren, d.h. Ableitung von aktuellen Ereignissen aus der "Einschätzung" der Weltlage bzw. den "Hauptwidersprüchen"; ein bündnispolitisches Zielgruppenmarketing; gängige Vorstellungen von investigativem Journalismus; eine Tendenz zur Verwandlung von Politik in Unterhaltung - die Suche nach "weichen" Themen - und die unreflektierte Reproduktion bürgerlicher Kategorien.

Die Angleichung an das Gegebene läuft immer über den Zwang zur erhöhten Attraktivität. Und Attraktivität wird durch Maßnahmen erreicht, die häufig genau die "Utopien" unterminieren, um die es linken Zeitungen gehen sollte. Jede Frage nach der Story ist eine nach der Verkäuflichkeit und zudem eine Mißachtung des Gegenstandes.

Jetzt gibt es zwei Zeitschriften, und das Interesse verlagert sich auf die Frage, wohin es die beiden Zeitungen ziehen oder treiben wird.

Was die junge Welt betrifft, so ist diese Frage bereits durch die Zusammensetzung ihrer Mannschaft beantwortet. Koschmieder, der mehr Geschäftsführer als Politiker und Journalist ist, wollte, indem er Holger Becker neben Klaus Behnken zum zweiten, gleichberechtigten Chefredakteur zu machen versuchte, zunächst "nur" die Gewichte in der Redaktion in Richtung "Volksnähe" verschieben. Mit dem massiven Einspruch der Redaktionsmehrheit, hatte er nicht gerechnet. Er hat mehr Opportunismus erwartet und darauf gesetzt, daß die meisten im Zweifelsfall an ihren Jobs hängen. Nicht einmal alle Besetzer hatten diesen Zusammenhalt erwartet.

Die Dynamik der jungen Welt funktioniert inzwischen meines Erachtens ganz unabhängig davon, was Koschmieder vor der Spaltung für den verkaufsfördernsten Mix hielt. Es hätte ja durchaus sein können, daß die junge Welt, und sei es aus geschäftlichem Kalkül, noch eine halbwegs lesbare Zeitung bleibt. Seit ich weiß, daß Holger Becker inoffiziell-offizieller neuer Chefredakteur ist, habe ich diese Erwartung verworfen. Die Redakteure, die jetzt das Sagen haben, gehören zu jenen "Klassenkampf"-Revisionisten, die endlich Schluß machen wollen mit dem ganzen Differenzierungsgequatsche, mit "Nebenwidersprüchen", "Hedonismus" und allem, was ihnen schon immer nicht gepaßt hat.

Sie werden jedoch jederzeit alle Register politischer und kultureller "Bündnispolitik" ziehen, um der gefürchteten Isolation zu entgehen. Wir werden also viele Komplimente an die deutsche Einheitsgewerkschaft zu hören bekommen, man wird über die Machenschaften der Stasi lesen und davon, daß die in Bonn kein Herz für den Osten haben, ja sogar, daß die "Toten Hosen" eine gute Band sind.

Und was wird aus der Jungle World werden? Ist da nicht ebenfalls Skepsis angebracht?

Ihre Warnungen vor "orthodoxen Kommunisten" während der turbulenten Wochen und ihre Selbstdarstellung als Verteidiger von Pluralismus und Demokratie spekulierte auf eine fragwürdige Zustimmung. Abgesehen davon, daß die heutigen junge Welt-Macher vom Standpunkt eines "orthodoxen" Marxismus eher als Revisionisten einzustufen wären, bediente man auf diese Weise nur die Ressentiments des Bürgerpublikums. Für fragwürdig halte ich auch ihre Darstellung des Konfliktes als "Arbeitskampf". In Jungle World heißt es: "Deshalb ist der jetzt ausgebrochene Konflikt im Kern kein politischer, sondern ein arbeits- und eigentumsrechtlicher."

Bei politischen Jobs muß man wissen, daß Linienänderungen den Job gefährden. Zudem standen viele dieser Arbeitsplätze erst durch die Entlassung der politisch indifferenten Ostredakteure zur Verfügung, was damals auch niemanden interessierte.

Als Marxist stört mich, wenn Linke sich an eine "Öffentlichkeit" wenden, um dort notwendige Linienkämpfe, die eben nicht alle im Konsens enden, in Verruf zu bringen, und wenn sie das auch noch mit der Frage vermischen, wovon RedakteurInnen ihre Miete bezahlen.

Überrascht hat mich auch der unbefangene Umgang der Mehrheit mit Begriffen wie "pseudodemokratisch" oder "undemokratisch". Wie alle Radikaldemokraten spielen sie das demokratische Ideal gegen seine schlechte Wirklichkeit aus, wollen, wie Marx sagt, "den idealen Ausdruck selbst wieder realisieren." Man glaubt offenbar, das der Politikform "Demokratie" zugrundliegende gesellschaftliche (Wert-)Verhältnis könne noch radikalisiert werden. Besondere Skepsis verdient auch das linkspluralistische Lob der "wilden Mischung" der bisherigen jungen Welt. Die alte Redaktion habe "zusammengebracht, was nicht zusammengehört". War das wirklich das ganze Programm? Und soll es das von Jungle World werden?

Das hört sich an, als würde die Jungle World eine auf Feuilleton, Themenseite und Kommentare beschränkte Variante der jungen Welt.

Tatsächlich hat sich die Situation inzwischen verändert. Während in den ersten Tagen Dietmar Koschmieder der einzige zu sein schien, der klar und deutlich sagte, daß er etwas anderes will als den täglichen Kompromiß, kommen inzwischen die politisch-inhaltlichen Aussagen fast nur noch von der Jungle-World-Redaktion.

Sie sieht sich nun gezwungen, sich vom inhaltsleeren Pluralismus abzugrenzen, die neue Zeitung politisch zu definieren und ihr ein erkennbares Profil zu geben. Was bisher von dieser Seite gegen linken Nationalismus und linke Homophobie geschrieben wurde, zeigt ohnehin schon, wo die politisch relevanteren Kräfte gelandet sind. Es ist auch keine Frage, daß Jungle World im Vergleich zur jetzigen jungen Welt die bessere linke Zeitung ist. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit, daß daraus ein "Freitag für junge Linke" wird und griffige Slogans wie z.B. "destruktiv, zersetzend, ätzend und antinational", erneut als Platzhalter für inhaltliche Bestimmungen eingesetzt werden.

Das alte Konzept und die "bewährten" Stilgesten sind bislang noch undiskutiert und könnten daher pragmatisch in Jungle World fortleben. Ich bin gespannt, ob die Redaktion ihr Konzept zur Diskussion stellt. Auf jeden Fall wäre eine gute linke Wochenzeitung dem Stand der Linken wohl angemessener als eine Tageszeitung. Den meisten Gedanken zur Lage kann es nur gut tun, wenn sie eine Woche reifen können.

Paragraph 218:

Bayerisches Sondergesetz vorläufig gestoppt

Allen Protesten zum Trotz hatte die CSU im Bayerischen Landtag am 31. Juli 1996 zwei Sondergesetze verabschiedet, die Schwangerschaftsabbrüche in Bayern wesentlich erschweren sollten. Das bayerische Beratungsgesetz unterwirft die Beratungsstellen einer Vielzahl von Auflagen und erlaubt das Ausstellen der Beratungsbescheinigung nur dann, wenn die betroffene Frau die Gründe für den Schwangerschaftsabbruch nennt. Das "Schwangerenhilfeergänzungsgesetz" sollte zum 1. Juli 1997 in Kraft treten und zielte auf die Reglementierung der ÄrztInnen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Danach müßten sich die ÄrztInnen strengen Kontrollen durch amtliche Stellen unterziehen, benötigten die gynäkologische Facharztausbildung und dürften nur 25 Prozent ihrer Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen beziehen. Dieses Gesetz richtete sich vor allem gegen zwei Ärzte, die in ambulanten Praxen mehr als die Hälfte aller Abbrüche in Bayern durchführen. Diese beiden Ärzte hatten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht und eine einstweilige Verfügung gegen das Inkrafttreten des "Schwangerenhilfeergänzungsgesetz" beantragt. Fünf weitere Ärzte hatten sich der Klage angeschlossen.

Am 24. Juni 1997 hat der erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes die wesentlichen Bestimmungen des "Schwangerenhilfeergänzungsgesetzes" vorläufig außer Kraft gesetzt. So dürfen ÄrztInnen, die vor dem 9. August 1996 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt haben, dies auch weiterhin tun, vorausgesetzt sie stellen bis 31. Juli einen entsprechenden Antrag. Wer 1996 mehr als 25 Prozent der Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen bezogen hat, kann dies auch weiterhin. Für alle neu hinzukommenden ÄrztInnen gilt allerdings das bayerische Sondergesetz. Diese Regelung gilt zunächst für sechs Monate, kann aber

verlängert werden bis im Hauptsache-Verfahren über das Gesetz entschieden wird. Begründet hat das Bundesverfassungsgericht diese Entscheidung mit dem Sicherstellungsauftrag im Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1993. Danach müsse der Gesetzgeber sicherstellen, daß Frauen wohnortnah ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen vorfinden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Dies solle dazu dienen, daß abtreibungswillige Frauen ihre Entscheidung noch einmal überdenken können, und daß gesundheitliche Risiken durch längere Reisen vermindert werden. (SZ, 25.6.97)

Diese Begründung ist die eigentliche Niederlage der Bayerischen Staatsregierung. Denn die bayerischen Frauen waren die einzigen, die wirklich von den 1995 in Kraft getretenen neuen Paragraphen 218 ff profitiert haben und nicht mehr in andere Bundesländer fahren mußten, um einen Schwangerschaftsabbruch zu bekommen. In den Statistiken war die sprunghaft angestiegene Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern deutlich erkennbar (1996: 12.482 Abbrüche in Bayern; SZ, 30.5.1997) Dies sollte durch die bayerischen Sondergesetze wieder revidiert werden.

Bereits in der mündlichen Verhandlung vor dem Verfassungsgericht wurde Ministerin Stamm eingehend zum Sicherstellungsantrag befragt und mußte erklären, bis dato lägen nur 14 Anträge auf Erlaubnis zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch vor. Die Bayerische Staatsregierung versuchte noch mit einer Reihe - für CSU-Verhältnisse - ungewöhnlicher Zugeständnisse zu retten, was zu retten ist: Zunächst sagte sie den beiden klagenden Ärzten Schadensersatzzahlungen zu, falls Teile des Gesetzes für verfassungswidrig erklärt werden sollten, dann wurde die 25-Prozent-Regelung zur Disposition gestellt. Der Prozeßbevolllmächtigte der Bayerischen Staatsregierung, Lerche, hielt es nun für "vorstellbar", daß die 25-Prozent-Regelung 1997 gar nicht angewandt werde, 1998 "eventuell" bei 75 Prozent und 1999 bei 50 Prozent liege. (SZ, 30.5.1997) Schließlich versuchte es Ministerin Stamm noch mit einer Blitzaktion. In einem anonymisierten Fragebogen an alle Ärzte, die in der Vergangenheit Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen hatten, sollten diese ankreuzen, ob und gegebenenfalls wann sie den Antrag auf Erlaubnis zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen stellen wollten und wieviele Abbrüche sie durchführen könnten. (SZ, 12.6.97)

Genutzt haben diese hektischen Aktivitäten der CSU bisher nicht. Der jetzige Stopp des "Schwangerenhilfeergänzungsgesetzes" kann als Hinweis darauf gewertet werden, daß das Bundesverfassungsgericht auch in der endgültigen Entscheidung, die im nächsten Frühjahr zu erwarten ist, das bayerische Sondergesetz in wesentlichen Punkten für verfassungswidrig erklärt. Die einzige Chance der CSU besteht tatsächlich darin, landauf und landab für Abtreibung zu werben und genügend ÄrztInnen zu finden, die zu CSU-Bedingungen bereit sind, Anträge auf Erlaubnis zum Schwangerschaftsabbruch zu stellen.

Gy/KB Nürnberg

9. EU-Gipfel in Amsterdam: Tagebuch aus einer belagerten Stadt

Autor: H., Amsterdam · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:38

Die unsichtbaren Vorbereitungen begannen schon Anfang des Jahres. In den Gebieten der Stadt, die später zu Sicherheitszonen erklärt wurden, liefen b. von Tür zu Tür. Sie verlangten Auskünfte über die BewohnerInnen. Wer sie sind, wieviele, was sie tun, etc. Viele BewohnerInnen von Amsterdam wohnen unter falscher Adresse oder unangemeldet, viele sind ImmigrantInnen oder Flüchtlinge. Die b. versprachen, die Informationen sofort nach dem EU-Gipfel (Eurotop) zu vernichten. Sie behaupteten, bei ihren Nachforschungen nicht viele Illegalisierte angetroffen zu haben. Bei den Befragungen wurde Druck ausgeübt. Wer keine Auskunft geben wollte, dessen/deren NachbarInnen wurden befragt.

Ungefähr sieben besetzte Häuser wurden vor dem Top geräumt. Damit die Stadt noch schöner werde, wurden Mitte Juni die Brücken der Innenstadt mit Europaflaggen verziert. Sie wurden schnell zum begehrten Souvenir. Zwei Besetzungscafes boten umsonst Bier im Tausch gegen das Euro-Tuch. Der Stadt wurde das zu teuer. Die Flaggen wurden vorerst abgehängt.

Freitag, 6. Juni 1997

Die sichtbaren Vorbereitungen beginnen. Die Niederländische Bank wird Haupttagungsort der Mächtigen sein. Dort entsteht auch das Pressedorf. Unmengen von Zäunen werden angekarrt. Die Umgebung der Bank gleicht einer Festung.

Mittwoch, 11. Juni

In der Volkskrant erscheint ein "Angstartikel" über ausländische Chaoten, die friedliche Demonstrationen "radikalisieren" wollen. Suspekt sind vor allem die Deutschen. Die Polizei kündigt an, gegebenenfalls DemonstrantInnen zur Grenze zurückzuschicken, sprich abzuschieben.

Donnerstag, 12. Juni

Am Rande der Innenstadt werden Teile eines großen Gebäudes besetzt. Nun gibt es genügend Schlafplätze für mehrere hundert Menschen, die zu den Protestaktionen gegen den Eurotop nach Amsterdam kommen.

Die verschiedenen Gegentops beginnen. United organisiert eine Informationskonferenz gegen Rassismus. Das Project Migratie befaßt sich mehrere Tage lang mit den Belangen von MigrantInnen in Europa. Im Top van Onderop (Gipfel von unten) stehen folgende Themen auf der Tagesordnung: wirtschaftliche Folgen der EU für Frauen, Transportvernetzung, Umweltgesetzgebung, Kernenergie, Steuerreformen, Gentechnologie, etc.

Abends besuche ich die United-Konferenz im Artis Partyzentrum. Vom offenen Podium aus stellen sich verschiedene antirassistische Gruppen vor. Der Sprecher einer MigrantInnengruppe aus Großbritannien fordert "uns Schwarze" auf, sich für "unser Wahlrecht" einzusetzen. Ich schaue mich um: die meisten TeilnehmerInnen sind weiß. Von den wenigen Schwarzen, die im Saal sitzen, entpuppt sich die Hälfte als Träger des Kulturprogramms: Trommelmusik und African Dance Workshop.

Freitag, 13. Juni

Abends treffen sich auf dem Nieuwe Markt circa 100 Punks. Laut Presseberichten versuchen sie, zur Niederländischen Bank vorzudringen. Die b. schlagen wahllos auf sie ein. 14 werden festgenommen.

In der Nacht zum Samstag tritt die Notverordnung in Kraft: In den Sicherheitszonen (große Teile der Innenstadt) ist der Verkehr auf Straßen und Wasserwegen größtenteils verboten. Das Parken von Fahrrädern und Autos ist nicht erlaubt. Auf die erste Frage der b. hin muß der Ausweis gezeigt werden. BewohnerInnen der total gesperrten Gebiete erhalten Passierscheine. Die b. dürfen Fahrzeuge und Taschen durchsuchen. Weil Bauern bei EU-Gipfeln so gerne mit Tomaten schmeißen, ist es verboten, mit Landmaschinen in die Stadt zu kommen. Es gilt Demonstrationsverbot.

Laut offiziellen Angaben sind 5000 b. im Einsatz. 1.400 sind auf einem Luxuskreuzschiff im Hafen von Amsterdam untergebracht. Die b. verfügen über ein U-Boot, um die Grachten nach Bomben abzusuchen.

Samstag, 14. Juni

Demo gegen Arbeitslosigkeit. Feministinnen, Punks, GewerkschafterInnen, Obdachlose, Studis, Autonome, Arbeitslose und Familien sitzen, laufen, radeln stehen und fahren durcheinander. 50.000 Menschen aus allen Teilen Europas sind hier zusammengekommen. Unmengen von Transpis fordern in den verschiedensten Sprachen soziale Gerechtigkeit. 3.000-4.000 ItalienerInnen sollen noch kommen. Sie haben in Mailand einen Zug besetzt und gefordert, nach Amsterdam gefahren zu werden. Die italienische Regierung hat nach langen Verhandlungen eingewilligt. Doch jetzt werden sie irgendwo festgehalten.

Schließlich setzt sich die Demo in Bewegung. Ein endloses Durcheinander, grob nach Ländern geordnet. Einen international gemischten autonomen Haufen gibt es auch. Ketten werden nicht gebildet. Die b. reiten oder fahren mitten in der Demo mit. Das ist hier so üblich. Niemand macht den Versuch, sie rauszudrängen. Die neu gehißten Europaflaggen werden mit freudigem Gejohle von den Brücken gestürzt.

Am Weteringscircuit geht es links zur Niederländischen Bank, die offizielle Route führt nach rechts. Der autonome Haufen will nach links. Aber es gibt keinen Plan, keine Organisation, die Menschen mogeln sich sozusagen einzeln nach vorne. Die b. rücken vor, der Haufen ist auf dem Abzug. Das ist egal. Die Wannen fahren wie wahnsinnig in die Menge. Zur Bank sind wir nicht durchgekommen, wir laufen weiter mit den anderen mit. Dafür wird am Leidseplein eine andere Bank entglast.

Den nächsten "Zwischenfall" gibt es kurz vor dem b.-Hauptquartier. Wie zufällig steht da eine Wanne und kein b. weit und breit. Sie wird umgeschmissen und plattgemacht. Zwei Minuten später sind die b. da. Wieder schlagen sie brutal auf die DemonstrantInnen ein. Wer provoziert hier wen? AnwohnerInnen unterstützen die Demonstrierenden. Die vorübergehend zersprengte Demo findet sich auf dem Weg zum Dam wieder zusammen.

200 ItalienerInnen sitzen immer noch im Zug am Hauptbahnhof fest. Weil alle 3.000 ihre Fahrkarten nicht bezahlt haben? Weil sie den Zug demolierten, sagen b. und Presse. Weil sie in Amsterdam unerwünscht sind. Das ist Europa: Das Gleis ist völlig abgeriegelt. Kein direkter Kontakt ist zu den seit Stunden ohne Nahrung, ohne Getränke, ohne Klos Eingesperrten möglich. Ungefähr 400 Menschen stehen vor dem Seiteneingang und fordern die Freilassung. Die b. rücken mit Pferden, Wannen, Gewehren und Gasmasken an. Die Demonstrierenden werden vom Platz gedrückt. Hinter der Mauer der Macht werden die 200 ItalienerInnen mit Handschellen in Busse verfrachtet. Der öffentliche Nahverkehrsverbund stellt sie gerne zu Verfügung. Presse ist nicht zu sehen. Am nächsten Tag erfahren wir, daß alle 200 abgeschoben worden sind.

Sonntag, 15. Juni

Am Homomonument findet die Kundgebung der Lesben und Schwulen statt. Sie fordern Gleichberechtigung im europäischen Recht. Es ist eher ein Straßenfest mit Bühne, Musik und Ratespielen. Vom Hauptbahnhof aus startet eine "Legalize"-Demo, die abends in nächtlichen Streetrave übergeht. Die kleinste Demo mit der größten Presseaufmerksamkeit findet auf den Nieuwe Markt statt: Zwei Menschen fordern das Recht auf freien Sex, umzingelt von mindestens 30 JournalistInnen, die allesamt betonen, nur der Arbeit wegen dort zu sein. Außerdem höre ich im Radio die Meldung, daß ungefähr 10.000 MotorradfahrerInnen mit einer Tour rund um Amsterdam gegen strengere Verkehrsordnungen protestieren.

Abends versuchen 300 DemonstrantInnen, eine Solidaritätsdemo mit den Gefangenen der letzten Tage zu veranstalten. Es soll zum b.-Hauptquartier gehen. Weit kommen sie nicht. Am Besetzungscafe Vrankrijk, der Informationszentrale, werden sie eingekesselt. Sitzend haken sie sich ineinander ein. Die ungefähr 500 b. sind nicht zimperlich, verfrachten sie allesamt - mit Handschellen gefesselt - in Stadtbusse. Einzelne werden hinter Containern, fernab der Presse, zusammengeschlagen.

Montag, 16. Juni

10.000 KurdInnen, darunter ein großer Teil Frauen von der Freien Frauen Bewegung Kurdistan (YAJK), protestieren auf dem Dam gegen den Beitritt der Türkei zur EU. Um 16 Uhr versammelt sich ein bunter Haufen von ca. 300 Fahrradfahrenden am Heinikenplein für die Fietsdemo zum Amsterdamer Abschiebeknast. Nach

der letzten Nacht ist die Stimmung gespannt, aber gut. Wir treffen mit denjenigen zusammen, die mit der Metro gekommen sind. Zusammen demonstrieren hier nun ungefähr 1.500 Menschen und machen einen ganz schönen Krach.

Der Knast liegt in einer Wüstenei. Auf der einen Seite haben die Gefangenen Blick auf die Autobahn, auf der anderen auf einen Golfplatz. Das Gebäude ist ein Containerbau, beliebig aufstockbar. Daneben direkt das Jugendgefängnis, "freundlich" gestylt in blau, gelb, rot und weiß - Bauhausfarben. Der Abschiebeknast ist von einer Mauer, halb Beton, halb Plexiglas und von einem niedrigen Zaun umgeben. Von innen "verzieren" Moscheen und Kirchen das Grau. Ausblick in die "Heimat"?

Die OrganisatorInnen vom Autonoom Centrum haben einiges geplant. Zwei riesige Katapulte werden aufgebaut. Unter lautem Gejohle werden Tennisbälle ins Innere der Knastanlage geschleudert. Die Demonstrierenden sollen Botschaften daraufschreiben. Es fliegen auch Luftballone, mit viel Wasser und (leider zu wenig) Farbe gefüllt. Ein Mutiger klettert mit Hilfe einer langen Leiter an der Plexiglasmauer hoch, wirft zusammengeknotete Bettücher auf die andere Seite. Eine andere Befreiungsaktion ist der Tunnel, der unter der Mauer hindurch gebuddelt wird. Natürlich ist alles nur symbolisch. Das wurde dem Knastleiter vorher mitgeteilt. Alles in allem eine gelungene Aktion.

So friedlich blieb es in der Nacht nicht. 200 Menschen werden beim Waterlooplein eingekesselt. Sie wollten sich in einer Spaßguerillaaktion bei den Politikern der verschiedenen Länder bedanken. Bis zum zweiten Hotel kamen sie. Dann saßen sie fest.

Dienstag, 17. Juni

Trotz der Verhaftungen der vergangenen Tage findet eine von Autonomen geplante Demo mit 2.000 Leuten statt. Wegen der b. konnte sie ihre eigentliche Route nicht gehen, verlief aber wohl im großen und ganzen friedlich. Um Mitternacht "bedankten" sich ungefähr 200 Menschen eine Viertelstunde lang mit lautem Klatschen beim Bürgermeister. Bevor die b. kamen, waren sie wieder weg.

Insgesamt 690 Menschen werden während des Eurotops festgenommen. Grundlage war § 140, der besagt, daß eine Gruppe von Menschen verhaftet werden kann, ohne daß den einzelnen Personen eine Straftat nachgewiesen werden muß. 300 Menschen weigerten sich in der Haft, ihren Namen zu sagen. Am Mittwoch wurden die meisten wieder freigelassen.

H., Amsterdam

10. Ohne demokratische Kontrolle und Transparenz. Europol und die "innere Sicherheit" der EU

Autor: ch. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:35

Die Forderung nach der Demokratisierung der EU ist so alt wie sie selbst. Immer wieder versprechen Politiker und EU-Bürokraten eine bürgernahe und demokratischere Organisationsweise der EU. Trotz aller Beteuerungen hat sich in den letzten Jahren wenig geändert, im Gegenteil. Paradebeispiel für Demokratiedefizit und mangelnde Transparenz ist das Konzept für sogenannte innere Sicherheit der EU. Staatliche Gewaltenteilung und die demokratischen Traditionen der europäischen Staaten spielen keine Rolle, wenn es um die angebliche Sicherheit der EU-Bürger geht. Denn unter dem Begriff Sicherheit wird nie ein Ausbau der Rechtssicherheit für EU-Bürger verstanden. Legitimiert wird der Ausbau von repressiven Maßnahmen mit Bedrohung, wie z.B. organisierter Kriminalität.

Schon 1994 wurde die Europäische Drogeneinheit zur Bekämpfung von Drogenkriminalität gegründet. "Auf Betreiben Deutschlands", wie der BMI-Staatsekretär Schelter offen zugibt, wurde die Zuständigkeit ständig ausgeweitet. Zunächst 1995 u.a. die Bereiche Nuklearhandel, Kfz-Verschiebung und die sog. Schleuserkriminalität, dann 1996 um die Gebiete Menschenhandel und sexueller Mißbrauch von Kindern. Die Ausweitung der Zuständigkeiten, wie auch die Gründung dieser EU-Institution wurde beschlossen, ohne daß je ein Parlament in den EU- Mitgliedsstaaten zugestimmt hat. Sie geht zurück auf Beschlüsse der EU-Innenminister.

Mit der 1995 von den EU-Innenministern beschlossen Europol-Konvention versuchte man, ähnlich zu verfahren. Die ursprüngliche Fassung der Konvention legte die Aufgaben von Europol im Bereich Datensammel-, Datenaustausch- und Informationszentrale fest. Schon während der Diskussion über die Ratifizierung seitens des Bundestages wurde auf EU-Ebene über die Ausweitung der Kompetenzen gesprochen. So forderte der zuständige BMI-Staatssekretär Lindner, Europol müsse vom "Sammler zum Jäger" werden. Auf Initiative der deutschen und französischen Regierungen wurde mit dem Vertrag von Amsterdam beschlossen, daß die Erweiterung der Aufgaben von Europol "einschließlich operativer Aufgaben eines gemeinsamen Teams" und dem Recht zu "investigativen Aufgaben" innerhalb der nächsten fünf Jahre vorangetrieben werden soll. Mit einem Zusatzprotokoll wurde die Immunität der Europol-Beamten, sowie weitere Vorrechte festgelegt. In Artikel 8 des Protokolls wird festgelegt: "Die Mitglieder der Organe und des Personals von Europol ... genießen Immunität hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen mündlichen und schriftlichen Äußerungen sowie Handlungen." Weiter heißt es, "Europol genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die Haftung ... hinsichtlich unzulässiger oder unrichtiger Datenverarbeitung", auch die Archive von Europol, sowie all ihre amtlichen Papiere, Schriftstücke und anderes amtliches Material sind unverletzlich.

Selbst die finanziellen Transaktionen der Behörde werden keinen Kontrollen unterliegen. Entgegen den üblichen Verfahren kann die Immunität der Europol-Beamten nicht von Parlamenten bzw. Gerichten aufgehoben werden, alleine der Europol-Direktor hat dazu die Befugnis.

Dieses selbst den Mitgliedern des Europa-Ausschusses des Bundestages erst über die Presse bekannt gewordene Papier erregte Proteste selbst bei den Europol-Befürwortern in FDP und SPD. Die uneingeschränkte Immunität ging selbst ihnen zu weit. Damit die Konvention nach der Sommerpause ratifiziert werden kann, haben sich die Regierungsparteien mit der SPD auf eine "Ergänzung auf deutschen Vorschlag" geeinigt. Diese schlägt vor, daß die Immunitätsregelung "nur für Amtshandlungen", die mit Informationsaustausch und Datenübertragung in Verbindung stehen, gelten soll. Das heißt, die Immunität gilt nicht für die vorgesehenen operativen Aufgaben von Europol. Bei jeder Erweiterung der Aufgaben von Europol soll eine Überprüfung der Immunitätsregel stattfinden. Dies kann sich schnell als Pyrrhussieg entpuppen. Nach den bisherigen Verfahren waren einzig die EU-Innenminister für die Erweiterung der Aufgaben kompetent.

Die Europol-Konvention ist ohne die Mitwirkung des Europäischen Parlamentes zustande gekommen. Die Aufgabe der nationalen Parlamente liegt gegenwärtig alleine darin, das Abkommen so schnell wie möglich abzusegnen. Eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit einer solchen Behörde, wie auch über die

möglichen Gefahren der Behörde soll verhindert werden. Wenn Europol ab 1998 dann seine Tätigkeit aufgenommen hat, werden weder das Europäische Parlament noch die nationalen Parlamente Einfluß auf die Machenschaften haben. Es gibt weder Kontrolle seitens der Parlamente, noch soll Europol der EU-Kommission und den Regierungen gegenüber direkt verantwortlich sein. Nicht einmal der Verwaltungsrat, der mit Regierungsvertretern beschickt wird, soll direkten Einfluß auf die Aktivitäten von Europol haben. Wie der Leiter der Europol-Drogenstelle Storbeck zugeben mußte, ist dieser auch nicht zu einer effektiven Kontrolle in der Lage. Die Grüne-Europaabgeordnete Claudia Roth beklagt, daß die seit der Gründung der EU bestehenden Demokratiedefizite durch Europol extrem verstärkt werden. Dies stünde im Gegensatz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, daß im Urteil über die Maastricht-Klage feststellte, es dürfe keine fehlenden Glieder in der demokratischen Legitimationskette geben. Wo auf nationaler Ebene demokratische Entscheidungsbefugnisse an die europäische Ebene abgegeben werden, müßten laut Urteil dort neue demokratische Strukturen ausgebaut werden.

Die Arbeitsweise von Europol wird neben der Konvention einzig über "Durchführungsbestimmungen" der EU-Minister, nicht des Parlamentes, entschieden.

Mit der Konvention wurde der Datenschutz schon ausgehebelt. Die Bestimmungen über die Analysedateien regeln die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer zentralen Datenbank. Dort sollen alle potentiellen Opfer, potentiellen Zeugen oder Kontakt- und Begleitpersonen von Verdächtigen gespeichert werden. Da alle EU-Bürger potentielle Opfer oder Zeugen einer Straftat sein können, gibt es folglich keine Grenzen der Datenerfassung. Nach Artikel 10 der Konvention haben die erfaßten Personen keine Privatsphäre. Personalien aller Art bis hin zu körperlichen Merkmale, Telefon- und Bankverbindungen und besonderer Art - von der "rassischen" Herkunft über politische und religiöse Anschauungen bis hin zu Gesundheit und Sexualleben, DNA-Analysen und Lebensstil sollen erfaßt werden können. Auf diesem Wege werden auf der europäischen Ebene wieder "rosa Listen" eingeführt.

Welche Daten Europol herausgibt, entscheidet die Behörde selbst. Ähnlich der Geheimschutzregel, mit der sich Geheimdienste wie im Plutonium-Ausschuß (1) seit 1995 davor schützen, daß sie einer demokratischen Kontrolle unterzogen werden können, ist bereits eine Regelung für die Datenverarbeitung vorgesehen. Es ist für Betroffene damit so gut wie unmöglich zu erfahren, ob und welche Daten über sie gespeichert sind.

Ob Europol tätig wird oder nicht, entscheidet Europol selbst. Anders als z.B. im deutschen Strafverfahrensrecht soll die Polizeibehörde nicht den Anordnungen einer Staatsanwaltschaft unterliegen. Europol soll sogar nach bundesdeutschen und französischen Vorstellungen die Polizei eines Mitgliedsstaates zu Ermittlungen auffordern können - üblicherweise unterliegt diese Aufgabe der jeweiligen Staatsanwaltschaft. Die Debatte über eine europäische Staatsanwaltschaft oder eine europäische Strafprozeßordnung hat gerade erst angefangen. Bis zur Umsetzung wird es noch Jahre dauern.

Für betroffene Bürger gibt es keine Möglichkeiten der Klage. Der Europäische Gerichtshof ist nicht zuständig und die nationalen Gerichte können dort gerade einmal die Auslegung der Konvention klären lassen. Betroffene werden auf z.T. sehr unterschiedliches nationales Recht verwiesen. Da der Europäische Gerichtshof nicht in allen EU-Staaten zuständig ist, wird so ein zweigeteiltes Recht geschaffen.

Bislang waren die Proteste gegen die Schaffung der omnipotenten und unkontrollierbaren europäischen Polizei sehr verhalten. Nur Grüne/Bündnis 90 und die PDS verweigern die Zustimmung zur Ratifizierung der Europol- Konvention. Humanistische Union und die Gustav-Heinemann-Stiftung stellen in einem Memorandum verfassungsrechtliche Bedenken fest und fordern zum "Protest und Widerstand" auf. Ob die späte Kritik aus dem bürgerlichen Spektrum - Autoren des Memorandums waren u.a. der Düsseldorfer Ex-Polizeioberrat Hans Lisken und der Polizeioberrat Hans Mokros - die Ratifizierung herauszögern oder gar verhindern kann, ist mehr als fraglich. Die letzte Möglichkeit wird wohl die von Grünen/Bündnis 90 diskutierte Verfassungsklage bleiben.

Mit ihrer Vorgehensweise nutzt die Bundesregierung alle Möglichkeiten, über den Umweg Europäische Union repressive Verfahren und Methoden zu installieren, die in dieser Form in der BRD nicht umzusetzen wären.

ch.

Anmerkung:

1) Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben damals die Geheimdienste jegliche Auskunft mit dem Hinweis auf die Geheimschutzregelung, d.h., sie können entschieden, was geheim bleibt und was nicht, verweigert.

11. Grenzen in den Köpfen öffnen. Eindrücke von einer Reise entlang der deutschen Ostgrenze

Autor: Katina Schubert · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:13

"Nur wenn die Grenzen auf sind, können wir langfristig Frieden zwischen Deutschen und Polen erreichen." Freundlicher Beifall schlug der innenpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Ulla Jelpke, im kleinen Grenzstädtchen Ahlbeck auf Usedom entgegen, als dort die "Grenzreise" der Bundestagsgruppe und der Bundesarbeitsgemeinschaft Antirassismus der PDS Station machte. Eine Woche lang tourten Bundestagsabgeordnete, -Mitarbeiterinnen, Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Parteivorstands, der BAG Antirassismus und VertreterInnen außerparlamentarischer antirassistischer Initiativen die Ostgrenze entlang von Lücknitz in Mecklenburg-Vorpommern bis Aue in Sachsen.

"Europäisches Jahr gegen Rassismus - Gleiche Rechte für alle!" forderte ein Transparent, das die Reisegruppe von Ort zu Ort und von Termin zu Termin schleppte und das zum Leitmotiv der Reise wurde. In vielen Diskussionen mit PDS-Basisorganisationen, Studierenden und in öffentlichen Veranstaltungen warben die Abgeordneten dafür, Flüchtlinge und MigrantInnen rechtlich den Deutschen gleichzustellen, polnische Staatsangehörige nicht zu diskriminieren, für einen gleichberechtigten Umgang zwischen deutschen und polnischen Behörden.

"Rassismus und Flüchtlinge sind für uns nicht das vordringlichste Problem", bekamen die GrenzreislerInnen indessen auf Usedom zu hören. Die InselbewohnerInnen treibt vielmehr die Frage um, wie die Grenze nach Polen für beide Seiten durchlässiger gestaltet werden kann, ohne daß die Grenzorte im Verkehrschaos untergehen, das weitere Grenzübergänge für den Autoverkehr zweifellos mit sich bringen werden. Schon jetzt leiden etliche Grenzgemeinden massiv darunter, daß sich Einkaufs- und TanktouristInnen die niedrigeren Preise in Polen zunutze machen und dafür lange Schlangen in Kauf nehmen.

In Frankfurt/Oder und Guben in Brandenburg waren Rassismus und Feindschaft sowohl gegenüber den polnischen NachbarInnen als auch gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen eher Thema. Im Spree-Neiße-Kreis sind rassistische und neofaschistische Aktivitäten und Angriffe alltäglich, berichtete die Ausländerbeauftragte des Kreises, Monika Wagschal, während eines Gesprächs in einem AsylbewerberInnenheim in Guben. Dort und in Cottbus zum Beispiel agierten die "Nationalen" völlig ungeniert an Schulen. In den Grenzstädten Forst und Guben grassiere eine erhebliche Polenfeindlichkeit, erzählte Frau Wagschal weiter, in Spremberg richte sich die Feindseligkeit gegen alle Fremden. Auf die Frage, was sie den grenztourenden Abgeordneten als "Hausaufgabe" mit in die Landesparlamente und den Bundestag geben wolle, meinte sie nur - halbresigniert - "Die sollen uns nur endlich unsere Arbeit machen lassen". Bürokratische Hindernisse, Kompetenzgerangel und fehlende Finanzen hindern sie ständig daran, eine vernünftige Infrastruktur für die in ihrem Kreis lebenden Flüchtlinge und EinwanderInnen zu schaffen und den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Die jüngste Auseinandersetzung um die Abschaffung der Ausländerbeauftragten in Berlin ist ein beredtes Beispiel dafür, wie gering die Arbeit der wenigen FürsprecherInnen der in Deutschland so eindeutig diskriminierten Minderheiten geschätzt wird.

Studierende der neu gegründeten Europauniversität "Viadrina" berichteten von rechtsextremen Banden, die polnische StudentInnen wiederholt angegriffen haben. Unter den Studierenden selber gebe es keinen Rassismus, meinten die VertreterInnen des Allgemeinen StudentInnenausschusses (AStA) im Gespräch mit den Grenzreisenden. Vorbehalte, Unwissenheit, gar Neid existierten aber durchaus, räumten die StudentInnen ein. Ein Drittel der an der Viadrina eingeschriebenen Studierenden kommt aus Polen. Sie mußten dort strenge Aufnahmeprüfungen durchlaufen und gehören an der Universität zu den Besten. Um ihr im Vergleich zu Polen teures Leben in Deutschland finanzieren zu können, gewährt ihnen die Viadrina ein kleines Zusatzstipendium von 300 Mark im Monat. Leere Kassen des Landes Brandenburg und verschlossene Türen in Bonn gefährden aber diese Zahlungen jetzt und damit eines der lebendigsten Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Andere Projekte, die nicht nur gegenseitigem Kennenlernen dienen, sondern gemeinsames Leben und Arbeiten für Deutsche und Polen erfahrbar gestalten sollen, kommen erst gar nicht zustande: Ein deutsch-polnisches Gymnasium in Heringsdorf / Mecklenburg-Vorpommern droht an bürokratischen Hürden zu scheitern. In Guben wurde ein binationaler Kindergarten trotz vorhandener Gelder nicht eröffnet: es fehlte an

deutschen Eltern, die bereit waren, ihre Kinder gemeinsam mit polnischen AltersgenossInnen aufwachsen zu lassen.

Zunehmend besser funktioniert dagegen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Sicherung der Grenzen. "Viele Kontakte laufen informell. Man kennt sich halt", berichtete ein Beamter des Bundesgrenzschutzes (BGS) am Grenzübergang Lücknitz. Die deutsche Grenze nach Polen und Tschechien ist die "polizeidichteste" Europas, wird Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) nicht müde, immer wieder lobend zu betonen. Fast 11.000 Bundesgrenzschützer, Zollbeamte und bayerische Grenzpolizisten sichern sie mit Hilfe von Wärmebildgeräten, Nachtsichtbrillen, Schnellbooten, geländegängigen Fahrzeugen und Schäferhunden gegen unerwünschte EinwanderInnen und Flüchtlinge. Noch in diesem Jahr wird der BGS sein Personal weiter aufstocken.

57 Tote zählte alleine der BGS seit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl Mitte 1993 an der deutschen Ostgrenze. Unbekannt ist die Zahl der Toten, die von den Landespolizeien oder auf polnischem und tschechischem Territorium aufgefunden wurden. "Eine mörderische Grenze" brummelten einige Grenzreisende an der Grünen Grenze in Hirschfelde bei Zittau vor sich hin. Bei der dortigen Grenzschutzinspektion durften sie sich in die Lage von BGS-Beamten versetzen und selbst einmal durch die Nachtsichtbrillen für 20.000 Mark das Stück schauen. "Es ist ja alles ganz grün", stellen einige fest.

Die Grenzschützer beschwerten sich derweil über die Brutalität der Schleuser von Flüchtlingen. Daß erst die Asylrechtsänderung den Schleppern die lukrativen Märkte für Fluchthilfe und Menschenhandel geöffnet haben, wollen die BGS-Beamten nicht hören. Politik ist ihre Sache nicht. Seit dem 1. Juli 1993 ist die BRD umgeben von sogenannten sicheren Drittstaaten, in denen Flüchtlinge qua Gesetz sicher vor Verfolgung sind. Asylsuchende, die über diese Drittstaaten in die Bundesrepublik zu reisen versuchen, werden unmittelbar zurückgeschoben. Sie hätten ihre Flucht auch dort beenden und um Asyl bitten können, lautet die Begründung, die im "Asylkompromiß" festgeschrieben wurde.

Die Jagd auf illegale EinwanderInnen und Flüchtlinge droht dank dieser Regelung fast zum Volkssport zu werden. Als "Bürgertelefone" bezeichnete Denunziationsstellen erfreuen sich regen Publikumsverkehrs. "Täglich gehen mehrere Meldungen über Auffälligkeiten an der Grenze ein", freut sich ein Grenzschützer über den Erfolg der Telefone. Auch die Landespolizeidienststellen brauchen sich über mangelnde Beobachtungsgabe der grenznahen Bevölkerung nicht zu beschweren. Die Medien tragen mit dazu bei, daß das ohnehin vorhandene Klima von Verunsicherung und Angst um die eigene Sicherheit weiter angeheizt wird. Täglich sind die örtlichen Zeitungen voll von Meldungen über "Illegale", "Schleuser" und kriminelle Delikte. Werden diese von Nicht-Deutschen verübt, widmen die SchreiberInnen der Nachrichten dieser Tatsache einige Aufmerksamkeit, sind die TäterInnen dagegen Deutsche, ist dies keine Erwähnung wert. Ebensowenig finden Informationen Eingang, daß Ausländerinnen im Durchschnitt kriminalpolizeilich nicht stärker auffällig sind als andere Bevölkerungsgruppen und daß die Kriminalität im Grenzgebiet nicht signifikant stärker ist als anderswo.

Im sächsischen Zittau konnten die Grenzreisenden schließlich studieren, wie die vielzitierte Völkerfreundschaft auf offizieller Ebene aussieht: Deutsche, polnische und tschechische Soldaten wurden in pompöser Zeremonie gemeinsam vereidigt. Kritische Stimmen, gar Protest verträgt sich damit nicht. Feldjäger der Bundeswehr und freistaatliche Polizisten waren schnell zur Stelle, als von einem Turm ein Transparent entrollt wurde: "Völkerfreundschaft braucht keine Waffen". Wenig freundliche Polizisten drängen trillerpfeifende Jugendliche aus der BRD, Polen und der Tschechischen Republik vom Platz des Geschehens ab und hielten sie bei strömendem Regen auf einer Baustelle gefangen. In Aue feierten die Grenzreisenden schließlich den Abschluß der Tour in anderer Form der Völkerfreundschaft: mit einem gemeinsamen Straßenfest mit MigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen.

Katina Schubert

12. Der Euro - Feindbild Nr. 1 der extremen Rechten

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:29

Bei allen sonstigen Unterschieden ist sich das gesamte Lager von den Frack- bis zu den Stiefelnazis über eines einig: der Euro darf nicht kommen! Als Feindbild Nr.1 hat er inzwischen den "Asylbetrüger" eindeutig überrundet. Die wenigsten orientieren sich dabei allerdings an Schönhubers Forderung nach einem "Sozialpatriotismus", sondern die Mehrzahl unter den zahllosen Initiativen läßt sich mehr oder weniger bereitwillig auf Manfred Brunners besitzbürgerlichen, neoliberalen Kurs locken. Waren es bei der Asylthematik Medien wie der Spiegel, die das Klima aufheizten und noch aufheizen, wenn es angebracht erscheint, so sind es im Fall der Währungsunion einige Wirtschaftsblätter, die Schützenhilfe leisten. So ist der Wirtschaftswoche (16/97) sogar der 19jährige Nürnberger Stukkateur Jürgen Hösl aus dem Umfeld der JN, der die Aufkleber "Nein zum Euro" der österreichischen neofaschistischen Zeitschrift fakten bundesweit vertreibt, einen Aufmacher für eine ganzseitige Story wert. Laut Wirtschaftswoche ergibt sich eine alarmierende Lage: "In ganz Deutschland proben Bürger jeder Couleur den Aufstand für die Mark". Um die Formulierung "jeder Couleur" zu retten, macht die Redaktion aus der Führungsriege der niedersächsischen Republikaner "neun widerspenstige Niedersachsen", die ein Volksbegehren starten wollen.

Die "Initiative Pro D-Mark" des Werbekaufmanns Bolko Hoffmann wirbt unter der Überschrift "Kohl treibt uns mit seinem Euro-Wahn immer tiefer in die Wirtschaftskrise" wie auch mit der Video-Kassette "Was tun, wenn die D-Mark stirbt?" (schlappe 99 DM - mit Angst läßt sich gut Geld verdienen!) ganzseitig sowohl in der Jungen Freiheit als auch in Regionalblättern wie der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA). Hoffmann stellt fest: "Nicht Kohl, sondern die harte DM hat uns schließlich die Wiedervereinigung gebracht." Endlich erfahren wir es. In bewährter populistischer Manier weist er die Schuld an der Euro-Manie den Banken zu, die als einzige ein Interesse am neuen Zahlungsmittel hätten und den Mittelstand in den Ruin treiben wollten.

Als die Geschäftsleitung der HNA "aus grundsätzlichen Erwägungen" eine weitere Anzeige zum Thema "Euro" ablehnte, die Friedrich Baunack jr. (Rotenburg/Fulda) in Auftrag geben wollte, sprang die Junge Freiheit, der Baunack ebenso wie sein Vater eng verbunden ist, in die Bresche. In seinem "Aufruf zum EU-Gipfeltreffen in Amsterdam" (JF 25/97) heißt es: "Wir wollen keinen gleichgeschalteten Vielvölkerstaat der Großbanken, multinationalen Konzerne und Bürokraten." So weit, so schlecht, so bekannt. Bei den positiven Forderungen allerdings hat sich Baunack etwas Originelles einfallen lassen: "Wir ... stehen auf für ein in Vielfalt einiges Europa freier und selbstbestimmter Volkswirtschaften und Nationen." Was "selbstbestimmte Volkswirtschaften" sein sollen, kümmert die Kämpfer gegen den Euro offenbar nicht. Sie sonnen sich im schönen Gefühl des Einklangs mit 67% der Bevölkerung, die angeblich den Euro ablehnen. Und sie freuen sich der rechten Einheit, die Baunacks Initiative zustande gebracht hat. Die Unterschrift des "neu"rechten Pierre Krebs (Berufsbezeichnung: Philosoph!) findet sich neben der des Neonazis Wolfgang Juchem (Hess.-Lichtenau); der Rechtsanwalt Klaus Kunze (Uslar), Anwalt der Jungen Freiheit und ehemaliger Funktionär der niedersächsischen Republikaner, findet sich neben dem Kasselaner REP-Funktionärsehepaar Bernd und Christine Mey, die ehemalige Lehrerin Lotte Lohde aus dem Umfeld der Unabhängigen Ökologen Deutschlands steht Seite an Seite mit dem Regionalbeauftragten der Deutschland-Bewegung Dietmar-Dominik Hennig (Stuttgart), der auch in der FDP und im Cannstatter Kreis aktiv ist. Und natürlich darf auch der Meister selbst, Dr. Alfred Mechtersheimer (Beiname: Der Unvermeidliche), nicht fehlen. Rechte Einheit gegen die Einheitswährung.

Auch Friedrich Baunack (geboren 1955) gehört zu Mechtersheimers Mannen. Seit Anfang 1997 fungiert er als Regionalbeauftragter der Deutschland-Bewegung für Nordhessen. Zuvor hatte er für die Republikaner im Kreistag gesessen und ihnen 1994 als Direktkandidat zum Bundestag im Wahlkreis Hersfeld und auf Platz 7 der hessischen Landesliste gedient. Nach seinem Parteiaustritt bewegte er sich im Umfeld des Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands. Zuletzt organisierte er im Dezember 1996 auf lokaler Ebene eine Veranstaltung mit Baldur Springmann, der seit Anfang des Jahres einen agrarpolitischen Gesprächskreis im Rahmen von Mechtersheimers Deutschland-Bewegung initiiert. Baunack kann mit seiner Biografie als durchaus typisch für die Männer gelten, die Mechtersheimer gegenwärtig als Unterführer um sich schart.

Der Zeitpunkt für die Anzeige des Nordhessen war keineswegs zufällig gewählt. Er fällt zusammen mit einer bundesweiten Aktionswoche gegen den Euro, die offenbar im Vorfeld zwischen verschiedenen Gruppierungen der extremen Rechten koordiniert worden ist. In mehreren Städten sind es Aktivisten von Mechtersheimers Truppe, die als Kontaktpersonen dienen. In Bonn hat diese Funktion Dietmar Haese, der zuletzt als einer der Initiatoren zur Gründung des revanchistisch/neofaschistisch dominierten Bündnisses zur Bundestagswahl 1998 am 8. Mai auftrat. In Dresden besorgt die Koordination eine "Aktion '99 - Deutsche Mark", die zu diesem Thema die Montagsdemos wiederbeleben will - schließlich hat uns die harte DM die Wiedervereinigung gebracht! Hinter dieser Aktion '99 stecken die Dresdner Freitagsgespräche, der ehemalige örtliche Leserkreis der Jungen Freiheit. In Hannover haben die Republikaner um ihren Landesvorsitzenden, den Studienrat Peter Lauer, einen ehemaligen NPD-Funktionär, die Initiative übernommen. In Karlsruhe hat Heiner Kappel seinen Auftritt im "Haus der Heimat" des Bundes der Vertriebenen, organisiert von Andreas-Gregor Wick (Witikobund), dessen Literaturkreis Baden sich ebenfalls im Umfeld der Jungen Freiheit bewegte. Und natürlich stehen auch die Hamburger Wahlkampfauftritte von Bernd-Thomas Ramb, nunmehr ehemaliger Wirtschaftsredakteur der JF und aktuelles Präsidiumsmitglied des Bundes Freier Bürger, wie auch die seines großen Vorsitzenden Manfred Brunner, ganz unter dem Motto "Kampf dem Euro!"

Das Thema wird uns noch eine ganze Weile begleiten. Daß die Linke dabei vor Mißgriffen nicht gefeit ist, zeigt das Beispiel einer nicht ganz unbedeutenden linkssozialdemokratischen Partei. Sie lud sich als Experten zum Thema ausgerechnet Prof. Wilhelm Hankel ein, einen zweifellos renommierten Wissenschaftler, der u.a. als Chef der Hessischen Landesbank tätig war. Bei etwas Aufmerksamkeit hätte es den Veranstaltern nicht entgehen können, daß Hankel Anfang 1996 in München gemeinsam mit Manfred Brunner im Wahlkampf auftrat, im "Jahrbuch für politische Erneuerung" der FPÖ zum Thema geschrieben und dem Braunzonen-Hochglanzmagazin Géopolitique ebenso ein Interview zum Thema gegeben hatte wie der Jungen Freiheit. Wie sagt man so schön? In die Scheiße gegriffen.

Jean Cremet

13. Libanon: Abschiebeabkommen unter Dach und Fach?

Autor: R.O. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:10

Berliner Behörden wollen jetzt palästinensische Flüchtlinge dorthin abschieben, wo sie wohl am wenigsten erwünscht sind: in den Libanon.

Die Berliner Ausländerpolizei begründete in den letzten Wochen die Erteilung "letzter Duldungen" für palästinensische Familien damit, daß "ein Rückführungsabkommen mit dem Libanon und ein dazu gehörendes Rückführungsprotokoll (...) voraussichtlich Ende Juni 1997 unterzeichnet sein wird ..." Das Auswärtige Amt bestätigte, daß von deutscher Seite ein Entwurf vorgelegt wurde, in dem es ausdrücklich um "die Details des Verfahrens" für die Rückführung nicht nur von LibanesInnen, sondern auch von PalästinenserInnen gehe.

Kanthers Innenministerium ist an diesen Verhandlungen federführend beteiligt. Ein Vertreter des Ministeriums deutet gegenüber der Zeitschrift Inamo an, daß sich die libanesische Seite im Grundsatz auf ein solches Verfahren eingelassen habe. Es ist davon auszugehen, daß die Übereinkunft weiter fortgeschritten ist, als beide Seiten öffentlich zugeben. Zwischen Bundes- und Länderbehörden einerseits und libanesischen Stellen andererseits bestehen in Form von "Expertengesprächen" bereits seit längerem intensive Kontakte, wie Vertreter der libanesischen Gemeinde berichteten. Dabei ginge es darum, die Rückführung bzw. Abschiebung von LibanesInnen und PalästinenserInnen aus der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Der Vollzug einer solchen Rückführungsvereinbarung würde die Abschiebung von PalästinenserInnen in ein Land bedeuten, in dem sie allen denkbaren Zusicherungen der Regierung zum Trotz keine menschenwürdigen Bedingungen vorfinden, ihnen essentielle bürgerliche, soziale und politische Rechte verweigert werden. Ein Land, in dem besonders für PalästinenserInnen eine ungeheure Wohnungsnot und große Armut herrscht und in dem eine ausreichende gesundheitliche Versorgung nicht gewährleistet ist. (Siehe hierzu auch "aufgeblättert" Seite 35 über das gerade erschienene Inamo-Buch Palästinensische Flüchtlinge - Palästinenser im Libanon).

Rückkehrenden PalästinenserInnen schlägt großer Haß entgegen: Als Libyen Anfang September 1995 Tausende von PalästinenserInnen auswies, erklärte der Parlamentsabgeordnete Nicolas Fattoush, der Libanon dürfe keine "Halde für Menschenmüll" werden. Kurz darauf verschärfte die libanesische Regierung die Ein-und Ausreisebestimmungen für PalästinenserInnen drastisch und verhängte eine Visumpflicht. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, daß die palästinensischen Flüchtlinge ohnehin aus dem Nahost-Friedensprozeß ausgeschlossen sind - Israel verweigert ihnen die Rückkehr, in die meisten arabischen Staaten können sie nicht einreisen - kann davon ausgegangen werden, daß die Bundesrepublik für ein Rückführungsabkommen mit dem Libanon, einen hohen Preis bezahlt haben muß. Diese Abkommen öffnet - wie schon andere Abkommen dieser Art - Verstößen gegen das non-refoulment-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention Tür und Tor.

In Berlin ist dies der wiederholte Versuch von Hardlinern und Law-and-Order-Politikern wie General Schönbohm, seinem Vorgänger Heckelmann und beider Staatssekretär Dr. Kuno Böse, die seit Jahren unter ständiger Abschiebedrohung in Berlin lebenden PalästinenserInnen endgültig zu vertreiben.

R.O.

Redaktionell überarbeitete Fassung einer Inamo-Notiz.

14. Die albanische Anarchie: Eine Fußnote der Weltpolitik

Autor: Amelie Lanier · Rubrik: Albanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:32

Albanien galt lange Zeit als ein "Modell"-Land, sein Sozialismus zumindest als ein "Experiment", das sich von dem Sozialismus der Warschauer-Pakt-Staaten unterschied. Viele FreundInnen hat dieser "Sonderweg" Albanien nie eingebracht: Für die imperialistischen Mächte, mit anderem Namen: den "Freien Westen" war es strategisch und größenmäßig zu unbedeutend, um sich der Wertschätzung zu erfreuen, die Jugoslawien, China und eine Zeitlang auch Rumänien entgegengebracht wurde. Die ehemaligen Bruderländer waren entweder sauer wegen verschiedener Striche, die ihnen die Regierung Enver Hodschas im Lauf der Zeit durch ihre Rechnung gemacht hatte, oder sie trieben gönnerhaft Handel mit Albanien, wohl wissend, daß sie sich die Unbotmäßigkeit der AlbanerInnen gegenüber ihrer Schutzmacht, der Sowjetunion, nicht leisten konnten und angesichts der an Albanien zu besichtigenden Folgen auch gar nicht leisten wollten. Für FreundInnen eines alternativen Sozialismus wiederum fiel die albanische Variante etwas zu schäbig und beschränkt aus, um wirklich als rosa Hoffnungswolke für "konkrete Utopien" herhalten zu können. Die Ernährung des Volkes, ein paar Fahrräder, ein Stahlwerk und viele Eselskarren, ein kleiner Balkandiktator ohne Charisma - was ist das schon.

Großartig war es ja auch nicht, was die Partei der Arbeit Albaniens ihrem Volk über 40 Jahre lang geboten hat: Die Möglichkeit, im eigenen Land in relativer Ruhe zu leben, sich zu ernähren und zu kleiden und die Kinder in die Schule zu schicken. Leider keine Selbstverständlichkeiten, sondern nicht nur in Albanien tatsächlich "Errungenschaften".

Übergang zur Marktwirtschaft

Anderslautenden Gerüchten zufolge war der albanische Sonderweg keine archaische oder sonderbare Erfindung Enver Hodschas und seiner Getreuen, sondern eine Reaktion auf die Behandlung, die dieser Staat seit seiner Gründung erfahren hatte. Auch im Verkehr mit den sozialistischen Staaten mußten die albanischen KommunistInnen einige herbe Enttäuschungen einstecken, die ihre nationalen Ambitionen, sogar den Bestand ihres Staates überhaupt, in Frage stellten. Immer wieder meinten ihre mächtigen Verbündeten, auf die wie immer gearteten Bedürfnisse eines solchen Mini-Landes keine Rücksicht nehmen zu müssen. Die albanische Führung hielt am Ideal der Völkerfreundschaft und Gleichberechtigung fest und verabschiedete sich aus den Bündnissen.

Sie unterhielt mit den meisten Staaten der Welt diplomatische Beziehungen, trieb Handel und wissenschaftlichen Austausch, immer unter dem Vorbehalt, daß diese Beziehungen die Unabhängigkeit Albaniens nicht gefährden durften. Ob diese Unabhängigkeit gegenüber den sozialistischen Staaten der Bevölkerung Albaniens immer gutgetan hat, sei dahingestellt. Dieses Ideal der zwischenstaatlichen Beziehungen ist ein Dauerbrenner von Regierungserklärungen und Sonntagsreden rund um die Welt. Wenn das jedoch eine Regierung wahr macht und ihre Politik danach ausrichtet, so gilt das als der Gipfel des politischen Unverstandes und der kommunistischen Verblendung.

Dieses Beharren auf Souveränität nach außen ist nicht zufällig ein reines Ideal: Die imperialistischen Mächte, seit 1945 unter Führung der USA, beanspruchen seit jeher die Verfügung über den Erdball; sie betrachten den Rest der Welt als potentielle Rohstoffquelle, Absatzmarkt, verlängerte Werkbank ihrer eigenen kapitalistischen Ökonomien. Die Souveränität der subalternen Staaten ist in diesem Weltbild nur als Garant der Botmäßigkeit eingeplant; deren Regierungen sollen den auswärtigen Zugriff auf ihr Land und ihre Bevölkerung garantieren. Die Existenz der Sowjetunion und ihrer Verbündeten stellte daher jahrzehntelang ein Ärgernis erster Klasse dar: Diese Staatenwelt verschloß sich dem universalen Anspruch des internationalen Kapitals und seiner mächtigen Paten. Dieser unhaltbare Zustand ist nun gottlob vorbei und nun gibt es nur mehr die harte Realität der "One World", in der nur zwei Dinge gelten: Geschäft und Gewalt.

Der albanische "Sonderweg" endete mit dem Ende des Systemgegensatzes: Ausgerechnet das Abdanken der Sowjetunion, die von der albanischen Führung jahrzehntelang der Weltherrschaftsambitionen bezichtigt worden war, besiegelte auch das Schicksal Albaniens. Dessen Sonderweg beruhte nämlich auf der Existenz eines antiimperialistischen Staatenbundes; mit dem Ende des zweiten Weges endeten auch alle dritten.

Die kommunistische Führung Albaniens reagierte auf die weltpolitischen Veränderungen als allererstes mit einer rein innenpolitischen Maßnahme: der Religionsfreiheit. In Erwartung schwerer Zeiten dachte sie, die Gewährung des bewährten Opiums koste nichts und würde es der Bevölkerung leichter machen, leere Speisekammern zu ertragen. An der angespannten Lage änderte diese Maßnahme nicht viel: Die Devisenexporte Albaniens, vor allem Rohstoffe und Strom, gingen zurück, der Barter-Handel mit den ehemaligen RGW-Staaten bewegte sich gegen Null, die Importe konnten nicht mehr bezahlt werden, Versorgungsmängel traten auf.

Noch vor den ersten Wahlen 1991 erklärte die Albanische Partei der Arbeit ihre bisherige Politik zu einem Irrweg und beschloß die Aufgabe des "Isolationismus", die Einführung der Marktwirtschaft und die Aufnahme von Krediten (1), die bisher verfassungsmäßig verboten war.

Die Wirtschaftskrise wurde dadurch eher befördert als gemildert. Die Bevölkerung Albaniens machte wechselweise die bisherige Regierung für alle Mängel verantwortlich oder versuchte, mehr spektakulär als erfolgreich, dem Land den Rücken zu kehren und bei ihren westlichen und südlichen Nachbarländern ihr Glück zu versuchen.

Sowohl Regierung als auch Volk waren also 1991 überzeugt: Die einzige Chance für Albanien liegt im Freien Westen!

Der einzige Rufer in der Wüste - Ehre, wem Ehre gebührt - war 1991 der Thronprätendent Leka, der sich sinngemäß so äußerte: Der Westen hätte sich bisher um Albanien auch nicht gekümmert, warum sollte sich dies auf einmal ändern? (2)

Einführung des Privateigentums

Als der inzwischen in der politischen Versenkung verschwundene Gründer der Demokratischen Partei und deren erster "Wirtschaftsexperte", Gramoz Pashko, der auch die Aufnahme Albaniens in IWF und Weltbank verhandelt hatte, im Dezember 1991 verkündete: "In eineinhalb Jahren werden in Albanien bereits die Weichen für die Marktwirtschaft gestellt sein, ... die völlige Umstellung der Wirtschaft wird mindestens drei bis fünf Jahre dauern" (3), so wurde dies als vielleicht etwas optimistische, aber auf jeden Fall Verheißung zum Besseren verstanden. Eine irrige Ansicht: Es war eigentlich - nicht der Absicht, aber dem Inhalt nach - eine Drohung, und sie wurde wahrgemacht: Von der alten Art des Wirtschaftens ist nichts mehr übrig in Albanien.

Die Landreform, d.h. die Zerschlagung der Kooperativen wurde noch unter der Regierung von Ramiz Alia eingeleitet: Die Bauern bekamen Land, von Briefmarkengröße zwar, aber dafür Privateigentum: "Die Kooperativen wurden in winzige Parzellen von etwa einem Hektar aufgeteilt" (4), die Tiere der Kooperativen an die Bauern verkauft. Genaueres über den Verlauf dieser Aufteilung ist nicht herauszubekommen, es wird wohl so zugegangen sein wie bei allen derartigen Landreformen der letzten Jahre von Böhmen bis China: Wer gute Beziehungen zum Bürgermeister oder Dorfvorsteher hat, bekommt besseres Land und eine bessere Kuh, der Rest muß nehmen, was ihm zugeteilt wird. Wer unzufrieden ist, bekommt einen auf den Deckel.

Ein weiteres Produkt dieser Landreform war eine beachtliche Landflucht. Mit diesen Miniparzellen können sich die Landwirte nicht ernähren, sogar eine bloße Subsistenzwirtschaft setzt voraus, daß ein Teil der Landbevölkerung die Landwirtschaft bleiben läßt und ihren Grund veräußert. Sie zieht, in der vagen Hoffnung auf andere Erwerbsquellen, in die Städte. Die Bevölkerung Tiranas hat sich seit 1990 fast verdoppelt. Das bedeutet ein Anwachsen von Slumsiedlungen in einer Relation, vor der Sao Paulo oder Mexico City alt ausschauen.

Über den Stand der Produktion gab es in den letzten Jahren sehr widersprüchliche Meldungen, die sich aus der Erfolgspropaganda der Regierung zusammen mit den flüchtigen Impressionen ausländischer Journalisten ergaben, beides gepaart mit gründlicher Unkenntnis der wahren Situation. So wurde in ein und demselben Artikel der damalige Wirtschaftsminister Ruli mit der Aussage zitiert, der Rückgang der Industrieproduktion sei gestoppt, und ein paar Zeilen später festgestellt, daß es eigentlich gar keine Industrieproduktion im Lande gebe. (5) Die Arbeitslosigkeit wurde wechselweise mit 30, 50 oder 80% angegeben. Ähnliche Unstimmigkeit herrschte über die Höhe des Exports und des Imports. Einigkeit in allen Berichten bestand in dem Eingeständnis, daß die landwirtschaftliche Produktion den Inlandsbedarf nicht decke und daß die einzige Grundlage der albanischen Wirtschaft, genauer gesagt: des Geldumlaufs in Albanien, die Überweisungen der

im Ausland arbeitenden AlbanerInnen (im Juni 1996 auf 400.000 geschätzt) waren. Im volkswirtschaftlichen Jargon ausgedrückt: "Ohne den freien Grenzverkehr hinüber in die griechische Provinzstadt Ioannina ist Südalbanien nicht entwicklungsfähig." (6)

Einen guten Teil der Importe wiederum machten die ausländischen Hilfslieferungen aus, die dann teilweise über dunkle Kanäle in den Handel gelangten und für gute US-Dollar auf den diversen Märkten erworben werden konnten.

All dies brachte Albanien Lob von den internationalen Wirtschaftsexperten ein: "Laut der Weltbank erreichte das Wirtschaftswachstum 1993 11%, das ist die höchste Wachstumsrate unter den Oststaaten ... IWF-Chef Camdessus zeigte sich bei seinem Besuch in Albanien mit der Performance zufrieden." (7)

Der Mangel an Erwerbsmöglichkeiten war entgegen allen Jubelmeldungen über den raschen "Aufschwung" des Landes so groß, daß außer Auswanderung nur die Möglichkeit zu solchen Tätigkeiten blieb, die überall auf der Welt verboten sind und sich in Albanien als "Schattenwirtschaft" fest etabliert haben: In Durres und Vlora wurden Barackensiedlungen für die Flüchtlinge aus aller Welt, die von Albanien in den freien Westen wollten, errichtet, und Schlepperorganisationen sorgten für den Weitertransport per Schnellboot nach Italien, 1995 für ca. 1.000 DM pro Person. (8) Mit weniger professionellen Seelenverkäufern sind andere Schlepper an der ganzen albanischen Küste an diesem Geschäft beteiligt.

Die nordalbanische Stadt Shkoder und die gesamte Grenzregion zu Restjugoslawien lebte während der Zeit des Jugoslawien-Embargos vom Benzinschmuggel. Auch die albanische Regierung soll sich an diesem lukrativen Wirtschaftszweig beteiligt haben: "Nach Schätzungen ausländischer Beobachter wurden im Jahre 1994 täglich rund 800.000 Liter Treibstoff illegal über die Grenze gebracht ... mit Wissen staatlicher Stellen." (9) Inzwischen ist der Handel mit Schrott die Haupteinnahmequelle dieser Region, und zwar in beide Richtungen: Albanische Laster liefern Schrott nach Montenegro; albanische Schlepper kaufen alte Schiffe in Montenegro, um mit ihnen Fluchtwillige für gute US-Dollar nach Italien zu bringen.

Im Süden wird seit 1993, als Griechen und Italiener die Samen einschmuggelten, großflächig Haschisch angebaut. (10) So kann man auch mit kleinen Parzellen noch Devisen an Land ziehen! Eine "Aktion Scharf" der italienischen Polizei erbrachte im Mai dieses Jahres die Beschlagnahmung von aus Albanien stammendem Marihuana mit einem Wert von 34 Millionen US-Dollar. (11) Angeblich sollen auch Koka-Pflanzen in Albanien angebaut werden. (12) Das ist eine weitere Folge der Landreform: Die Einrichtung der Marktwirtschaft in Albanien nötigt die privaten BesitzerInnen von landwirtschaftlichen Nutzflächen dazu, für den Verkauf zu produzieren. Die Inlandsnachfrage ist jedoch wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit gering. Also werden die dafür geeigneten Böden für Exportprodukte verwendet, und es werden auf ihnen Pflanzen angebaut, die im Inland keinen Absatz haben. Die für die Ernährung der Bevölkerung nötigen Nahrungsmittel müssen gegen Devisen eingeführt werden. Die Auslandsverschuldung des Landes wächst, während die privaten Importeure des albanischen Marihuanas, die italienische Mafia, fette Gewinne macht.

Sonst werden über Albanien Güter verschoben, deren Handel in anderen Staaten problematisch ist: Waffen, gestohlene Autos, Diebesgut aller Art ... Auch für Geldwäsche ist Albanien eine heiße Adresse. Diese Art von Wirtschaft fördert den Zerfall des Staates: Um solche Geschäfte machen zu können, braucht man Bewaffnung und Todesverachtung, aber weder Schulen noch Steuereintreiber, weder ein nationales Zahlungsmittel noch eine Polizei. Für die Regelung der hieraus entstehenden Rechtsstreitigkeiten eignet sich das Faustrecht besser als eine Justiz mit mehreren Instanzen, Stempelmarken und Fristen. Albanien hat seit 1995 ein neues Strafrecht mit drakonischen Strafen: Angewendet wird es relativ selten, weil die meisten darin definierten Verbrechen gar nicht vor die Gerichte kommen.

Parteienkonkurrenz

Die Demokratische Partei Albaniens, die bei den Wahlen im Frühjahr 1992 unter tumultartigen Verhältnissen und dem fast völligen Zusammenbruch der Wirtschaft an die Macht kam, bekennt sich eindeutig: "Die DP ist die erste antikommunistische Partei, die in Albanien nach 50 Jahren Diktatur gegründet wurde." (13) Es wäre daher falsch, dieser Partei wegen ihrer nicht zimperlichen Methoden mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen. Ihr Demokratieverständnis lautet: Demokratie ist Antikommunismus.

In Albanien selbst hat die DP ihre Methoden den Verhältnissen angepaßt. Zunächst bediente sich Sali Berisha für die Beseitigung politischer Gegner der ihm sehr willfährigen Justiz (14):

Die wichtigsten Köpfe der ehemaligen Partei der Arbeit: die Witwe Hodschas, der letzte Präsident und der letzte Ministerpräsident Albaniens, Ramiz Alia und Fatos Nano, wurden in den Jahren 1993 und 1994 wegen Machtmißbrauch und Unterschlagung verhaftet bzw. vor Gericht gestellt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Wegen Spionage und illegalen Waffenbesitzes wurden 1994 fünf Parlamentsabgeordnete der griechischen Minderheitenpartei "Omonia" verurteilt. Dazu und daneben gab es Anti-Korruptions-Kampagnen in der Partei, bei denen sich Berisha unliebsamer KritikerInnen oder KonkurrentInnen um die Macht ebenfalls durch Verhaftung und Verurteilung entledigte. JournalistInnen, die die Maßnahmen der DP kritisierten, wurden verhaftet, bedroht oder zusammengeschlagen, die Redaktionen unliebsamer Zeitungen mit richterlichem Befehl zeitweise geschlossen, ihre Lieferfahrzeuge beschlagnahmt. Durch die fest in der Hand der DP befindlichen Medien Radio und Fernsehen wurden KritikerInnen der DP als Agenten Serbiens verleumdet. Daneben fanden in einem fort Verfahren gegen Leute statt, die sich seinerzeit angeblicher "Verbrechen gegen die Menschheit" schuldig gemacht hätten, und gegen Personen, die noch immer die inzwischen für verfassungsfeindlich erklärte kommunistische Propaganda trieben. So sorgten Berisha und seine Mannschaft für die politische Stabilität, für die sie von ausländischen Institutionen gelobt wurden. Bei einem Referendum zur Annahme einer neuen Verfassung, die das Präsidentenamt noch mehr stärken sollte, erlitt die DP einen ersten Rückschlag: Die Mehrheit der WählerInnen sprach sich dagegen aus. Dann kamen die Wahlen des Jahres 1996.

In Staaten wie Albanien müssen die politischen Chefs periodisch bei Wahlen beweisen, daß sie ihr Land und ihre Leute unter Kontrolle haben und daß sie weiterhin als Ansprechpartner vertrauenswürdig sind. Die Demokratische Partei war entschlossen, diesen Vertrauensbeweis zu liefern. Mit Ausschluß diverser OppositionspolitikerInnen und dem rücksichtslosen Einsatz von Polizei und Geheimpolizei machte sie den Wahlkampf der Opposition unmöglich, verhaftete am Vorabend des Wahltages die wichtigsten OppositionspolitikerInnen, bedrohte WählerInnen und WahlhelferInnen und fälschte das Wahlergebnis nach Kräften. So feierte die DP einen "Erdrutschsieg" und erlangte 122 der 140 Parlamentssitze.

Die OSZE und die US-Administration stießen sich ein wenig an diesen Vorkommnissen und empfahlen eine Wiederholung der Wahlen. Die albanische Regierung, in korrekter Einschätzung der Lage, schlug diese Ermahnungen in den Wind.

Einerseits ist das alles nichts besonderes: Genauso wird auch in Kolumbien, in Kenia oder in Pakistan gewählt, und so werden Regierungen aufgrund von Wahlen als legitimierte anerkannt. Andererseits ist jede Wahl in einem postkommunistischen Land ein Präzedenzfall und wird genauer unter die Lupe genommen. Der Grund dafür ist die Erinnerung, daß diese Länder noch nicht lange zum Freien Westen gehören und daß angesichts der verheerenden Folgen der Integration in die Weltwirtschaft schon manchen PolitikerInnen der Gedanke an eine neuerliche "Desintegration" kommen könnte. Wahlen zeigen an, in welchem Ausmaß eine solche Politik bei den BürgerInnen des betreffenden Landes populär ist.

In dieser Hinsicht gab es in Albanien wenig zu befürchten: Als Reaktion auf die Wahlniederlage forderte der Führer der Sozialisten, Fatos Nano, der Partei ein "europäischeres" Profil zu geben und alle Hinweise auf Marxismus aus dem Parteiprogramm zu streichen. Dieser Vorschlag wurde von der Partei im August 1996 angenommen. (15)

Anschluß an die NATO

Die DP hat es sich zum Anliegen gemacht, sich auch auf außenpolitischem Gebiet von der zurückhaltenden Politik der früheren Führung Albaniens zu verabschieden und eine "aktive" Außenpolitik zu treiben. Den Versuchen, sich mit Berufung auf die außerhalb der Grenzen lebenden albanischen Minderheiten in die Belange Restjugoslawiens und Mazedoniens einzumischen, sind jedoch am Willen der weltpolitisch tonangebenden Mächte Grenzen gesetzt: In Mazedonien wacht ein sehr US-lastiges UNO-Kontingent über die territoriale Integrität des Landes, und auch die Destabilisierung Restjugoslawiens steht heute weniger denn je auf dem Programm der NATO und der EU. In dem in den Jahren 1994 und 1995 vom Zaun gebrochenen Streit mit Griechenland mußte Albanien klein beigeben, da die in Griechenland jobbenden AlbanerInnen, wie bereits erwähnt, das wirtschaftliche Rückgrat Albaniens ausmachen und die Ausweisungen von AlbanerInnen durch

die griechische Regierung sich als wirkungsvolles Druckmittel erwiesen. Inzwischen ist diese Front weitgehend aufgelöst, und die albanische Regierung hat Griechenland als Verbündeten und Pforte für einen Beitritt in die NATO entdeckt.

Auf ein gutes und möglichst nahes Verhältnis zur NATO konzentrierten sich in den letzten Jahren die Bemühungen der albanischen Regierung. Hochrangige NATO-Militärs gaben sich in Tirana die Klinke in die Hand. Von den USA erhielt Albanien ausrangiertes Gerät aus den Beständen der in der BRD stationierten US-Truppen. Auch von Frankreich und Deutschland erhielt Albanien Zusagen für die Lieferung von Ausrüstung. Mit den meisten NATO-Staaten wurden bilaterale Verträge geschlossen. Albanische Soldaten wurden in den USA trainiert, im Rahmen von "Partnership for Peace" wurden multinationale und bilaterale Manöver in Albanien abgehalten. Die US-Flugzeuge für den letzten entscheidenden Luftangriff gegen die serbischen Stellungen in Sarajevo stiegen aus Albanien auf, und mit den Deutschen zusammen hat Albanien inzwischen ein 40-Mann-IFOR-Kontingentchen in Zadar stationiert.

Zunächst ist diese militärische Kooperation Albaniens nur eine Fortsetzung des auf allen Gebieten praktizierten bedingungslosen Anschlusses an die westliche Welt. Darüber hinaus soll sie auch Ersatz und Kompensation für das ökonomische Desinteresse sein, das Albanien bisher erfahren hat. Für vermutlich nicht allzuviel Geld hat Albanien die Schürf- und Prospektierungsrechte für seine zwei Rohstoffe, Chrom und Erdöl, verkauft. Ein paar italienische Firmen lassen in Albanien Textilien herstellen, eine österreichische Firma hat ein Hotel gebaut. Das Interesse an Albanien ist äußerst gering: Ein kleiner Markt, geringe Kaufkraft, keine Infrastruktur - was soll der westeuropäische Unternehmer dort?

Pyramidenspiele: Keine Besonderheit Albaniens

Nachher hat es jeder gewußt: Das konnte ja nicht gutgehen! Angeblich gab es schon seit dem Vorjahr Warnungen an die Regierung, etwas gegen die Sparpyramiden zu unternehmen. Komisch, offiziell hatte das 1996 ganz anders geklungen: "Albaniens Wirtschaft ist die am schnellsten wachsende in ganz Europa ... die Wirtschaft ist im Vorjahr um 11% gewachsen, ... die jährliche Inflation betrug nur 6%." (16) Selten tritt so offenkundig zutage, wie sehr solche Wachstumszahlen in postkommunistischen Ländern nur die Bereicherung irgendwelcher Subjekte messen und in keinem wie immer gearteten Verhältnis zur tatsächlichen Produktion eines Landes stehen. Für die angebliche "Naivität", derer die AlbanerInnen jetzt geziehen werden, ist ihnen im Vorjahr von allen möglichen "Experten" auf die Schulter geklopft worden.

Die Sparpyramiden sind dabei keineswegs eine albanische Besonderheit. In anderen Ländern heißen solche Sparvereine "Banken"; das Verfahren, das Geld der BürgerInnen an sich zu ziehen, heißt in vielen osteuropäischen Ländern "Kuponprivatisierung" oder "Anteilsscheine". Gemeinsam ist allen diesen Vereinen, daß sie das Geld der Einleger einsammeln und dadurch in einer Hand konzentrieren. Durch Verleihen an Unternehmer, die es gewinnbringend investieren, verwandeln sich dadurch die unproduktiven Spargroschen der kleinen Leute in Kapital. So funktioniert zumindest eine Bank in unseren Breiten, in den Heimatländern des Kapitals. In Osteuropa hat dieses System den Haken, daß es eine gewinnbringende Produktion nicht oder fast nicht gibt. Wenn Banken daher Geld verleihen, so schlägt dieser Kredit nur zu oft später als "fauler", d.h. uneinbringlicher Kredit zu Buche. Die SchuldnerInnen, ungarische Bauern oder tschechische Kombinate, können den Kredit nicht zurückzahlen, sie können oft nicht einmal die Zinsen bedienen. Dann gibt es entweder einen Bankenkrach, oder die betroffene(n) Bank(en) werden über Finanzspritzen durch die Regierung gestützt - mit stiller Duldung des IWF, der weiß, daß mit der Fiktion eines nationalen Kreditwesens auch das ganze Potemkinsche Dorf des "Übergangs zur Marktwirtschaft" in sich zusammenfallen würde. Der Kreditsektor postkommunistischer Staaten hängt in der Luft, er stützt sich nicht auf eine mehr oder weniger profitable Produktion, sondern auf in- und auswärtige Garantien, Standby-Kredite, Konsolidierungsanleihen und ausländische Investoren, die wiederum auf diese Garantien spekulieren. Gleichzeitig ist er aber auch der wichtigste Sektor der Bereicherung: der Sumpf, in dem die neue Unternehmerklasse entsteht. Im Schaffen von privaten oder halbstaatlichen Wertpapieren, im Handel mit solchen oder mit Staatsanleihen werden Vermögen geschaffen, die zum Ärger der Regierungen dann aus den oben geschilderten Gründen meist nicht im Land investiert, sondern auf ausländische Konten verschoben werden. So entstehen die "Neuen Menschen", die ost- und südosteuropäischen Neureichen.

So war es auch in Albanien. Die teilweise bestätigten Vorwürfe der Opposition, die Regierung hätte die Pyramidenbetreiber gedeckt, und diese hätten dafür den Wahlkampf der DP finanziert, lassen sich daraus

leicht erklären: Die Pyramidenbetreiber waren eben die albanischen Unternehmer, die Regierung wollte eine Klasse von Kapitalisten schaffen, natürlich mußte sie deren Geschäfte decken. Was hätte sie denn anderes tun sollen, die vom IWF so belobigte Demokratische Partei!

Unruhe im neuen Hinterhof

Als der Volkszorn über die großflächige Enteignungsaktion, die der Zusammenbruch der Pyramidengesellschaften bedeutete, immer mehr eskalierte, wendeten die Demokraten zunächst die weltweit bewährten Mittel für solche Situationen an: Versprechungen auf etwaige teilweise Entschädigung der Geprellten wechselten sich mit Drohungen ab. Berisha tat die Rebellion als Verschwörung dunkler Kräfte ab und bezichtigte die Sozialistische Partei und die albanischen Zeitungen des Schürens der Unzufriedenheit. Auf Drohungen des Auslandes, ihm die Unterstützung zu entziehen, erließ er eine Amnestie und bildete eine Koalitionsregierung mit den Sozialisten.

Als Vorkämpferin des Aufstandes präsentierte sich die Stadt Vlora, die von den internationalen Medien 1991 und 1992 als "weltoffenste" Stadt Albaniens gefeiert worden war, weil sie sich damals als Bastion der Demokratischen Partei präsentiert hatte. Die von der DP gestellte Stadtverwaltung Vloras lehnte am 11. Februar die Verhängung des Ausnahmezustandes über Vlora ab, einige Tage später forderte der Bürgermeister von Vlora den Rücktritt der Regierung Berisha. (17) Versuche, Polizeitruppen und Freiwillige aus Nordalbanien, die als loyal eingeschätzt wurden, gegen die Aufständischen von Vlora einzusetzen (18), endeten mit deren raschem Frontenwechsel auf die Seite der Aufständischen. Schließlich zeigte sich, daß die Polizei, die sich während des Wahlkampfes von 1996 sehr um die Sache der DP bemüht hatte, und das Militär, von dem der Verteidigungsminister noch im Januar versprochen hatte, es würde nie gegen das Volk eingesetzt werden, sich tatsächlich weigerten, gegen die Bevölkerung vorzugehen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes am 2. März und die darauf folgende Volksbewaffnung im ganzen Land beendete endgültig jede staatliche Autorität in Albanien und führte der Weltöffentlichkeit vor Augen, daß die Regierung Sali Berishas in Albanien selbst keinerlei Unterstützung mehr hatte.

Seitdem hat es in der ausländischen Presse einige Versuche gegeben, der Leserschaft den unerhörten Umstand zu erklären, daß die Bevölkerung eines Landes sich relativ geschlossen gegen die Regierung wendet und die Armee sich auf die Seite der Aufständischen stellt. Von den Besonderheiten Albaniens war da die Rede, von Räubertraditionen und Stammesgegensätzen. Die Linguistik und die Historie wurden bemüht. Im österreichischen Fernsehen wurde sogar die rhetorische Frage gewälzt, ob es nicht ein Fehler Groß-Österreichs gewesen sei, diesen Staat 1913 zur Schwächung Serbiens zu gründen. Besonders beliebt wurde die Strapazierung eines angeblichen Gegensatzes zwischen "Norden" und "Süden" Albaniens. Der Süden sei irgendwie stärker dem Kommunismus verfallen gewesen, hieß es, das sei nun wieder hervorgebrochen. Im Norden sollen sie irgendwie altmodischer sein. Und übrigens: Sie reden ganz verschieden!

Abgesehen davon, daß die beiden Sprachgruppen sich in den entscheidenden Momenten sehr gut verständigt haben, sei an einige Fakten im Zusammenhang mit dem albanischen Aufruhr erinnert: Der erste Zusammenbruch einer Pyramidengesellschaft fand Ende 1996 in Shkoder statt, von da ab begleiteten Meldungen über Demonstrationen in dieser Stadt die Berichterstattung über Albanien. In Peshkopia zündeten Demonstranten am 27. Januar das Rathaus an und attackierten die Polizeistation. (19) Im März plünderten Aufständische Armeedepots in Kukes und Bajram Curri, zwei Tage später forderten ähnliche Aktionen in Shkoder mehrere Tote und Verletzte. (20) Versuche, im Norden Freiwillige zur Rückeroberung des Südens anzuwerben, schlugen fehl. (21) Auch Shkoder hat sein selbsternanntes "Bürgerkomitee", und auch von dort werden regelmäßig Schießereien gemeldet. Daß man vom Rest der Region wenig hört, liegt daran, daß das, was in der albanischen Provinz geschieht, sowieso niemanden interessiert.

Es kann daher nicht stimmen, daß die BewohnerInnen Nordalbaniens der Regierung loyal gegenüberstehen und den Rebellen im Süden gegenüber feindselig eingestellt sind. Der "regierungsfreundliche Norden" scheint eine Erfindung der DP zu sein, die damit ihre Position in Albanien stärker darstellen will, als sie wirklich ist. Deswegen werden OSZE-Beauftragte und auch Fino selbst von Berisha und seiner Prätorianergarde seit Wochen davon abgehalten, den Norden zu bereisen. Sie könnten dabei herausfinden, daß auch in Nordalbanien kein Hahn mehr nach der DP kräht.

Schließlich bleibt noch der Südosten des Landes übrig, aus dem zwar keine Aufstände gemeldet wurden, aber von dort scheint auch niemand Unterstützungsadressen nach Tirana geschickt zu haben.

Die Gründe für das Desinteresse an einer Wiederherstellung der staatlichen Autorität sind im Norden und im Süden gleich: Eine Ökonomie, die auf Subsistenz, Schmuggel und anderen illegalen Geschäften beruht, bedarf keiner Staatsmacht. Alle bisher gehegten Hoffnungen der Bevölkerung, daß sich in Albanien andere Formen des Erwerbes entwickeln könnten, sind durch die Ereignisse um die Pyramidenfirmen endgültig praktisch dementiert worden. Die einzige Alternative zur selbstverwalteten Raub- und Schmuggelwirtschaft hauptsächlich für die Kassen der italienischen Mafia besteht in der Flucht, zu der die AlbanerInnen immer wieder verzweifelte Versuche unternehmen, auch angesichts des Risikos, im adriatischen Meer zu ertrinken.

Alte und neue Marionetten-Könige

Viel Einfluß ist der albanischen Regierung also nicht geblieben: Territorial "kontrolliert" sie mit Hilfe der internationalen Truppen Tirana, Durres und die Gegend zwischen diesen beiden Städten. "Kontrollieren" heißt: Dort werden Regierungsvertreter nicht beschossen, wenn sie zwecks Wahlwerbung vorbeischauen. In Tirana und Durres gelten die Ausgangssperre und die Pressezensur, die mit dem Ausnahmezustand verhängt wurden, die Parteienkonkurrenz spielt sich weitgehend in diesen beiden Städten ab, und das wird die Einflußzone sein, über die der zukünftige Wahlsieger gebietet.

Den Einsatz ausländischer Truppen haben der neuernannte Premierminister Fino am 13. März, einen Tag später Berisha selbst gefordert. Nach einigen Bedenken hat auch der Führer der Sozialisten, Fatos Nano, einen Monat später versichert, eine ausländische Intervention hätte "seine vollste Unterstützung". (22) So eine Aufforderung ist eigentlich für PolitikerInnen, ob Regierung oder Opposition, ein Offenbarungseid: Sie gestehen damit ein, daß sie nicht imstande sind, Souveränität über das von ihnen regierte Land selbst herzustellen und zu bewahren und daß ihr Amt daher jeder Grundlage entbehrt. Die albanischen PolitikerInnen gehen bei diesem Ruf nach ausländischer Militärhilfe von der realistischen Einschätzung aus, daß sie über keine Mittel mehr verfügen, die Oberhoheit über ihr Territorium selbst herzustellen. Angesichts solcher Zustände ist es begreiflich, daß der Nachkomme des Königs sich auch wieder Chancen auf den albanischen Thron ausrechnet. Die schmeichelhafte Beschreibung der Herrschaft seines Vaters entbehrt nicht gewisser Parallelen mit den heutigen Perspektiven Albaniens: "Die inneren Stützen dieses Regimes bildeten die einheimischen reaktionären Klassen: das kaufmännische Großbürgertum ... Stammeshäuptlinge ... Da sich die an der Macht befindliche Zogu-Clique nicht sicher fühlte, suchte sie bei den imperialistischen Staaten Hilfe ... Zogus Politik öffnete den ausländischen kapitalistischen Mächten Tür und Tor ..." (23).

Eine völlige Besetzung Albaniens, d.h. die Übernahme der dortigen Staatsgeschäfte durch eine oder mehrere ausländische Mächte, ist jedoch aus weiter unten angeführten Gründen nicht vorgesehen. Das heißt aber, daß eine Staatsmacht im eigentlichen Sinne dort auch nicht mehr zustande kommen wird. Wer immer die Wahlen, sofern sie überhaupt stattfinden, gewinnt, ist dann aber nach außen anerkanntes Oberhaupt des Staates und damit Empfänger und Verteiler von Krediten, Militärhilfe und Hilfssendungen. Das ist die Basis, auf die sich ein künftiger "Staatsmann" Albaniens einrichtet: vom Ausland alimentierte Marionette mit dem Titel "Präsident" bzw. "Minister" Albaniens. Bei der prekären Einkommenssituation in Albanien ein sehr erstrebenswerter Posten, um den es sicherlich ein heftiges Gerangel geben wird.

Europäische Ordnungshersteller

Als die Freie Welt nach dem Ende des "Ostblocks" immer lauter die "Öffnung" Albaniens forderte, so geschah das nicht deswegen, weil es in Albanien besonders wichtige Dinge gegeben hätte, an die irgendein deutscher oder US-Konzern unbedingt herankommen wollte. Die Zeiten, als albanisches Erdöl und andere Rohstoffe einen Anziehungspunkt für ausländisches Kapital bedeuteten bzw. für europäische Staaten kriegswichtig waren, sind lange vorbei. Es war eben nur der Anspruch, daß keine Regierung der Welt sich dem Eindringen des internationalen Kapitals und den von den imperialistischen Staaten gesetzten Bedingungen verschließen dürfe.

Daß dort jetzt Chaos herrscht und es drunter und drüber geht, stört vergleichsweise weniger. Ähnliche Zustände wie in Albanien gibt es ja auch in Afghanistan, Liberia, Somalia und einer Reihe anderer Staaten. Die Ausbeutung eines Landes leidet darunter kaum: Wie man hört, ist der Abtransport der Rohstoffe aus Angola oder Zaire durch Bürgerkrieg ja auch nicht nennenswert behindert worden.

Klar ist aber auch: Zuschauen und die AlbanerInnen die Sache unter sich ausstreiten zu lassen, das geht auf keinen Fall. Die EU meldet Zuständigkeit an. Schließlich möchten die EU-Staaten immer noch den Balkan zu ihrem neuen Hinterhof machen und nicht nach Bosnien und Mazedonien eine dritte Schlappe durch die USA einstecken, die ihnen da eine Nasenlänge voraus sind. Es geht also um die Demonstration: Wir sind Herren der Lage! und: In Albanien geschieht nichts, was wir nicht wollen!

Einmischung ist also angesagt, aber zu welchem Zweck? Was will man dort eigentlich? Das ist das Problem der OSZE-Mission und der Operation Alba: Es ist jedem klar, daß die Wahlen, die die ausländischen Truppen ermöglichen und sichern sollen, das Problem nicht lösen, sondern nur wieder neue Rechtstitel auf Einmischung liefern können. Andererseits ist Albanien viel zu unwichtig, um eine richtige multinationale Besatzungsarmee hinzuschicken. Eine Kolonisierung Albaniens, also eine Einverleibung ins eigene Staatsgebiet, wie sie Italien 1939 vorgenommen (und wie es die BRD vor einigen Jahren mit der DDR gemacht) hat, würde jedoch derzeit von keinem europäischen Staat geduldet werden.

Italien und Griechenland sind an Grenzsicherung interessiert, um sich vor Flüchtlingsströmen zu schützen, und haben deshalb auch gleich die "Sicherung" der Häfen von Vlora und Durres übernommen. Bei der Überwachung der mazedonischen Grenze helfen Mitglieder des in Mazedonien stationierten UN-Kontingents. Griechenland forderte im Mai die Stationierung ausländischer Soldaten auf der albanischen Seite der gemeinsamen Grenze. (24)

Die Rolle Italiens, das rund 3.000 Soldaten, mehr als dreimal so viel als jeder andere Staat, nach Albanien geschickt hat, wird von den anderen EU-Staaten mit scheelem Blick betrachtet und als Anmaßung angesehen. In Italien selbst gibt es einen Kampf zweier Linien, deren eine die Truppenstationierung in Albanien als kostspieliges Abenteuer mit ungewissem Ausgang ansieht, das dem Ruf Italiens mehr schadet als nützt. Die andere betont die historische Chance, außerhalb der Grenzen militärische Autorität geltend zu machen und zumindest an dieser kleinen Front Führungsqualitäten zu beweisen. (25) Der italienische Botschafter Foresti wurde aus Tirana abberufen, nachdem dieser versucht hatte, durch persönliche Einflußnahme auf die DP die Einigung der albanischen Parteien bezüglich der im Juni abzuhaltenden Wahlen zu torpedieren. (26) Österreichs Beitrag zur Krisenlösung, der abgehalfterte Bundeskanzler Vranitzky, der die OSZE-Delegation anführt, dementierte den Optimismus bezüglich der Wichtigkeit der Wahlen mit der Forderung, das Mandat der ausländischen Truppen für die Zeit nach den Wahlen zu verlängern. Die Unklarheit über das in Albanien zu Vollbringende heizt zwar einerseits die Konkurrenz der beteiligten (und auch die der unbeteiligten) EU-Staaten an. Griechenland will bei Albanien mitreden; die Türkei will zeigen, daß sie auch in Europa Interessen hat; Frankreich entdeckt den Balkan als Einflußsphäre; Rumänien will sich für die NATO qualifizieren. Für all diese Absichten ist Albanien zwar Anlaß, aber eben nicht Ziel, und so will sich auch kein Land so recht in Albanien "engagieren", deswegen wird dann doch wieder Italien das Feld überlassen. Dieses lauwarme Hin und Her wird sicher noch einige Fortsetzungskapitel liefern. Auch eine Einmischung der USA ist nicht auszuschließen.

Das Desinteresse an Albanien und den AlbanerInnenn selbst heißt nicht, daß die Anwesenheit der ausländischen Truppen eine harmlose Sache wäre: Auf Enthüllungen von "Übergriffen" der italienischen, griechischen oder was immer für Soldaten kann man sich gefaßt machen: Wenn eine Besatzungsarmee ins Land kommt, so führt sie sich auch entsprechend auf.

Kleines Albanien - großes Rußland

Anläßlich des albanischen Aufstandes werden viele osteuropäische PolitikerInnen von leichten Beklemmungen befallen worden sein. In allen postkommunistischen Staaten wird es dezente Überprüfungen der Sicherheit der Waffendepots und der Stimmung in der Armee gegeben haben.

Die "Izvestija" ergänzte ihre Berichterstattung über Albanien am 4. März mit einer Kolumne mit dem Titel "Ist auch in Rußland die albanische Variante möglich?" Mit leichter Ironie über die selbstverständlich auf der Hand liegende Unvergleichlichkeit der psychischen Einstellung der Bevölkerung Albaniens und derjenigen Rußlands erinnert der Schreiber daran, daß letztere genug Gründe hätte, ihre Regierung nach albanischem Vorbild zum Teufel zu jagen: Die betrügerische Finanzpyramide Sergej Mavrodis, die einige Millionen Russen um ihre Ersparnisse gebracht hat; das Einfrieren der in den Sparkassen deponierten Sparguthaben durch die russische Regierung selbst; das in Rußland inzwischen übliche monate-, manchmal sogar jahrelange Nichtzahlen der Gehälter und Pensionen; schließlich geschobene Wahlen und eine Regierung, die jeder

aufrechte Russe verachten muß. Der Unterschied zwischen Albanien und Rußland, so der Schluß des Verfassers, muß daher im subjektiven Faktor liegen: "Man kann unseren Führern zu solchen Untertanen nur gratulieren, die Untertanen selbst sind allerdings weniger zu beglückwünschen."

Einen anderen Unterschied gibt es freilich auch noch: Rußland verfügt immer noch über ganz andere ökonomische und militärische Potenzen als das Land der Skipetaren, ein russischer Volksaufstand hätte daher eine andere weltpolitische Dimension.

Amelie Lanier

Anmerkungen:

1) auf dem außerordentlichen Kongreß vom Jahresende 1990, zitiert nach: HVG (Heti Világgazdaság, Ungarische Wochenzeitung), 5.1.1991

2) HVG, 30.3.1991

3) HVG, 7.12.1991

4) SN (Salzburger Nachrichten, Österreichische Tageszeitung), 5.4.1993

5) SN, 30.4.1993

6) Bashkim Fino, damals noch Bürgermeister von Gjirokaster, über die "Zukunftsperspektiven" seiner Region, in: Die Presse (Österreichische Tageszeitung), 21.9.1994

7) Die Presse, 12.11.1994

8) Die Presse, 10.4.1995

9) NZZ, 25.10.1995

10) Der Standard (Österreichische Tageszeitung), 15.3.1997

11) OMRI (Open Media Research Institute), Internet-Nachrichtendienst von Radio Free Europe/Radio Liberty, 13.5.1997

12) Der Standard, 8.3.1997

13) "Albania Land of the Eagles", Internet-Service der Demokratischen Partei Albaniens

14) Das kommunistische Albanien besaß kein Justizministerium und keine der unsrigen vergleichbare Rechtspflege. Der Aufbau eines Justizwesens wurde erst nach der Wende in Angriff genommen, die frisch ernannten Richter fühlen sich ihrem Brotgeber sichtlich sehr verpflichtet.

15) Alle Details zu den Wahlen und deren Folgen: OMRI

16) OMRI, 22.5.1996

17) OMRI, 12.2. und 17.2.1997

18) OMRI, 11.2.1997

19) OMRI, 28.1.1997

20) OMRI, 12./13.3.1997, Der Standard, 14.3.97

21) Der Standard, 12.3.1997

22) OMRI, 15.4.1997

23) "ALBANIEN", Tirana 1985, S 42

24) OMRI, 15.5.1997

25) OMRI, 14.4.1997

26) OMRI, 26.5. und 3.6.1997

15. Rosa, Rot und Grün. Eine erste Bilanz der Regierung Jospin

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:19

Frankreichs sozialistischer Premierminister Lionel Jospin hat am 19. Juni seine Regierungserklärung vor dem Parlament abgegeben und damit die Grundzüge der Arbeit der rosa-rot-grünen Koalition der Öffentlichkeit präsentiert. Am 4. Juni hatte Jospin sein Kabinett gebildet, in dem mit Jean-Claude Gayssot (Minister für Transport und Wohnungsbau) und Marie-Georges Buffet (Jugend und Sport) auch der Parti Communiste (PCF) mit zwei Regierungsämtern vertreten ist.

Der PCF hat sich nicht lange geziert, an Jospins Regierung teilzunehmen: Nach zwei Tagen der Diskussion in den Parteisektionen gab das "nationale Komitee" (früher: Zentralkomitee) am Morgen des 4. Juni dem neuen Premierminister das Jawort. Vorsichtshalber hatte PCF-Sekretär Robert Hue die in letzter Minute vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang von Alain Bocquet in die Debatte geworfene Alternative gar nicht erst mit zur Abstimmung gestellt: die Tolerierung der neuen Regierung ohne Teilnahme der Kommunisten (nach Art der "Volksfront--Regierung 1936 oder auch der Rifondazione Comunista aktuell in Italien). Schließlich stimmte auch Bocquet, einer der Führer der "Orthodoxen", für die Regierungsbeteiligung und wurde zur Belohnung von Hue zum (alten und neuen) Fraktionsvorsitzenden der KP im Parlament vorgeschlagen und auch gewählt. Die einzige Opposition kam von Maxim Gremetz, einem "konservativen" Vertreter des bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparats und engem Vertrauten des früheren PCF-Generalsekretärs George Marchais (1972-1994).

Gremetz verweigerte auch bei der Vertrauensabstimmung im Parlament der neuen Regierung seine Zustimmung. Der hinter ihm stehende Teil der "Orthodoxen" vollführte anläßlich des ersten Zusammentretens des neuen Parlaments seine kleine Demonstration: der frisch gewählte PCF-Abgeordnete Patrice Carvalho erschien im Arbeiter-Blaumann (mit Krawatte), was zum Mißmut einiger seiner Fraktionskollegen führte. Als Urheber der Idee gilt Gremetz, der Carvalho keinen Moment von der Seite wich. Leider gibt es unter den aufgeschlosseneren Teilen des PCF keine eigene Opposition gegen den Kurs der Parteispitze: Die "Neugründer" (Refondateurs), die für eine Überwindung des poststalinistischen Parteimodells und eine stärkere Öffnung zu sozialen Bewegungen und der außerparlamentarischen Linken eintreten, gehören auch zu den stärksten Befürwortern einer Annäherung an die Sozialdemokratie und einer Beteiligung an der Regierung. Diese Strömung erhielt jedoch kein Ministeramt obwohl sie rund ein Drittel der neuen KP-Abgeordneten stellt (und damit deutlich überrepräsentiert ist).

Hoffnung für Immigranten

Die erste von der Regierung in Aussicht gestellte Reform betraf die "illegal" in Frankreich lebenden Ausländer: Sie sollen unter bestimmten Voraussetzungen nach einer Einzelfallprüfung bei den Präfekturen Aufenthaltspapiere erhalten. Es waren die "sans papiers" (Immigranten ohne gültige Aufenthaltspapiere), die den bestehenden stillen Konsens über die "illegalen" Immigranten aufbrachen und Teile der Linken zur Solidarisierung zwangen. 300 von ihnen hatten ab dem 18. März 1996 erst die Pariser Kirche Saint Ambroise besetzt, dann - nach ihrer polizeilichen Räumung und einer Odyssee über diverse andere Örtlichkeiten - die Kirche Saint Bernard, aus der die seit 50 Tagen Hungerstreikenden im Morgengrauen des 23. August 96 durch einen massiven Polizeieinsatz entfernt wurden. Die "Leute von Saint Bernard" ließen bis zuletzt nicht locker. Im Frühjahr 97 durchreisten sie ganz Frankreich mit einer "Karawane der sans papiers", um bis in Dörfer mit 2.000 Seelen hinein um Solidarität für ihre Sache zu werben. Als die Nachricht vom Regierungswechsel kam, hielten sie sich gerade in Angoulême auf - und beschlossen, zur Unterstreichung ihrer Forderungen zu Fuß nach Paris zu marschieren. Mit 130 Leuten legten sie die Strecke von 480 Kilometern in 10 Tagen zurück, und am Nachmittag des 10. Juni wurde - zur Empörung der Rechten - eine Delegation offiziell am Amtssitz des neuen Premierministers empfangen. Fotografen und Kameradeleute durften das Ereignis aber nicht im Bild festhalten, um bestimmte Teile der öffentlichen Meinung nicht durch entsprechende Bilder aufzubringen.

Aus diesem Anlaß verkündete die Regierungsspitze, daß sie in einem Rundschreiben die Präfekten anweisen werde, erneut die Akten der "illegalen" Immigranten Fall für Fall durchzugehen und auf Grundlage von sechs Kriterien zu "legalisieren". Die Kriterien sind jene, welche das Kollektiv der Vermittler (Juristen, ein

Ex-Botschafter...) im Konflikt von Saint-Ambroise im März 1996 vorgeschlagen hatte und die Nationale Menschenrechts-Kommission (ein vom Premierminister zu konsultierendes Beratungsgremium) im September 96 übernommen hatte. Demnach sollen ein Recht auf legalen Aufenthalt erhalten: Ehegatten von Franzosen und legal im Land lebenden Ausländern (diese hatten bisher im ersten Jahr kein eigenes Aufenthaltsrecht); die Eltern von Kindern mit französischer Staatsbürgerschaft - bis 1994 erhielten diese, nach dem "ius soli" (entscheidend ist das Geburtsland, nicht die Abstammung; Anm. ak), alle auf französischem Boden geborenen Kinder; ferner Personen "mit guter Integration in die französische Gesellschaft", die aufgrund eines "Bündels von Indizien" festgestellt werden soll. Ebenfalls Papiere erhalten sollen abgelehnte Asylsuchende, denen bei Rückkehr in ihr Herkunftsland ernsthafte Gefahren drohen, sowie Personen, die in Frankreich eine medizinische Behandlung durchlaufen, bei deren Abbruch schwere Gefahren für ihre Gesundheit bestehen. Darüber hinaus hat Jospin in seiner Regierungserklärung angekündigt, daß ab Herbst erneut das - durch die "Pasqua-Gesetze" 1993/94 eingeschränkte - "ius soli" eingeführt werden solle.

Die rechtskonservative Tageszeitung Le Figaro berichtete anläßlich der Legalisierungs-Ankündigung aus dem Amt des Premierministers vom "ersten Mißton in den Reihen der neuen Regierung" und wollte aus dem Innenministerium vernommen haben, dessen neuer Hausherr, der Linksnationalist Chevènement, sei erbost über das Vorgehen des Premierministers gewesen. Chevènement erklärte der Presse, es sei "klar, daß die letzte Entscheidung, wie es unter der Republik normal ist, beim Staat liegen wird", es also keinerlei Rechtsanspruch auf Aufenthaltspapiere geben werde. Einen Abschiebestopp werde es auch bis dahin nicht geben, und die jetzige Maßnahme sei, so betonten die Ämter von Premier- und Innenminister unisono, nicht mit der breiten "Legalisierung" von 1981/82 zu vergleichen. Damals hatten 132.000 Immigranten ihre Aufenthaltspapiere erhalten, wenn sie zwei Bedingungen erfüllten: Sie mußten nachweislich vor dem 1. Januar 1981 nach Frankreich gekommen sein und einen Arbeitsvertrag vorlegen können. Ab 1982 allerdings wurde in der Ausländerpolitik schon wieder der repressive Rückwärtsgang eingelegt. Allein im Jahr 1982 wurden 27.000 neu angekommene "sans papiers" ausgewiesen und 47.000 Nordafrikaner gleich an den Grenzen abgewiesen.

Chevènement hat unterdessen zu seinem Kabinettsdirektor Jean-Pierre Duport ernannt, der seit 1993 als Präfekt im Département Seine-Saint Denis amtierte. Dort war er als Vertreter einer besonders harten Linie in Sachen Immigrationspolitik und Abschiebung bekannt. So ließ er vor einem Monat Raschid Tiqidet, der seit 15 Jahren in der Pariser Vorstadt Aubervilliers lebte, in das vom Bürgerkrieg zwischen Militärjunta und islamischen Fundamentalisten geschüttelte Algerien abschieben. Es scheint daher, so der PS-Abgeordnete und Rechtsanwalt Yann Galut, für die "voller Hoffnung zur Präfektur gehenden" Ausländer ratsam, "nur in Begleitung dorthin zu gehen."

Stillegung des

"Schnellen Brüters"

Ebenfalls in seiner Regierungserklärung bekräftigt hat Jospin den mit den Grünen vereinbarten Abschied von manchen umweltzerstörenden Großprojekten wie dem geplanten Rhein-Rhone-Kanal (dessen Sinn niemand mehr so recht nachvollziehen konnte) und einigen Autobahnprojekten. Besondere Bedeutung aber hat die von der neuen Umweltministerin Dominique Voynet (Die Grünen) bekanntgegebene Absicht, den "Schnellen Brüter" Superphénix in Creys-Malville endgültig stillzulegen und damit eine tickende Zeitbombe nahe der Schweizer Grenze zu entschärfen. Ein Zeitplan für die Abschaltung ist bis dato noch nicht bekannt. Die 56 in Frankreich laufenden Atomkraftwerke (von weltweit 430) stehen freilich nicht vor der Abschaltung: Sozialisten und Grüne haben sich lediglich auf einen Baustopp bis zum Jahr 2.010 verständigt.

Das Aus für den "Schnellen Brüter" ist zunächst einmal nur das Eingeständnis eines technischen Scheiterns: Die hinter diesem speziellen Reaktortyp stehende Grundidee funktioniert einfach nicht. Das Grundprinzip des "Schnellen Brüters" ist es, durch Ausnutzen des Neutronenflusses im Reaktor das nicht spaltbare und damit weder für AKWs noch für Atomwaffen verwendbare Uran-238, das im Natururan rund 100 mal so häufig vorkommt wie das spaltbare Uran-235, in (spaltbares) Plutonium umzuwandeln und damit den Spaltstoffvorrat zu strecken. Zusätzlicher "Vorteil": Das dabei entstehende Plutonium-239 ist auch besonders einsatztauglich für Atomwaffen. Jedoch: um den Spaltstoff, mit dem er beladen wird, zu verdoppeln, benötigt der französische Prototyp Phénix 600 Jahre; beim Superphénix sollten es immer noch 80-100 Jahre sein. Diese Fähigkeit konnte er aber nicht unter Beweis stellen, da er wegen dauernder Störfälle in elf Jahren nur zehn Monate

gelaufen ist. Er ist also nutzlos und noch dazu höchst gefährlich, da in diesem Reaktor als Kühlmittel nicht Wasser (wie in normalen AKWs), sondern flüssiges Natriummetall benutzt wird. Dieses ist extrem leicht entflammbar - Luftkontakt genügt - und führte 1987 bereits zu einem schweren Unfall.

Dennoch möchte die Atomindustrie, unterstützt von der politischen Rechten, den "Schnellen Brüter" als "Forschungsanlage" behalten, um eine teure und symbolträchtige Bauruine sowie mögliche Schadensersatzansprüche europäischer Partner zu vermeiden. Hinzu kommt die öffentliche Meinung in der Region Isère, wo Superphénix der größte örtliche Arbeitgeber und Steuerzahler ist und wo die ihm zuarbeitende örtliche Wirtschaft strukturelle Einbrüche im Fall einer Stillegung des Reaktors befürchtet. Am 12. Juni gründeten daher 3.000 Personen in Creys-Mépieu ein "Unterstützungskomitee für Superphénix", unter ihnen acht Bürgermeister, auch kommunistische. Die Gewerkschaftsverbände CGT-Energie und FO-Chemie haben sich auf nationaler Ebene gegen die Stillegung gewandt, wobei die CGT immerhin eine "demokratische Debatte um die Energiezukunft des Landes" fordert; der FO-Verband bedient sich allein altbekannter Argumente der Atomlobby (Bedrohung von Wachstum und Lebensstandard...). Die CGT-Energie hat aber auch bereits vorgemacht, wie sie die eingeforderte Debatte zu führen gedenkt, indem sie die Stillegung als "opportunistische und demagogische Eilmaßnahme, die eine Lobby befriedigen soll", geißelte. Die KP-Tageszeitung L`Humanité beförderte unterdessen das Anliegen der "Verteidiger von Superphénix" und berichtete apologetisch darüber, als handele es sich um einen x-beliebigen Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Der Name von Dominique Voynet oder der Grünen fielen in dem Humanité-Artikel nicht ein einziges Mal.

EU-Stabilitätspakt und Beschäftigungspolitik

Außenpolitisch fand die Europapolitik der neuen Regierung die größte Aufmerksamkeit. Nachdem der sozialistische Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn in der Woche vor dem Amsterdamer EU-Gipfel verkündet hatte, Frankreich fordere "Bedenkzeit" für den von den Deutschen in der Europäischen Union durchgesetzten "Stabilitätspakt" vom Dubliner Gipfel im Dezember, nahm er diese Äußerung noch am Abend desselben Tages wieder zurück. In Amsterdam wurde am 16. und 17. Juni dann der "Kompromiß" verabschiedet, den von den Deutschen verfochtenen "Stabilitätspakt" um eine EU-Erklärung zur Beschäftigungspolitik zu ergänzen. Zwar wird damit die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zur Priorität der EU-Politik erhoben; irgendwelche Mittel werden dafür aber nicht bereit gestellt. Das französische Satire- und Enthüllungsblatt Le Canard enchainé zitiert dazu Theo Waigel: "All das sind Phrasen, um den Franzosen einen Gefallen zu tun. Das wichtigste ist bewahrt worden: der Stabilitätspakt ist nicht um einen Millimeter verändert worden, oder keine Mark wird zusätzlich ausgegeben werden." Zwar war anläßlich der Zusammenkunft der Sozialistischen Internationale in Malmö Anfang Juni vereinbart worden, Skandinavier, Italiener und Portugiesen sollten die französische Position stützen. Diese blieben aber vollkommen stumm gegenüber den Deutschen. So wurde einmal mehr bewiesen, wer in der EU aktuell den Ton angibt. "Sie haben nicht mal den Mund aufgemacht um so zu tun, als ob sie uns unterstützen", wird ein hoher Beamter aus der französischen Delegation zitiert. Fragt sich nicht nur Le Canard enchainé: " Wozu ist die Sozialistische Internationale eigentlich gut?"

Die Pariser Zeitung Le Monde bringt die Amsterdamer Beschlüsse in Zusammenhang mit einer Erklärung aus dem französischen Finanzministerium vom selben Tag: "Der Abbau der Defizite ist weder rechts noch links, sondern ein Imperativ." Ob letzterer künftig auf der Sozialpolitik der neuen Linksregierung lasten wird? In seiner Regierungserklärung gab Jospin einige Eckdaten bekannt. So soll der gesetzliche Mindestlohn SMIC um 4 Prozent von derzeit 6.406 auf 6.660 Francs (umgerechnet von 1.900 auf 1.975 DM) erhöht werden; die Kommunisten hatten im Wahlkampf als Sofortmaßnahme die Erhöhung "um 1.000 Francs ab Juli" und mittelfristig "einen Mindestlohn von 8.500 Francs" (2.520 DM) gefordert. Im Herbst soll ferner eine "Lohnkonferenz mit den Sozialpartnern" einberufen werden, auf welcher ein Grundsatzbeschluß über die Arbeitszeitverkürzung gefällt werden soll.

Jospin zufolge soll die 35-Stunden-Woche bis zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode über Verhandlungen der "Sozialpartner" erreicht werden. Dies entspricht der letztjährigen Programmdebatte der Sozialisten, während das gemeinsame Papier von Parti Socialiste und PCF im Wahlkampf ein "Rahmengesetz zur 35-Stunden-Woche zu Anfang der Legislaturperiode" in Aussicht gestellt hatte. Die zu erwartenden Mehrausgaben im Staatshaushalt (durch erhöhte staatliche Zahlungen der Sozialbeiträge, welche bei Löhnen bis zum 1,33-fachen SMIC von der öffentlichen Hand übernommen werden, sowie die angekündigte Erhöhung

der staatlichen Wohnbeihilfe) sollen zugleich durch parallelle Einsparungen wieder ausgeglichen werden, sobald die derzeit laufende "Sichtung der Staatsfinanzen" abgeschlossen sein wird. Als erste Sparmaßnahme wurde bereits verkündet, daß ab 25.000 Francs (8.000 DM) Einkommen pro Haushalt das Kindergeld gestrichen wird. Das wird vor allem von reaktionärer Seite mit familien- und geburtenpolitischen Argumenten angeprangert.

Bernhard Schmid, Paris

16. "Wir sind alle Kommunisten". Neue Erkenntnisse zur Geschichte der KP Frankreichs

Neue Erkenntnisse zur Geschichte der Kommunistischen Partei Frankreichs

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:01

Eine Reihe von Veröffentlichungen haben in Frankreich in den letzten Monaten die Geschichtsschreibung des Parti Communiste Français (PCF) und die Debatte um dessen stalinistische Ära belebt. 1992 wurden in Moskau die Archive geöffnet, die seit Jahrzehnten zahllose Originalzeugnisse aus dem Innenleben der Kommunistischen Internationale (Komintern) im allgemeinen und ihrer französischen Sektion im Speziellen verbargen. Ihre Öffnung war zwar nur vorübergehend, und die meisten dieser Quellen sind heute wieder unzugänglich. Doch der kurze historische Moment hat genügt, um Erkenntnisse zu Tage zu fördern, die seit Mitte 1996 in Frankreich für einiges Aufsehen gesorgt haben.

Nach den zahllosen Enttäuschungen unter dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand, der einst größte Beliebtheit unter der Pariser Intellektuellenszene genoß, just in jüngster Zeit durch neue Veröffentlichungen über Mitterrands Abhörskandal erneut verstärkt, kam unter ihnen in den letzten Wochen vor der Parlamentswahl eine seit einigen Jahren nicht gesehene Tendenz auf, die Stimmabgabe für die KP öffentlich zu erwägen. Andere sind aufgrund der jüngsten Debatten um die PCF-Geschichte zurückhaltend.

Neue Attraktivität für Intellektuelle?

"Die KP bleibt mit einer ‚Erbsünde` behaftet, vor allem unter den Historikern, welche die Arbeiten von Stéphane Courtois (... und) Annie Kriegel zitieren", meldet Le Monde vom 9. Mai, die zugleich eine Reihe KP-freundlicher Stimmen zitiert. Letztere führen zumeist die Abwesenheit des realsozialistischen Blocks seit 1989, den vom PCF seit 1994 erklärten Abschied vom "sowjetischen Modell" und die "Erneuerungs"-Bestrebungen von PCF-Sekretär Robert Hue zu ihrer Rechtfertigung an.

Unter ihnen finden sich der "Bevölkerungsforscher" Emmanuel Todd (der, laut Selbstbezeichnung, "fanatische Maastrichtgegner" lieferte 1994 Jacques Chirac die Hauptstichworte für seinen sozialdemagogischen Präsidentschaftswahlkampf), der am 28. April den Anfang machte, der Architekt Roland Castro - er nahm im Dezember als Gast am 29. PCF-Kongreß teil - und der Schriftsteller Jean Vautrin. Auch dessen Schriftstellerkollege Didier Daeninckx, der nach seinem KP-Austritt mit den Autonomen sympathisierte und 1992 / 93 heftig den "rot-braunen Flirt" einiger um ihr Weltbild beraubter KP-Funktionäre mit der extremen Rechten öffentlich anprangerte, ist ebenso mit von der Partie wie der Autor Gilles Perrault, der in den letzten Jahren eine wesentliche Rolle im antifaschistischen Kampf spielte und als der trotzkistischen LCR nahestehend galt.

Als "möglich" und "nicht ausgeschlossen" bezeichneten ferner Jean-Claude Guillebaud, Organisator des Clubs Phares et Balises aus maastricht-feindlichen Ökonomen und Intellektuellen (hier lernten sich im November 1994 Emmanuel Todd und Chirac kennen!), und der Ex-Präsident der humanitären Organisation "Ärzte ohne Grenzen" Rony Braumann ihre Stimmabgabe für die KP.

Die "Affäre Eugen Fried"

Der Kommunismus und seine Geschichte als Gegenstand wissenschaftlicher und universitärer Forschung geht in Frankreich auf Annie Kriegel zurück, die 1995 verstorben ist. Annie Kriegel (1926 geboren) war selbst Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation und in ihren Reihen Widerstandskämpferin im Zweiten Weltkrieg, bevor sie hauptamtliche Funktionärin der französischen KP wurde. Sie verließ den PCF, wie eine Reihe anderer Mitglieder auch, anläßlich der sowjetischen Intervention gegen den Ungarnaufstand 1956.

Kriegel führte später erstmals den Kommunismus als Forschungsgegenstand ein und gründete, zusammen mit ihrem Schüler Stéphane Courtois, zu diesem Zweck die Zeitschrift Communisme, die als Ort ernsthafter wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Thema gelten kann - wenngleich sie die mehr als fragwürdige "Totalitarismus"-These übernommen hat.

Annie Kriegel arbeitete zusammen mit Stéphane Courtois, der das Manuskript nach ihrem Tod zu Ende führte, seit 1992 an einem Buch, das nunmehr Anfang dieses Jahres erschienen ist und viel Beachtung gefunden hat. Es heißt "Eugen Fried, das große Geheimnis des PCF" (1) und ist einer Person gewidmet, die der französischen Öffentlichkeit bisher kaum bekannt war, obwohl er ein Jahrzehnt lang die zu jener Zeit bereits recht einflußreiche Kommunistische Partei führte. Ein Teil der Erkenntnisse dieser Arbeit war freilich bereits in die 1995 von Stéphane Courtois und Marc Lazar publizierte "Geschichte des Parti Communiste Français" eingeflossen. (2)

Im Buch von Lazar/Courtois beschreiben die Autoren den Mitte der 20er Jahre einsetzenden Prozeß der "Bolschewisierung", später "Stalinisierung" der französischen KP, dessen Grundlage der starke Ausbau des Parteiapparats unter Anleitung der sowjetischen Partei mittels der Komintern war. "Ab 1925/26 umfaßt der PCF überwiegend Kader, die - im Gegensatz zu den sozialistischen oder gewerkschaftlichen Führern vor 1914 - sich nicht durch autodidaktisch erworbene Bildung und persönliche Analysefähigkeit auszeichnen, sondern in erster Linie durch ihren Glauben an die Sowjetunion und ihre kommunistische Disziplin."

Als nächster Schritt folgte die ouvriérisation (etwa: "Proletarisierung"). Sie bestand darin, gezielt junge Arbeiter für den Apparat zu rekrutieren, deren Bildung und zugleich ideologische Formung die Partei mittels Kaderschulen selbst in die Hand nahm. Und die der KP, welcher sie ihren "Aufstieg" zu verdanken hatten, absolut treu ergeben waren. Parallell dazu fanden die ersten Ausschluß- und Austrittswellen statt. Im Februar 1925 schreiben 80 innerparteiliche Oppositionelle einen Brief an die Komintern, worin sie die "Unterdrückung jeder Kritik" anprangern. Am 11. Mai waren es bereits 130 und am 25. Oktober 250 Mitglieder der zu dem Zeitpunkt noch relativ kleinen Partei, die durch ein Schreiben nach Moskau offen ihre Kritik bekundeten. Der Komintern-Apparat schickte deswegen seinen Mann nach Paris, um nach dem Rechten zu sehen: Manouilski, der gerade (1925) die Führungsspitze der deutschen KPD vollkommen umgebildet hatte.

Fünf Jahre später war die direkte Anleitung des Kaderlebens des PCF durch Vertreter der Komintern in Paris zur festen Institution geworden. Einer der zu diesem Zweck aus Moskau entsandten "Instrukteure" hieß Eugen Fried und ist die zentrale Figur des neuen Buches von Kriegel/Courtois. Sohn slowakischer Juden, hatte er sich 1919 der ungarischen Revolution und Räterepublik unter Bela Kun angeschlossen. Von Budapest aus in die Tschechoslowakei abgeschoben, wurde er einer der Generalsekretäre der dortigen KP und schließlich von der Komintern als Berufsrevolutionär 1931 nach Westeuropa entsandt. Selbst hochintelligent, neun Sprachen fließend beherrschend und nebenbei eleganter Dandy hatte er zur Aufgabe, für die perfekte Stalinisierung der französischen KP und ein reibungsloses Funktionieren deren Apparats zu sorgen.

Fried war es, der im Parti Communiste Français die commission des cadres schuf und dieselbe persönlich kontrollierte. Auf Grundlage quasi-militärischer Disziplin hatte diese alle wichtigen Funktionsträger der KP auszuwählen, zu fördern und zu überwachen. Jeder Verantwortungsträger hatte seine Unterordnung zu beweisen. Wer immer einen Posten in der Partei besetzen wollte, bis hinab zum Vorsitzenden der einzelnen "Zelle", hatte einen Fragebogen auszufüllen, der 74 detaillierte Fragen enthielt.

Darin hatte er über seine Bildung Auskunft zu geben, seine Klassenzugehörigkeit, über die von ihm gelesenen Bücher, aber auch über sein Intimleben und die Mitglieder seiner Familie - über die politischen Ansichten und Berufstätigkeiten seiner Vorfahren, Onkel und Geschwister. Nur ein lupenrein proletarisches Profil, inklusive familiärem Umfeld, ermöglichte den Aufstieg in der Partei. Tausende dieser Fragebogen wurden gesammelt und nach Moskau geschickt, wo sie noch heute im Archiv lagern.

Fried war es auch, der die Führungskader des PCF auswählte, welche die Partei über drei Jahrzehnte lang ununterbrochen leiten sollten: Maurice Thorez, Generalsekretär des PCF von 1934 bis 1964; Jacques Duclos, sein langjähriger Stellvertreter und PCF-Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen 1969; und Benoit Frachon, Generalsekretär der CGT-Gewerkschaft während des Krieges und von 1947 bis 1967. Die von ihm vorgefundene Führungsriege unter Herni Barbé und Pierre Célor hebelte Fried 1931 kurzerhand unter dem Vorwurf der "Fraktionsbildung" aus - Barbé und Célor wurden aus dem Politbüro ausgeschlossen -, um die von ihm nach dem Kriterium der Treue zu Moskau ausgesuchten Kader an der Spitze zu installieren.

1943 tötete die Gestapo, anläßlich einer Razzia in kommunistischen Kreisen, Eugen Fried. Die Nazis wußten bis zum Schluß nicht, wen sie da ermordet hatten.

Die KPF nach der Befreiung 1944

Ein zweiter Diskussionsstrang betrifft die Haltung des PCF bei der Befreiung 1944. In jenem Jahr bestand faktisch eine Art Doppelherrschaft: auf der einen Seite unter der Führung des Generals de Gaulle der klassische Staatsapparat, der mit seiner Verwaltung (Präfekten, Armeeführung) in London und Algier im Wartestand saß und sich auf seine Berufsarmee stützte, die zu zwei Drittel aus Kolonialtruppen bestand. Auf der anderen Seite standen die CDL und CDD, örtliche und auf Départementsebene angesiedelte "Befreiungskomitees" - eine Art rätedemokratische Struktur, gestützt auf die bewaffneten Kräfte der Résistance (die "innere Armee" FF1) sowie die aus dem Volksaufstand gegen die Besatzungsmacht im Sommer 1944 hervorgegangenen "patriotischen Milizen".

Die Regierung unter de Gaulle mißtraute diesen parallelen Machtstrukturen, in denen die Kommunisten aufgrund ihrer Aktivität in der Résistance massiv präsent waren, und ordnete am 28. Oktober 1944 die Auflösung der "patriotischen Milizen" an.

Jacques Duclos rechtfertigte in einer großen Rede die Institution der "patriotischen Miliz", die "ihr Recht erworben hat, indem sie, die Waffe in der Hand, gegen die Nazis gekämpft hat", und forderte die "ständige Ausbildung" und einen "Waffen- und Munitionsvorrat" für sie. Zwei Monate später nahm der PCF einen radikalen Kurswechsel vor. Die Tagung des Zentralkomitees vom 21. bis 23. Januar 1945 gab die Losung aus: "Ein einziger Staat, eine einzige Armee, eine einzige Polizei". In den folgenden zwei Jahren stützte die Partei den neuen Staat und beteiligte sich an mehreren Regierungen mit Ministern.

Verschiedene Historikerschulen stritten sich lange über die Hintergründe dieses Kurswechsels: war es eine Anweisung aus Moskau oder im Gegenteil die eigene Strategie des PCF, der sich als Massenpartei (und größte politische Kraft) ins französische politische Leben zu integrieren versuchte? Dank neuer Dokumente aus den Archiven der Russischen Föderation wissen wir es; diese sind in der Nummer 45/46 der Zeitschrift Communisme (Juni 1996) abgedruckt und wurden im Oktober und November 96 von den Zeitungen Le Monde und Rouge in ihren Grundaussagen wiedergegeben. Stalin steht demnach am Anfang der neuen Strategie des PCF.

Das erste Dokument ist die Wiedergabe einer Unterredung zwischen dem sowjetischen KP-Generalsekretär und PCF-Sekretär Maurice Thorez, die am 19. November 1944 in Moskau stattfand. Originalton Stalin nach dem Protokoll des Übersetzers: "Der Genosse Stalin sagt, daß man berücksichtigen muß, daß es aktuell in Frankreich eine Regierung gibt, die von den Alliierten anerkannt ist. Unter diesen Bedingungen ist es schwierig für die Kommunisten, parallelle bewaffnete Kräfte zu haben, weil es eine reguläre Armee gibt.

Der Genosse Stalin erklärt, daß er diese Frage angeschnitten hat, weil es ihm scheint, daß die Kommunisten noch nicht begriffen haben, daß die Situation in Frankreich sich geändert hat. (...) Die Kommunisten strengen sich an, die Miliz zu behalten. Das wird nicht durchgehen, die Situation ist verändert, neu, günstig für de Gaulle. Die Situation hat sich geändert, und man muß einen Kurswechsel vornehmen. Die KP ist nicht stark genug, die Regierung am Kopf zu treffen. Sie muß Kräfte sammeln und Verbündete suchen", in Gestalt der Sozialisten und "Radikalen" (der linke Flügel der Liberalen).

Stalin forderte Thorez ferner auf, "die französische Armee zu französisieren", da die Kolonialtruppen einen zu großen Anteil ausmachten, die der französischen Bourgeoisie gegenüber zu gehorsam seien. "Man muß sich so sehr wie möglich anstrengen, daß es mehr Franzosen in der französischen Armee gibt. Es gibt unter den Algeriern gute Kerle, aber das sind keine Franzosen."

Eine zweite Unterredung Stalin - Thorez ist überliefert, die drei Jahre später stattfand, am 18. November 1947. Vorausgegangen war der Bruch der Anti-Hitler-Koalition und der Beginn des Kalten Krieges. Der PCF hatte am 5. Mai 1947 seine Minister aus der Regierung abgezogen. Im September 1947 hatte in Polen die erste Sitzung des "Kommunistischen Informationsbüros" Kominform stattgefunden, welches die Nachfolge der (1943 aufgelösten) Komintern einnehmen sollte.

Die jugoslawischen Kommunisten - der Bruch Titos mit Moskau stand noch bevor - hatten bei dieser Gelegenheit heftig den "Opportunismus" der französischen Kommunisten bei der Befreiung kritisiert, weil diese widerstandslos de Gaulle die Macht überlassen hätten. Thorez suchte Hilfe bei Stalin, auf den die Strategie des PCF bei der Befreiung ja zurückging. Stalin tröstete ihn: "Der Genosse Stalin sagt, daß die jugoslawischen Kommunisten sehr gut arbeiten, aber sie verdanken vieles der Tatsache, daß ihr Land von der Roten Armee befreit worden ist."

Anschließend schwelgten beide rückblickend in Fantasien: (Stalin:) "Das Bild hätte ganz anders ausgesehen, natürlich, wenn die Rote Armee Frankreich befreit hätte. (...)" (Übersetzer:) "Der Genosse Stalin sagt, daß wir die Idee hatten, bis nach Paris zu kommen." Thorez antwortete, daß der Übersetzer "dem Genossen Stalin versichern kann, daß das französische Volk die Rote Armee mit Begeisterung empfangen hätte." Maurice Thorez erklärte, daß "die französischen Kommunisten stolz sein werden, daß er, Thorez, die Ehre hatte, sich mit dem Genossen Stalin zu unterhalten", und merkte an, daß er, "obwohl Franzose, die Seele eines sowjetischen Bürgers habe". Worauf Stalin antwortet: "Wir sind alle Kommunisten, und das bedeutet alles."

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkungen:

1) Annie Kriegel/Stéphane Courtois: Eugen Fried. Le Grand Secret du PCF. Verlag Seuil, 1996, 454S., 160 Francs

2) Stéphane Courtois/Marc Lazar: Histoire du Parti Communiste Français, Presses Universitaires de France` 1995, 422 5., 149 Francs

17. Völkerrechtsbruch mit deutschen Waffen. Interview mit Angelika Beer zur NATO-Aktion in Kurdistan

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:17

Als die türkische Armee im Kampf gegen aufständische Kurden Mitte Mai die Grenze zum Irak überschritt, war das zunächst nur eine von vielen Grenzverletzungen durch das türkische Militär in den letzten Jahren. Inzwischen ist aus dieser Intervention die größte Militäroffensive in dieser Region seit dem Einmarsch türkischer Truppen im Norden Zyperns 1974 geworden. Brisant daran ist, daß der Einmarsch türkischer NATO-Truppen mit Billigung im Militärbündnis stattgefunden hat und es wahrscheinlich ist, daß die USA "die jüngste Operation logistisch und aufklärungstechnisch unterstützt haben", so die verteidigungspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Angelika Beer.

Die "neue NATO" in Aktion: Einmarsch in eine von der UN geschaffene Schutzzone, Bruch des Völkerrechts und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung des Landes. Zu diesem Thema führte Thomas W. Klein (Soziologe und Mitarbeiter der Kampagne gegen Rüstungsexport/Wiesbaden) ein Gespräch mit Angelika Beer, das wir in gekürzter Form abdrucken.

Thomas W. Klein: Seit Mitte Mai findet auf nordirakischem Territorium eine Großoffensive der türkischen Streitkräfte statt. Nach Angaben der Armeeführung handelt es sich dabei um einen "Vernichtungsfeldzug". Wie erklären Sie sich, daß diese Militäraktion, immerhin ein Bruch des Völkerrechts, seitens der EU bis jetzt nur zu der Ermahnung, die Offensive müsse sich "in angemessenen Grenzen" halten, geführt hat?

Angelika Beer: Die sicherheitspolitischen Interessen der EU und der USA haben sich geändert. In der Vergangenheit gab es bei den völkerrechtswidrigen Feldzügen türkischer Streitkräfte zumindest verbal klare Proteste und 1995 sogar Sanktionsmaßnahmen der USA und auch Deutschlands. Im Gegensatz zu den früheren Aktionen waren die USA diesmal über die Vorbereitungen der Offensive zumindest informiert. Es ist sogar wahrscheinlich, daß sie die jüngste Operation logistisch und aufklärungstechnisch unterstützt haben. Die Zerstrittenheit der kurdischen Parteien im Norden Iraks hat außerdem zur Verschärfung der Situation geführt. Der Führer der KDP, Herr Barzani, wurde nach eigenen Angaben bereits am 4. April - also einen Monat vor Beginn der Intervention - von US-amerikanischer Seite über die Planungen informiert. Die kurdischen Parteien haben, anstatt die internationale Öffentlichkeit und die Vereinten Nationen zu informieren und einzuschalten, ihr taktisches Spiel gegeneinander fortgesetzt und erneut die zu erwartenden bitteren Konsequenzen für die kurdische Bevölkerung ignoriert.

Vom deutschen Außenminister hören wir bis heute dazu überhaupt kein Wort. Wieso ist ein "Vernichtungsfeldzug" des NATO-Partners und EU-Anwärters Türkei kein Thema für Klaus Kinkel?

Es ist davon auszugehen, daß nicht nur die USA, sondern auch die anderen NATO-Außen- und Verteidigungsminister über die militärische Intervention türkischer NATO-Truppen informiert waren. Kinkels außenpolitische Handlungsfähigkeit ist hinsichtlich der Türkei auf dem Nullpunkt angekommen. Die Bundesregierung, die nach dem Ende des Kalten Krieges das neue Feindbild Islamismus mit geprägt hat, um die Weiterexistenz der NATO zu legitimieren, ist seit der Regierungsbeteiligung von Erbakans islamistischer Wohlfahrtspartei (RP) in Schweigen und Hilflosigkeit versunken.

Anstatt sich ein Bild über den Islam in der Türkei zu machen und den politischen Dialog mit der neuen Regierung aufzunehmen, haben die konservativen Parteien Europas, und hier vor allem Kanzler Kohl, mit der Begründung, die Türkei gehöre nicht zum christlichen Club, eine Beitrittsperspektive der Türkei zur EU abgelehnt. Diese Position ist fatal, weil sie zur Isolierung der Türkei führt und den fundamentalistischen Flügel der RP stärkt. Andererseits ist diese Position vorerst bequem: man glaubt, über Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtliche Verstöße des NATO-Partners stillschweigend hinweggehen zu können. Doch dies wird sich als bitterer Irrtum herausstellen.

Die Bundesrepublik ist, neben den USA, Hauptwaffenlieferant der Türkei. Augenblicklich gibt es keinerlei offizielle Reaktionen aus Bonn zu dieser völkerrechtswidrigen Invasion. Dennoch wurde von kurdischer Seite in letzter Zeit immer mal wieder ins Gespräch gebracht, daß die Bundesrepublik eine Vermittlerrolle im

türkisch-kurdischen Konflikt einnehmen könne. Ist das, vor dem geschilderten Hintergrund, nicht auch ein bitterer Irrtum, eine Illusion?

Das ist richtig. Die Erwartung, der Staat Bundesrepublik Deutschland könne eine Vermittlerfunktion einnehmen, ist illusorisch. Das gemeinsame Interesse der EU-Mitgliedsländer und der USA ist es nicht, im Norden Iraks oder im Südosten der Türkei föderative Strukturen oder einen Autonomiestatus für das kurdische Volk durchzusetzen. Dies würde aus westlicher Sicht ökonomische und sicherheitspolitische Interessen stören. Es gibt hier das Regierungsinteresse, die fatalen Auswirkungen der eigenen Politik zu deckeln. Damit meine ich: Aufrüstung der türkischen Armee und Einsatz deutscher Waffen im Kurdenkonflikt, Lieferung von Komponenten zur Giftgasproduktion an Irak und das Massaker in Halabja, militärische Aufrüstung Griechenlands und der Türkei und damit die Anheizung des Ägäiskonflikts, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in Deutschland. Dazu gehört auch das Verbot der PKK in Deutschland. Die Bundesregierung betreibt eine Sackgassenpolitik, sie versucht, einen bereits gemachten Fehler mit einem nächsten, noch schwer wiegenderen auszugleichen.

Andererseits gibt es zahlreiche Ansätze zu einem friedlichen Dialog. Beteiligt sind Menschenrechtsorganisationen, Parlamentarier, Wissenschaftler und Professoren aus Europa und der Türkei. Diese Bemühungen gilt es fortzuführen und zu stärken.

Bemühungen, die allerdings unter schwierigsten Bedingungen stattfinden. So hat z.B. die ehemalige Regierungschefin und jetzige Außenministerin Tansu Ciller in den letzten Jahren immer wieder von einer Endlösung des Problems und der endgültigen "Vernichtung des Terrorismus" gesprochen. Ist das, was wir gerade erleben, nochmals eine Steigerung bei der Anheizung des Konflikts?

Tansu Ciller selbst ist eine der Ursachen für die katastrophale Menschenrechtssituation in der Türkei. In Korruption und Mafiastrukturen verwickelt hat sie es jahrelang geschafft, von dem eigentlichen Desaster abzulenken. Autonom agierende Gladioeinheiten (Gladio ist ein NATO-Geheimbund, Anm. T.W.K.), der Aufbau nicht mehr kontrollierbarer Dorfschützereinheiten, Drogengeschäfte und Wirtschaftsspekulationen führen dazu, daß die Türkei auseinanderzubrechen droht. Das Parlament hat allenfalls eine demokratische Feigenblattfunktion. Keine wesentliche Maßnahme findet ohne Zustimmung des Generalstabes und des nationalen Sicherheitsrates statt. Die Strategie der sogenannten "endgültigen Vernichtung des Terrorismus" hat zur Vertreibung von über drei Millionen KurdInnen geführt, zu Hunger, Elend, Folter und Mord. Solange NATO-Regelungen rechtfertigen, daß im Kampf gegen den Terrorismus alle Mittel berechtigt sind, führt die Strategie der "endgültigen Vernichtung" zu weiterer Eskalation. Fakt ist: Solange die Rechte des kurdischen Volkes nicht anerkannt werden und die Formel "Kurde = PKK = Terrorist" das Handeln bestimmen, ist eine friedliche Lösung nicht erreichbar.

Die Bundesregierung bestreitet, daß die Türkei deutsche Waffen gegen Kurden einsetzt. Und das, obwohl es seit Jahren unzählige Fernsehbilder, Fotos und Zeugenausagen gibt, die genau das belegen. Warum leugnet Außenminister Kinkel den vielfach dokumentierten und ganz offensichtlich bestehenden Vertragsbruch durch die Türkei? Wäre das ein Eingeständnis von Mitverantwortung, zu dem er nicht bereit ist?

Den Zeitpunkt, die Waffenlieferungen selbstkritisch zu überprüfen und einzustellen, hat Außenminister Kinkel verpaßt. Diese Wende deutscher Außenpolitik hätte spätestens mit dem Nachweis des Einsatzes deutscher - und auch anderer - Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung erfolgen müssen. Jetzt sitzt Kinkel in der Legitimationsfalle. Der Außenminister ist reif für den Rücktritt.

In einer kleinen Anfrage im Bundestag zu Beginn des Jahres wollten Sie u.a. wissen, ob der Bundesregierung Äußerungen der türkischen Seite bekannt seien, daß von der deutsch-französischen Firma Eurocopter produzierte Hubschrauber vom Typ COUGAR im Kampf gegen die PKK eingesetzt werden sollen. Die Antwort darauf: "Derartige Äußerungen sind der Bundesregierung nicht bekannt". Wollen Sie mittels Anfragen die allem Anschein nach politisch gewollte Ahnungslosigkeit bzw. das Leugnen von Fakten bloßstellen?

Nein. Aber die Dokumentation von Lügen der Bundesregierung hat ihren eigenen Wert. Zwar ist der vor drei Jahren gemachte und auch von der Grünen Partei unterstützte Versuch, die Bundesregierung wegen Beihilfe zum Völkermord zu verklagen, gescheitert. Aber es muß ja nicht der letzte gewesen sein. Ich möchte betonen: allein die Tatsache, daß die Türkei Waffen gegen die Zivilbevölkerung einsetzt, ist Grund genug, jegliche militärische und rüstungspolitische Kooperation mit der Türkei zu beenden.

Die vorherige Frage hat folgenden Hintergrund: Der britischen Fachzeitung Jane's Defence Weekly war im Oktober 1993 zu entnehmen, daß von offizieller Seite in Ankara erklärt wurde, der Kauf der deutsch-französischen COUGAR-Hubschrauber werde im Kampf gegen die kurdische PKK hilfreich sein. Es stellt sich da zwingend die Frage: Liest die Bundesregierung keine Zeitung oder tischt sie der Opposition im Bundestag und der Öffentlichkeit Lügen auf.

Die türkische Großoffensive im März 1995 führte zu politischen Turbulenzen und Kinkel geriet unter Druck: Damals identifizierte ein ehemaliger NVA-Oberst im ARD-Morgenmagazin "eindeutig" von der Bundesregierung verschenkte Ex-DDR-Schützenpanzer im Einsatz. Am Tag zuvor hatte Klaus Kinkel erklärt, er habe die Zusicherung der türkischen Regierung, "daß keine einzige aus Deutschland gelieferte Waffe eingesetzt werde". Diesmal ist das Ganze doch kaum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen, und der Bruch des Völkerrechts wird stillschweigend hingenommen.

Die Zusicherungen der Türkei, keine deutschen Waffen gegen die kurdische Bevölkerung einzusetzen, ist längst gebrochen. Inzwischen verzichtet man aber auf den offensichtlich gescheiterten "kritischen Dialog" mit der Türkei und ist dankbar, daß innenpolitische Schlagzeilen sowohl in Deutschland als auch in der Türkei von dem völkerrechtlichen Verstoß ablenken.

Ein anderer Aspekt: Die Ordnungsmacht USA wahrt im Nahen und Mittleren Osten ihre Interessen - unter anderem Öl-Interessen, aber nicht die der Menschenrechte. Die Bundesregierung paßt sich da nahtlos ein. Wie anders könnte man sonst auch die nach dem 2. Golfkrieg errichtete Schutzzone im Norden Iraks und das seitdem praktizierte Embargo gegen den Irak erklären? Die Schutzzone sollte Angriffe der irakischen Luftwaffe verhindern. Gleichzeitig tolerieren die Schutzmächte aber Boden- und Luftinterventionen der Türkei. Die Tolerierung dieses Vorgehens durch die internationale Staatengemeinschaft ist grotesk.

Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, wie wir die Sensibilität der internationalen Öffentlichkeit wecken und den notwendigen Protest gegen diese Politik organisieren können.

Können Sie etwas zur Situation im Kriegsgebiet sagen? Die Türkei hat eine Nachrichtensperre verhängt, die Informationen fließen nur sehr dürftig.

Leider funktioniert diese Nachrichtensperre weitestgehend und wird auch von den anderen NATO-Staaten eingehalten. Hinzu kommt, daß durch die faktische Aushebelung des Asylrechts und durch die Abschottungsmaß-nahmen der EU gegen Flüchtlinge es kaum noch jemandem gelingt, das Kriegsgebiet zu verlassen. Dennoch gibt es Augenzeugenberichte, die erahnen lassen, welche fatalen Folgen die Bombardierungen für die Bevölkerung im türkisch-irakischen Grenzgebiet haben. An dieser Stelle muß man aber auch das Verhalten der KDP und der PKK kritisieren, die sich einmal mehr zum Spielball der eigentlichen Gegner gemacht haben. Es ist vollkommen unakzeptabel, daß über das wirkliche Ausmaß der Militäroperation, die ja im wesentlichen auf deren Gebiet vorgenommen werden, keine Berichte veröffentlicht werden.

Wie sehen Sie die Chancen für eine nicht-militärische Lösung des Konflikts?

Ich bin überzeugt davon, daß es keine Alternative zu den nationalen und internationalen Bemühungen für eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts gibt; wäre die Bundesregierung bereit gewesen, das kurdische Volk sowie demokratische türkische und kurdische Organisationen und Initiativen aktiv zu unterstützen, anstatt die Verbotspolitik der türkischen Regierung zu betreiben und den Konflikt auch noch mit Waffenlieferungen anzuheizen, wären wir heute den Chancen für einen Waffenstillstand sehr viel näher. Es ist außerdem an der Zeit, daß die demokratischen türkischen und kurdischen Organisationen und Parteien sich auf wesentliche Forderungen einigen, um eine internationale Solidarität auf dem Weg zu einem Waffenstillstand einzufordern.

Kontakt:

Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden (vorm. Idstein)

Tel: 0611/ 91 02 350 Fax: 371 838

18. Osmanische Großmachtträume in Ankara. Der Frieden in Kurdistan ist in weite Ferne gerückt

Autor: Rizgar Dostani · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:30

Nur wer sich unbedingt den Spötteleien der Intellektuellen aussetzen wollte, war bis vor wenigen Wochen so kühn, das frühere osmanische Wilayet Mosul in die politische Debatte über die Zukunft Irakisch-Kurdistans einzubringen. Im allgemeinen gelten solche Gedankenspiele als reiner Zeitvertreib für türkische Kolumnisten, einige Kreise um die britische Botschaft in Ankara, die Konservative Partei Irakisch-Kurdistans und andere Ewiggestrige.

Das Wilayet Mosul war 1879 von Sultan Abdülhamid II. (1876-1909) als neue Verwaltungseinheit geschaffen worden und umfaßte in etwa die Gebiete des heutigen Irakisch-Kurdistan. Die abermalige Neuordnung der Grenzen war Teil des großen Reformprojekts, mit dem das Sultanat gerettet und die osmanische Herrschaft in den kurdischen Gebieten doch noch durchgesetzt werden sollte. Allerdings ist Abdülhamid II. dabei genauso gescheitert wie seine Vorgänger. Die Kontrolle der Zentralmacht über die lokalen und die Stammeschefs blieb auch weiterhin rein nominell. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Provinz britisches Mandatsgebiet, und 1924 legte der Völkerbund mit der "Brüsseler Linie" eine vorläufige Grenze fest. Gut ein Jahr später urteilte der Ständige Internationale Gerichtshof, daß diese Linie die definitive Staatsgrenze zwischen dem Irak und der Türkei bilden soll. Die Türkei und Großbritannien haben dieses Urteil schließlich im Juni 1926 angenommen.

Seitdem gilt diese Grenze für alle politischen Akteure in der Region als unverrückbar. Keine kurdische Oppositionspartei - auch nicht die ohnedies kaum bedeutenden radikal-nationalistischen Organisationen - fordert heute ernsthaft eine Neuregelung der Grenzverläufe. Allenfalls sind diese Gegenstand politischer Utopien. Selbst die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) ist mittlerweile von ihrer Forderung nach einem kurdischen Staat abgerückt.

Unterdessen hat die jüngste türkische Invasion in die autonome Region Kurdistan wieder die Spekulationen genährt, Ankara plane, im Nachbarland eine Sicherheitszone einzurichten. Die launigen Kommentare sind bitterem Pathos gewichen - von "Verrat" und "Verkauf" durch die USA ist die Rede, und diejenigen scheinen recht zu behalten, die schon immer der Meinung waren, internationales Recht sei für alle gültig, nur für die KurdInnen nicht. Fünf Wochen nach ihrem Einmarsch hat die türkische Armee nach eigenen Angaben einen Großteil ihrer Einheiten wieder abgezogen. Nur eine "ausreichende Zahl" von Soldaten sei in der von den Golfkriegsalliierten geschaffenen Schutzzone für die irakischen KurdInnen zurückgeblieben. Unterdessen ist unklar, wo und wie lange sie bleiben werden. Zuvor hatten türkische Soldaten irakisch-kurdischen Angaben zufolge die 200 Kilometer von der Grenze entfernte Stadt Aqreh erreicht und an allen wichtigen Verbindungsstraßen Kontrollposten errichtet. Zudem seien an strategischen Punkten befestigte Anlagen errichtet worden.

"Sicherer Hafen"

wird zur Falle

Mit der Invasion ist der "sichere Hafen" zur Falle für die KurdInnen geworden. Der einzige Grenzübergang bei Zakho war wochenlang für den Zivilverkehr gesperrt, wer aus Irakisch-Kurdistan ausreisen will, muß sich auf Wartelisten eintragen. Aber auch der Inlandsverkehr unterliegt starken Restriktionen, für Fahrten von einer Stadt zur nächsten müssen Sondergenehmigungen vorgelegt werden. Auslandskontakte hat die mit Ankara verbündete Demokratische Partei Kurdistans (KDP) kurzerhand unterbunden, indem sie die im Grenzgebiet verwendeten türkischen Mobiltelefone konfiszierte. Offenbar haben die Militärs eine wichtige Lektion hinzugelernt: Sie können den Krieg gegen die PKK auch im Nachbarland führen, solange die Nachrichten von vertriebenen und ermordeten ZivilistInnen nicht an die internationale Öffentlichkeit gelangen. Egal, ob sie dabei gegen verbrieftes Recht verstoßen oder nicht. Abgesehen davon, daß durch die Militäroperation internationale Grenzen verletzt werden, ignoriert Ankara auch die Bestimmungen zur alliierten Schutz- und Flugverbotszone. Dabei wurde die Schutzzone, die das Gebiet zwischen Zakho und Aqreh umfaßt, 1991 nicht zuletzt auf Drängen Ankaras eingerichtet, das seinerzeit die in die Türkei geflohenen irakischen KurdInnen möglichst schnell wieder nach Irak zurückschaffen wollte. Der "sichere Hafen" sollte als Auffanglager dienen, in das die Flüchtlinge - notfalls auch gegen ihren Willen - zurückgeführt wurden. Zwar wurde der formelle Schutz für den

"sicheren Hafen" mit dem Abzug der Alliierten im Juli 1991 aufgehoben. Doch besteht bis heute insofern eine Ausnahmeregelung für diesen Teil der autonomen Region, als Saddam Hussein von den Alliierten zum offiziellen Truppenabzug gezwungen wurde. Wollte er seine Armee wieder in der Region stationieren, könnten die Alliierten das durchaus als Kriegserklärung interpretieren. Als einziges der kurdisch kontrollierten Gebiete genießt es damit den relativen Schutz vor einem irakischen Überfall. Unterdessen hat die türkische Luftwaffe ihre Bombardements fortgesetzt. Ziel der Angriffe, bei denen sich die Piloten u.a. auf Informationen aus den alliierten Überwachungsflügen stützen, sind v.a. Gebiete nördlich des 36. Breitengrads, für die seit dem Waffenstillstandsabkommen ein Flugverbot besteht. Darüber hinaus wurde das südlich liegende Khalakan-Tal bombardiert und laut PUK (Patriotische Union Kurdistans) sieben Menschen getötet und über 30 Menschen verletzt. Wie viele Menschenleben der Angriff bislang gefordert hat, ist aufgrund der Nachrichtensperre nicht bekannt.

Seit Bestehen der autonomen Region Kurdistan sind türkische Truppen beinahe regelmäßig in das Land einmarschiert. Dabei wurden mehrere tausend DorfbewohnerInnen vertrieben, über hundert Dörfer wieder zerstört, Wege und Felder vermint, und bei Razzien, die unter dem Vorwand durchgeführt wurden, PKK-KämpferInnen aufzuspüren, ZivilistInnen mißhandelt, verschleppt und ermordet. Außerdem wurden die türkisch-kurdischen Flüchtlinge wiederholt Opfer von Übergriffen. In Kreisen des UN-Flüchtlingsbüros (UNHCR) geht man davon aus, daß bei der letzten Großoffensive im Frühjahr 1995 über 20 Personen in die Türkei verschleppt wurden. Inzwischen haben die Flüchtlinge jeglichen internationalen Schutz verloren, nachdem das UNHCR sein Mandat für das Camp bei Atrush im Januar niedergelegt hat. Einige hundert Familien sind daraufhin in die vom Saddam-Regime kontrollierten Gebiete um Mosul geflohen, während mehrere tausend weiter in Atrush ausharren.

Anders als bei vorherigen Überfällen arbeiten die türkischen Soldaten diesmal eng mit der KDP von Masud Barzani zusammen. Zwar haben Barzani und seine Gefolgsleute auch schon zuvor mit den Militärs kooperiert und sich ihre Dienste mit Waffen und Geld gut bezahlen lassen. Doch erstmals haben es die KDP-Einheiten übernommen, in dem unwegsamen Gelände mutmaßliche PKK-Lager aufzuspüren, während die türkischen Soldaten die strategische Kontrolle haben. Ein weiteres Novum ist, daß die KDP-Führung zu den Kriegsrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung schweigt und nicht einmal den Versuch unternommen hat, die Kooperation mit der in großen Teilen der Bevölkerung verhaßten Armee zu legitimieren.

Aus türkischer Sicht scheint der Deal perfekt. Erfolgreich hat man den Krieg in das Nachbarland exportiert, einen Krieg, der trotz der Vertreibung der Landbevölkerung und der erbarmungslosen politischen Verfolgung der zivilen kurdischen Opposition im eigenen Land nicht gewonnen werden konnte. Daß der Generalstab den Überfall durch einen angeblichen Hilferuf Barzanis legitimiert, ist geradezu infam, schließlich hat die Militärs in den vergangenen Jahren herzlich wenig interessiert, ob Barzani die türkischen Überfälle für gut oder schlecht hielt. Deshalb ist es fast schon grotesk, wenn dieser "Hilferuf" jetzt dazu dient, jegliche Kritik oder gar Verurteilung Ankaras abzuweisen. Damit bringt sich die internationale Staatengemeinschaft in Kurdistan weiter in Verruf, und das angesichts einer Situation, die kluges politisches Handeln erfordert. Das UN-Embargo, mit dem das irakische Regime auch politisch geschwächt werden sollte, hat bislang nur zur Verelendung der Bevölkerung geführt, während Saddam Hussein weiterhin die politischen Entwicklungen im Irak diktiert und der Norden in Krieg und Terror zu versinken droht. Doch was verspricht sich Barzani von der Kooperation mit den Militärs?

Barzanis Machtkampf

Der anhaltende Machtkampf zwischen Barzani von der KDP und Jalal Talabani von der PUK hat beiden Seiten in den letzten Jahren erhebliche Prestigeverluste eingebracht. Dagegen konnten vor allem zwei Gruppierungen an Einfluß gewinnen: die PKK einerseits und die Islamische Bewegung andererseits. Um den Konflikt doch noch zu seinen Gunsten zu entscheiden, ist Barzani im August letzten Jahres sogar eine Allianz mit dem Saddam-Regime eingegangen. Mit Hilfe der Saddam-Truppen ist es ihm gelungen, die ehemalige Hauptstadt Arbil unter seine Kontrolle zu bringen und die Opposition weitgehend auszuschalten, indem diese entweder in die von der PUK kontrollierten Gebiete oder ins Ausland vertrieben wurde. Ein Abkommen zwischen der KDP und dem Regime kam schließlich nur deshalb nicht zustande, weil Bagdad im letzten Moment einen Rückzieher machte.

Im Westen mag man Saddam Hussein als Irren betrachten, mit diesem Winkelzug hat er jedoch erneut bewiesen, daß er seine Diktatur auf kühles politisches Kalkül stützt. Saddam Hussein kann fast sicher sein, um so eher einen willigen Vertragspartner zu finden, je länger das politische Elend im Norden anhält. Dagegen wäre es eine Wahnsinnstat gewesen, sich durch die Re-Integration des Nordens auch noch die stärkste Opposition im Land einzuhandeln. Zumal es zeitweise schwierig genug ist, die Kontrolle über das Kernland zu bewahren.

Der Diktator weiß die Zeit auf seiner Seite. Nicht so Barzani. Er mußte handeln, wollte er nicht tatenlos zusehen, wie die Kritik an seinem Bündnis mit dem mörderischen Regime selbst in den eigenen Reihen lauter wurde. Im Grunde genommen blieb ihm nur diese Alternative: entweder der Frieden mit Talabani, was aber unweigerlich einen finanziellen wie politischen Machtverlust bedeutet hätte, oder die Alleinherrschaft über Irakisch-Kurdistan. Der Sohn des legendären Mela Mustafa hat sich anscheinend für den zweiten Weg entschieden.

Nach Angaben von mehreren irakisch-kurdischen Parteien hat die KDP mittlerweile sämtliche Niederlassungen von Organisationen geschlossen, die als PKK-nahestehend gelten. Neben politischen Vereinigungen wurden die Wochenzeitung "Welat" und einige Kulturvereinigungen verboten. KDP-Verbände umstellten deren Büros und verhafteten alle Anwesenden. Von 100 Personen fehlt seitdem jede Spur. Augenzeugen berichten von einem Massaker an Mitgliedern des Kulturvereins Mezopotamiya. Eine KDP-Miliz habe das Büro überfallen und alle Anwesenden hingerichtet. Das Konzept von Mezopotamiya, das auf die Förderung einer kulturellen Identität über die Landesgrenzen hinweg zielt, fand insbesondere bei Jugendlichen Zuspruch, die von den ewigen Querelen zwischen den etablierten Parteien und Verbänden genug hatten. Damit hat die KDP-Opposition eine weitere Niederlage erlitten, nachdem sich zahlreiche Organisationen bereits im September aus Arbil zurückgezogen hatten. Freilich ist es fraglich, ob Barzani so ein dauerhaftes Regime durchsetzen kann, zumal seine Zusammenarbeit mit den türkischen Generälen in weiten Kreisen seiner eigenen Kämpfer auf Widerwillen stößt. Vielmehr ist zu befürchten, daß insgesamt Gewalt und Terror in der Region noch weiter zunehmen werden. Wie fragil die politischen Bündnisse sind, zeigt sich im Schutz, den Saddam Hussein fliehenden PKK-Kämpfern gewährt. Unterdessen hat das Bagdader Regime fast zeitgleich mit dem türkischen Einmarsch erneut begonnen, KurdInnen und TurkmenInnen aus Kirkuk und Khanaqin zu deportieren.

Seit langem versucht das Regime, die kurdischen Ansprüche auf die beiden Erdölstädte vom Tisch zu wischen, indem es kurdischen Familien das Wohnrecht entzieht. Daß neuerdings auch die TurkmenInnen vertrieben werden, dürfte eine Reaktion auf die türkischen Aktivitäten in der Region sein. Über die Finanzierung von Hilfsprogrammen sowie TV- und Radiostationen versucht Ankara seit geraumer Zeit, seinen politischen wie kulturellen Einfluß in der Region zu festigen.

Vorerst hat die türkische Invasion vor allem eines bewirkt: In die regionalen Allianzen ist Bewegung gekommen. Einmütig haben die arabischen Staaten harsche Kritik an Ankara geübt. Angesichts der vermehrten Zusammenarbeit zwischen Israel und der Türkei befürchten Syrien und Iran, daß die Besetzung auch dazu dient, ihre eigene Position in der Region zu schwächen. Bereits seit einem Jahr ist auf diplomatischer Ebene eine Annäherung zwischen Damaskus und Bagdad zu beobachten. Ende Mai hat eine syrische Handelsdelegation nach ihrem Bagdad-Besuch verkündet, einer Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder stünde nichts mehr im Weg. Nur wenige Tage später hat Damaskus drei Grenzübergänge für den Handel wieder geöffnet, die seit 17 Jahren geschlossen waren. Unterdessen hat "Babel", das Hofblatt von Saddams Sohn Udai, die irakische Regierung aufgefordert, ihre Beziehungen mit den Nachbarländern Iran und Syrien zu verbessern und die Bemühungen zu intensivieren, den Iran stärker in die arabische Welt einzubinden.

Darum bemüht sich derzeit insbesondere Damaskus. Mitte Juni besuchte der syrische Vizepräsident Khaddam Teheran, um für die Strategie einer islamischen (arabischen) Front gegen das israelische und das türkische Vormachtstreben sowie die Präsenz der USA in der Region zu werben. Vor dem Hintergrund, daß in den vergangenen Monaten auch Ägypten und Saudi-Arabien ihre Kontakte mit Bagdad neu belebt haben, scheint der Wiedereingliederung des Saddam-Regimes in die arabische Staatengemeinschaft kaum noch etwas im Weg zu stehen. Damit würde das UN-Embargo - das ohnedies schon von Jordanien, der Türkei und neuerdings auch Saudi-Arabien übergangen wird - endgültig zum zahnlosen Instrument, um den Diktator in seine Schranken zu weisen. Der hat währenddessen angekündigt, Bagdad sei nicht mehr länger willens,

gemäß UN-Resolution 986 Öl zu verkaufen, wenn Washington den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten weiter behindere. Den Schaden hätte in erster Linie die UNO zu tragen, die ohne die Erdölerlöse ihre Programme in der Region einstellen müßte. Damit wäre unweigerlich das Ende der einzigen Option besiegelt, welche die internationale Gemeinschaft seit 1991 im Irak verfolgt hat.

Was bedeutet

dies für die KurdInnen?

Erklärungen des türkischen Generalstabs lassen darauf schließen, daß die verbliebenen Truppen die Militäroperation so lange fortsetzen werden, bis Barzani und seine KDP die Region vollständig kontrollieren. Wie zu Zeiten des Wilayet Mosul scheint man in Ankara auf einen (kurdischen) Statthalter zu setzen. Allerdings war den osmanischen Sultanen mit ihren Provinzfürsten im Südosten nicht besonders viel Glück beschieden, da diese hartnäckig ihre eigenen Interessen verfolgten. Das gleiche könnte den Generälen blühen, wenn Barzani seine Zukunft schließlich doch eher an der Seite des Saddam-Regimes sieht. Nach dem Motto, was dem einen recht, ist dem anderen billig, hätten sie dagegen vielleicht nicht einmal etwas einzuwenden. Viel wahrscheinlicher scheint derzeit jedoch, daß Barzanis Rivale von der PUK, Talabani, in Verhandlungen mit Bagdad tritt, zumal ihn die Invasion noch mehr isoliert hat. Hartnäckig halten sich seit Monaten entsprechende Gerüchte, die von Vertretern des Politbüros als haltlos zurückgewiesen werden.

Militärisch hat die PKK zwar vorläufig eine Niederlage erlitten. Doch Iran wie Syrien und auch Irak sind nur zu gerne bereit, die PKK als Faustpfand gegen die Machtgelüste des Nachbarstaates einzusetzen. Damit ist ein Ende des Kriegs nicht abzusehen, zumal sich die Militärs und ihr Verbündeter mit jedem Bombardement nur neue Gegner einhandeln. Eine Reihe kleinerer Parteien unterstützt mittlerweile die PKK mit ihren Einheiten. Sowohl für die türkischen wie die irakischen KurdInnen ist der Frieden in weite Ferne gerückt, obwohl Abdulla Öcalan sein Waffenstillstandsangebot bekräftigt hat. Offenbar setzt man in Ankara noch immer darauf, Kurdistan wie zu Zeiten des Wilayet Mosul mit den Instrumenten autoritärer Herrscher unter Kontrolle zu bekommen. Dabei war die Autonomie der Provinzen bereits für die osmanischen Sultane die beste Garantie ihrer Macht. Auch diesen Schluß kann man aus der Geschichte des Wilayet Mosul ziehen.

Rizgar Dostani

19. Kalter Putsch in der Türkei

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:27

Krieg ist, wenn die Armee die Grenze überschreitet. Ein Putsch ist, wenn die Armee die Regierung aus dem Amt jagt. Beides ist in der Türkei in den letzten Wochen geschehen, und doch nimmt kaum jemand innerhalb wie außerhalb der Türkei solche Wörter in den Mund.

Kleine Chronologie der Ereignisse: Am 24. Dezember 1995 wird in der Türkei gewählt. Die religiöse Refah wird stärkste Partei (21,3%), knapp gefolgt von der "Mutterlandspartei" (ANAP: 19,7%) des Mesut Yilmaz und der "Partei des richtigen Weges" (DYP: 19,2%) unter Tansu Ç iller. Eine Koalition von Refah und ANAP wird durch den Einspruch des Militärs verhindert. Eine ANAP-DYP-Koalition hat nur kurzen Bestand. Schließlich gelingt es Ç iller doch, das Einverständnis des Militärs für eine Koalition mit der Refah zu bekommen. Im Juni 1996 wird der Vorsitzende der Refah, Necmettin Erbakan, Regierungschef und Ç iller Außenministerin. Nach zwei Jahren sollen die Plätze getauscht werden. Erbakan erweist sich erkenntlich, indem er einige parlamentarische Untersuchungen wegen Korruption gegen Ç iller abblockt. Doch rasch kommen neue Vorwürfe gegen Ç iller auf: Am 3. Oktober 1996 legt der Vorsitzende der kleinen linksnationalistischen Arbeiterpartei "Isci Partisi" (IP), Dogu Perincek, dem Parlamentspräsidenten eine Schrift vor, in der er behauptet, Ç iller hätte zusammen mit dem Innenminister, Mehmet Agar, eine Bande im Staatsapparat aufgebaut, die u.a. "Bedrohung, Raub, Erpressung, Drogenhandel, Mord ..." beginge. Zu den Mitgliedern soll auch der u.a. wegen siebenfachen Mordes und Drogenschmuggel gesuchte ehemalige Chef der faschistischen Jugendorganisation "Graue Wölfe", Abdullah Catli, gehören.

Einen Monat später überrollt ein Lastwagen in der Nähe des Ortes Susurluk einen Mercedes. Einziger Überlebender ist der DYP-Abgeordnete Sedat Bucak. Tot im Auto liegen eine Prostituierte, ein Polizeichef und Abdullah Catli. Catli hat illegale Waffen, Drogen und einen legalen Diplomatenpaß sowie einen Polizeiausweis dabei, die Dokumente tragen zweifelsfrei die Unterschrift von Innenminister Mehmet Agar.

Nach diesem Vorfall tauchen eine Reihe weiterer Hinweise auf die Verwicklung Ç illers in allerlei dunkle Geschäfte auf. Hinweise auf ihre Verstrickung in den Drogenhandel werden auch von deutschen und von kanadischen Gerichten zu Tage gefördert.

Anfang Februar 1997 veranstaltet der Refah-Bürgermeister von Sincan ein Fest, auf dem der iranische Botschafter die Einführung des islamischen Rechts in der Türkei fordert. Ein klarer Affront gegen die laizistische (säkulare) Republik Atatürks. Am Tag darauf läßt das Militär Panzer in Sincan auffahren und warnt die Regierung. Der Bürgermeister von Sincan kommt vor ein Staatssicherheitsgericht. Ende Februar stellen die Militärs im "Nationalen Sicherheitsrat" Forderungen an die Regierung. Hauptstreitpunkte sind die wachsende Durchdringung von Staat und Gesellschaft mit islamistischen Gruppen und das Verhältnis zum Iran. Zum wichtigsten Konflikt wird die von den Militärs geforderte Einführung einer einheitlichen Schulpflicht von acht Jahren (bisher fünf Jahre). Dies würde die Schließung der Mittelstufen der religiösen Imam-Hatip-Gymnasien bedeuten, die in den letzten Jahren ständig erweitert wurden und derzeit von insgesamt 319.000 Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Am 14. Mai startet das türkische Militär mit vermutlich 50.000 Soldaten (es gibt auch höhere Schätzungen) eine Offensive und dringt bis zu 200 km in den kurdischen Nordirak ein. Die türkische Regierung erfährt erst nach neun Stunden von der Invasion.

Ende Mai behauptet das Militär, die Regierung würde das für die Operation benötigte Geld nicht anweisen, die "Reaktion" (gemeint ist Refah) (1) stehe mit der PKK im Bunde. Als zwei türkische Hubschrauber über dem Nordirak von Raketen abgeschossen werden und dabei 13 Soldaten und Offiziere sterben, beschuldigen die Militärs den Iran, den Nachschub dieser Raketen über sein Gebiet zuzulassen und die eigene Regierung, den Iran zu decken. Kurz darauf droht das Militär unter Berufung auf ein Gesetz über die inneren Aufgaben der Armee, notfalls die Waffen gegen die Regierung zu gebrauchen. Erbakan tritt am 18. Juni zurück.

Die Empfehlung Erbakans an Staatspräsident Süleyman Demirel lautete, Tansu Ç iller mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Diese wollte eine neue Koalition mit der Refah bilden, in der sie allerdings selbst Regierungschefin geworden wäre und in der Erbakan nicht mehr dem Kabinett angehört hätte. Wegen Auflösungserscheinungen in ihrer eigenen Partei wollte sie die nationalistisch-religiöse "Partei der großen

Einheit", BBP, als neuen Koaltionspartner hinzugewinnen. Im Oktober sollten Neuwahlen sein. Demirel hat jedoch nicht mitgespielt und Mesut Yilmaz mit der Regierungsbildung beauftragt. Das Ergebnis war bei ak-Redaktionsschluß noch nicht bekannt und wird wohl auch noch auf sich warten lassen.

Die Macht der Militärs

Die Generäle kommandieren Politik und Gesellschaft: Richter und Staatsanwälte werden von ihnen zu sogenannten "Brifings" vorgeladen (das Wort kommt aus dem Englischen und bedeutet in etwa "Befehlsempfang"). Ein solches "Brifing" kann bis zu drei Tage dauern. Unmittelbar nach der aufklärenden Wirkung solcher Brifings werden dann Verbotsanträge geschrieben, z.B. gegen den türkischen Menschenrechtsverein und last not least gegen die Regierungspartei Refah. Auch das Finanzgebaren großer islamischer Firmengruppen (Holdings) wird untersucht, und Konten werden eingefroren. Ohnehin hat die Armee eine Liste von 89 islamischen Firmen herausgegeben, die sie anprangert und bei Auftragsvergaben boykottiert. "Brifings" gibt es natürlich auch für die Presse.

An Widerstand der Islamisten gegen das Militär, wie in Algerien, ist dagegen nicht zu denken. Nicht nur weil die Refah immer noch schwächer ist als die FIS in Algerien war, sondern auch, weil es den Generälen gelungen ist, eine andere mächtige Ideologie gegen Refah zu mobilisieren, den "Atatürkismus" (2). Gerade mal eine gewaltige Demonstration (allerdings mit 200.000 TeilnehmerInnen) vor der Blauen Moschee in Istanbul hat die Refah zu ihrer Verteidigung auf die Beine gebracht. Die dort gehaltenen, drohenden Reden und die gezeigten grünen, islamischen Fahnen wurden ihr sofort von fast der gesamten öffentlichen Meinung als Aufstandsdrohung und Separatismus vorgehalten. Weitgehend geschlossen stehen die Medien, die Gewerkschaften und die Justiz auf Seiten des Militärs. Derart in der Defensive, wagt es Erbakan nicht einmal, den Zwist mit den Streitkräften offen zuzugeben. Dabei könnte er geltend machen, daß er gegenüber dem Militär wie dem "Westen" immer wieder nachgegeben hat und also Vertrauen verdient hätte.

Im Wahlkampf hatte er gesagt, das Militärabkommen mit Israel "werden wir zerreißen und verwerfen". Statt dessen hat er ein zusätzliches geschlossen. Statt die Beziehungen zur EU durch eine "Islamische Einheit" zu ersetzen, hat er betont, daß er weiter die Vollmitgliedschaft in der EU anstrebe. Statt die internationale "Poised Hammer Force" zur Überwachung der kurdischen Schutzzone im Nordirak hinauszuwerfen, hat er ihr Mandat verlängert.

Wenn nun die Generäle versuchen, die Islamisierung der Gesellschaft wieder zurückzuschrauben, die sie nach dem Putsch von 1980 als Mittel gegen die Linke selbst tatkräftig gefördert haben, so ist zwar Erbakan und sein allenfalls verbalradikaler Islam der Verlierer, aber nicht der Anlaß. Die verschiedenen islamischen Firmen, Religionskurse, Schulen, Orden und Gemeinschaften sind mehr und mehr der strikten staatlichen Kontrolle entglitten. Nicht umsonst betonen die Generäle in ihrer Abmahnung an die Regierung, daß die staatliche Direktion für Religionsangelegenheiten (3) eine "gleichgültige, unwissende, schwerfällige, durcheinandergeratene" Behörde sei. Es ist allerdings auch nicht ganz leicht, den Überblick über die islamischen Tendenzen zu behalten: 1,7 Millionen Menschen besuchen Korankurse, es gibt eine große Zahl von Firmen, die nach islamischen Grundsätzen geführt werden und zum Teil von ausländischem Kapital gegründet wurden (Saudi-Arabien!). Seit langem gibt es außerdem islamische Gemeinschaften, wie die schon in den 50er Jahren gegründete Nurcu-Bewegung, die im Beamtenapparat stark organisiert sind. Bekannt ist auch, daß viele Abgänger der Imam-Hatip-Gymnasien in den mittleren und höheren Polizeidienst gehen, insbesondere in die politische Abteilung. Schließlich gibt es noch die islamischen Medien, zu denen 19 Zeitungen, 110 Zeitschriften, 51 Radiostationen und 20 (meist lokale) Fernsehsender gezählt werden.

Ganz der Kontrolle des türkischen Staates entziehen sich die auswärtigen Verbindungen und Organisationen des türkischen Islam. Da wäre z.B. die reiche Organisation "Milli Görüs" ("Nationale Ansicht") in Deutschland zu nennen. Beziehungen türkischer Islamisten zur im Libanon ansässigen Hizbollah und sogar zur PKK werden behauptet. Auffallend ist immerhin, daß der PKK-Vorsitzende, Abdullah Öcalan, ganz offenbar engere Tuchfühlung mit islamistischen Gruppen sucht, deren Terminologie und Sichtweisen er immer häufiger in seinen Äußerungen übernimmt.

Entsprechend einem einheitlichen Feindbild, PKK und islamische Reaktion gegen die türkische Republik, schloß der Brigadegeneral Fevzi Türkeri das "Brifing" für die Richter mit den Worten: "Im Bewußtsein eines

Vaterlandes, einer Nation, eines Staates, einer Sprache und einer Fahne werden wir die laizistische Republik für ewig am Leben erhalten." Die anwesenden Richter standen auf und applaudierten minutenlang.

Den nationalistischen Konsens im Rücken, kann das Militär nun zum Kulturkampf gegen das Unkontrollierte blasen, das heute ein Teil des Islams ist, so wie es vor dem Putsch von 1980 die Linke war. Erbakan dürfte nur das erste Opfer sein.

Der Protest der liberalen Öffentlichkeit, der bis zum Februar noch Ç iller und dem Susurluk-Skandal galt, richtet sich nun gegen den Islamismus. Wer wäre auch noch da, der Licht in die Affäre bringen wollte. Die Refah ist durch ein Jahr gemeinsamer Regierung mit Ç iller als Anklägerin nicht sehr glaubhaft und muß ohnehin alles bis hin zu ihrem Verbot fürchten. Die anderen großen Parteien können ohne Ç illers DYP keine Koalition bilden. Es sei denn, Mesut Yilmaz gelingt es diesmal - er hat es schon einmal versucht -, die DYP zu spalten und so die von den Generälen gewünschte Parlamentsmehrheit ohne Refah und auch ohne Ç iller zusammenzubringen. Das wäre dann aber nur ein zufälliges Ergebnis der politischen Konstellation, nicht aber ein Sieg der öffentlichen Meinung über die völlig abgewirtschafteten Cliquen oder gar Banden unter Politikern und im Sicherheitsapparat, für die der Name Ç iller stellvertretend steht.

Nicht nur von Ç iller hat das große, öffentliche Gemetzel an der Refah abgelenkt, sondern auch von der Tatsache, daß im Osten des Landes immer noch Krieg geführt wird. Dies wird auch so bleiben, auch wenn die türkische Armee behauptet, der größte Teil ihrer Streitkräfte hätte sich nach fünf Wochen aus dem Irak zurückgezogen.

Jan Keetman

Anmerkungen:

1) Der Ausdruck bezieht sich darauf, daß islamischen Gruppen - mal zu recht mal zu unrecht - unterstellt wird, sie wollten einen religiösen Staat einführen, also zum Staatsbegriff des Osmanischen Reiches zurückkehren, das von Atatürks Republik abgelöst wurde.

2) In der türkischen Linken ist der Begriff "Kemalismus" gebräuchlicher. Allerdings wird bei "Kemalismus" häufig auch an eine Reihe "linker" Parteien gedacht, die sich besonders auf Atatürks Populismus, Nationalismus (verstanden als Antiimperialismus) und Laizismus beziehen. Dagegen möchte ich mit dem in der Türkei ebenfalls gebräuchlichen Begriff "Atatürkismus" ("Atatürkcülük") die Betonung auf einen Kult legen, mit dem die ganze Gesellschaft von der Grundschule an getränkt wird und seine BewunderInnen auch weit außerhalb des irgendwie linken Spektrums findet.

3) Diesem Amt, das keinem Ministerium zugeordnet ist, unterstehen die offiziellen religiösen Einrichtungen in der Türkei. Es hat derzeit 92.700 Mitarbeiter.

20. Vergewaltigung in türkischer Polizeihaft. Projekt zur Unterstützung von sexuell mißhandelten Frauen

Rubrik: Frauen; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:33

Obwohl die Türkische Republik die Europäische Menschenrechtskonvention im Jahre 1950 unterzeichnet hat und Folter gesetzlich verboten ist, wird Folter bei Vernehmungen in der Türkei fortgesetzt angewandt.

Unter den am häufigsten anzutreffenden Foltermethoden befinden sich das Aufhängen in verschiedenen Formen, Elektroschock, schwere Prügel, Kaltes Hochdruckwasser und die Vergewaltigung mit Stöcken, vaginal und anal.

Frauen werden häufig nur aufgrund ihres Geschlechts Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Mit diesem Projekt ist beabsichtigt, rechtliche Hilfestellung gegen eine Dimension der Folter zu gewähren: sexuelle Mißhandlung und Vergewaltigung in Polizeihaft.

Unser Ziel ist es, Kontakt mit Frauen herzustellen, die von der Polizei oder anderen staatlichen Kräften (z.B. Gendarmerie oder Dorfschützern) nach ihrer Festnahme vergewaltigt oder sexuell mißhandelt wurden. Es sollen Strafanzeigen gegen die Täter bei den Staatsanwaltschaften erstattet werden. Während anschließender Strafverfahren wird den betroffenen Frauen unentgeltlich bei der Wahrnehmung ihrer Interessen rechtlicher Beistand geleistet, dies umfaßt Ermittlung und Benennung der Täter und das Sammeln von Beweisen. Für den Fall daß kein Strafverfahren eröffnet wird oder aus anderen rechtlichen Gründen eine angemessene Verfolgung der Täter auf dem innerstaatlichen Rechtsweg aussichtslos erscheint, ist beabsichtigt, die Fälle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen.

Den Frauen soll dabei geholfen werden, medizinische Gutachten in Bezug auf das Geschehene zu erlangen, was in der Türkei sehr schwierig ist, da sich viele ÄrztInnen fürchten, auch offensichtliche Folterspuren zu attestieren.

Zugleich sollen für die Verletzten vor den Zivilgerichten Schmerzensgeld- und Schadensersatzprozesse gegen den Staat durchgeführt werden.

Eine andere Dimension beinhalten Menschenrechtsverletzungen dieser Art an kurdischen Frauen und Mädchen in den Ausnahmezustandsgebieten z.B. bei Operationen in den Dörfern etc., bei denen es zu keiner Festnahme kommen muß. In derartige Verbrechen an weiblichen Mitgliedern der kurdischen Bevölkerung sind alle dort operierenden Sicherheitskräfte, wie Gendarmerie, Militär und vom Staat bewaffnete und bezahlte Dorfschützer verwickelt. Das Ausmaß ist lediglich zu erahnen, da die Betroffenen sowohl aus Angst vor Racheakten de Täter, als auch aufgrund der vorherrschenden Werturteile in den Familien es vorziehen, zu schweigen. Häufig kommt es vor, daß sich vergewaltigte oder auf andere Art durch sexuelle Handlungen gedemütigte Frauen und Mädchen an Rechtsanwältinnen wenden, einer "Veröffentlichung" der Tat durch Anzeigenerstattung jedoch nicht zustimmen, da sie dann ihre Identität preisgeben müßten.

Neben den juristischen Tätigkeiten wird das Projekt mit erfahrenen Ärztinnen insbesondere der bereits bestehenden Folter-Rehabilitationszentren zusammen arbeiten, um die notwendige psychologische und medizinische Behandlung und Betreuung der betroffenen Frauen sicherzustellen, wenn diese das wünschen.

Über die Tätigkeiten und Arbeiten des Projektes soll in regelmäßigen Abständen die Öffentlichkeit in Form von Berichten informiert werden. Hiermit ist auch beabsichtigt, das Tabu, welches in der gesamten Gesellschaft bezüglich dieser Realität besteht, zu brechen, so zur Diskussion der Systematik und Ursachen des Fakts der sexuellen Mißhandlung und Vergewaltigung durch staatliche Kräfte beizutragen und hierdurch eventuell andere Frauen zu ermutigen, ihr Schweigen zu brechen, die Täter zu benennen und deren Bestrafung zu fordern.

Nach einem zunächst geplanten Zeitraum von einem Jahr sollen die gesammelten Dokumente und Analysen in Form eines Buches veröffentlicht werden, welches auch in deutscher Sprache erscheinen soll.

Das Büro des Projektes befindet sich in Istanbul, die offizielle Eröffnung ist für Ende Juni 1997 geplant. Ins Leben gerufen wurde das Projekt von den Anwältinnen Eren Keskin, Mercan Güçlü und Nurcan Okçuoglu.

Es wird jedoch mit anderen Rechtsanwältinnen in den verschiedenen Gebieten der Türkei zusammengearbeitet.

Sobald sich die Arbeit des Projektes etabliert hat, ist geplant, grenzüberschreitende Seminare und Tagungen zum Austausch über dieses Thema vorzubereiten.

Das Projekt ist unabhängig und differenziert nicht nach Herkunft oder Anschauung. Die Unterstützung wird allen betroffenen Frauen zuteil, die dies wünschen. Die Finanzierung erfolgt lediglich über Spenden.

Spendenkonto:

Berliner Sparkasse:

Kto. 1040 149 452, BLZ 100 500 00

Verwendungszweck:

Projekt gegen Folter

Kontoinhaberin: Jutta Sons

21. Deutschland-Connection im türkischen Susurluk-Skandal. Gespräch mit dem Berliner PDS-Abgeordneten Giyas Sayan

Gespräch mit dem Berliner Abgeordneten Giyas Sayan

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:28

Im November 1996 kamen bei einem Autounfall in Susurluk der MHP-Funktionär, Killer und Undercover-Agent Abdullah Catli und der Polizeioffizier Hüseyin Kocadag ums Leben. Der DYP-Abgeordnete Sedat Bucak wurde schwer verletzt (vgl. ak 398). Seitdem sind in der Türkei eine Vielzahl von Details über die Taten dieser "Bande" bekannt geworden, die die MHP und die ihr nahestehende Mafia, Teile des Sicherheitsapparats und bekannte Politiker umfaßt.

Für Schlagzeilen sorgten Korkut Eken, ehemaliger Geheimdienstler und zuletzt Berater des Generaldirektors der Sicherheit, und Hanefi Avci, stellvertretender Nachrichtendienstchef beim Generaldirektor der Sicherheit, als sie Ende Dezember vor dem Ausschuß aussagten, daß Catli, zwischen 1994 und 1996 in staatlichem Auftrag (ein Hinweis auf den Geheimdienst MIT) "bei der Bekämpfung der PKK in Deutschland" im Einsatz gewesen sei. Catlis Frau und sein Anwalt bestätigten dies, eine Tagebuchaufzeichnung Catlis aus dem Jahre 1995 weist auf einen Aufenthalt in Berlin hin. Auf diverse Anfragen im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus zu diesen Reisen waren die Antworten ausweichend: Der Bundesregierung lägen keine Erkenntnisse vor.

Der SFB-Journalist René Althammer konnte in einem Beitrag für das TV-Magazin Kontraste im April 1997 nachweisen, daß der seit 18 Jahren mit besonderer Dringlichkeit von Interpol gesuchte Catli in Deutschland nie in erforderlicher Weise zur Fahndung ausgeschrieben wurde. Weder seine Aliasnamen noch sein Bild lagen an den Grenzstationen vor, der Gesuchte wurde nur mit seinem echten Namen im Fahndungssystem INPOL "heruntergestuft": ein bewußt geschaffener Freiraum für Catli und die Bande?

Ernst Beere sprach darüber mit dem Berliner PDS-Abgeordneten Giyas Sayan, der zu diesem Thema umfangreiche Recherchen angestellt und mehrere Anfragen an den Berliner Senat gerichtet hat.

Was haben Catli und diese Bande hier gemacht?

Giyas Sayan: Es geht zum einen um den Transfer von Schwarzgeld und Drogenerlösen aus der Bundesrepublik in die Türkei durch Tarnfirmen und Filialen türkischer Banken. Aus diesen Geldern werden u.a. Waffenkäufe für den Krieg in den kurdischen Gebieten finanziert. Wegen illegaler Geschäfte ist z.B. die Augsburger Filiale der Vakifbank geschlossen worden. Wir wollten vom Berliner Senat wissen, ob gegen türkische Firmen und Bankfilialen in Berlin ein ähnlicher Verdacht besteht. Der Senat antwortete nur, es läge, ich zitiere: "kein Nachweis für die Beteiligung in Berlin ansässiger Banken an Geldwäschehandlungen oder Rauschgifthandel vor".

Zum anderen wissen wir, daß es eine rege Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der türkischen Polizei gibt, auch bei der Verfolgung kurdischer Aktivitäten. Hohe türkische Polizeioffiziere waren wiederholt in Deutschland, auch in Berlin. Wir wollten wissen, ob Abdullah Catli darunter war, eventuell unter einem seiner Aliasnamen, oder ob er sich in anderer Funktion in Berlin aufhielt. Auch hier hieß es: "keine Erkenntnisse".

Habt Ihr trotz dieser Dementis Hinweise auf Aktivitäten von Catli bzw. dieser Bande in Berlin?

Wir wissen, daß 1994 und 1995 versucht worden ist, die Auslandsorganisationen der rassistischen türkischen Nationalen Aktionspartei (MHP) zu einem aggressiven Vorgehen gegen kurdische Vereinigungen anzustacheln und daß es danach auch in Berlin zu Übergriffen und provokativen Aufmärschen gekommen ist. Zu diesem Zweck sind hohe MHP-Leute aus der Türkei mit Diplomatenstatus oder in ähnlicher Funktion hier gewesen. Wir gehen davon aus, daß dabei auch Catli eine Rolle spielte. Es gibt Zeugen, die diese Vorgänge bestätigen, aus Furcht vor Racheakten aber nicht in die Öffentlichkeit treten. Wir gehen auch davon aus, daß Bandenmitglieder aus der Türkei, die mit Diplomatenpässen und offiziellem Status nach Deutschland kamen, mit Behörden Kontakt hatten, die hier mit der Verfolgung der PKK, oder besser gesagt kurdischer Aktivitäten,

beauftragt waren. Wir wissen auch, daß es bei der Verfolgung kurdischer Aktivitäten in Berlin zu vielen Unregelmäßigkeiten gekommen ist: türkisch sprechende Beamte waren an vielen Polizeieinsätzen gegen kurdische Aktivitäten und bei Hausdurchsuchungen beteiligt, es gab polizeiliche Vorladungen an alle kurdischen BewohnerInnen eines bestimmten Stadtteils, eine Art Rasterfahndung also, und viele kurdische Geschäftsleute wurden überwacht und anonym als PKK-UnterstützerInnen denunziert.

Welches Ziel verfolgt Ihr mit eurer Arbeit?

Wenn es diese Zusammenarbeit gegeben hat und wenn über illegale Aktivitäten unter diplomatischem Schutz ein schmutziger Krieg finanziert wurde, muß das aufgedeckt werden. Wenn ein Rechtsstaat wie die Bundesrepublik mit nicht rechtsstaatlichen türkischen Institutionen kollaboriert, ist das ein Skandal. Diese Zusammenarbeit deutet auch auf Parallelen deutscher und türkischer Politik gegen KurdInnen hin: sie werden nicht anerkannt, politisch Aktive werden unter dem Vorwand PKK kriminalisiert, und der Verweis auf kriminelle KurdInnen dient als Rechtfertigung für ausländerrechtliche Verschärfungen. Wenn es gelingt, den Nachweis über die Tätigkeit Catlis und seiner Bande zu führen, dann muß es einen Untersuchungsausschuß nach dem Muster des Mykonos-Ausschusses geben.

Habt Ihr Kontakt zu dem Susurluk-Untersuchungsausschuß in der Türkei?

Wir stehen in Verbindung mit den SHP-ParlamentarierInnen im Ausschuß, die eigene Berichte verfaßt und uns zugänglich gemacht haben. Es besteht auch Kontakt zur Isci Partisi (Arbeiterpartei), die als erste auf diese Bandenstruktur aufmerksam gemacht hat und am 14. und 15. Juni eine internationale Susurluk-Konferenz in Istanbul veranstaltet hat.

Giyas, vielen Dank für dieses Gespräch.

22. "Sühne" für Oklahoma City? Todesurteil gegen den Rechtsradikalen Timothy McVeigh

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:14

Schneller als erwartet ist in Denver (Colorado) der Mordprozeß gegen Timothy McVeigh zu Ende gegangen. Am 2. Juni 1997 sprach die zwölfköpfige Jury den 29jährigen Rechtsradikalen schuldig, für den Bombenanschlag von Oklahoma City im April 1995 verantwortlich zu sein. Damals waren 168 Menschen getötet und über 500 verletzt worden. Am 13. Juni wurde die Todesstrafe gegen McVeigh verhängt.

Nachdem die Staatsanwaltschaft vier Wochen lang über 120 BelastungszeugInnen aufrufen ließ, schloß die Verteidigung ihre Beweisaufnahme schon nach drei Tagen ab. Mehrere EntlastungszeugInnen hatten mit ihren Aussagen McVeigh noch weiter belastet. Trotzdem beriet die Jury noch vier Tage lang hinter verschlossenen Türen, um zu einem einstimmigen Urteil zu kommen (sonst hätte es einen neuen Prozeß geben müssen). Anscheinend gab es doch einige Zweifel an den präsentierten Indizien. Außerdem ist bis heute nicht geklärt, ob es noch weitere Mittäter gegeben hat. (siehe auch ak 403)

Nach dem Schuldspruch mußte dieselbe Jury in einer zweiten Prozeßphase über das Strafmaß entscheiden: Lebenslänglich (ohne eine Möglichkeit zu vorzeitiger Entlassung) oder Todesstrafe - je nachdem, ob mildernde oder erschwerende Umstände überwiegen. Dafür wurden noch einmal rund 30 ZeugInnen aufgerufen, sowohl Angehörige der Opfer als auch Verwandte und Bekannte des Täters.

In dieser Phase vollzogen McVeighs Pflichtverteidiger einen überraschenden Schwenk. Sie gaben praktisch die Schuld des Angeklagten zu, verlangten aber einen Bonus für seine Motive. McVeigh sei eben ein besonders glühender (wenn auch irregeleiteter) Patriot und als Soldat im zweiten Golfkrieg mehrfach ausgezeichnet worden. Als Entlastungszeuge wurde u.a. ein Journalist des stramm rechten Monatsmagazins "Soldier of Fortune" (das in der BRD als jugendgefährdend auf dem Index steht) aufgerufen. Der schilderte zwei Tage lang den FBI-Angriff auf die Davidianer-Sekte bei der texanischen Stadt Waco, bei dem am 19. April 1993 (also genau zwei Jahre vor dem Oklahoma-Anschlag) 80 Menschen ums Leben gekommen waren. McVeighs Wut über das Staatsverbrechen von Waco sei das Motiv für den Anschlag gewesen.

Mit dieser Verteidigungsstrategie begaben sich die Anwälte zum ersten Mal eindeutig auf politisches Terrain. Außerdem spekuliert McVeighs Hauptverteidiger weiter über mögliche internationale Verbindungen der Oklahoma-Attentäter. Dabei taucht immer wieder der Name des Deutschen Andreas Strassmeir auf. (s. ak 403 und "Spiegel" vom 2.6.97) "Waco" und verschiedene Verschwörungstheorien über "Oklahoma City" spielen eine zentrale Rolle in der Propaganda der rechtsradikalen Wehrsportgruppen. (s. ak 387) So wird behauptet, der Oklahoma-Anschlag sei das Werk staatlicher Provokateure gewesen, um die Miliz-Bewegung zu diskreditieren. Mit ihrer Verteidigungsstrategie legitimierten McVeighs Anwälte solche Positionen. Die Aktivitäten der Wehrsportgruppen haben seit dem Bombenanschlag noch zugenommen.

Der Angeklagte selbst meldete sich während des Prozesses nicht zu Wort, hatte sich aber zuvor in Interviews als "Kriegsgefangenen" und als unschuldig im Sinne der Anklage bezeichnet. Bekannte von McVeigh sagten während des Prozesses aus, er habe ein Attentat geplant, um ein Fanal zu setzen und einen "Rassenkrieg" in den USA auszulösen.

Weitere Prozesse

Formal wurde McVeigh "nur" wegen achtfachen Mordes und verschiedener Waffendelikte verurteilt. Denn das Bundesgericht in Denver, vor dem das Verfahren stattfand, ist nur für Bundesgesetze zuständig - u.a. für das sogenannte Antiterrorgesetz von 1990. Darin geht es u.a. um Angriffe gegen Bundesbeamte oder Bundeseigentum und um den Besitz von Massenvernichtungsmitteln. "Gewöhnlicher" Mord wird dagegen auf einzelstaatlicher Ebene geahndet. Weil sich unter den Toten von Oklahoma City auch acht Bundespolizisten (FBI-, Schußwaffen- und Drogenfahnder) befanden, wurde nun das bundesweite Antiterrorgesetz angewendet.

Mit dem Todesurteil von Denver ist die juristische Aufarbeitung des Bombenanschlags noch lange nicht abgeschlossen. McVeighs Anwälte wollen Revision einlegen. Die folgenden Berufungsverfahren werden wohl noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Wegen des Mordes an weiteren 160 Menschen wird auch die Staatsanwaltschaft von Oklahoma vor einem "unteren" Gericht Anklage gegen McVeigh erheben.

Noch vor diesem Verfahren wird (voraussichtlich im Spätsommer oder Herbst) der Bundesgerichtsprozeß gegen Terry Nichols, einen engen Freund und Gesinnungsgenossen von McVeigh, beginnen. Der 42jährige soll an der Vorbereitung des Attentats beteiligt gewesen sein, aber nicht an der Zündung der Bombe. Unter dem Eindruck der Todesstrafe gegen McVeigh wird sich Nichols möglicherweise als Kronzeuge zur Verfügung stellen und weitere Mittäter benennen, um sich selbst eine geringere Strafe einzuhandeln.

Außerdem haben mehrere Angehörige von Attentatsopfern Zivilklagen gegen die US-Bundesregierung eingereicht. Der Vorwurf: Die Ermittlungsbehörden seien schon vorher über einen geplanten Anschlag unterrichtet gewesen und hätten nichts zu seiner Verhinderung unternommen.

Weg mit der Todesstrafe!

Nach einer rund 25jährigen Pause wurde die Todesstrafe auf US-Bundesebene erst 1988 wieder eingeführt (für bestimmte Drogendelikte). Inzwischen ist die Zahl der Straftaten, für die ein Bundesgericht die Todesstrafe verhängen kann, auf über 40 angestiegen. McVeigh ist der 14. Verurteilte, gegen den seit 1988 ein Bundes-Todesurteil verhängt worden ist. Wegen noch nicht abgeschlossener Berufungs- und Revisionsverfahren wurde bisher noch keines dieser Urteile vollstreckt; eines wurde sogar wieder aufgehoben.

Das eigentliche Gemetzel findet auf einzelstaatlicher Ebene statt - vor allem in den Südstaaten. Seit Wiederzulassung der Todesstrafe durch das US-Verfassungsgericht (Supreme Court) im Jahre 1976 haben sie 38 Bundesstaaten wieder eingeführt. (siehe auch ak 383 vom 19.10.95) Von 1976 bis Mitte Juni 1997 wurden insgesamt mindestens 397 Menschen hingerichtet. Zur Zeit gibt es in den USA über 3.000 zum Tode verurteilte Gefangene.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Exekutionen dramatisch angestiegen. Voraussichtlich wird 1997 ein neuer "Rekord" erreicht. So wurden seit Januar bereits mindestens 39 Menschen mit der Giftspritze oder mit Stromstößen staatlich ermordet - davon über die Hälfte in einem einzigen Bundesstaat: Texas. Schuld an dem Anstieg der Hinrichtungen sind gesetzliche Verschärfungen unter Präsident Clinton, mit denen die Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten von zum Tode Verurteilten drastisch eingeschränkt wurden.

Nach der Verhängung der Todesstrafe gegen McVeigh zeigte das Fernsehen Bilder von jubelnden Angehörigen, die einander vor dem Gerichtssaal "erlöst" in die Arme fielen. Ihre Hoffnung, durch eine Hinrichtung von McVeigh würden der Tod ihrer Verwandten und ihre eigenen Qualen seit dem Attentat "gesühnt", wird sich wohl als trügerisch erweisen.

Die Strafverschärfungen in den USA (inklusive Todesstrafe) werden oft mit den "Rechten der Opfer" (victims' rights) begründet. Den Angehörigen von Mordopfern wird dabei vorgegaukelt, durch die Hinrichtung des Mörders würden sie ihren eigenen "Seelenfrieden" wiederfinden. Die Praxis hat freilich gezeigt, daß dies eine Fiktion ist. Die einzige Folge einer Hinrichtung ist, daß es noch mehr Menschen gibt, die um den Tod eines Verwandten oder Freundes trauern. Auch manche Angehörige von in Oklahoma Getöteten haben sich gegen den allgemeinen "Rachedurst" ausgesprochen und lehnen die Todesstrafe für McVeigh ab.

Auch unabhängig von den Angehörigen gilt: Die Todesstrafe ist ein barbarisches Mittel einer Rachejustiz und ein Ausdruck eines staatlichen Allmachtsanspruchs. McVeigh ist ein kaltblütiger Massenmörder, der bis heute keine Anzeichen von Reue zeigt und ein ausgewiesener Neonazi. Das macht es für Linke nicht einfacher, sich auch für sein Lebensrecht einzusetzen. Trotzdem: Die Todesstrafe gehört abgeschafft.

Michael Hahn

23. Deutsche Einmischung der besonderen Art. "Volksgruppenpolitik" und Aufstandsbekämpfung im spanischen Baskenland

Autor: Hubert Brieden · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Geschichte des Faschismus; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:02

Bis heute mochte sich die Bundesregierung nicht dazu durchringen, die deutsche Verantwortung an der Bombardierung der baskischen Stadt Gernika während des Spanischen Bürgerkrieges einzugestehen, auf eine Geste des "guten Willens" oder der "Versöhnung" warteten viele bislang vergeblich. Statt dessen wird der Angriff verharmlost: Er sei ein Einzelfall gewesen und die Zerstörungen seien vor allem durch ungünstige Wetterverhältnisse verursacht worden. Gleichzeitig pflegte man in der Bundeswehr Traditionen, die auch die Legion Condor mit einschloß, und unterhielt intensive Kontakte zu ehemaligen Spanienlegionären, darunter Teilnehmer des Bombardements von Gernika.

Darüberhinaus existiert noch eine andere, bislang gar nicht beachtete Form deutscher Traditionspflege: die der fortgesetzten Einmischung im spanischen Baskenland mittels "Volksgruppenpolitik" und deutschem Aufstandsbekämpfungs-Know-how.

Spätestens nach dem Luftangriff der Legion Condor auf Gernika, das kulturelle und politische Zentrum der Basken, am 26.4. 1937, konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Deutschland die Interessen des spanischen Zentralstaates und der spanischen Putschgenerale rücksichtslos mit allen militärischen Mitteln unterstützte. Für Autonomiebestrebungen jeglicher Art sollte es auf der iberischen Halbinsel keinen Raum mehr geben.

Deutschland war an einem möglichst ungehinderten Zugriff auf das Zentrum der Schwerindustrie um Bilbao interessiert und General Franco, als Repräsentant des Spanischen Zentralismus, schien diesen Zugriff eher gewährleisten zu können als die spanische Republik oder eine autonome baskische Regierung.

Nach der Niederlage der Republik waren die baskischen Provinzen Guipúzcoa und Vizcaya von der Repression besonders stark betroffen. Franco erklärte sie zu "Verräterprovinzen", jegliche Eigenständigkeit, baskische Sprache und Kultur wurden gewaltsam unterdrückt. "Bei einer Gesamtbevölkerung von 1,4 Millionen wurden 1937 - 1940 10.000 bis 15.000 Basken umgebracht, flüchteten mindestens 150.000 ins Ausland und wurden über 30.000 in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt." (1)

Daß Nazi-Deutschland eine Zentralregierung unterstützte, um seine Ziele zu erreichen, war eher ungewöhnlich. In anderen Ländern Europas betrieben deutsche Regierungen im Gegenteil schon seit den 20er Jahren offensive "Volksgruppenpolitik". "Volksgruppen" waren nicht gleichbedeutend mit nationalen Minderheiten sondern rassisch-biologisch definierte, homogene Bevölkerungsgruppen, die mit dem Ziel gefördert wurden, konkurrierende Staaten zu destabilisieren und um Schritt für Schritt Deutschlands Vormachtstellung in Europa durchzusetzen.

Daß galt aber nicht für Spanien. Katalanen und Basken hatten durch die Unterstützung der "roten" Republik jegliches Vertrauen der Deutschen verspielt. Wichtig schien der Reichsregierung, daß die "Volksgruppen" auch politisch zuverlässig waren, den rassistischen Volksbegriff ihrer Förderer und Mentoren teilten, antikommunistisch agierten und damit für deutsche Interessen im europäischen Machtkampf instrumentalisierbar waren.

Im Spanischen Bürgerkrieg zeigte sich ebenso wie im Zweiten Weltkrieg: Antifaschistische nationale Bewegungen wurden rücksichtslos bekämpft, sobald sie eine Gefahr für die europäischen Großraumpläne Deutschlands darstellten. In vielen Ländern wurde der antifaschistische Kampf gegen die deutschen Okkupanten als nationaler Befreiungskampf geführt. Viele geflohene Basken beteiligten sich am Kampf der französischen Résistence, weil sie annahmen, die Niederlage Deutschlands führe auch zum Zusammenbruch des Francoregimes.

"Volksgruppenpolitik" und "baskischer Rassentyp"

Mit der Gründung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) im Jahre 1954, an der ehemalige nationalsozialistische Volksgruppenideologen maßgeblich beteiligt waren, wurde deutlich, daß in der Bundesrepublik Deutschland mit den unsäglichen Traditionen nicht gebrochen worden war.

Von Anfang an erfreuten sich die wiederbelebten Volksgruppenfunktionäre der großzügigen Unterstützung von Bundesregierung und Vertriebenenverbänden. 1961 war die Zeit reif, eine eigene Zeitung "Europa Ethnica" herauszugeben, die sich bewußt in die Tradition der seit Ende der 20er Jahre staatlich finanzierten völkisch-antisemitischen Zeitschrift "Nation und Europa" stellte. Auch für "Europa Ethnica" konnten staatliche Finanzquellen in Westdeutschland und Österreich angezapft werden.

Im 1970 erschienenen "Handbuch der europäischen Volksgruppen", herausgegeben vom Generalsekretär der FUEV, wird die Existenz verschiedener "Volksgruppen" von unterschiedlicher Blutsreinheit behauptet. Auch einen baskischen "Rassentyp" glaubte man ausfindig gemacht zu haben:

"Das baskische Volk. Der in Euzkadi am meisten anzutreffende Menschentyp ist von mittlerer Größe, schlank, mit breiten Schultern, schmalen Hüften und langem Körper; er hat ein dreieckiges Gesicht, ein ausgeprägtes langes Kinn, Adlernase, mesocephalischen Schädel mit einer leichten Ausbuchtung über den Schläfen. Er hat helle Haut, im allgemeinen dunkle Augen und kastanienbraunes oder schwarzes Haar.

Diesem Menschentyp entspricht eine ganz besondere Blutgruppenzugehörigkeit, die durch das Fehlen der Gruppen B und AB und durch eine sehr starke Dominanz der Gruppe 0 gekennzeichnet ist: 60% aller Personen. Sie erreicht in gewissen Gebieten, wo gerade der baskische Rassentyp besonders ausgeprägt ist, wie jenem von Hasparren, sogar 66%. Es ist interessant festzustellen, daß diese ungewöhnliche Dominanz der Blutgruppe 0 sich weit über das baskische Sprachgebiet bis in die Gascogne erstreckt und daß die Blutsgruppenverteilung erst im Tal der Garonne wieder normal wird." (2)

Schließlich wird die Verteilung der Blutgruppen tabellarisch erfaßt, differierende französische, spanische und baskische Mittelwerte unterschiedlicher Blutgruppen behauptet und damit unterschiedliche Rassen erfunden, die bei Bedarf gegeneinander ausgespielt werden können. Soziale Gegensätze spielen innerhalb der so konstruierten "Volksgruppen" keine Rolle mehr, "Volksgruppen" bilden "natürlicherweise Volksgemeinschaften".

Damit war ein Thema angerissen, daß durchaus auch für technokratische Aufstandsbekämpfungs-Experten interessant sein konnte.

Vorbild "Modell Deutschland"

Sowohl Hitlerdeutschland als auch die BRD unterhielten zu Francospanien umfassende politische und wirtschaftliche Beziehungen. Nach dem Tode des Diktators 1975 bemühte sich besonders die deutsche Sozialdemokratie durch die Förderung der sozialistischen PSOE unter Filipe González um Stabilität in Spanien und einen reibungslosen Übergang zum Parlamentarismus und zur Monarchie. Die entscheidenden Mächte im Staatsapparat und in der Wirtschaft blieben unangetastet und die in Jahrzehnten gewachsenen deutsch-spanischen Geschäftsbeziehungen konnten ungestört fortgesetzt werden. Auch im Baskenland sind bis heute eine Reiher deutsche Firmen aktiv, darunter Volkswagen in Pamplona und Mercedes in Vitoria.

Besonders das Baskenland hatte im antifrankistischen Kampf eine wichtige Rolle gespielt. Zur langfristigen Stabilisierung des spanischen Staates war es daher notwendig, diese Unruheprovinz zu befrieden, die nach wie vor kämpferische Arbeiterbewegung ruhigzustellen und die bewaffnete Organisation ETA (Euskadi Ta Askatasuna = Baskenland und Freiheit) zu zerschlagen.

In spanischen Regierungskreisen war man vom konsequenten und rücksichtslosen Kampf der westdeutschen Regierung gegen die Rote Armee Fraktion und andere bewaffnete Gruppen recht angetan. Spezielle Strafrechtsänderungsgesetze, Hochsicherheitsgefängnisse, die Ausweitung von Polizeibefugnissen schienen den Erben Francos geeignete Mittel, mit den "Terroristen" im eigenen Land fertig zu werden. Die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, die den Tod der Geisel aus Gründen der Staatsraison in Kauf nahm, beeindruckte spanische Sicherheitskräfte so, daß man noch im Dezember 1977 um deutsche Berater in Sachen Terrorbekämpfung nachsuchte.

Mitte 1978 schickte die Bundesregierung den Sozialdemokraten und Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans Josef Horchem, nach Madrid, um die Sicherheitsbehörden bei ihrer Reorganisation im "demokratischen Rahmen" und "bei Überlegungen, die spanischen Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus dem deutschen System anzupassen", zu beraten wie es der damalige Finanzminister Matthöfer ausdrückte. (3)

Von Anfang an war klar, daß man die ETA auf doppelte Weise bekämpfen würde: Das soziale Umfeld der Organisation sollte durch die Anerkennung baskischer Kultur und Sprache sowie durch Zugeständnisse in punkto Autonomie neutralisiert und der militärische Kern durch konsequente Aufstandsbekämpfung liquidiert werden.

Horchem knüpfte Kontakte zur Xabier Arzallus und andere führende Persönlichkeiten der konservativen baskischen Nationalpartei (PNV). Dort erhielt er ausführliche Informationen über die politische und soziale Situation im Baskenland. Schon zu diesem Zeitpunkt thematisierte man auch den Aufbau einer eigenständigen baskischen Polizei, die in Zukunft die Terrorismusbekämpfung übernehmen sollte. Es wurde vermutet, daß sie effektiver und erfolgreicher eingesetzt werden könnte als spanische Sicherheitskräfte, die von der Bevölkerung immer noch als Besatzungsmacht wahrgenommen wurden.

Im Laufe der nächsten Zeit informierte sich die PNV-Führung auch auf Besuchen in Deutschland umfassend über Aufbau, Struktur und Bewaffnung der deutschen Polizei und des Verfassungsschutzes. "Die demokratische Entwicklung des Baskenlandes hänge weitgehend davon ab, ob und wie schnell es gelinge, den Terrorismus der ETA auszulöschen, zumindest einzudämmen", betonte Horchem gegenüber den baskischen Freunden von der PNV, einer Partei, die traditionell die völkische Richtung des baskischen Nationalismus repräsentierte. (4)

1980 führte der deutsche Sicherheitsexperte Beratungsgespräche mit baskischen Politikern und der Geschäftsleitung des Atomkraftwerkes Lemoiz, jedoch ohne Erfolg: Massenproteste und mehrere Anschläge der ETA verhinderten bis heute die Inbetriebnahme der Nuklearfabrik an der Atlantikküste in der Nähe von Bilbao.

Nach der Konstituierung einer baskischen Regierung unter Führung der PNV im April 1980 wurde der Aufbau der baskischen Polizei unter Hilfestellung deutscher Berater nach deutschen Vorbild in Angriff genommen. Auch beim Aufbau eines geheimen baskischen Nachrichtendienstes leistete Verfassungsschützer Horchem wieder wertvolle Grundlagenarbeit.

Als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den Basken regte der deutsche Aufstandsbekämpfer bereits 1981 an, die deutsche Bundesregierung möge ein Monument oder eine Gedenktafel zur Erinnerung an den Bombenterror der Legion Condor in Gernika finanzieren. Aus Rücksicht gegenüber der spanischen Zentralregierung in Madrid winkte das deutsche Außenministerium jedoch ab, weil - wie es offiziell hieß - diese Geste gegenüber den Basken als Einmischung in innerspanische Angelegenheiten aufgefaßt werden könnte. Vermutlich nahm man jedoch auch Rücksicht auf militärische Traditionsverbände, die über gute Kontakte zur Bundeswehr verfügten. Weder wollte die Regierung die deutsche Verantwortung für den Angriff eingestehen, noch sich eindeutig von der Legion Condor distanzieren, immerhin hatten ehemalige Legionäre auch beim Wiederaufbau der Bundeswehr mitgewirkt.

Aufstandsbekämpfung mit Hilfe der BRD

Zur Stärkung von Autonomieforderungen der baskischen Regierung gegenüber der spanischen Zentralregierung regte Horchem an, von einem internationalen Expertengremium ein wissenschaftliches Gutachten über Ursachen und Auswirkungen der Gewalt im Baskenland erstellen zu lassen. Drei weitere Antiterrorspezialisten aus England, Frankreich und Italien sollten ihre Erfahrungen bei der Bekämpfung irischer, korsischer und südtiroler Unabhängigkeitsbewegungen einbringen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Situation im Baskenland herausarbeiten zu können.

Der Sozialdemokrat Horchem hielt den Italiener als Vertreter der Regierung in Rom jedoch für wenig geeignet, einen unvoreingenommenen Bericht zur Geschichte des Separatismus in Südtirol zu verfassen, und konnte schließlich selbst diese Aufgabe übernehmen, wobei er aus seinen Sympathien für die deutschsprachige Minderheit in Norditalien keinen Hehl machte. "Unter den gegebenen Bedingungen" sei eine "Rückkehr in das

Vaterland" Österreich nur durch einen "großen Krieg" möglich, was niemand wolle, versicherte ihm ein politischer Repräsentant der Südtiroler, deshalb müsse man "bei möglichst weitgehender Autonomie Mitglied des italienischen Staatsverbandes bleiben".

Die "Erfahrungen und Erkenntnisse" der Südtiroler wollte Horchem auch seinen baskischen Gesprächspartnern vermitteln, die allerdings noch etwas uneinsichtig waren. "Ihre Fähigkeit, die Grenzen des Möglichen einzusehen, war sicher nicht so groß wie diejenige der deutschsprachigen Leute in Bozen", meinte der Terrorspezialist und nannte auch gleich den Grund: "Die Basken hatten und haben bis heute allerdings auch keine Schutzmacht, die ihre Interessen gegenüber Madrid vertreten könnte." (5)

1986 erschien das nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Arbeitsergebnis der Kommission unter dem Titel "Informe de la Comisión sobre la violencia en el País Vasco". Zentraler Punkt des Werkes war der "Plan de Concienciación", der Plan zur Bewußtseinsveränderung der baskischen Bevölkerung. Ursächlich für die Probleme zwischen der spanischen Zentralregierung und der baskischen Regierung, so Horchem, seien weniger politische, sprachliche oder kulturelle Unterschiede als vielmehr ethnische Gegensätze.

Darum sah er kein Problem darin, wenn baskische Sprache und Kultur durch die Einrichtung eigener Rundfunk- und Fernsehanstalten und einer eigenen Universität gefördert würden. Gleichzeitig wollten die Autoren des Kommissionsberichtes, daß politische und bewaffnete Aktionen der ETA permanent öffentlich verurteilt und denunziert würden.

Natürlich enthielt die Studie auch Analysen zur besseren Einbindung der baskischen Polizei in den antiterroristischen Kampf. Das seinerzeit gültige baskische Autonomiestatut sollte als Ergebnis und Höhepunkt einer hundertjährigen Auseinandersetzung dargestellt werden. Man warnte vor den "utopischen Aspekten" "der terroristischen Doktrinen", womit wohl auch sozialistische Zielrichtungen gemeint waren. Aus Rücksicht auf das soziale Umfeld der ETA sollten jedoch Begriffe wie "verrückt" und "kriminell" zur Charakterisierung der Feinde im Untergrund in der öffentlichen politischen Debatte tunlichst vermieden werden. Hinter vorgehaltener Hand äußerte man dann doch schon mal, was man wirklich meinte: Horchem, den deutschen Traditionen im Umgang mit politischen Gegnern verhaftet, hielt einige ETA-Führer nicht nur für verrückt sondern auch für Lustmörder mit "schizoiden Gedankengängen". (6)

Die meisten Forderungen der Kommission, die als Empfehlungen verpackt waren, wurden Zug um Zug realisiert. Auch an dem 1983 vom spanischen Innenministerium entwickelten Aufstandsbekämpfungsplan "Zona Especial del Norte" (Z.E.N.) war Horchem beteiligt.

Darüberhinaus machte und macht sich Deutschland zum Vorreiter im antiterroristischen Kampf und beim Ausbau polizeilicher Überwachungssysteme auf europäischer Ebene. Beim Treffen der EU-Regierungschefs im Dezember 1995 in Madrid wurde auch die Bekämpfung der ETA thematisiert.

Obwohl Folter und Mißhandlungen an politisch mißliebigen Gefangenen bis heute üblich sind, wie man den Berichten von Amnesty International entnehmen kann, sehen deutsche Gerichte und auch die Bundesregierung - im Gegensatz etwa zu Belgien - keine Veranlassung, Abschiebungen von mutmaßlichen ETA-Unterstützern nach Spanien auszusetzen. Unisono mit der spanischen Regierung wird die Folter in spanischen Polizeigefängnissen als ETA-Propaganda abgetan.

Die eng mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) kooperierende "Hermann Niermann Stiftung", die, wie es in der Zeitschrift "Europa Ethnica" heißt, zur Unterstützung "ethnischer Minderheiten" und zur "Weltfriedensordnung durch Minderheitenschutz" beitragen will, stellte Mitte der 80er Jahre, zur gleichen Zeit, als deutsche Polizeiexperten im Baskenland aktiv waren, "bedeutende Geldbeträge" bereit, "um den baskischen Separatismus zu befördern". (7) Vermutlich sollte nicht der baskische Separatismus allgemein befördert werden, sondern der rechte, ethnisch definierte Nationalismus, der für die deutschen Interessen im europäischen Machtpoker gegebenenfalls genutzt werden kann.

Seit 1986/87 unterstützen auch die Grünen politische Parteien und Gruppierungen im Baskenland, die teilweise ausgesprochen aggressiv gegen linke soziale und politische Organisationen und Bewegungen agieren. Rechte baskische Nationalisten knüpften inzwischen Kontakte nach Bosnien, Kroatien, Rumänien und in zahlreiche andere Krisenregionen, wobei sowohl staatliche als auch private Unterstützung aus Deutschland willkommen und erwünscht ist. Die Stadt Gernika, regiert durch die konservative baskische Nationalpartei,

organisiert in diesem Sommer ein "Campo de trabajo" in Kroatien, an dem neben einer katalanischen und einer italienischen Stadt auch die deutsche Partnerstadt Pforzheim beteiligt ist.

Bis heute ist das Baskenland nicht befriedet, der Plan zur Bewußtseinsveränderung der Bevölkerung konnte noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden, ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Baskenland fühlt sich immer noch den antifaschistischen Traditionen der Unabhängigkeitsbewegung verhaftet, hat die Rolle der Deutschen bei der Unterwerfung des Baskenlandes durch Franco im Spanischen Bürgerkrieg noch nicht vergessen, ist auch nicht bereit, sich von bewaffneten Aktionen zu distanzieren und begreift sich nicht als völkisch-ethnische, sondern als politisch-soziale Bewegung. Weder die Arbeiterbewegung noch die recht aktiven sozialen Bewegungen (Ökologie, Frauen, Kriegsdienstverweigerer etc.) konnten bisher ruhiggestellt werden.

Grund genug für deutsche Polizeispezialisten, weiterhin im Baskenland tätig zu werden. Bayern schloß sogar ein eigenes polizeiliches Kooperationsabkommen mit der konservativen baskischen Regierung, das vom SPD-Bundestagsabgeordneten Frank Hoffmann als "glatt völkerrechtswidrig" eingeschätzt wird. (8)

Ob die linke Opposition im Baskenland sich auf Dauer dem polizeilichen Zugriff entziehen und sich gleichzeitig vom gezielt geförderten völkischen Nationalismus distanzieren kann, bleibt abzuwarten.

Ob sich dagegen in Deutschland - etwa zum 60. Jahrestag der Bombardierung Gernikas - eine nennenswerte Zahl von Kritikern findet, um die Traditionen deutscher Intervention im Baskenland und anderswo und die Kontinuität deutscher Großmachtpolitik zur Sprache zu bringen, kann getrost bezweifelt werden.

Hubert Brieden

Anmerkungen:

(1) Brieden, Hubert / Dettinger, Heidi / Hirschfeld, Marion; Ein voller Erfolg der Luftwaffe, die Vernichtung Guernicas und deutsche Traditionspflege, Wunstorf - Pforzheim - Bonn, Neustadt 1997 S. 78

(2) Faksimile in: v. Goldendach, Walter / Minow, Hans-Rüdiger / Rudig, Martin; Von Krieg zu Krieg, die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Berlin 1996, S. 45

(3) Horchem, Hans Josef; Auch Spione werden pensioniert, Herford, Berlin, Bonn 1993, S. 178

(4) ebd. S. 185

(5) ebd. S. 196

(6) Dettinger, Heidi; Bundesdeutsche Einflußnahme in Spanien nach dem Tode Francos, untersucht und dargestellt am Beispiel Euskadis, unveröffentlichtes Manuskript, S. 174, Interview mit Horchem vom 3.8.1989

(7) v. Goldendach, Walter u.a.; a.a.O. S. 47

(8) Frankfurter Rundschau 13.12.96

24. Steppenwind bläst in Richtung Marktwirtschaft Präsidentschaftswahlen in der Mongolei - eine Republik im Wandel

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Mongolei · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:07

Politik in der Mongolischen Republik geschieht offensichtlich im unwägbaren Galopp ihrer vorwiegend nomadischen (Reiter-)Bevölkerung. Vom "Wunder aus der Steppe" war die Rede, als bei den Parlamentswahlen vom 30. Juni 1996 die langjährig in der Hauptstadt Ulan Bator regierenden Kommunisten der Mongolischen Volksrevolutionären Partei (MVRP) buchstäblich in die Steppe geschickt wurden. Von 76 Sitzen hatten sie gerade noch 23 im Parlament, dem Volks-Hural, ergattern können. Eindeutiger Sieger: Das oppositionelle Bündnis Demokratische Union, ein Zusammenschluß aus Nationaldemokraten, Sozialdemokraten und VertreterInnen zweier kleinerer Parteien, unter Vorsitz des flott gewendeten Ex-Kommunisten Punsalmaagijn Otschirbat. Damit war - tatsächlich sensationell - erstmalig in Asien eine seit über sieben Jahrzehnten ununterbrochen regierende Kommunistische Partei abserviert und eine alte Politiker-Riege durch junge enthusiastische Reformer ersetzt worden. Doch nun hallte das Echo des Steppenwunders zurück und ließ das politische Pendel erneut in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen: Bei der Präsidentschaftswahl am 18. Mai 1997 mußte der im Vorfeld als haushoher Sieger gehandelte Otschirbat eine herbe Niederlage einstecken. Diesmal erhielt er gerade mal 30 Prozent der abgegebenen Stimmen, während die MVRP unter dem 47jährigen, in Rußland (Odessa) ausgebildeten Natsagijn Bagabandi ein erstaunliches Comeback feierte und 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte (1). Ein think tank, das Sant Maaral Center in Ulan Bator, gab Bagabandi höchstens 50%ige Chancen, während er ansonsten als von vornherein klarer Verlierer abgestempelt war!

Die Wahlbeteiligung, die noch bei der ersten direkten und freien Präsidentschaftswahl 1993 über 90 Prozent gelegen hatte, betrug diesmal nur 78 Prozent. Noch im Frühjahr 1990, als die Kommunisten 70 Parlamentssitze innehatten, wollte der damalige Präsident Batmunch trotz Perestroijka und Glasnost im Reich des nördlichen Schutzpatrons Protestdemonstrationen und einen kurzen Hungerstreik in Ulan Bator niederkartätschen. Dazu kam es nicht. Statt dessen mußte Batmunch von der politischen Bühne abtreten und Otschirbat Platz machen. Dieser sagte sich kurzerhand von der MVRP los, befürwortete die neue Jassa (Verfassung) und beäugte wohlwollend den Marsch in Richtung Liberalisierung und Marktwirtschaft. Allerdings gingen vor allem den Älteren die Wirtschaftsmaßnahmen des Otschirbat-Lagers zu schnell und ungleichmäßig über die Bühne. Nach offiziellen Statistiken lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der pro Monat auf umgerechnet 10 US-Dollar festgesetzten Armutsgrenze. Offiziell soll die Arbeitslosigkeit allein in Ulan Bator 10% betragen. Ein doppelt so hoher Satz dürfte realistischer sein, wenngleich die Kriterien zur Definition von Arbeitslosigkeit in der Mongolei nicht transparent sind.

Kontraste allerorten

Die Mongolische Republik, bis 1992 noch Volksrepublik und seit Beginn der 20er Jahre der kleine Lieblingsbruder der großen Sowjetunion, ist ein weitläufiges Steppen-, Gebirgs- und Wüstenland. Flächenmäßig fast fünfmal größer als Deutschland, zählt es gerade mal 2,5 Millionen Einwohner. Gut drei Millionen Mongolen leben in der zu China gehörenden Inneren Mongolei, sind dort gegenüber den Han-Chinesen jedoch nur eine Zehn-Prozent-Minderheit. In dieser chinesischen Autonomen Region bestehen seit den 80er Jahren indes politische Strömungen, die auf eine Wiedervereinigung aller Mongolen - einschließlich der etwa eine halbe Million in Rußland lebenden Burjaten - in einem Staat drängen.

Batjargal, kurz Bata, ist bester Laune: "Ich hab' einen abwechslungsreichen Job, der mir Spaß macht und überdies gut Geld einbringt", versichert der untersetzte Mittzwanziger. Bata, der bereits die winds of change geschnuppert, Rußland, Polen, Ungarn sowie Südkorea bereist hat, arbeitet in der boomenden privatwirtschaftlichen Tourismusbranche und ist somit näher als die meisten seiner Landsleute am Puls der modernen Zeit. Und die sieht er, politischer Wechsel hin, politischer Wandel her, unaufhaltsam heraufziehen. Tatsächlich ist in sämtlichen Bereichen des sozialen Lebens Dynamik, mitunter gar ungestüme Aufbruchstimmung spürbar. Das schafft Kontraste, die einigen bizarr, anderen beklemmend anmuten, doch unter den Jugendlichen Begeisterung wecken.

Am krassesten spiegelt die Hauptstadt diese Kontraste. Dafür sorgt schon die Geschichte. Die gesamte Mongolei kam zu Beginn des 18. Jahrhunderts unter chinesische Herrschaft. Die sogenannte Verwaltung der abhängigen Gebiete, der auch Tibet und Xinjiang unterstanden, trennte den südlichen Gürtel des Landes zwischen der Chinesischen Mauer und den nördlicheren Steppen von der "äußeren" Mongolei. Letztere erklärte sich 1911 unter dem lamaistischen Hutuchtu ("Lebenden Buddha") für unabhängig - mit Rückendeckung des kaiserlichen Rußlands. Nach dem Sturz des Zaren durchstreiften bewaffnete konterrevolutionäre Banden, darunter die des Barons von Ungern-Sternberg, die Äußere Mongolei, bis sie schließlich 1921 von sowjetischen Truppen aufgerieben wurden. Das alte Urga erlebte trotzdem eine Art Doppelherrschaft. Bis 1924 erlangten die mongolischen Kommunisten schrittweise die Macht, setzten den Hutuchtu ab und riefen am 26. November 1924 die erste Volksrepublik außerhalb der UdSSR aus. Urga hieß fortan Ulan Bator - wörtlich: "Stadt des roten Helden" - zu Ehren des Freiheitskämpfers Damdiny Sukhe, der mit seinen Recken einen chinesischen Invasionsversuch erfolgreich abgewehrt hatte. Kein Wunder, daß in der Folgezeit die Nähe zur Sowjetunion zunehmend enger wurde. Das blieb - ob in Politik, Wirtschaft, Kultur und Architektur - nicht folgenlos. Ulan Bator erhielt schrittweise die gesichtslose Kälte einer russischen Provinzhauptstadt verpaßt. Realsozialistischer Zuckerbäckerstil, ausladende, aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens kafkaesk anmutende Prachtstraßen, gesäumt von Monumentalbauten und Wohnsilos mit auffällig vielen Fertigbauelementen verdrängten die Ger, die traditionellen Jurtensiedlungen. Die Herrscher über alledem verdankten ihre Macht und Pfründe der Nomenklatura im fernen Moskau. Präsident Tschoibalsan war einer von ihnen, der Ende der 30er Jahre das Kopieren sowjetischer Politik so weit trieb, daß er parallel zu den von Stalin inszenierten Schauprozessen gegen die politische Opposition drakonisch vorging.

Heute wird über dieses düstere, lange Zeit tabuisierte Kapitel der jüngeren Geschichte offen gesprochen: Mindestens 20.000 Menschen, so heißt es, sollen zwischen 1937 und 1939 Opfer staatlichen Terrors geworden sein. Leidtragende waren nebst Mönchen und kritischen Intellektuellen auch unsichere Kantonisten in der eigenen Parteihierarchie. Tschoibalsans 1984 entmachteter Nachfolger Tsedenbal gerät ebenfalls immer häufiger ins Kreuzfeuer der Kritik.

Auf Betreiben eben dieses Tsedenbal und seiner russischen Frau ist das Kyrillische anstelle der mongolischen Schrift eingeführt worden. Allmählich aber, nicht zuletzt aufgrund der Rückbesinnung auf die eigene Geschichte und Wertordnung im Geiste von "790 years of statehood" (so The Mongol Messenger auf der Titelseite seiner Ausgabe vom 26. Juni 1996), wird das Erlernen und Schreiben der eigenen Schrift begrüßt. Und dieses Geschichtsbewußtsein hatte in der Vergangenheit trotz aller Nähe zu den Mentoren in Moskau hin und wieder zu Irritationen geführt. Schuld daran war Dschingis Khan, den dieselbe Zeitung heute ungeschminkt als Sendboten des Himmelsgottes Tenger würdigt. Vor Jahren hatte man den größten aller Landessöhne, wenn schon nicht mit einer Statue in der Hauptstadt, so doch wenigstens mit einer Briefmarke ehren wollen. Auf Drängen der Russen mußten allerdings die taufrisch gedruckten Marken eingestampft werden. Dem Zerstörer der russischen Steppe und einst so blühender Städte wie Kiew sollte eine solche Ehre partout nicht zuteil werden. Doch als sei's verspätete Fügung trägt immerhin das hypermoderne, landesweit luxuriöseste, von der Holiday-Inn-Kette finanzierte Hotel, seinen Namen.

Vom Tugrik zum Dollar

In einen Rausch scheinen derweil all jene zu geraten, die sich von der politischen Liberalisierung, von erweitertem Privatbesitz und der Öffnung der Märkte eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und den raschen Anschluß an die Moderne erhoffen. Deren Zahl wächst, nachdem die Anfangsschwierigkeiten - ein mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einhergegangener Kollaps der Im- und Exportindustrie sowie die Umstellung des bilateralen Warenaustausches auf Dollar-Basis - im wesentlichen überwunden sind. Schon bald, so meldete kürzlich die Staatsbank stolz, könnte die Inflationsrate um die Hälfte auf "nur" 45 Prozent gesenkt werden. "Was wir brauchen", betonen lakonisch Mitarbeiter der zwischenzeitlich eröffneten Börse, "sind keine Vorschriften, sondern mehr Tugrik- und Dollar-Millionäre". Der Tugrik, die Landeswährung, hat sich bei umgerechnet 350 pro DM eingependelt, ein Kurs, den die lizensierten "Schwarzhändler" kaum nennenswert überbieten. Passé sind die Zeiten, da die Kaufhäuser nur wenige Waren, dafür um so mehr Tristesse feilboten. Überraschend die Angebotsfülle im zentralen Department Store in der Hauptstadt: Vom Mountainbike über modische Schuhe (made in Italy) bis hin zu wahren Gebäck- und Cookiebergen aus südkoreanischer und Biertürmen aus bayerischer Produktion. (Ende Oktober letzten Jahres hieß es denn auch in Ulan Bator ‚O'zapft is`, als in Anwesenheit von Bundesaußenminister Klaus Kinkel ein

deutsch-mongolisches Joint venture die erste Maß des Khan-Bräu ausschenkte.) Auf den Verkaufsetagen tummeln sich die Menschen, zwar - noch - mehr von Neugier getrieben als mit neureicher Kaufkraft versehen. Private Kioske mit Paletten ausländischer Zigaretten, Kaugummi und Coca Cola sind wie Pilze nach einem warmen Regenguß aus dem Asphalt geschossen und dienen als Leitplanken für den Marsch in den Konsum. Das hat Magnetwirkung: Bereits über 700.000 Menschen, also etwa jeder dritte bis vierte Einwohner der Mongolei, drängeln sich in dem Talkessel, in dem Ulan Bator liegt.

"Als wir in den Ausstand traten, attackierte uns die Regierung und warf uns vor, illegal zu streiken. Doch die Regierung selbst hat unsere Arbeitsplätze auf illegale Weise privatisiert: Das hat schließlich auch eine parlamentarische Untersuchungskommission bekräftigt. Drei Monate schon stehen wir ohne jeglichen Arbeitsschutz da". Der Sprecher der 500 Angestellten des State Department Store machte aus seiner bitteren Kritik keinen Hehl. Im Sommer vergangenen Jahres hatten sich 95 Prozent der Kaufhausbelegschaft kurzerhand zu diesem "walk out" entschlossen, aus Protest gegen den über ihre Köpfe hinweg erfolgten Verkauf des staatlichen Unternehmens an das private Handelsunternehmen Tushig. Dieses erhielt den Zuschlag für eine Kaufsumme von 1,9 Milliarden Tugrik. Böses Blut gab es, als die neue Geschäftsleitung ankündigte, die ganze Belegschaft des Kaufhauses durch einen komplett neuen Mitarbeiterstab zu ersetzen. Politische Ränke spielten da mit: Da das frühere Staatsunternehmen schwarze Zahlen schrieb, habe Tushig plötzlich die Chance erhalten, seine in anderen Branchen angehäuften Schulden endlich zu begleichen.

Des Wandels schmutzige Schaumkronen

Das Einüben in die Marktwirtschaft spült auch anderweitig schmutzige Schaumkronen an die Oberfläche. Beispielsweise sei die Selbstmordrate, klagt Dr. Badagsuren von der toxikologischen Abteilung des Bayanzurhk-Distriktkrankenhaues, in den vergangenen Jahren vor allem unter den Fünfzehn- bis Dreißigjährigen auffällig gestiegen - eine Folge aufgeweichter sozialer und familiärer Beziehungen, erhöhten Leistungsdrucks und uneingelöster Erfolgserwartung. Der Run aufs schnelle Geld und modischen Chic haben das Aufkommen von Prostitution begünstigt. Schließlich gibt es eine ungeahnte Form von Diskriminierung, die einstweilen das Tageslicht scheut. So beklagte das Wochenblatt UB (Ulan Bator) Post, daß die schicke Emon Bar in der Hauptstadt wiederholt mongolischen Kunden den Einlaß verwehrt habe. Lediglich Stars und ausländische Gäste würden dort hofiert. Einer dieser Privilegierten war der Schauspieler Richard Gere. Der ist, als er gemeinsam mit dem Dalai Lama (dessen Bewunderer er übrigens ist) 1995 im Lande weilte, in diesem Nachtklub mehrfach gesichtet worden. So ist das eben mit den Auserwählten. Der neu zum Staatsoberhaupt gewählte Alte wird da mit den Seinen einiges zu tun haben. Dabei wird er den bislang gesteuerten Kurs, was die Ecken und Kanten betrifft, abzufedern versuchen, doch wohl kaum eine gänzlich andere Politik einschlagen (können). Denn gemäß der neuen Verfassung ist die Rolle des Präsidenten wesentlich beschränkt auf die eines "figurehead". Allerdings hat er immerhin ein einmaliges Vetorecht bei eingebrachten Gesetzesvorlagen, kann also Entwicklungen bremsen, wenngleich nicht blockieren.

Rainer Werning

Anmerkung:

(1) Bagabandi hat sich in der Parteihierarchie emsig hochgestrampelt: Sekretär des ZK der MVPR 1990-92, dann bis 1996 stellvertretender Parteivorsitzender bzw. Parlamentssprecher. Nach den verlorenen Parlamentswahlen im letzten Jahr avancierte er zum Parteivorsitzenden. Sein politisches Leitmotiv ist: "Sei hart gegenüber dem, was falsch, und weich gegenüber dem, was richtig ist". Leuchtet doch ein ...

25. Algerien: Zwischen Feudalismus und Staatselite. Interview mit Oppositionellen nach den Wahlen

Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:39

Die Parlamentswahlen in Algerien vom 5. Juni waren die ersten nach dem Abbruch des Demokratisierungsprozesses von oben, der Ende 1991 nach dem Wahlsieg der Islamischen Heilsfront (FIS) gestoppt worden war.

Fast sechs Jahre danach hat nun die Nationale Demokratische Gruppierung (RND), eine vor vier Monaten aus dem Umfeld des algerischen Präsidenten, General Liamine Zeroual, ins Leben gerufene Parteiformation, mit 155 von 280 Sitzen die Führung in der Nationalen Volksversammlung erlangt. Der gemäßigte Islamismus der Bewegung der Gesellschaft für den Frieden (MSP), vormals Hamas, sowie die ehemalige Einheitspartei, die Nationale Befreiungsfront (FLN) erhielten jeweils 69 bzw. 64 Sitze. Weit zurückgeschlagen wurde die demokratische Opposition. So kam die Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) nur auf 19 Abgeordnete.

Durch die Rückkehr zum Mehrparteiensystem hat das algerische Regime international an Ansehen gewonnen, ohne dabei die eigene Kontinuität zu gefährden. Der politische Einfluß des neugewählten Parlaments wird in der Praxis durch die enorme Entscheidungsbefugnis der neugeschaffenen zweiten Kammer, des de facto vom Präsidenten kontrollierten Nationalrates, weitestgehend eingeschränkt. Die neue Regierungsmehrheit von RND und FLN setzt auf eine Fortsetzung der Islamisierung der algerischen Gesellschaft und zugleich auf eine Strategie der Deregulierung und Weltmarkteingliederung mit all den bekannten sozialen Folgen.

Im folgenden Gespräch mit drei in Madrid lebenden Mitgliedern der demokratisch-republikanischen Opposition Algeriens geht es um die Einschätzung des islamischen Integrismus (1) und dessen Verhältnis zur Staatsmacht sowie um die Perspektiven einer emanzipatorischen Politik.

Frage: Im algerischen Parlament besitzen die beiden dem Regime nahestehenden Parteien RND und FNL eine absolute Mehrheit.

Wie wird die demokratische Opposition nun reagieren? Wird es zu einer Neuauflage des "Abkommens von Rom" kommen, in dem Teile der Opposition in einen Dialog mit der FIS eintraten?

Hamid: Mit dem "Abkommen von Rom" im November 1995 rief die gemäßigte Opposition zusammen mit Teilen der FIS zum Frieden und zur nationalen Versöhnung auf. Auf Seiten des algerischen Regimes stieß diese Initiative jedoch auf Ablehnung. Zum einen, weil diese Art von Dialogen durch die algerische Verfassung verboten ist, und zum anderen aufgrund der Spaltungen innerhalb der FIS selbst. Viele Mitglieder der FIS sind inzwischen zur Hamas-Bewegung (jetzt MSP) sowie zu anderen gemäßigen islamistischen Parteien gewechselt.

Die Beziehungen zum politischen Islamismus in Algerien sind zwiespältig. Wie auch in der übrigen arabischen Welt instrumentalisiert die politische Elite des Landes den Islamismus, um sich gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren.

Obwohl der Islamismus niemals eine solch tiefgreifende Verankerung in der algerischen Gesellschaft besaß wie zum Beispiel in Ägypten, so kann auch hier von einer "Kohabitation" zwischen der FLN, die von 1962 bis 1989 die einzige Partei des Landes darstellte, und dem politischen Islamismus gesprochen werden. Welche Entwicklung führte zur Gründung der FIS im Jahr 1989?

Hamid: Die islamistische Bewegung in Algerien muß in Zusammenhang mit der islamistischen Bewegung weltweit gesehen werden. In Algerien hat sie eine bedeutende Unterstützung aus dem Ausland erfahren. Sie existiert seit den sechziger Jahren, konnte sich aber kaum politisch ausdrücken, weil sie sich der Hegemonie des algerischen Sozialismusmodells gegenübersah.

Schon ab den siebziger Jahren wurden jedoch innerhalb der Bewegung kleine bewaffnete Gruppen ausgebildet. Vor allem die weltweiten Umwälzungen nach 1989, ausgelöst durch das Ende der Blockkonfrontation, aber auch der Tod des Staatspräsidenten Boumedienne im gleichen Jahre wirkten sich

entscheidend auf die politische Landschaft Algeriens aus. Das sozialistische Projekt des Landes war endgültig gescheitert.

Das algerische Entwicklungsprojekt hatte zu immer mehr Ungleichheit, Armut und Marginalisierung geführt. Gewann der politische Islamismus nicht zuletzt durch die Politik der sozialen Fürsorge in den Armenvierteln an Einfluß?

Hamid: In den 80er Jahren spaltete sich die Machtelite in zwei politische Tendenzen auf, quasi eine rechte und eine linke. Mit dem Präsidenten Chedli wurde die rechte Tendenz gestärkt, eine Politik der Wirtschaftsliberalisierung begann. Dank den Preiserhöhungen auf den internationalen Erdölmärkten gab es keine großen wirtschaftlichen Probleme, die Regierung erhöhte die Sozialausgaben unter dem Motto "Ein besseres Leben für alle!".

Mit der durch die Ölpreissenkung ausgelösten Krise von 1985/86 sowie der wachsenden Auslandsverschuldung des Landes verschlechterte sich allerdings bald die soziale und politische Lage, was schließlich zu den sozialen Aufständen des Jahres 1988 führte. Der politische Islamismus mit seiner bekannten populistischen Demagogie konnte diese Krise für seine Zwecke nutzen.

Als nach der Verfassungsänderung im Jahre 1989 erstmals weitere politische Parteien zugelassen wurden, waren weder die bis dahin in der Illegalität arbeitenden demokratischen Parteien aus den sechziger Jahren noch die in jenem Jahr neugegründeten demokratisch-republikanischen Gruppierungen in der Lage, der Bevölkerung ein klares Alternativprogramm für die Zukunft des Landes zu präsentieren. Dies erhöhte die Attraktivität des Projekts der Islamisierung der Gesellschaft.

Marta: In Algerien gab es lange Zeit keinen Parteienpluralismus, daher sind sehr wenig Menschen politisch organisiert. Wie schon gesagt, wurden erst 1989 die ersten politischen Parteien neben der bis dahin alleinregierenden FLN offiziell zugelassen.

Ich möchte hier ein wenig auf die Geschichte des politischen Islamismus in Algerien eingehen. Dieser entstand in den zwanziger und dreißiger Jahren vor allem als Reaktion auf den französischen Kolonialismus, als Ablehnung von Religion, Sprache und Kultur der Kolonialherren, als Bewegung hin zu den Wurzeln der eigenen Gesellschaft. Im Befreiungskrieg von 1954 bis1962 kämpften viele für die Unabhängigkeit im Namen Allahs. Danach hatte der politische Islamismus jedoch zunächst nur ein geringes politisches und soziales Gewicht.

Dies änderte sich, als die Islamisten 1984 die Ausarbeitung und Verabschiedung des "Familienkodexes" beeinflußten, einer bis heute gültigen reaktionären Reglementierung der Freiheit und Rechte der Frauen. Der politische Islamismus profitierte bis 1989 von der zwiespältigen Haltung der Staatselite, die sie ihm entgegenbrachte. Die Staatselite bekämpfte den politischen Islamismus zwar als politischen Konkurrenten, sie brauchte die Religion aber gleichzeitig zum Zwecke der eigenen politischen Legitimation.

Auch wenn 95 Prozent der algerischen Bevölkerung dem Islam angehören, so braucht doch dieser nicht - wie in Algerien seit der Unabhängigkeit - in der Verfassung verankert werden. Das öffnet nur dem Islamismus als politischer Bewegung die Tür. Der politische Islamismus wurde mit der gesellschaftlichen Krise zum Wortführer der Ablehnung von allem, was aus dem Westen kommt. Er sieht sich als Schutzwall gegen dessen "Übel", welche die Gesellschaft durchdringen, wozu auch die Freiheit und Rechte der Frauen gehören.

Dalila: Der politische Islamismus muß auch aus einer internationalen Perspektive heraus betrachtet werden. Die Revolution gegen das Schah-Regime 1979 im Iran gab dieser Bewegung überall auf der Welt Auftrieb. Diese "integristische Internationale" brauchte in der Folgezeit ein Standbein im Norden Afrikas.

Lange Zeit sah es so aus, als ob Ägypten diese Rolle einnehmen würde. Dort gibt es eine in der Gesellschaft verankerte soziale Bewegung des Islamismus und auch einen dazugehörigen intellektuellen Diskurs. Nicht zuletzt entstand die Islamische Bruderschaft in jenem Land. Im Vergleich dazu sind für mich die Islamisten in Algerien politische Scharlatane. Diese erhalten heute umfangreiche finanzielle Unterstützung aus Ländern wie zum Beispiel Saudi-Arabien. Schon in den 70er Jahren begann der algerische Integrismus, in den eigenen Reihen paramilitärische Kräfte auszubilden.

In welcher Form ist der politische Islamismus de facto an der politischen Macht in Algerien beteiligt?

Marta: Die FIS als Partei des politischen Islamismus wurde 1989 gegründet, sie war interessanterweise die erste legalisierte Oppositionspartei, aber die politischen und auch personellen Verknüpfungen reichen viel weiter zurück. Führer der FIS waren sogar Mitglieder der FLN gewesen. Für mich ist die Verabschiedung des schon erwähnten "Familienkodexes" das erste nach außen sichtbare Zeichen der direkten politischen Zusammenarbeit der Islamisten mit dem reaktionären Flügel der Staatspartei.

Das politische Regime in Algerien kontrolliert eisern die Informationen über alle Bereiche der inneren Sicherheit. Es schreibt jedwede organisierte extralegale Gewaltanwendung, die Attentate und die vielen Ermordeten, vor allem den "Bewaffneten Islamischen Gruppen" (GIA) zu. Wer sind Eurer Meinung nach die Verantwortlichen für die politische Gewalt in Algerien?

Dalila: Wo beginnt die Gewalt und wo hört sie auf? Der islamistische Integrismus führt einen Angriff gegen Teile der Gesellschaft und gegen den Staat mit den Mitteln des Terrors; und der staatliche Apparat und das Militär schlagen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden (oft wohlkalkulierten und nicht so sichtbaren) Gewaltmitteln zurück.

Hamid: Für mich liegt die eigentliche Ursache der Gewalttätigkeiten in der politischen Strategie des Integrismus. Der Staat braucht demgegenüber ein Mindestmaß an sozialer Ruhe und Ordnung. So versucht das politische Regime, eben durch den Aufbau einer parlamentarischen Parteiendemokratie vor allem nach außen hin das eigene Image zu verbessern.

Im Gegensatz zu der im Westen weitverbreiteten Auffassung bin ich jedoch der Überzeugung, daß die Gründe der integristischen Gewalt nicht im Abbruch des Wahlprozesses im Januar 1992 zu suchen sind. Wenn die FIS die Regierung übernommen hätte, wäre es wahrscheinlich zu ähnliche Verbrechen gekommen wie jetzt, nur versehen mit einem legalen Anstrich.

Schon im afghanischen Bürgerkrieg kämpften Tausende Algerier auf der Seite der islamischen Guerilla. Viele von ihnen gingen später zum bewaffneten Arm der Islamischen Heilsfront sowie in die ursprünglich auch von Leuten aus der FIS gegründeten GIA. Der islamische Integrismus führt einen Kampf, der nicht an den Landesgrenzen haltmacht. Alle nationalen Bewegungen stehen miteinander in Beziehung.

Dalila: Das Ziel von FIS und GIA ist eine vollständig islamisierte Gesellschaft. Das Mitspielen im parteiendemokratischen Prozeß ist ein Mittel, das diesem Ziel untergeordnet ist. Die Integristen benutzen die Urnen, Schlips und Anzug, aber sie benutzen auch Waffen, Überfälle, Vergewaltigungen.

Der Sieg bei den Wahlen von 1991 hätte den Weg zu Macht abgekürzt, jetzt bleibt nur die Gewalt. Deren Erklärung allein auf das Verbot der FIS als Partei - ich würde sie nie als demokratische Partei bezeichen - zu begrenzen, heißt das Problem des Integrismus zu verharmlosen.

Die Wahlen von 1991 waren ein Geschenk der Staatsmacht an den Integrismus, das dieser auch reichlich auszunutzen wußte. Schon die neue Verfassung des Landes von 1989 beinhaltete ein wesentliches Zugeständnis an den politischen Islamismus: Während die Verfassung von 1976 noch in Art. 1 und 2 den sozialistischen und den islamischen Charakter des algerischen Staates hervorhob, so blieb 13 Jahre später nur noch der Islam übrig, während der Sozialismus wegfiel.

Das "Abkommen von Rom" beinhaltete eine Dialogstrategie gemäßigter Gruppierungen der demokratischen Opposition mit Leuten aus der FIS. Seid ihr für eine Wiederaufnahme dieser Strategie der "nationalen Versöhnung"?

Hamid: Die öffentliche Meinung in Algerien hat das damalige Abkommen abgelehnt, denn die AlgerierInnen wissen, daß ein Großteil der Gewalt auf den Integrismus zurückzuführen ist. Man kann nicht im Namen der Demokratie und der Versöhnung mit einer Organisation wie der FIS einen Dialog führen, die letzlich für so viele barbarische Akte verantwortlich ist.

Der einzig gangbare Weg läge für mich darin, ein wirkliches Forum demokratischer Kräfte ins Leben zu rufen und alle politisch und moralisch falschen Allianzen zu unterlassen. Ein Vertreter der FIS in Madrid äußerte sich in dem Sinne, daß seine Organisation in der Lage wäre, 80 Prozent der nicht-staatlichen Gewalttaten zu unterbinden. Das heißt doch nichts anderes, als daß die FIS für diesen Anteil an der Barbarei verantwortlich ist.

Wer kontrolliert die "Bewaffneten Islamischen Gruppen" (GIA)?

Hamid: Das Verbot der FIS im Jahr 1992 hat zu internen Spaltungen innerhalb der integristischen Bewegung in Algerien geführt. Ursprünglich war die GIA eine Strömung der FIS. Heute sind GIA und FIS organisatorisch voneinander getrennt. Die politische Stoßrichtung beider ist allerdings ähnlich.

Die Strategie der offiziell geduldeten islamistischen Kräfte, Hamas (jetzt MSP) und Nahda, zielt demgegenüber darauf ab, Parteimitglieder und WählerInnen der FIS auf ihre Seite zu ziehen. Andere Teile der FIS haben sich im Wahlkampf auf die Seite der neugegründeten RND gestellt.

Befinden sich die demokratisch-republikanischen Kräfte nicht in einer schwierigen Position? Sie müssen einerseits eine Gratwanderung unternehmen zwischen korrupter Staatselite und Integrismus sowie andererseits eine alternative gesellschaftliche Perspektiven erarbeiten - und dies in einer von alltäglichen Morden, Unsicherheit sowie wachsender Ungleichheit und Verarmung geprägten Atmosphäre, in der sie selbst der staatlichen Repression unterworfen sind.

Marta: Wir haben keine Patentlösung. Die vergangenen Wahlen zeigten allerdings auch keine Lösung. Die Probleme in Algerien haben viel mit dem Ausland zu tun, und von dort müssen auch Teile der Lösungen kommen, denn hier sind auch die Interessen vieler arabischer und westlicher Länder mit im Spiel. Vor allem auch die USA sehen Algerien als fruchtbares Terrain der wirtschaftlichen Intervention. Algerien ist ein Land mit großen natürlichen und mineralischen Reichtümern.

Hamid: Bis heute ist nur eine einzige US-amerikanische Staatsbürgerin in unserem Land von integristischen Kräften ermordet worden, und diese war philippinischer Herkunft.

Marta: Die interne Problematik Algeriens hängt eng mit den ausländischen Interessen zusammen, die auf das Land gerichtet sind. Die Islamisten stellen sich interessanterweise nicht explizit gegen den US-amerikanischen Einfluß, wohl jedoch gegen alles, was z.B. aus Frankreich kommt. In der Tat kontrollieren US-amerikanische Unternehmen große Teile der algerischen Ölförderung. Insgesamt hat die Präsenz der USA in der Wirtschaft des Landes stark zugenommen.

Die algerische Gesellschaft hat tiefgreifende Probleme zu lösen, im ökonomischen Bereich, aber auch, was die eigene Identität angeht. Es geht dabei um die umfassende gesellschaftliche Orientierung, um Erziehung, Philosophie und Ideologie. Zum Teil ist dies auf den Kolonialismus zurückzuführen, der über 150 Jahre andauerte. Heute scheint es, als ob eine Hand von außen all die internen Probleme des Landes, und dabei vor allem den islamischen Integrismus, ausnützt, um die eigenen Interessen besser verfolgen zu können.

Algerien ist dabei, sein Wirtschaftsmodell unter Federführung des IWF zu ändern, und hat sich in der letzten Zeit zu dessen Musterschüler in Nordafrika gemausert. Vorher wollte die Führung des Landes nichts vom IWF wissen, und es waren eher Marokko und Ägypten, die sich dessen Rezepte auf die Fahnen schrieben.

Vielleicht ist die Strategie der algerischen Staatselite auf eine US-amerikanische "Beratung" zurückzuführen: Sie besteht darin, die Fassade einer parlamentarischen Demokratie westlichen Zuschnitts zu wahren und Wahlen durchzuführen, die nichts an den eigentlichen Machtverhältnissen ändern?

Durch die Gründung eines Ablegers der ehemaligen Einheitspartei, in deren Reihen sich auch Teile des politischen Islamismus der FIS eingliedern, wird die traditionelle Kompromißstrategie mit dem politischen Islamismus des Landes fortgeführt, ohne jedoch die eigene gesellschaftliche Hegemonie und die derzeitige Strategie der Weltmarktöffnung zu gefährden.

Hamid: Es geht aber nicht nur um politische Strategien, sondern auch um die grundlegende Entscheidung zwischen zwei Gesellschaftsprojekten. Die Frage lautet, ob wir eine moderne und tolerante Gesellschaft und sozialen Fortschritt für alle wollen, oder eine Gesellschaft mit einer gegen die Frauen gerichteten Ideologie, die die Familie als Ort der Repression und der Einkerkerung des Individuums begreift, und auch eine Gesellschaft der intellektuellen Armut.

Dalila: Die im Ausland vorherrschende Begrenzung der Problematik auf den bewaffneten Konflikt zwischen dem islamischen Integrismus und der Staatsmacht verdeckt die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung über die Zukunft des Landes in allen Bereichen, auch denen der Erziehung, der Familie,

der sozialen Strukturen. Drei Millionen Menschen haben 1991 für den politischen Integrismus der FIS gestimmt, das darf nicht übersehen werden.

Der Kampf gegen ihn und für ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt muß auf intelligente Art und Weise geführt werden. Die Konzentration auf die militärische Auseinandersetzung, wie sie von der algerischen Führung praktiziert wird, zeigt, daß diese kein Interesse an einem solchen Kampf besitzt.

Marta: Europa und Nordamerika hatten viele Jahrzehnte Zeit, um die eigene Demokratie aufzubauen Und jetzt, wo sie meinen, sie zu besitzen - ich weiß nicht, ob sie dies wirklich tun, auf jeden Fall gibt es eine gewisse demokratische Tradition -, wollen sie dieses Modell innerhalb kürzester Zeit den anderen Ländern aufoktroyieren, koste es, was es wolle.

Hamid: Unter den derzeitigen Bedingungen besitzt Algerien kaum Spielraum für die Entwicklung eines eigenständigen Weges hin zu Demokratie und eigenständiger Entwicklung angesichts der enormen Auslandsverschuldung und der sich daraus für die Bevölkerung ergebenden Probleme und angesichts der Spirale von islamistischer Gewalt und staatlicher Gegengewalt. Da hilft kein Opportunismus und auch keine Strategie der angeblichen Versöhnung. Soll diese auf den Gräbern der vielen Toten stattfinden, in einer Runde mit den Henkern?

Der einzige Ausweg liegt für mich darin, daß die wirklich demokratisch gesinnten Parteien und Organisationen sich zusammenfinden, ihre historische Aufgabe wahrnehmen und eine demokratisch-republikanische Einheitsfront bilden, ohne opportunistische Kompromisse weder mit den Integristen noch mit der um ihren Machterhalt fürchtenden Staatselite. Dieser Aufbruch braucht einen langem Atem und läßt sich nicht kurzfristig verwirklichen, so wie auch ein wirklich demokratisches Gesellschaftsmodell sich nicht in fünf oder zehn Jahren errichten läßt.

Dalila: Mir scheint, daß Europa allmählich seine Anschauung darüber ändert, was in Algerien passiert. Es gibt immer noch die stark verbreitete Haltung im Ausland, die integristische Gewalt einzig und allein der Unterbrechung des Wahlprozesses von 1991/1992 zuschreiben. Aber dabei wird übersehen, was passiert wäre, wenn die FIS die Regierung übernommen hätte. Dabei hat die Gewalt des Integrismus schon viel früher begonnen, auch schon vor der Legalisierung der FIS im Jahr 1989. Schon in den siebziger und achtziger Jahren wurden Frauen in ihren Wohnungen umgebracht, wurden Häuser von geschiedenen Frauen abgebrannt, die mit ihren Kindern allein lebten. Es wurden Studierende getötet, die sich für demokratische Wahlen an den Universitäten einsetzten. Es wurden Paare in Grünanlagen und Frauen aufgrund ihrer Kleidung angegriffen.

Das Gespräch wurde kurz nach den Wahlen von Stefan Armborst in Madrid geführt. Die Namen der GesprächsteilnehmerInnen sind geändert.

Anmerkung:

Der islamische Integrismus (radikaler Islamismus) ist die Hauptströmung innerhalb der islamistischen Bewegung. Sein Ziel ist ein theokratisches Gesellschaftsprojekt, das in völliger Übereinstimmung mit den religiösen Regeln des Islam steht. Als religiöse Bewegung fordert er die strenge Auslegung des Koran.

26. Einreiseverbot für peruanische Madres

Rundreise der argentinischen Madres de la Plaza de Mayo und peruanischer Mütter

Rubrik: Argentinien; Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:22

Zwei VertreterInnen der argentinischen Menschenrechtskommission Madres de la Plaza de Mayo (Mütter vom Maiplatz) befanden sich im Juni auf einer Rundreise durch mehrere europäische Staaten. Begleitet wurden sie von den Angehörigen von Nestor Cerpa Cartolinis, der als Kommandant des MRTA-Kommandos Edgar Sanchez am 22.4. in der japanischen Botschaft in Lima erschossen wurde (siehe ak 402). Anläßlich einer Veranstaltung in Berlin am 15.6. hatten wir Gelegenheit mit Hebe de Bonafini, der Präsidentin der Madres, und mit Felicita Cartolini, der Mutter von Nestor, zu sprechen.

Die Geschichte der Asociación Madres de la Plaza de Mayo führt zurück bis in das Jahr 1976. Am 24.3. putschten die drei Waffengattungen des argentinischen Militärs gegen die Regierung Isabel Perons (zur Vorgeschichte des Staatsstreichs siehe AK 77). Die dreiköpfige Militärjunta löste Parlament und Obersten Gerichtshof auf, ersetzte alle zivilen Provinzgouverneure durch Militärs, schloß Schulen und Universitäten, verbot jede gewerkschaftliche und parteipolitische Betätigung und verhängte die Todesstrafe gegen diejenigen, die sich Polizei und Militär widersetzten oder der Guerillamitgliedschaft verdächtigt wurden. Als ihr wichtigstes Ziel nannten die Generäle die "Ausrottung der Subversion und jeglichen Extremismus'". Und das meinten sie wörtlich. In den Jahren 1976 bis 1983 wurden mindestens 30.000 Menschen ohne Rechtsgrundlage verhaftet, gefoltert und ermordet. Man warf sie in großer Höhe über dem Meer aus Hubschraubern, erschoß sie oder quälte sie zu Tode und verscharrte die Leichname in Massengräbern. Die Angehörigen erhielten keinerlei Auskunft über das Schicksal der desaparecidos (Verschwundenen).

Kein Gehör beim Diktator

Am 30.4.1977, gut ein Jahr nach dem Militärputsch, erschienen 14 Mütter von Verschwundenen mit weißen Kopftüchern und den Fotos ihrer Kinder vor der Casa Rosada, dem Präsidentenpalast, auf dem Plaza de Mayo. Sie baten um eine Audienz beim damaligen Diktator General Videla, um nach dem Schicksal ihrer Angehörigen zu fragen. Die Audienz wurde ihnen verweigert. So kamen sie eine Woche später wieder. Seitdem ziehen die Mütter und ihre Freunde jeden Donnerstag um 15.30 Uhr eine Stunde lang vor der Casa Rosada ihre Runden.

Direkte Gewalt gegen die Protestierenden wollten die Militärs im Zentrum der Stadt nicht ausüben. Ende 1977 entführten und ermordeten sie die Initiatorin der Donnerstagrunden, Azucena Devincenti. Während der Fußballweltmeisterschaft 1978 wurden die internationalen Medien auf die Madres aufmerksam. Die Fußballer der holländischen Nationalmannschaft beteiligten sich aus Solidarität an dem donnerstäglichen Protest. In Holland entstand auch das erste internationale Unterstützungskomitee. Bis zum Malwinenkrieg blieben die Madres der einzige sichtbare Widerstand gegen die Generäle.

Die größte öffentliche Unterstützung fanden die Madres, als die Generäle nach der Niederlage im Malwinenkrieg abtraten. Der erste gewählte Präsident, Raul Alfonsin, setzte 1983 eine achtköpfige Kommission (CONADEP) ein, die die Verletzung der Menschenrechte unter der Militärdiktatur untersuchen sollte. Tatsächlich konnten Konzentrationslager besichtigt und Zeugenaussagen systematisch ausgewertet werden. Der Abschlußbericht der CONADEP mit dem Titel "Nunca mas" (nie wieder) benannte das ganze Ausmaß der Verbrechen. Frühere Junta-Generäle wurden vor Gericht gestellt und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Doch die Madres stellten sich von Anfang an gegen Alfonsin und die CONADEP. Die Kommission berichte zwar viel über die Opfer und über das System des Terrors, sie verschweige aber die Namen der Täter. Sie forderten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß und nannten Alfonsin einen "Beschützer der Massenmörder und Folterer", dessen Justiz man nicht trauen dürfe. Und ihr Mißtrauen war berechtigt. Nach einem Putschversuch des Militärs ließ Alfonsin am 24.12 1986 das Gesetz über den "geschuldeten Gehorsam" ("Schlußpunktgesetz") verabschieden. Es garantierte allen Militärs, Angehörigen der Sicherheitsdienste und PolizistInnen, die nicht bis zum 22.2.1987 wegen Folter und Mord angezeigt werden, eine Amnestie. Ende Juni 1987 erklärte der Oberste Gerichtshof das Gesetz über den "geschuldeten Gehorsam" für

verfassungskonform. Daraufhin wurden über 180 inhaftierte Folterer auf freien Fuß gesetzt. Zu einer Protestdemonstration gegen dieses Vorgehen erschienen nur noch 8.000 Menschen.

Auch unter dem gegenwärtigen Präsidenten Carlos Menem gingen die Konflikte weiter. 1991 wurde das Haus der Madres in Buenos Aires binnen 45 Tagen viermal von der Polizei heimgesucht, die die Räume verwüstete. An die Türen wurden Hochspannungskabel gelegt. Später ließ Menem ein Büro für Menschenrechte errichten und bot jeder Familie eines/r Verschwundenen 100.000 Dollar Entschädigung. Die Vereinigung der Mütter war die einzige Menschenrechtsorganisation, die die Entschädigung zurückwies.

Kritik an den Madres

Die Radikalität und Unnachgiebigkeit der Madres wird teilweise auch von links kritisiert. Ulrich Brand, der in den Lateinamerika Nachrichten (274/April 1997) ein lesenswertes Porträt über sie geschrieben hat, beklagt die Selbstisolierung der Organisation. So weigere sie sich, gemeinsame Aktionen mit Gruppen oder Parteien zu machen, die keine radikale Position in Sachen Menschenrechten vertreten und sich nur pro forma an Bündnissen beteiligen. Brand erkennt richtig, daß die Radikalität der Madres das Haupthindernis für eine Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften ist, die längst ihren Frieden mit dem System gemacht haben und nur noch eine punktuelle Interessensvertretung betreiben: "Doch wenn Radikalität den Blick für Bündnisse und demokratische Politik verliert, stellt sie sich selbst in Frage. Die Mütter verschenken damit vielleicht eine wichtige Rolle, indem sie sich zu stark von Bündnissen ausschließen und zu sehr von anderen Gruppen die Übernahme ihrer Positionen fordern. Ihre politische Unnachgiebigkeit verstehen auch viele derjenigen nicht, die sich den Müttern solidarisch verbunden sehen." Härter urteilte Rolando Grana von der laut taz (24.7.1987) linken Zeitschrift Porteno: "Die Madres sind gescheitert, sie waren nicht in der Lage, von einer moralischen Instanz zu einer politischen zu werden."

Widersprüche traten auch innerhalb der Organisation auf. Acht Frauen haben sich abgespalten und die "Linie der Gründerinnen" (Línea Fundadora) gebildet. Dabei spielten persönliche und politische Divergenzen eine Rolle. Renee Epelbaum von den "Gründerinnen" über Hebe Bonafini: "Hebe ist wenig demokratisch und benutzt die Institution wie ihr Privateigentum". Ein politischer Streitpunkt ist die Frage nach der Exhumierung der Leichen Verschwundener. Während die "Gründerinnen" dies nicht ablehnen, weil sie sich Fortschritte bei den Ermittlungen davon erhoffen, beharrt Hebe Bonafini auf einem anderen Standpunkt: "Bevor man uns sagt, daß unsere Kinder tot sind, soll man uns sagen, wer sie ermordet hat und die Schuldigen bestrafen."

Auf der von gut 150 ZuhörerInnen besuchten Veranstaltung im Berliner Kato nannte Hebe de Bonafini die Prinzipien ihrer Organisation: "Keine Parteien, keine Wahlen, totale Rebellion, keine Steuern bezahlen, kein Vergessen, keine Vergebung, nicht schweigen, nicht verhandeln, keinen Schritt rückwärts."

Gespräch mit

Hebe de Bonafini

Hebe ist 69 Jahre alt und verlor unter der Militärdiktatur zwei Söhne und eine Schwiegertochter.

Treffen sich die Madres immer noch jede Woche auf der Plaza de Mayo?

Ja, seit 20 Jahren treffen wir uns dort jeden Donnerstag. Vor kurzem war es das tausendste Mal.

Wieviele Mitglieder hat die Madres-Organisation heute?

Wir haben rund 2.000 Mitglieder, davon ca. 450 aktive. 25 Mütter arbeiten täglich in der Casa de las Madres, unserem Organisationszentrum in Buenos Aires. Außerdem trifft man dort Rechtsanwälte, Ärzte, Jugendliche, die ein Mikrofilmarchiv betreuen, - das größte in Lateinamerika - und Journalisten, die eine Zeitung produzieren. Alle arbeiten unentgeltlich. Zur Zeit archivieren wir die Akten über die Verbrechen der Militärs auf Mikrofilm.

Wie finanziert Ihr Eure Arbeit?

Spenden bekommen wir von 20 Solidaritätsgruppen aus Europa, Australien und Kanada. Die haben sich Ende der 70er Jahre zu unserer Unterstützung gegründet. Auch innerhalb des Europäischen Parlaments gibt es eine solche Solidaritätsgruppe. Wenn wir im Ausland sind, sammeln wir auch Spenden. Trotzdem ist unsere finanzielle Situation permanent schlecht. Denn in der Ersten Welt ist es doch so: Wenn jemand um Geld bittet,

um Straßenkindern etwas Essen zu geben, um Kantinen für Arme zu öffnen, dann bekommt man das sehr schnell. Doch wenn jemand um Geld dafür bittet, daß die Bedingungen dafür geschaffen werden, daß niemand mehr hungern muß, dann gibt es dafür keine Unterstützung.

Die ganzen Volksküchenprojekte für Straßenkinder haben eine Nebenwirkung. Die Jugendlichen werden dadurch von ihren Familien getrennt. Diese Projekte befinden sich teilweise in einiger Entfernung von den Elternhäusern, und die Kinder brauchen viel Zeit, um dorthin zu kommen. Es ist nicht gut, daß sie auf diese Weise von ihren Eltern getrennt werden, auch wenn es in den Familien nicht genug zu essen gibt. Wir wollen, daß das Geld für Kooperativen ausgegeben wird, damit die Eltern dort arbeiten und Geld verdienen können. Dann haben sie auch genug zum Essen für ihre Kinder. Das ist viel nützlicher und auch würdiger. Aber dafür gibt es kein Geld.

Welche Forderungen stellen die Madres heute?

Unsere Parole lautet noch immer: "Lebend sind unsere Kinder von uns gegangen, lebend wollen wir sie zurück." Weiterhin fordern wir die Bestrafung aller Folterer und Mörder in Uniform. Solange unsere Kinder nicht zurück sind, führen wir ihren Kampf weiter. Präsident Menem nennt uns noch heute "Terroristenmütter". Aber wir sind der Meinung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, wenn der Feind uns mit solchen Begriffen beschimpft. Außerdem waren die meisten unserer Kinder Revolutionäre. Viele von ihnen haben bewaffnet gekämpft und waren in der Guerilla. Egal, ob sie mit Waffen oder in der Kirche, ob sie politisch oder an den Universitäten gekämpft haben. Wir haben unsere Mutterschaft sozialisiert und uns in Mütter von 30.000 verwandelt. Wir haben uns politisiert, wir haben die Fahnen unserer Kinder übernommen und wurden von politischen zu revolutionären Müttern. Und eines steht für uns fest: der einzige Terrorismus, den es in der Dritten Welt gibt, ist der Staatsterrorismus, der uns ausbeutet, uns unterdrückt, der uns foltert und ermordet.

Und wir haben eine Utopie: Wir glauben, daß der Sozialismus die einzige Möglichkeit ist, in der die Völker zusammenleben können, aber es ist ein Sozialismus, der nicht an eine Partei gebunden ist. Für uns ist er verbunden mit Begriffen wie "vergesellschaften", "teilen" und "verteilen". Wir verstehen darunter Arbeit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Land für alle. Das klingt wie eine Utopie, aber nur so können die Menschen leben. Deswegen fordern wir den Sozialismus.

Wenn wir von Landverteilung reden, meinen wir nicht die Müllhalden, sondern die fruchtbaren Böden. Gemeinsam mit den Arbeitern fordern wir, daß die Reichtümer unseres Landes erfaßt und untersucht werden. Auf der ganzen Welt werden immer nur Untersuchungen über die Armut angestellt. Wir wollen nicht wissen, wieviele Menschen vor Hunger oder an Tuberkulose gestorben sind und wieviele Menschen kein Obdach haben. Wichtig ist es hingegen, über den zur Verfügung stehenden Reichtum Bescheid zu wissen.

Welche Gruppen, Parteien oder Personen innerhalb Argentiniens seht Ihr als Bündnispartner an? Der Madres-Organisation und speziell Ihnen wird ja häufig vorgeworfen, sich von anderen politischen Gruppen in Argentinien abzugrenzen und zu isolieren.

Wir arbeiten mit keinen Parteien zusammen, weil die keine Lösungen anbieten können. Unsere Bündnispartner sind soziale Organisationen, klassenbewußte Gewerkschaften, Organisationen von Arbeitslosen, Studenten, marginalisierte Jugendlichen und Hard-Rockgruppen.

Unter den Zuhörern von Rockkonzerten gibt es natürlich auch viele Drogenkonsumenten. Ich bin eine der wenigen Personen, die die Möglichkeit hat, das zu kritisieren. Ich rate ihnen, Drogen zu vermeiden. Die neuen Verschwundenen des Systems sind die Drogenabhängigen. Das ist nämlich die neue Methode des Systems, überflüssige Leute loszuwerden. Und das ist den Jugendlichen nicht bewußt. Oft gibt es im Publikum auch eine große Aggressivität. Ich sagen ihnen dann, daß sie ihre Kraft dazu benutzen sollen, ihre Lage zu verändern und zu verbessern.

Wir haben anläßlich des 20. Jahrestages des Militärputsches ein großes Rockkonzert veranstaltet. Es stand unter dem Motto "Encuentro de Rock para contar" (Rockfestival des Erzählens). Es kamen 150.000 Jugendliche. Wir haben der Polizei nicht erlaubt, dabei zu sein. Die sagte dann, daß wir Madres verantwortlich seien, wenn etwas passiert, aber wir antworteten: "Nein, wenn etwas passiert, dann nur, weil die Polizei die Jugendlichen provoziert."

Viele Jugendliche sind aus ihren Städten zu Fuß gekommen, um ihre Lieblingsgruppen zu sehen. Bisher hatten sie dazu keine Möglichkeit gehabt, weil sie den Eintritt nicht bezahlen konnten. Unser Konzert war kostenlos, weil die Gruppen ohne Gage gespielt haben. Am Ende des Konzertes habe ich zu den Jugendlichen gesprochen. Ich habe ihnen von der Zeit der Militärdiktatur erzählt, als sie selber noch nicht gelebt haben. Ich war gespannt, ob sie bleiben und mir zuhören. Keiner hat den Platz verlassen. In meiner Rede habe ich sehr deutlich Warnungen vor dem Drogenmißbrauch ausgesprochen, und seitdem werde ich zu jeder Veranstaltung über diese Problematik eingeladen.

Wie haben denn die Jugendlichen darauf reagiert? Gab es auch Mißfallensbekundungen?

Ja, es gibt natürlich immer mal den einen oder anderen, der sagt: "Ein Joint ab und zu, daß macht doch nichts". Manchmal kommt auch jemand bekifft auf die Bühne, und ich umarme ihn dann, und wir diskutieren ein bißchen. Seit fünf Jahren höre ich selber regelmäßig Heavy Metal und Punkmusik, weil ich verstehen will, warum die Jugendlichen soviel Aggressivität in ihrer Musik haben. Es gibt inzwischen fünf CDs, die verschiedene Rockgruppen uns gewidmet haben. Auf den Covern sind Fotos von Verschwundenen, Bilder unserer Aktionen auf der Plaza de Mayo oder Erklärungen unserer Vereinigung. So vermitteln wir die Geschichte an die jungen Menschen weiter.

Zur Zeit ist in Argentinien ein Streit um den Umgang mit den vom Militär zwangsadoptierten Kindern entbrannt. Haben die Madres dazu eine Position?

Man muß unterscheiden zwischen den Abuelas (Großmütter) de la Plaza de Mayo und den Madres. Wir setzen auf Mobilisierung und den Kampf auf der Straße. Die Abuelas tauchen nicht auf dem Platz auf. Es handelt sich um eine Organisation, die mit juristischen Mitteln versucht, die ca. 450 Kinder, die während der Militärherrschaft zwangsadoptiert wurden, ausfindig zu machen. 45 wurden bisher ermittelt, und 30 von ihnen kehrten zu ihrer ursprünglichen Familie zurück. Es gibt aber auch Fälle, in denen Jugendliche sich weigern, eine Blutprobe vornehmen zu lassen. Hier gibt es Differenzen zwischen uns und der Organisation der Abuelas. Die Abuelas wollen auf juristischem Weg die Zwangsadoptionen rückgängig machen, auch gegen den Willen der Kinder. Am Anfang wollten auch wir den Familien die adoptierten Kinder wegnehmen. Heute sagen wir, daß die Kinder darüber selber entscheiden müssen. Wir können sie nicht zwingen, eine Blutprobe zu machen und von ihren Familien wegzugehen. Wir wissen, daß das für uns oftmals sehr schmerzhaft ist.

In der Vergangenheit wurde durch die Medien und durch die leiblichen Großmütter ein unheimlicher Druck auf diese Kinder ausgeübt, und das hat unerwünschte Reaktionen ausgelöst. Zu uns kommen Kinder, mit denen wir sprechen. Wir üben keinen Druck auf sie aus, wir stellen keine Öffentlichkeit her, so daß niemand außer uns und den Betroffenen etwas davon erfährt. Wir versuchen auf eine sehr behutsame Weise, diesen Jugendlichen zu helfen.

Der Ausschuß für Menschenrechte im Bonner Parlament hat einen schon geplanten Termin mit Ihnen wieder abgesagt. Überrascht Sie das?

Es ist uns erst zweimal passiert, daß uns Gesprächstermine verweigert wurden. In Peru, als wir während der Botschaftsbesetzung vermitteln wollten und jetzt in Bonn. Aber das überrascht uns nicht. Schließlich lieferte ja Deutschland auch während der Militärdiktatur Waffen nach Argentinien.

Die Madres haben eine Spaltung hinter sich. Was war der Grund?

Von einer Spaltung kann keine Rede sein. Acht Mütter haben die Organisation verlassen, weil sie bereit waren, eine Entschädigung anzunehmen. Sie gründeten die Linea Fundadora. Die Regierung zahlte für jeden Verschwundenen zwischen 100.000 und 180.000 Dollar, wenn die Mütter akzeptieren, daß ihre Kinder tot sind und die Sache auf sich beruhen lassen. Wir glauben, daß die Fundadoras einen individuellen Kampf um ihre eigenen Kinder führen und nicht für die 30.000 Verschwundenen. Anfangs erklärten sie zwar, daß sie weiterhin für alle Verschwundenen eintreten würden, doch sie nahmen ausdrücklich jene davon aus, die bewaffnet gekämpft hatten. Wir wissen, daß es nicht ihr Ziel war zu töten, doch wir akzeptieren, daß sie manchmal töten mußten, um sich zu verteidigen. Jede Person hat das Recht, gegen die Unterdrückung zu kämpfen.

Wir haben auch mit einem individuellem Kampf begonnen, doch heute ist es ein kollektiver Kampf, nicht mehr nur auf nationaler, sondern inzwischen auch auf internationaler Ebene. Die Fundadoras haben sich aus diesen Auseinandersetzungen verabschiedet. Außerdem unterscheiden wir uns darin, daß wir es ablehnen, die

Leichen aus den Massengräbern zu holen und individuell zu beerdigen. Die Regierung will damit dieses Kapitel endgültig schließen. Um das zu verhindern, sind wir weiterhin jeden Donnerstag auf der Plaza.

Was gibt Ihnen die Kraft für den Kampf über 20 Jahre?

Das hing mit einem Ereignis unmittelbar vor den Fußballweltmeisterschaften 1978 zusammen. Einmal wurden wir von Soldaten mit Gewehren umstellt. Der Befehlshaber schrie "Anlegen" und wir riefen "Feuer". Niemand von uns ging, und die Soldaten senkten schließlich die Gewehre. In diesem Augenblick wußten wir, daß wir niemals mehr gehorchen werden, wenn uns Uniformierte oder Politiker etwas befehlen wollen.

Interview: kuk/Peter Nowak

Einreiseverbot für peruanische Madres

Im Zusammenhang mit der Rundreise der Madres de Plaza de Mayo aus Argentinien und der sich neu gründenden Madres-Organisation aus Peru waren die Mutter und die Schwester von Roly Rojas (einem Mitglied des MRTA-Kommandos, das die japanische Residenz in Lima besetzt hielt) als Referentinnen eingeladen. Es gab feste Termine für eine Reihe von Veranstaltungen, Presseterminen und Treffen mit Bundestagsabgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS. Auch der Unterausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages (dem Auswärtigen Ausschuß zugeordnet) hatte sein Interesse bekundet und einen Gesprächstermin für den 11.6. schriftlich zugesagt.

Für die Reise beantragten die beiden Peruanerinnen bei der Deutschen Botschaft in Lima ein Visum. Beiden Antragstellerinnen wurde das Visum verweigert. Zuständige Stellen im Auswärtigen Amt begründeten ihr Verhalten damit, daß die Einreise der beiden Frauen die deutsch-peruanischen Beziehungen belaste und die Betroffenen als direkte Angehörige von Roly Rojas nicht erwünscht seien. Diese Entscheidung werde, so der zuständige Sachbearbeiter Cappell, von höchster Stelle des Außenministeriums unterstützt.

Damit bestätigt die Bundesregierung den gegenüber Fujimori eingeschlagenen Kurs: Kein Wort der Kritik, sondern weiterhin beste diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu dem Terrorsystem. Auf der anderen Seite der Versuch, peruanische RegimekritikerInnen in der BRD von hiesigen demokratischen und linken Kräften abzuspalten. Da wird mediengerecht geprüft, ob die MRTA-Auslandsvertretung zur terroristischen Vereinigung erklärt werden kann. Da wird von der Bundesregierung in der Presse gegen die genannte Vertretung ein politisches Betätigungsverbot gefordert, ohne daß es bisher rechtskräftig verhängt wurde. Und da wird der in Peru übliche Sippenbann gegen Angehörige von militanten politischen GegnerInnen des Systems übernommen, wohlwissend, daß durch die Ablehnung der Visa die Antragstellerinnen in Peru akuter Lebensgefahr ausgesetzt sind. Denn das Anliegen der peruanischen Madres ist jetzt schon an die Öffentlichkeit geraten und die Ablehnung der Visa signalisiert der peruanischen Regierung, daß sie freie Hand bei weiteren Repressionsmaßnahmen hat. Gleichzeitig bezieht die Bundesregierung indirekt Position in der innenpolitischen Auseinandersetzung Perus. Durch die Verweigerung, einer sich neu gründenden Menschenrechtsorganisation die politisch und physisch lebensnotwendige internationale Öffentlichkeit zu geben, zementiert sie aktiv die Unterdrückung jeglicher Opposition in dem Andenstaat.

Zynismus besonderer Art zeigte in diesem Zusammenhang der Stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte des Deutschen Bundestages, Volker Neumann (SPD). Als sich Probleme bei der Erteilung der Visa abzeichneten, forderte er nicht - wie PDS und Bündnis 90/Die Grünen - eine Einreiseerlaubnis, sondern stellte sich kritiklos hinter das Auswärtige Amt und sagte den Termin mit den beiden Menschenrechtsorganisationen zum festgelegten Zeitpunkt ab. Er wolle - so seine Ausführungen am 13.6. in einem Interview mit dem Braunschweiger "Radio Okerwelle" - erst einmal klären, ob die Madres aus Peru nicht zum ‚terroristischen Umfeld` gehören. Außerdem gehe es den beiden weniger um Menschenrechte, als vielmehr um spezielle "politische Gründe", die Neumann nicht näher erklärte. Da drängt sich die Frage auf, welche Informationsquellen Neumann benutzt (hat) und wie er das Problem zu klären gedenkt, wenn er darüber nicht mit den Betroffenen sprechen möchte.

Der Fairneß halber möchten wir noch darauf hinweisen, daß Neumann betont, den Termin mit den peruanischen Madres nicht abgesagt, sondern bis zur Klärung nur verschoben zu haben. Vielleicht kann ihm der Außenminister bei der Verwirklichung eines neuen Termins helfen. Als Ex-Präsident des BND kennt Kinkel ja bestimmt das Fachreferat, das Kontakte zum peruanischen Geheimdienst besitzt. Und vielleicht könnte über

diese Verbindungen den peruanischen Todesschwadronen mitgeteilt werden, daß sie mit der angekündigten Ermordung etwas warten sollen, weil sich Neumann noch im Entscheidungsprozeß befindet.

Chile AG Braunschweig

"... damit das Massaker nicht ohne Folgen bleibt"

Interview mit mit Felicita Cartolini

Felicita Cartolini ist Vertreterin der Mütter der politischen Gefangenen aus Peru. Sie ist die Mutter von Nestor Cerpa Cartolini, der das MRTA-Kommando geleitet hat, das die japanische Botschaft in Lima besetzt hielt. Er wurde, wie alle Mitglieder des Kommandos, beim Sturm auf die Botschaft ermordet.

Fast zwei Monaten sind vergangen, seit die von einem MRTA-Kommando besetzte japanische Botschaft in Peru gestürmt wurde. Was ist der Anlaß für Ihre Rundreise durch die BRD?

Ich bin hier als Vertreterin der peruanischen Mütter, deren Kinder aus politischen Gründen gefangenen gehalten werden oder ermordet wurden. Mein Sohn war einer der 14 in der japanischen Botschaft in Lima ermordeten Guerilleros. Zwei Monate nach diesem Massaker wollen wir vor dem Menschenrechtsausschuß der UNO in Genf eine Anklage gegen die Fujimori-Diktatur einreichen, damit das Massaker nicht ohne Folgen bleibt. Wir wollten auch vor dem Menschenrechtsausschuß des Bundestags in Bonn Klage über das Fujimori-Regime führen. Doch der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Neumann hat als Ausschußvorsitzender alle schon vereinbarten Termine abgesagt. Das Bonner Außenministerium verweigerte zwei unserer Mitglieder aus Peru die Einreise mit der Begründung, die deutsch-peruanischen Beziehungen würden durch die Einreise von ‚Müttern der Terroristen` belastet. Das ist genau die Wortwahl der peruanischen Regierung.

Wir haben die beiden Madres Maria Fernandez Rojas und Adilia Rojas eingeladen, damit sie über die Situation ihrer Angehörigen und ihrer Arbeit in Peru berichten können. Mit der Visumsverweigerung sollte das verhindert werden. Doch das Kalkül ist nicht ganz aufgegangen. Da meine Tochter und ich als politische Flüchtlinge in Frankreich leben, brauchen wir kein Visum und sind deswegen jetzt hier.

Wie stehen die Chancen der Gründung einer Madres-Organisation in Peru?

Ähnliche Organisationen gibt es schon lange. Das Problem besteht darin, daß die Repression in Peru gegenwärtig so groß ist, daß wir zur Zeit im Ausland mit Appellen an die internationale Unterstützung mehr Unterstützung für diese Gruppen erlangen können. Ein Beispiel: Als die Madres de Plaza de Mayo in Peru waren, um ihre Hilfe als Vermittlerinnen anzubieten, wollten sie sich mit Angehörigen politischer Gefangener treffen. Wegen der starken Repression war es jedoch unmöglich, sich mit mehreren gleichzeitig zu treffen, es ging immer nur mit den Angehörigen eines Gefangenen.

Nach dem Sturm auf die japanischen Botschaft ist es wieder still um die Situation der politischen Gefangenen in Peru geworden. Wie ist deren momentane Situation?

Es sind jetzt sechs Monate seit dem Tag vergangenen, als die japanische Botschaft besetzt wurde. Seit dieser Zeit leben die politischen Gefangenen in den verschiedenen Haftanstalten Perus in Totalisolation. Weder ihre Familienangehörigen noch Ärzte, das Internationale Rote Kreuz oder die Kirche haben Zutritt. Wir wissen, daß einige Gefangene durch die Haftbedingungen schwer erkrankt sind und trotzdem keinerlei medizinische Betreuung erhalten.

Zur Zeit bereitet das peruanische Regime die Verlegung von 400 MRTA-Gefangenen in ein neu errichtetes Hochsicherheitsgefängnis zwischen Puna und Tacna in 5.200 Meter Höhe vor. In den Zellen gibt es weder Wasser noch Licht. Das Gefängnis ist nur per Flugzeug zu erreichen. Wir Angehörigen haben dann keine Möglichkeiten mehr, die Gefangenen zu sehen. Die Verlegung von Gefangenen in diesen Knast hat schon begonnen. Dagegen wollen wir hier in Europa protestieren, u.a. mit einer Unterschriftenaktion, und die Madres de Plaza de Mayo unterstützen uns dabei.

Interview: Peter Nowak

27. Verstrickt im Netz? Kritischer Kommentar der Gruppe Penumbra zum 2. "Intergalaktischen Treffen"

Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:15

Der Startschuß für das nächste Interkontinentale Treffen fiel beim 1. Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft im Sommer 1996 in Chiapas, bei dem über 3.000 InternationalistInnen aus über 40 Ländern eine Woche zusammenkamen. Damals hatten die Zapatistas in der 2. Erklärung von La Realidad vorgeschlagen, das nächste Interkontinentale Treffen in Europa zu veranstalten. Seitdem wird mit großem Einsatz auf dieses zweite Treffen hingearbeitet, das vom 25. Juli bis 3. August diesen Jahres in Spanien stattfinden wird (vgl. auch ak 402).

Bislang wenig diskutiert wurde die politische Bedeutung des Treffens. Für uns selbst geht es unter anderem darum, den Austausch zwischen verschiedenen Individuen und Gruppen aus unterschiedlichen Ländern über Bedingungen und Möglichkeiten emanzipatorischer Politik voranzutreiben - sei es im Hinblick auf allgemeinen oder speziellen Erfahrungsaustausch, auf bestimmte Themen wie feministische Politik oder die Funktion von (Gegen-)Öffentlichkeit oder bezüglich des Verhältnisses zu anderen politischen Spektren. In diesem Sinne nehmen wir den primären Anspruch der Zapatistas ernst, daß es darum geht, Räume für Austausch und die Suche nach geeigneten Politikformen zu öffnen. Außerdem erhoffen wir uns von dem Treffen einen indirekten Effekt für die Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas und nicht zuletzt Motivation für unsere eigene politische Arbeit. Was wir nicht erwarten, sind große strategische Entwürfe oder für alle TeilnehmerInnen verbindliche Ergebnisse, denn dafür ist die Zusammenarbeit zu neu und zu wenig kontinuierlich.

Sinn und Unsinn "intergalaktischer" Treffen

Hier wollen wir aber weniger die Bedeutung des Treffens reflektieren, sondern in solidarischer Absicht Kritik üben am Sinn und Unsinn solcher "intergalaktischer" Treffen. Denn bislang fehlt unseres Erachtens die Diskussion um den politischen Stellenwert solcher aufwendig vorbereiteter und zeitliche wie finanzielle Ressourcen bindender Zusammenkünfte.

1) Im Vorbereitungsprozeß wird permanent betont, daß es nicht um den Aufbau von Hierarchien geht, sondern daß die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Treffens wie auch des Netzes möglichst dezentral und unter Beteiligung vieler vorangetrieben werden solle. Davon ist aus verschiedenen Gründen nicht allzu viel zu spüren. Bislang lebt die große Vorbereitungs-Dynamik zweifellos davon, daß der Kern der AktivistInnen wegen des Zeitdrucks oder aus anderen Gründen den Vorbereitungsprozeß nicht mehr transparent gestaltet (nicht mehr gestalten kann oder gestalten will?), was im Endeffekt zu Lasten einer breiten Beteiligung geht.

An der weltweiten Befragung (Consulta, abgedruckt in der Flugschrift Land und Freiheit vom 1.3.1997) zur inhaltlichen wie organisatorischen Gestaltung des Treffens lassen sich die Probleme einer breiten Beteiligung in diesem Prozeß feststellen. Zum Teil bewegte sich das Niveau der Consulta-Fragen zwischen "Das Treffen soll Räume zum Austausch von Ideen, Praktiken und Wünschen öffnen" und "Wir wollen, daß Männer und Frauen gemeinsam voranschreiten, wobei die wirkliche Beteiligung der Frau gefördert werden soll."Auf die Fragen war mit ja oder nein zu antworten. Viele beantworteten die Fragen gar nicht, denn sie wirkten eher wie eine Rechtfertigung; zwar seien alle Interessierten ganz "zapatistisch" (denn daher kommt diese Form der Befragung) am Vorbereitungsprozeß zu beteiligen, aber im Grunde wurden die wesentlichen Entscheidungen bereits vor der Consulta getroffen.

Der andauernde Zeitdruck führt immer wieder zu politischen Problemen, nicht erst seit diesem Jahr. Exemplarisch wird das - neben der Consulta - an der unzureichenden Auswertung der Treffen in Berlin und Chiapas 1996 deutlich. Direkt nach Berlin wurden alle Anstrengungen auf die organisatorische Vorbereitung des Treffens in Chiapas konzentriert. Weder für die umfassende inhaltliche Auswertung des Berliner Treffens noch für vorbereitende Diskussionen im Hinblick auf das zwei Monate später in Chiapas stattfindende Meeting blieb Raum. Nach Chiapas war es ähnlich. Beim zweiten bundesweiten Auswertungstreffen in Frankfurt kam ein kluger und löblicher Vorschlag aus Zürich für eine Vorbereitungssitzung zum 2. Interkontinentalen. Seitdem fließt viel Kraft in die Vorbereitung des Treffens. Was die Organisation angeht, so wurde einiges gelernt aus den Treffen in Berlin und Chiapas. Dennoch bleibt kein Raum für die entscheidende Frage, die gar nicht lähmend verstanden werden soll: Was sollen eigentlich die ganzen Treffen? Steht das Thema Neoliberalismus

im Mittelpunkt? Warum nicht alle zwei Jahre ein Treffen, das ja so viele personelle und finanzielle Ressourcen bindet?

Obwohl das Treffen in Spanien von dem gesamteuropäischen Zusammenhang vorbereitet werden soll, werden notwendigerweise viele Entscheidungen vor Ort von den spanischen Komitees getroffen. Die Frage ist, wie transparent das geschieht und ob nicht doch manchmal "organisatorische Sachzwänge" vorgeschoben werden. Einmal entschieden, konnte an fragwürdigen Konzepten wie der Aufteilung des Treffens auf fünf verschiedene Orte nicht gerüttelt werden. Warum nicht an einem Ort und die Zeit, die jetzt für die Fahrerei verbraucht wird, anderweitig nutzen? Warum nicht mit den hohen Fahrtkosten lieber Leute aus peripheren Ländern einladen?

Unserer Meinung nach wirkt die recht plakative Forderung, keine Hierarchien zulassen zu wollen, in vielen Fällen aufgesetzt, bewirkt den unbeabsichtigten Aufbau informeller Hierarchien und müßte kritisch hinterfragt werden. Natürlich müssen machtförmige Hierarchien bekämpft werden, aber dennoch ist es denkbar, daß in gewissen Fragen bestimmte Formalisierungen - und das kann auch heißen: Hierarchien - Sinn machen. Zudem bedeuten Formalisierungen auch klarere Verantwortlichkeiten als es bei informellen und tendenziell intransparenten Strukturen der Fall ist.

Fragwürdige Identifikation

2) Hinterfragen wollen wir auch den permanenten Rekurs auf ein vereinheitlichendes Wir. Wir, die sich treffen; wir, die den Widerstand gegen die neoliberale Barbarei vorantreiben; wir, die eine neue Welt schaffen wollen. Es entsteht der Eindruck, daß hier eine sehr problematische Identitätsbildung betrieben wird, überspitzt formuliert die "Identität der Widerständigen". Diese wird als etwas außerhalb des Systems und ihm gegenüberstehendes gedacht. Angerufen wird diese Identität mit Sätzen wie: "Wir alle sind einer intensiven Kolonisierung unserer Aktivitäten und Beziehungen durch ein- und dasselbe System ausgesetzt ... Überall sind wir viele, die wir unzufrieden sind." (aus dem offiziellen Aufruf zum 2. Interkontinentalen Treffen) In einem anderen Aufruf ist zu lesen: "Die Verwüstung, die diese unersättliche Maschine hervorruft, bedroht unseren Widerstand und alle anderen Lebensformen, sofern sie es noch gibt. Immer stärker isoliert stehen wir dem Monolog der Macht gegenüber." Wir erscheinen als die Machtlosen. Das Bild der Ausgeschlossenheit, in den Briefen der Zapatistas (die seit Urzeiten Ausgeschlossenen) an ihre Brüder und Schwestern immer wieder beschrieben, wird hier in vielen Veröffentlichungen unreflektiert auf sich selbst übertragen.

Sicherlich geht es um die Suche nach Gemeinsamkeiten und einer Basis für gemeinsame Politik. Die versuchte Vereinheitlichung arbeitet mit Schwarz-Weiß-Kategorien , die Grautöne übersieht und damit ausschließend wirkt. Das führt dazu, daß bei Vorbereitungstreffen Differenzen nicht thematisierbar sind, wie z.B. das Verhältnis von (Befreiungs-)Nationalismus und Internationalismus, das Verhältnis von außerinstitutioneller Politik zu anderen Politikformen wie Parteien und anderen politischen Akteuren. Unbedingter Diskussionsbedarf besteht z.B. zu dem Begriff "Neoliberalismus", nicht zuletzt hinsichtlich der Interpretation heutiger Verhältnisse und der Möglichkeiten für radikale emanzipatorische Politik. Ein Ziel des Treffens müßte es also sein, in solidarischer Absicht Unterschiede zu verdeutlichen und nicht nur so zu tun, als ob es per se und ohne weitere Diskussionen unglaublich viele Gemeinsamkeiten gäbe.

In diversen Aufrufen und Analysen wird "die Realität" reichlich vereinfachend aus "unser aller Perspektive" heraus beschrieben. Dem Anspruch nach soll eine Welt geschaffen werden, in die viele Welten passen. Aber alle diese Welten müssen sich erst einmal von "unserer Beschreibung" dieser Welt angesprochen fühlen. Eine defensivere Haltung, die mehr Fragen aufwirft, zur gemeinsamen Klärung aus unterschiedlicher Perspektiven einlädt, ohne den Anspruch des großen analytischen Wurfes zu formulieren, böte eher Chancen, wirklich Räume zu öffnen, in der viele Welten wahrgenommen werden könnten und ihren Platz fänden. Die Zapatistas prägten für solch eine Haltung die Metapher des "preguntando caminamos" (fragend gehen wir).

Netzwerke sind nicht per se progressiv

3) Schließlich: Welche Bedeutung soll/ kann das immer wieder zitierte "Netz" haben? In der 2. Deklaration von La Realidad rief die EZLN zusammen mit den TeilnehmerInnen des letztjährigen 1. Interkontinentalen Treffens gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft zur Schaffung eines weltweiten Netzes alternativer Kommunikation und zur Schaffung eines weltweiten Netzes von Widerstand gegen Neoliberalismus auf. Viele sprechen seither von "dem" Netz. "Vernetzung" scheint zum Schlüsselbegriff

widerständiger Politik zu werden, teilweise sogar zum Ziel schlechthin. Es müßte unseres Erachtens viel genauer nachgefragt werden, welche Geschichte der Begriff und damit zusammenhängende Politiken haben, wie der Begriff in anderen gesellschaftlichen Spektren verwandt wird, was die Stärken und Schwächen, die Möglichkeiten und Grenzen von Vernetzung sind. Denn "Vernetzung" ist zuerst einmal ein Organisationsmuster und nicht per se progressiv. Die Macht der Transnationalen Konzerne rührt nicht zuletzt von deren innovativer Vernetzung her.

Bisher kann man in einem internationalistischen Spektrum - und insbesondere in den Zusammenhängen, die sich mit "Chiapas" auseinandersetzen - kaum von einer identifizierbaren Netzwerkstruktur sprechen, sondern eher von einer Netzwerkmetapher. Das ist keineswegs schlecht, aber es sollte im Rahmen weiterer Vernetzungsbemühungen auch diskutiert werden, was denn ihr Sinn ist, welche politischen Inhalte und Formen damit gestärkt (und welche geschwächt) werden. Ohne Auseinandersetzungen um diese möglichen Implikationen droht die ganze Vernetzungseuphorie zu einem Formalismus zu verkommen, bei dem das "böse Erwachen" schon vorprogrammiert ist.

Wir plädieren in diesem Zusammenhang dafür, den Begriff des Netzes über den losen Austausch und zur Durchführung von Aktionen und Kampagnen hinaus durchaus als innovatives Organisationsprinzip ernst zu nehmen. Allerdings wäre es ein politischer Fehler, der "zapatistischen" Vernetzung so eine Art Kernvernetzung zuzuschreiben. Die beiden von der EZLN ausgehenden Vernetzungsinitiativen für alternative Kommunikation und für Widerstand gegen Neoliberalismus sind kein "Startpunkt" weltweiter Vernetzung von Individuen, Gruppen und Organisationen mit emanzipatorischen Ansprüchen. Es gibt schon längst Initiativen, seien sie sachbezogen, regional oder nach Interessen organisiert. Die mehr oder weniger feste, vor allem aber vielfältige Vernetzung innerhalb der internationalen "zapatistischen" Bewegung und auch darüber hinaus kann ein wichtiger Beitrag dazu sein, Widerstand und Alternativen zu entwickeln.

Dies alles sind Fragen, die bislang kaum gestellt werden. Die in Europa und anderswo aktiven Gruppen, die sich an den Treffen gegen Neoliberalismus beteiligen, sind nicht der wie auch immer geartete "Kern" des Widerstands. Sie sind ein heterogener und relativ kleiner, wenn auch dynamischer Teil davon. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die internationalistische Gruppe Penumbra ist Mitglied im Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M.

Berichte über das kontinentale Treffen in Berlin und vom interkontinentalen Treffen in Chiapas in ak 392 und ak 393.

Das Treffen findet von 25. Juli bis 3. August in Spanien statt; die Auftaktveranstaltung ist in Madrid, dann geht es in verschiedenen Städte und zum Schluß treffen sich alle TeilnehmerInnen wieder in Andalusien. Die Anmeldefrist ist der 30. Juni, für Kurzentschlossene gibt es dennoch Möglichkeiten zur Teilnahme.

Sechs internationale Kommissionen haben sich im Vorfeld der Organisation des Treffens gebildet, und sie haben jeweils in der Bundesrepublik folgende Ansprechpartner.

Kontakte: Mexiko-Gruppe Dresden (Tel. 0171-3251367,

Fax 0351-4935984120,

e-mail: tk7@rcs.urz.tu-dresden.de)

Inhalte: Mexiko-Gruppe Bremen

(e-mail: chiapas@uni-bremen.de)

Pressearbeit: Mexiko Komitee im Ökumenischen Büro, München

(Tel. 089-4485945, Fax 089-4487673, e-mail: oeku-buero@link-m.de)

Finanzen: Infoladen im Exzess

(Tel./Fax. 069/774670) und Penumbra (Tel. 069/7894846, Fax 069/78960399

e-mail: u.brand@soz.uni-frankfurt.de) beide in Frankfurt/M.

Allgemeines, vor allem Kontakte mit Mexiko: SolidariTAT Hamburg

(Tel. 040-4914265, Fax 040-5289239)

28. Mißbrauchte Perestroika. Privatisierung statt Intensivierung

Privatisierung statt Intensivierung - von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:05

Der folgende Beitrag ist ein leicht gekürzter Vorabdruck aus Kai Ehlers' neuem Buch "Herausforderung Rußland", das im August im Schmetterling-Verlag erscheinen wird. Der Autor zieht eine Bilanz der Privatisierung in der ehemaligen Sowjetunion auf der Basis von empirischen Erfahrungen (Gesprächen und Untersuchungen im Lande), statistischem Material seit Beginn der Perestroika und Ausflügen in die Geschichte. In dem hier dokumentierten ersten Kapitel wird gezeigt: Perestroika zielte auf Erneuerung des Sozialismus. Der inneren Entwicklung der Sowjetunion wurde jedoch ein fremder Stempel aufgedrückt. Der beabsichtigte Sprung zur Intensivierung verkehrte sich zur Privatisierung.

"Intensivierung statt Tonnenideologie", anders gesagt Intensivierung statt Expansion forderten die Vordenkerinnen und die Vordenker der kritischen sowjetischen Theorie Anfang der Achtziger, deren Vorstellungen von Michail Gorbatschow fünf Jahre später als Perestroika popularisiert wurden. Sie beschrieben die Krise der sowjetischen Gesellschaft, durchaus noch in klassischer marxistischer Terminologie, als wachsenden Widerspruch zwischen herangereiften Produktivkräften und den hinter ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen.

Der "Faktor Mensch", argumentierten sie, habe im Zuge der Entwicklung der sowjetischen Industriegesellschaft nach der dunklen Zeit der Stalinschen Zwangsindustrialisierung heute soweit an Bedeutung zugenommen, daß er sich der bürokratischen Bevormundung zu entziehen beginne. Sie hielten eine Demokratisierung der Wirtschaft für unerläßlich. Nur so könne das gewachsene Eigeninteresse der Bevölkerung der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte nutzbar gemacht werden. Andernfalls werde es sich in Verweigerung, in wachsender Kriminalität oder auch nur einfach durch parasitäres Herumhängen in den Netzen des Versorgungsstaates äußern und so die Entwicklung behindern.

Die Diagnose der Nowosibirsker Schule

Besonders die Nowosibirsker Schule der Tatjana Saslawskaja hatte Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in der Abgeschiedenheit und der klaren Luft der Nowosibirsker "Akadem Gorod", Akademikerstadt, diese Kritik an der herrschenden Moskauer Linie entwickeln können. Frau Saslawskaja verwies in ihren Untersuchungen auf die Talfahrt der Wachstumsdaten in der Wirtschaft. Nach ihren Angaben, die sie entsprechend den Perioden der zurückliegenden Fünfjahrespläne datierte, fiel die Steigerungsrate des Nationaleinkommens von 7,8% in den Jahren 1966-1970 auf 5,7% in den Jahren 1971-1975; 1976-1980 betrug sie nur noch 4,5%; für den Zeitraum 1981-85 war sie auf 3,6% gesunken. Das Wachstum des landwirtschaftlichen Bruttoprodukts sank in denselben Zeiträumen von 3,9 auf 3,5, danach auf 1,7 und schließlich auf 1,1%. Die Zuwachsrate für das reale Pro-Kopf-Einkommen sank in der Zeit von 1981-1985 im Vergleich zum Zeitraum 1966-1970 um mehr als die Hälfte, von 5,9 auf 2,1%. Ebenso, klagte Frau Saslawskaja, wenn nicht schlechter, stehe es um das Qualitätsniveau der Erzeugnisse.

"So geriet die sowjetische Wirtschaft", faßte sie in ihrer damaligen Untersuchung zusammen, "gegenüber den übrigen industrialisierten Staaten immer mehr ins Hintertreffen, und die sowjetischen Erzeugnisse wurden auf dem Weltmarkt immer konkurrenzunfähiger. Dadurch war die UdSSR gezwungen, den Exportanteil an Rohprodukten und natürlichen Ressourcen zu erhöhen. Angesichts der Gesamtheit dieser Tendenzen schätzte der ZK-Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, den Zustand der sowjetischen Wirtschaft als vorkrisenhaft ein." (Saslawskaja, S. 89)

Unter den "Rohprodukten", von denen Frau Saslawskaja sprach, war es vor allem das Erdöl, von dem das Wohl der sowjetischen Wirtschaft abhing. Als die Preise dafür auf dem Weltmarkt Ende der Siebziger infolge der Ölkrise und des Kursverfalls des Dollars drastisch sanken, war die sowjetische Krise nicht mehr zu übersehen.

Zur Krise der Wirtschaft gesellte sich, vom Nowosibirsker Institut mit Umfragen unter Sowchos-, Kolchos- und Fabrikdirektoren und durch Befragungen von Parteileitungen aller Ebenen ebenfalls untermauert, eine allgemeine Führungskrise. Seit Mitte der sechziger Jahre, zitierte Frau Saslawskaja ihre Zeugen, sei es immer schwieriger geworden, Menschen zur Arbeit anzuhalten. Gestiegener Wohlstand, höhere Bildung, neue Kommunikationstechniken hätten das allgemeine Niveau beruflicher Bildung in der sowjetischen Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg so ansteigen lassen, daß die Menschen heute mehr und mehr nach selbstbestimmter Arbeit und sinnvoller Lebenserfüllung verlangten. (Saslawskaja, S. 77)

Beide Elemente zusammen, wirtschaftliche Krise und Führungsprobleme, ergaben nach Ansicht von Frau Saslawskaja und ihrer Nowosibirsker Gruppe, eine revolutionäre Situation, die auf eine vollkommene Umwälzung der Gesellschaft in Richtung einer Marktwirtschaft, wenn auch mit sozialistischen Zügen, hinauslaufen werde. Vor diesem Hintergrund forderten sie eine Strategie der schrittweisen Umwandlung der Gesellschaft, wenn die Krise nicht in bürgerkriegsähnlichen Unruhen enden, sondern die Gesellschaft statt dessen auf den Weg des Sozialismus zurückgeführt werden solle, von dem sie "in den letzten Jahren" abgewichen sei. Wie dieser Sozialismus aussehen sollte, blieb offen.

Die Vorschläge der Nowosibirsker Schule entsprangen nicht nur blanker Theorie, sie waren auch nicht hauptsächlich Ausdruck eines sozialistischen Erneuerungswillens. Sie demonstrierten über solche für die sowjetische Gesellschaft traditionellen Anliegen hinaus das Selbstbewußtsein eines neuen industriellen Zentrums, das damit gegen den theoretischen Führungsanspruch Moskaus aufbegehrte. Perestroika, läßt sich auch daran erkennen, kam keineswegs von oben, sie kam von unten; vor allem aber kam sie aus der Peripherie. Neue Zentren, von denen vor vierzig, fünfzig oder vor siebzig Jahren noch niemand sprach, ja solche, die überhaupt erst im Zuge der Verlagerung der Industrie vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, waren zu kritischen Größen herangereift. Neben Nowosibirsk standen dafür Namen wie Omsk, Tomsk, Krasnojarsk und viele andere südsibirische Großstädte. Auch am südlichen Ural entwickelten sich neue Zentren. Städte wie das tatarische Kasan oder das baschkirische Ufa kamen noch dazu; in diese Reihe gehört auch das tschetschenische Grosny mit seinen Raffinerien, in denen das kaspische Öl verarbeitet wird.

Alle diese neuen Zentren begannen an der Moskauer Fessel zu rütteln. Im Falle von Nowosibirsk, Swerdlowsk oder Perm war das im wesentlichen eine wirtschaftliche Frage. Diese Regionen forderten schon lange bevor ihre Bestrebungen die Form der Perestroika annahmen, spätestens seit Mitte der sechziger Jahre, das Recht auf wirtschaftliche Eigenständigkeit - eigene Außenhandelsbeziehungen, eigene Steuerkompetenz und die Verfügung über das eigene Budget. Beschlüsse zu größerer wirtschaftlicher Selbständigkeit gehörten denn auch mit zu den ersten, mit denen die Veränderungen in den Jahren 1985/86 begannen.

Bei Städten wie Kasan, Ufa, Grosny und anderen traten, untrennbar mit den wirtschaftlichen Fragen verbunden, ethnische, im russischen Sprachgebrauch nationale, Interessen hinzu. Am sichtbarsten wurde das bisher in Grosny. Die ethnischen Aspekte wurden in dem Maße wieder wichtig, in dem der imperiale Konsens nicht mehr griff, das heißt, die Fähigkeit des Zentrums nachließ, im Austausch für Unterordnung wirtschaftliche Versorgung zu garantieren. Statt dessen öffnete sich die Schere zwischen dem Lebensstandard in den Metropolen und jenem in den Regionen immer weiter. Die Auswirkungen dieser Entwicklung trafen vor allem die ländlichen Gebiete; in vielen Fällen waren das zugleich die nicht-russischen Teile der Sowjetunion.

Sinnlos scheint es, bei all dem die Frage nach der Priorität von Henne oder Ei zu stellen. Wirtschaftliche, ethnische und persönliche Gründe für das Erstarken der Wünsche nach Selbständigkeit und Abkoppelung von der Moskauer Führung waren in diesem Prozeß untrennbar miteinander verbunden. Festzuhalten ist nur, was dahinter sichtbar wird, ohne daß die Kritiker, selbst Teil des Problems, imstande gewesen wären, es klar auszusprechen: "Intensivierung statt Tonnenideologie" hieß letzten Endes nichts anderes als Selbstbestimmung, statt weiterer bürokratischer Expansion eines als uneffektiv erlebten Zentrums.

Die russische Expansion

Expansion in einem durch natürliche Gegebenheiten so gut wie nicht begrenzten Raum war das Entwicklungsprinzip des russischen Imperiums bis 1917, danach auch das des sowjetischen. Bis 1917 wurden Krisen in Rußland nicht durch Revolution, sondern durch territoriale Expansion gelöst. Nach 1917 nahm der Expansionismus zusätzlich die besondere Form des extensiven industriellen Wachstums an, unter dem Druck

des drohenden Zweiten Weltkrieges ab 1929/30 und danach dann die der Stalinschen Tonnenideologie: größer, schneller, mehr. Qualität und Intensität blieben dabei zurück.

Niemand wird behaupten wollen, Expansion sei etwas typisch sowjetisches, russisches oder gar eine Eigenheit der russischen Seele. Der Drang zum Wachstum, zur Ausbreitung ist vielen Gesellschaften eigen, nicht zuletzt, wie die Geschichte zeigt, den westeuropäischen. Und doch unterscheidet sich die Entwicklung der russischen Expansion bei aller Übereinstimmung am Ende erheblich von derjenigen anderer Länder, insbesondere der des westlichen Europa oder auch der Amerikas.

Die Völker im westlichen Teil des heutigen Europa stießen sehr schnell auf die Kleinräumigkeit ihrer Geografie, vor allem aber auf die natürlichen Grenzen des Meeres. Sie sahen sich sehr früh, schon vor der ersten Jahrtausendwende, genötigt, ihre Kräfte von der bloßen Inbesitznahme neuen Landes auf dessen Kultivierung zu konzentrieren. Erst nach einer intensiven Entwicklung dörflicher, höfischer und schließlich städtischer Infrastrukturen konnten sie die natürlichen Beschränkungen ihrer geografischen Gegebenheiten überwinden. Ihrer Ausdehnung nach Osten waren durch die dort siedelnden Völker und durch die Witterungsbedingungen ebenfalls bald Grenzen gesetzt. Eine stürmische Phase der überseeischen Expansion, des europäischen Kolonialismus, entwickelte sich daher im Europa des fünfzehnten, sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts. Diese Phase fand ihre höchste Stufe, bekannt als Zeitalter des Imperialismus, am Ende des 19. Jahrhunderts. Die durch den Weltkrieg von 1914-1918 erzwungene Einsicht, daß die Erde aufgeteilt sei, jedenfalls vorläufig, zwang die Westeuropäer erneut, Prioritäten auf intensive Entwicklung zu legen.

Den russischen Siedlern dagegen öffnete sich ein schier unendlich scheinendes Land. Nur das Eis im Norden und die Hitzewüsten im Süden, sowie die ständig möglichen Einfälle fremder Völkerschaften begrenzten diese Unendlichkeit. Natürlicher Reichtum zum einen, die ungeschützte Weite des Durchzugsraumes zwischen Asien und Europa zum anderen wirkten zusammen, um jene russischen Besonderheiten hervorzubringen, die das genaue Gegenbild des Westens wurden: Der Raum wurde kolonisiert, aber nicht kultiviert; das Land wurde in Besitz genommen, aber nicht melioriert (verbessert; Anm. ak). Anstelle von Kapital sammelten sich unermeßliche fürstliche und kirchliche Schätze, während die Bauern von einer Ernte zur anderen hofften. Periodisch wiederkehrende Hungersnöte der Bauern gehören zum russischen Geschichtsbild wie der Prunk der Zaren und Metropoliten.

Die Besiedelung des russischen Landes vollzog sich zu großen Teilen durch wandernde Völkerschaften - oder in der Flucht vor ihnen. Es war eine ständige Bewegung, in der sich langfristige Vorratswirtschaft nicht entwickeln konnte, in der Behausungen den Charakter des Provisorischen behielten, und auch die Beziehungen zwischen Bauern und Fürsten sich nicht zu den Formen verfestigten, die für das Lehnssystem des Westens so charakteristisch waren. Erst im 15. Jahrhundert gingen die russischen Bauern zur Dreifelderwirtschaft über. Erst zu diesem Zeitpunkt wurden sie per Gesetz an die Scholle gebunden, und erst jetzt begann ihre Verwandlung in Hörige, während Westeuropa der Zeit der großen Bauernkriege entgegenging, und die Einführung der Dreifelderwirtschaft bereits vier Jahrhunderte zurück lag.

Bis ins 18. Jahrhundert hinein blieb die nomadisierende Brandrodung eine der üblichen Siedlungsarten des russischen Bauern. Reste nomadisierender sibirischer Völker wurden erst 1917 seßhaft gemacht, zwangsweise. Als man sich im Westen Europas nach 1918 zur Intensivierung der europäischen Binnenstrukturen gezwungen sah, sich ein erbitterter Kampf um die Hegemonie innerhalb dieser Strukturen abzeichnete, verleibte sich die neu entstehende Sowjetunion den nomadisierenden zentralasiatischen Süden überhaupt erst richtig ein, um ihn dann als Bestandteil des eigenen Territoriums zu kolonisieren.

Eine Zivilisation befestigter, aus Stein gefügter Städte hat sich in Rußland unter solchen Bedingungen bis zur Revolution von 1917 kaum entwickelt. Noch das Moskau, in das Napoleon 1812 einmarschierte, bestand zum größten Teil aus Holzbauten. Dafür hat sich die frühe Bauerngemeinde auf der Grundlage von Gemeineigentum nicht nur erhalten, sie hat sich sogar, von der Kirche zur geistigen und von der Revolution 1917 zur politischen Gemeinschaft erhöht, zur bestimmenden Grundform des Lebens entwickelt, deren Kraft bis in die korporativistischen Fürsorgestrukturen des sowjetischen Versorgungsstaates hinein wirkte und die noch heute ihre Folgen zeigt. So entstand eine vom Wesen her kollektive Grundstruktur der russischen Wirklichkeit.

Daneben gab es auch andere, individuellere Kolonisations- und Siedlungsformen wie in Sibirien, im Süden Rußlands, der Ukraine, wo Einzelbauern siedelten, die sich auf dieser Grundlage zu Genossenschaften zusammenfanden, oder engere, noch geschlossenere wie die Wehrdörfer der Kosaken und die ethnischen Sippenverbände nicht-russischer Völker. Dort hatte man seine eigene Ordnung. Es war die absolute, nicht bestreitbare Gewalt eines allmächtigen Zentrums, die diese anarchische Vielfalt ethnischer, sozialer und kultureller Kollektive über Jahrhunderte erst zusammenführte und dann in diesem Zusammenhang hielt.

Noch um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert lebten rund 80% der russischen Bevölkerung unter solchen Bedingungen auf dem Land. Erst der heraufziehende Kapitalismus spitzte auch in Rußland die Gegensätze derart zu, daß die Macht des Zentrums und die von ihm betriebene Expansionspolitik vorübergehend in Frage gestellt wurde, dies aber nur, um durch die bolschewistische Partei anschließend um so mächtiger restauriert zu werden.

Heute ist es nicht mehr der aufblühende Kapitalismus, heute sind es die "Grenzen des Wachstums", man könnte auch sagen, es ist das am Horizont aufziehende Ende des imperialistischen Zeitalters, wodurch der Moskauer Expansionismus in Frage gestellt ist.

Der Partei war es auch überlassen, die Bauern in die industrielle Agrarproduktion und als Arbeiter in jene seelenlosen Industrieansiedlungen zu treiben, die sie im Namen des Fortschritts künstlich aus der Steppe oder aus der sibirischen Taiga gestampft hatte, nachdem die Zaren bei ihren Modernisierungsversuchen gescheitert waren. Im Grunde ging die Sowjetunion damit aber nur von der bäuerlichen Brandrodung zum industriellen Raubbau an den natürlichen Ressourcen über. Die ökologischen Verwüstungen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Den Kapitalismus, und selbstverständlich den Imperialismus, hatte man überspringen, gleich im großen Zug zum Kommunismus übergehen wollen; daraus wurde die Beschleunigung des handgemachten zaristischen Expansionismus mit technischen Mitteln - der bäuerliche Nomadismus verwandelte sich in industriellen.

Mit den kategorialen Entwicklungstheorien des abendländischen Westens, wie sie sich schließlich im Sowjetmarxismus dogmatisch verfestigten, war diese Entwicklung und die durch sie entstandene Gesellschaft nicht zu beschreiben: Gentilverfassung, Feudalismus, Bürgertum - die russische Entwicklung entzog sich dieser einfachen Stufenleiter: Erst nahezu 500 Jahre nach der germanischen Völkerwanderung traten die Slawen ins Licht der Geschichte, die russische Reichsbildung jedoch, also die Gründung der ersten "Rus" Mitte des 9. Jahrhunderts, deren Residenz Kiew wurde, vollzog sich fast zeitgleich mit jener der Franken im Westen. Die Bedingungen dafür waren durch den Zerfall des römischen Reiches vorgegeben. Die einen beerbten die östliche, die anderen die westliche Hemisphäre, die einen die westliche, die anderen die östliche Kirche.

Trotz ungleicher Startbedingungen hielten der Kiewer Hof und die Frankenkönige gleichberechtigte kulturelle und diplomatische Verbindungen. Dies änderte sich mit dem Ansturm der Mongolen am Beginn des 13. Jahrhunderts: Der Westen wurde zur Verteidigungsgemeinschaft zusammengeschmiedet, die das Lehnssystem vollendete, wenn nicht gar hervorbrachte. Die Ostreiche wurden unterworfen. Der Westen überlebte durch Befestigung und Abgrenzung, der Osten durch Flucht, Assimilation und politische Intrigen. Das zweite Rußland, Moskau im Norden der früheren russischen Siedlungsgebiete, wuchs als Steuereintreiber der mongolischen Chans. Statt als Wehrgemeinschaft gleichberechtigter Vasallen entstand Moskau als Achse in einem Geflecht unterschiedlichster Abhängigkeiten. In diesem System war die persönliche Loyalität wichtiger als verbriefte Rechte; die galten ohnehin nur bis zum nächsten Erlaß vom Hofe der Chans oder gar einer Strafexpedition ihrer Truppen.

Mit dem Ostchristentum übernahmen die Russen zudem aus dem Erbe Roms nicht dessen Rechtskultur, die im Westen zur Teilung von Staat und Kirche und schließlich zu den Lehren des Barons Montesquieu von der Gewaltenteilung führte, sondern auf dem Umweg über Byzanz die des patriarchalen Zentralismus, in der Staat und Kirche eine untrennbare Einheit bilden.

Sowenig Rußland einen Feudalismus kannte, sowenig entwickelte sich ein selbständiges Bürgertum. Ansätze zu einem Bürgertum wie in Nowgorod, das zeitweilig sogar mit der Hanse assoziiert war, wurden von den Moskauer Zaren im 16. Jahrhundert ausgerottet. Von da an kannte die russische Gesellschaft im wesentlichen nur zwei Pole: Selbstherrschaft mit einem auf den Zaren persönlich vereidigten Adel und die Bauernschaft, von welcher Zar und Adel lebten. Dazwischen gab es zwar immer wieder Händler, sie wurden von den Zaren, die

selbst als größte Händler auftraten, aber ständig grob in ihren Rechten drangsaliert. Die Zaren besteuerten den Handel nicht nur unmäßig, sie rissen auch selbst die großen Handelsmonopole an sich. Der Gewinn diente der aufwendigen Hofhaltung und der Finanzierung von Kriegszügen. Ein Kapitalismus, getragen von freien Unternehmern, konnte sich unter solchen Bedingungen nicht entwickeln. Er war nur als Import möglich, wie es am Ende des 19. Jahrhunderts geschah.

Für Rußlands Intellektuelle brachte Fjodr Tjutschew (1803-1893) diese Wirklichkeit seinerzeit auf die auch heute noch zitierte Formel, Rußland sei mit dem Verstand nicht zu begreifen, an Rußland müsse man einfach glauben.

Es ist wohl eine der aufregendsten Paradoxien der Geschichte, daß gerade dieses Land, dessen Uhren so anders liefen als im Westen, die in diesem Westen herausgebildeten Stufentheorien von den Gesetzen gesellschaftlicher Entwicklung so gierig aufsog wie das vor 1917 geschah, sie dann mit Gewalt zu verwirklichen trachtete, sie beim Ausbleiben des erwarteten schnellen Erfolges kanonisierte, bis sie nunmehr zu einer Behinderung wurden, die abgesprengt werden muß. Es scheint, als ob russische Geschichte sich immer wieder in diesem Rhythmus von Annäherung und Abwehr gegenüber ihren älteren westlichen Geschwistern bewegt, die ihrerseits von ihren östlichen Miterben nicht loskommen. Selbst die heute gängigen Kürzel von "Ost" und "West" sind ja noch Folgen aus der Teilung des römischen Erbes.

Mit dem Scheitern der sowjetischen Invasion in Afghanistan Anfang 1989 war die Grenze möglicher Expansion erreicht. Dafür gab es innere und äußere Gründe. Innere: Der überdehnte Zentralismus - die Erosion der sowjetischen Wirtschaft war durch neue Eroberungen nicht mehr zu vertuschen, sondern mußte sich dadurch nur noch verschärfen. Äußere: Die "kleiner" gewordene Welt - eine weitere territoriale Ausdehnung des sowjetischen Imperiums wäre ohne Krieg mit den Westmächten nicht zu haben gewesen. Das dafür notwendige Wettrüsten mit dem Westen aber vertiefte die Disproportionalitäten zwischen zurückgebliebener innerer Entwicklung des Landes und dem aufgeblähten Militärapparat. Perestroika entsprang der Einsicht in diese Tatsache.

Die "gegenseitige Verhandlungswirtschaft"

Bei dem Versuch, die sowjetische Gesellschaft am Vorabend der Perestroika konkret zu beschreiben, verzichteten die Nowosibirsker Schule und ihre Freunde endgültig auf das traditionelle sowjetmarxistische Vokabular, mit dem sie Ende der Siebziger noch in die Kritik eingestiegen waren. Zwar erklärte Frau Saslawskaja noch, eine Kategorisierung der heutigen Schichten der sowjetischen Gesellschaft nach dem von Lenin vorgegebenen Klassenbegriffen vornehmen zu wollen. Dabei ließ sie aber nicht nur die bekannte sowjetmarxistische Dreiteilung: Arbeiter-Bauern-Intelligenzija als überholt hinter sich, sie kam in ihrer Neuvermessung auch auf zwölf neue "Gruppen", die sie zudem noch einmal nach denen an einer Umwandlung interessierten und denen, die kein Interesse an der Perestroika haben, unterteilt sehen wollte. (Saslawskaja, S. 236 ff)

Selbst die zu Zeiten Leonid Breschnews üblich gewordene Kennzeichnung der sowjetischen Verhältnisse als "Kommandowirtschaft" lehnten die Nowosibirsker ab: "Diesen ‚Zustand` als Kommandowirtschaft zu bezeichnen" schrieb Frau Saslawskaja und umgriff mit dem Wort "Zustand" das ganze Geflecht des sowjetischen Lebens nach Stalin, reiche nicht mehr. Besser tue man, von einer "Verhandlungswirtschaft auf Gegenseitigkeit" zu sprechen. (Saslawskaja, S. 96ff)

Die Begründung, die sie dafür gab, ermöglicht tiefe Einblicke in die sowjetischen Realitäten: Eine "richtige Kommandowirtschaft", schrieb sie, werde durch dreierlei gekennzeichnet: durch zutreffende Information der Verwaltungsinstanzen über die Möglichkeiten der unteren Organe, durch klare Weisungen seitens der Führungsgruppen und schließlich durch strenge Verantwortlichkeit der unteren Organe bei Nichterfüllung dieser Weisungen.

Zu Beginn der dreißiger Jahre habe das alles noch mehr oder weniger zugetroffen, befand Frau Saslawskaja. Inzwischen aber sei die sowjetische Volkswirtschaft weitaus komplexer geworden. An der Führungsspitze seien daher nur noch verschwommene Vorstellungen von den realen Möglichkeiten und Ressourcen der Produktionsvereinigungen und der Betriebe vorhanden. "Wird jedoch die erste der drei genannten Bedingungen nicht erfüllt", so Frau Saslawskaja, "dann werden auch die anderen hinfällig. Folglich kann das ‚klassische` Kommandosystem unter den heutigen Umständen nicht existieren. Da die leitenden Organe aber

wenigstens ein Mindestmaß ihrer Funktionen erfüllen müssen, sind sie genötigt, bewußt oder unbewußt, offen oder heimlich, zu einer neuen Form, nämlich den ‚Verhandlungen auf Gegenseitigkeit` überzugehen."

"Im Rahmen dieses Systems", erläuterte sie dann und dies lohnt, Wort für Wort gelesen zu werden, "erteilen die oberen Instanzen nicht einfach Befehle an die unteren (obwohl auch diese ‚artreine` Form der Befehlserteilung erhalten bleibt), sondern sie beginnen mit ihnen eine Art Dialog, der zu einem beide Seiten zufriedenstellenden Ergebnis führt. Im Zuge der Verhandlungen operiert jeder Teilnehmer mit den spezifisch potentiellen Werten, über die er verfügt. Bei den Entscheidungsträgern sind das vor allem die zu verteilenden materiellen Ressourcen, Gelder, zentralisierte Investitionsvorhaben, Preise bei neuen Erzeugnissen, Normrichtlinien zur Gewinnverteilung zwischen Betrieb und Staat, verschiedene Anreizmethoden für wirtschaftliche Führungskräfte, Beförderung auf höhere Posten etc. Mit diesen Druckmitteln besteht ‚oben` die Möglichkeit, Entgegenkommen von ‚unten` zu belohnen und Widerspenstigkeit und Aufbegehren zu bestrafen.

Die untergeordneten Instanzen und insbesondere die Betriebe verfügen bei der Verhandlung über Argumente wie die Annahme (oder Ablehnung) des vorgegebenen Plansolls, die Bereitschaft, zusätzliche Aufgaben und höhere Gegenpläne zu übernehmen oder an periodischen Kampagnen etwa zur Entlastung der Landwirtschaft bei Erntearbeiten oder der Bauwirtschaft bei Arbeitsspitzen teilzunehmen etc. Es ist bemerkenswert, daß als Argumente aber nicht nur reale Fakten, sondern zum Beispiel auch leichtfertig gegebene Versprechen bezüglich noch nie dagewesener Ernten, der Erschließung von Spitzentechnologien, der Inbetriebnahme von ständig verzögerten Bauobjekten etc. gelten. Da die Wirtschaftsfunktionäre bei den Verhandlungen um die Produktionspläne und die Kontingentierung mit Ressourcen heute (1989; Anm. K.E.) keine klare Vorstellung von den Möglichkeiten der Betriebe haben, sind die diesbezüglich entstehenden Beziehungen verschwommen und flexibel und mit keiner besonders strengen Verantwortung der Partner für die Einhaltung der Verpflichtungen verbunden."

So kam Frau Saslawskaja schließlich zu einer Charakterisierung der sowjetischen Wirklichkeit am Vorabend der Perestroika, die von zeitgenössischen politökonomischen Kategorien so weit entfernt war wie Asien von Europa und eher der Welt Tjutschews anzugehören schien:

"Das beschriebene System", definierte sie, "stellt eine Art Hybridprodukt aus dem zentralisierten planwirtschaftlichen und dem marktwirtschaftlichen System dar, wobei es sich um einen spezifischen, veränderten Markt handelt, in dem nicht mit klassischen Begriffen wie Ware, Qualität und Preis operiert wird, sondern mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf die Produktionsbedingungen des Partners einzuwirken. Die tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Eigenschaften dieser merkwürdigen Mischung sind zur Zeit noch kaum untersucht und beschrieben. Ihre Analyse ist eine der wichtigsten Aufgaben einer für die UdSSR neuen wissenschaftlichen Disziplin, der Wirtschaftssoziologie. Allerdings ist auch ohne spezielle Studien klar, daß die ‚gegenseitige Verhandlungswirtschaft` der achtziger ebenso wie die Kommandowirtschaft der dreißiger Jahre in ausschlaggebender Weise von den vertikalen Verbindungen zwischen Führungsgruppen und Untergebenen bestimmt wird, und Querverbindungen zwischen gleichberechtigten Wirtschaftseinheiten kaum bestehen." (Saslawskaja, S. 95ff)

Gorbatschow und die Quadratur des Kreises

Die von Frau Saslawskaja beschriebene Sowjetunion war nicht als eine Gesellschaft von Individuen organisiert, die sich über den Markt austauschen, sondern als ein Geflecht von korporativ organisierten Kollektiven, die über das Zentrum mit anderen Kollektiven in Verbindung standen. Der Verkehr zwischen dem Mitglied des einen Kollektivs und dem des benachbarten erfolgte nicht direkt, nicht über einen offenen, für alle zugänglichen Markt, sondern über die Spitzen geschlossener Pyramiden. Der Weg von einem Dorf in das nächste, um es so zu sagen, führte nicht durch den Wald, sondern über das Bezirkszentrum. Wer schnelle Verkehrsverbindungen suchte, buchte über Moskau. Alle Wege führten nach und über Moskau.

Wenn, gleichsam im Off, ergänzend dazu die Realität eines einfachen Naturaltausches bestand, der über Feldwege, persönliche Beziehungen, Hintertreppen, Lieferanteneingänge und Verbindungen zur "Macht" praktiziert wurde, so trug diese Tatsache nicht nur zur Festigung der herrschenden Strukturen bei, sie wurde auch erst durch diese Strukturen möglich. Das Kollektiv wurde zum Rahmen für die "schwarze" Verwirklichung privater Interessen.

Dieses System grundlegend zu ändern bedurfte es nicht nur eines Aufrufes zur "Beschleunigung", zu "mehr Disziplin" und "effektiverem Arbeitseinsatz", wie Michail Gorbatschow es bei seinem Antritt 1985 und nach Verabschiedung des Programms zur "sozialökonomischen Beschleunigung" durch den XXVII. Parteitag 1986 unter Parolen wie "Schaffen, Schaffen, Schaffen!" noch versuchte. Eine grundlegende Veränderung, wenn sie zugleich die sozialistischen Ansätze stärken sollte, verlangte die Schaffung vollkommen neuer, horizontaler, sprich individueller Verkehrswege zwischen den Städten, zwischen den Dörfern und zwischen den einzelnen Menschen - ohne die alten vertikalen und die darin gewachsenen kollektiven Strukturen einfach nur zu zerstören. Letztlich lief diese Aufgabe auf eine Quadratur des Kreises hinaus, nämlich auf die Einführung des Marktes mit dem Ziel seiner Überwindung. Das waren zweifellos revolutionäre Anforderungen.

Konsequent fand man die Reformer der ersten Stunde nach anfänglichem Zusammenwirken mit Michail Gorbatschow sehr bald unter dessen heftigsten Kritikern. Den Theoretikerinnen und Theoretikern war der taktierende Praktiker nicht konsequent genug, auch nicht, nachdem er sich vom bloßen Beschleunigungsprogramm abgewandt und einem Umbau durch demokratische Reformen, einem "Neuen Denken" mit dem Ziel einer allmählichen Einführung des freien Marktes und der Vorstellung von der Verwandlung der Sowjetunion in die Stichwortgeberin einer langfristigen globalen ökologischen Perspektive, dem, was er Perestroika nannte also, zugewandt hatte.

Am Ende aber bestimmten weder die Kritiker Michail Gorbatschows noch er selbst, sondern der "Internationale Währungsfonds" (IWF), Boris Jelzin und der in Harvard ausgebildete junge Wirtschaftswissenschaftler Jegor Gaidar das Tempo der weiteren Entwicklung, nachdem der Initiator der Perestroika 1991 als Zauderer gestürzt worden war.

Die Schocktherapie

des IWF

Die Geschichte dieses Sturzes wird bis heute als Geschichte eines verhinderten kommunistischen Putsches erzählt, mit dem die KPdSU die von Michail Gorbatschow eingeleitete Entwicklung habe zurückdrehen wollen. Richtig daran ist, daß einige Mitglieder der Regierung, gestützt von konservativen Kreisen in Partei und Militär, einen Ausnahmezustand ausriefen.

Ihr Ziel war aber nicht, zu Verhältnissen wie vor Beginn der Perestroika zurückzukehren. Ihnen ging es vor allem darum, das Tempo der Reformen selbst zu kontrollieren und den Nutzen daraus selbst zu ziehen, nachdem die G7-Staaten Hilfsgesuche Michail Gorbatschows mit der Begründung hatten abblitzen lassen, daß seine Reformen zu inkonsequent und zu langsam vorangingen.

Um dies besser erkennen zu können, lohnt es sich, einen Blick darauf werfen, wie das Programm entstand, mit dem Boris Jelzin nach dem gescheiterten Putsch Michail Gorbatschow ablöste. Es ist die Geschichte einer Intervention. Im Februar 1991 erblickte ein Buch das Licht der Welt, das den öffentlichen Buchhandel nie erreichte.

(Hier stellt der Autor die über 700 Seiten starke "Studie über die sowjetische Wirtschaft" vor: eine Gemeinschaftsproduktion des IWF mit der "Weltbank", dem "Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) sowie der "Europabank für Wiederaufbau und Entwicklungshilfe". Darin wurden nicht nur Bodenschätze, Anlagemöglichkeiten und verfügbare Arbeitskräfte aufgelistet. In Band II, "Systematische Politik" gaben die Autoren direkte Regieanweisungen für die sowjetische Wirtschaftspolitik. Anm. ak) (...) Die Inhaltsangabe dieses Bandes las sich wie die Vorschau auf die Tagesprogramme der darauf folgenden Jahre sowjetischer, inzwischen russischer Politik. Der Reihe nach schlugen die Autoren der Studie vor:

1. Preisreform, 2. Unternehmensreform, sprich Privatisierung. Daran sollten sich Reformen des Außenhandels, der ausländischen Kapitalinvestitionen und des Finanzwesens anschließen. Überlegungen zu den sozialen Folgen der Reformen fanden sich erst an sechster Stelle. Vorschläge für Gesetzesreformen trotteten weit abgeschlagen unter Punkt sieben hinterher. (...)

Zwar wurden keine Namen genannt, aber aus jeder Zeile der Studie, die in allen Punkten für eine "Schocktherapie" votierte, traten die Hauptkontrahenten der damaligen Kontroversen auch ohne Namensnennung hervor: Michail Gorbatschow und Boris Jelzin, der Noch-Kommunist und Präsident der noch

bestehenden Sowjetunion auf der einen, der Nicht-Mehr-Kommunist und Noch-Nicht-Präsident des neuen "demokratischen" Rußlands zum anderen.

Den Hintergrund bildete die fatale Bilanz der sowjetischen Wirtschaft zum Jahreswechsel 1990/91: Erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg verzeichneten die sowjetischen Statistiker nach vorübergehenden Zuwachsraten 1986 und wieder einsetzender Stagnation 1987 auch öffentlich einen realen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums der Sowjetunion: Das Bruttosozialprodukt sank um 2%, das Nationaleinkommen um 4%, die Arbeitsproduktivität um 3%, die Industrieproduktion um 1,3%; in der Landwirtschaft betrug der Verlust 2,3%.

Eine Flut von Souveränitätserklärungen, die vom Zentrum nicht akzeptiert wurden, hatte die Sowjetunion politisch an den Rand der Existenz gebracht. Die Folge war ein Verordnungskrieg zwischen Zentrum und Regionen. In einer Art Doppelherrschaft setzten sie ihre Erlasse wechselseitig außer Kraft. Selbst Notverordnungen Michail Gorbatschows wurden auf Republikebene ignoriert oder sabotiert. Erstmalig wurde auch der Staatshaushalt nicht als einheitliches Budget, sondern getrennt nach Gebietskörperschaften aufgestellt.

Ansätze der Perestroika aus den ersten Jahren stagnierten: Die erhoffte Intensivierung drohte sich in die Realität stillgelegter Betriebe zu verwandeln. Rechte, die in den ersten Jahren der Perestroika gewährt worden waren, etwa das auf individuelle geschäftliche Betätigung, oder jenes, eine Kooperative gründen und in Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten zu dürfen, wurden bis zur Unkenntlichkeit wieder eingeschränkt. Besonders betroffen davon waren Kleinunternehmer, die in den ersten Jahren der Perestroika ermutigt worden waren, nun aber wieder in den Untergrund gedrängt wurden. Die immer wieder angekündigte, aber dann wieder verschobene Privatisierung suchte sich als "wilde" ihre Bahn, bei der die Bürokratie sich auf Kosten der arbeitenden Kollektive auf neue, einflußreiche Posten vorschob.

Die Bevölkerung litt unter extremem Versorgungsmangel. Waren des täglichen Bedarfs wie Zucker, Salz, Streichhölzer oder Toilettenpapier wurden nur noch gegen Bezugsscheine ausgegeben; selbst dann waren sie oftmals nicht zu bekommen. Internationale Hilfsorganisationen riefen seit Herbst 1990 zu Paketaktionen auf, um einer Hungerkatastrophe in der Sowjetunion zu begegnen. Für den Herbst 1991 wurde allgemein mit der Möglichkeit des vollkommenen Zusammenbruchs der Wirtschaft gerechnet.

Der von Michail Gorbatschow Anfang 1990 wegen Ungeduld gemaßregelte Boris Jelzin bildete seit seiner Wahl zum Präsidenten der russischen Republik am 5. Mai 1990 einen Sammelpunkt für alle, die auf Beschleunigung der Reformen in Richtung Marktwirtschaft drängten.

Im Sommer 1990 fanden Michail Gorbatschow und Boris Jelzin vorübergehend in dem Versuch zusammen, gemeinsam einen Plan für den Übergang zur Marktwirtschaft ausarbeiten zu lassen. Autoren waren unter anderen Grigorij Jawlinsksi und Stanislaw Schatalin. Als "Programm der 500 Tage" erblickte der Plan am 1.8.1990 das Licht der Welt. Er propagierte das Recht auf Eigentum, die unternehmerische Freiheit und das Recht der Republiken auf wirtschaftliche Eigenständigkeit.

Seine Verwirklichung sollte in vier Stufen erfolgen: 1. Befreiung der unternehmerischen Initiative und Stabilisierung des Verbrauchermarktes. 2. Freigabe der Preise, verbunden mit Maßnahmen zur Stabilisierung des Rubels und der Entmonopolisierung der Wirtschaft. 3. Privatisierung und Umstrukturierung des militärisch-industriellen Komplexes. 4. Vollständiger Übergang zur Marktwirtschaft.

Als "Magna Charta der Marktwirtschaft" wurde das "500-Tage-Programm" von westorientierten Reformern jubelnd begrüßt. Michail Gorbatschow ging auf Distanz. Die Differenzen zwischen ihm und Boris Jelzin vertieften sich erneut. Die Auseinandersetzung endete im Oktober 1990 mit einem "Kompromiß", der praktisch einer vorläufigen Stornierung des Entwurfs gleichkam.

(Im folgenden beschreibt der Autor die Weitergabe von besonders brisanten Teilen der IWF-Studie "von Hand zu Hand", als kaum noch leserliche Fotokopie des Originals oder in eigener Übersetzung. Anm. ak) (...) Für Erregung unter den Betroffenen im Lande, vor allem in reformsozialistischen Kreisen, sorgte das Kapitel über die sozialpolitischen Konsequenzen. (...) Schockiert nahm man zur Kenntnis, was der Mehrheit der Menschen in der einst so stolzen Sowjetunion zugedacht war: Das Land, so war es bei den Spezialisten des IWF zu lesen, sollte sich im Rahmen der Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt auf die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern, Rohstoffen und Energieträgern spezialisieren. Das bedeutete eine erhebliche Reduzierung der

Industrieproduktion, Massenentlassungen, Einschränkung der Bildungsaufwendungen, Umschulungen auf niedriger qualifizierte Berufe, generell eine Senkung des Lebensstandards bis zu 40 Prozent.

Im einzelnen wurden vom IWF folgende Opfer für die in Aussicht gestellte Stabilität eingefordert: die Abschaffung der verfassungsmäßigen Arbeitsplatzgarantie, der Abbau der Überbelegung in den Betrieben (im Original: "Over-manning") um 15 bis 20 Prozent. 40 Millionen Menschen, so die IWF-Analytiker, müßten ihren Arbeitsplatz in staatlichen Institutionen räumen, 25 Millionen ihren Arbeitsplatz wechseln. Mit einer Arbeitslosenzahl zwischen 9 und 20 Millionen, gut 20% der arbeitenden Bevölkerung, müßte gerechnet werden.

Ungeachtet zu erwartender Massenentlassungen empfahlen die IWF-Strategen auch die Kürzung der ohnehin schon knappen Arbeitslosenversicherung. Zu Sowjetzeiten hatte sie in den ersten drei Monaten hundert Prozent des früheren mittleren Einkommens betragen, sich dann im Lauf von zwölf Monaten auf das Niveau des Minimaleinkommens verringert. Eine Kürzung, hieß es in den IWF-Empfehlungen, sei unumgänglich, um die Arbeitswilligkeit und Mobilität der Bevölkerung zu heben.

Vorschläge für einen allgemeinen Subventionsabbau, für die Einschränkung der außertariflichen Einnahmen, für die Freigabe der Löhne, aber eine restriktive Lohnpolitik in Staatsbetrieben, für die Einführung einer progressiven Lohnsteuer, für die "Angleichung" der Pensionen und der sonstigen sozialen Leistungen an eine "straffe" Fiskaldisziplin sowie für die Bindung der Löhne an die Produktivität rundeten die Palette der Vorschläge ab.

Besonderes Augenmerk aber hatten die IWF-Spezialisten auf die kollektiven Strukturen der Sowjetunion geworfen. Sie meinten damit Sowchosen, Kolchosen, Betriebskollektive, Institutsräte, Wohnkollektive, Junge Pioniere, Komsomolzen, also die Jugendorganisationen der Partei, die Partei selbst und die Sowjets. Im "Kollektivismus" hatten die IWF-Analytiker die Grundursache von Schlendrian und mangelnder Effektivität des sowjetischen Systems ausgemacht. Die Auflösung der kollektiven Strukturen und ihre Umwandlung in privateigentümliche Verhältnisse war aus ihrer Sicht daher die Bedingung, ohne die nichts anderes ginge.

Aber es wäre falsch, wollte man hinter solchen Vorstellungen einfachen Dirigismus vermuten. Schlimmer als das - es war Liberalismus, der darin seine Auferstehung erlebte. Der "rationale", das heißt, der sich selbst regulierende Preis war für die Verfasser der IWF-Studie der Vater aller Dinge. Die Befreiung der Preise werde die Konkurrenz beleben, schrieben sie, Waren würden wieder fließen, Privatisierung, Entmonopolisierung und letztlich die Einordnung der Völker der ehemaligen Sowjetunion in die Völkergemeinschaft könnten nur auf dieser Grundlage geschehen. (...)

Die letzten Monate der Sowjetunion

Wenige Wochen nach Vorlage der Studie im Februar 1991 trat die Auseinandersetzung in ein neues Stadium. Zum ersten April des Jahres verfügte die Regierung unter Michail Gorbatschow die lange hinausgeschobene Preisreform. Mit begrenzten Preisanstiegen bei Erhaltung der subventionierten Grundpreise der Lebenshaltung blieb allerdings auch dies ein Kompromiß. Zusammen mit anderen Maßnahmen wie dem Umtauschzwang für 100-Rubel-Noten und vor dem Hintergrund der allgemeinen Verschlechterung der Lage führte diese Preisreform aber doch zur Ausweitung der seit Mitte 1990 immer wieder aufflammenden Bergarbeiterstreiks und zu Massendemonstrationen in nahezu allen größeren Städten. Der Rücktritt Michail Gorbatschows und der Regierung wurde gefordert.

Michail Gorbatschow versuchte die Flucht nach vorn: Er verkündete ein von seinem Premier Valentin Pawlow, einem der späteren Putschischten, erarbeitetes "Antikrisenprogramm". Das Programm sah das Verbot von politischen Streiks, Demonstrationen und staatliche Arbeitseinsätze in einem "Regime der Arbeit" vor. Gleichzeitig stellte es bis Ende des Sommers 1991 eine Reihe von Maßnahmen im Sinn der IWF-Empfehlungen in Aussicht, unter anderem vollständige Marktpreise, die Verabschiedung von Privatisierungsplänen, die Einrichtung von "freien Wirtschaftszonen". Wenige Wochen später wurde das "Antikrisenprogramm" zu einem Notstandsprogramm erweitert. Beide Programme wurden von den Republikführungen ausdrücklich mitgetragen, allen voran von dem Präsidenten der größten Republik, Boris Jelzin. Der IWF jedoch stellte sich quer: Er lehnte eine weitere Unterstützung öffentlich mit der Begründung ab, daß er ein fallendes Regime nicht stützen könne.

Die nächste Meldung kam aus Washington. Dort hatte Ende Mai 1991 eine erneuerte Version des "500-Tage-Programms" unter dem neuen Namen "The Great Bargain" in einem Gespräch zwischen Michail Gorbatschows Wirtschaftsberater Jefgeni Primakow und dem amerikanischen Außenminister James Baker die höchste Billigung des Weißen Hauses erfahren. Die Initiative ging jedoch nicht von Michail Gorbatschow, sondern von Boris Jelzin aus. (In diesem Abschnitt nennt Kai Ehlers Jelzins mächtige Freunde in den USA; noch im Mai erarbeiteten Jelzins Wirtschaftsberater Grigorij Jawlinski und eine Gruppe von Wissenschaftlern der Harvard-Universität ein Wirtschaftsprogramm. Anm. ak) Gemeinsam hatten sie die IWF-Empfehlungen in eine aktuelle Variante des "500-Tage-Plans" umgesetzt, um sie bei dem bevorstehenden Londoner Treffen der sogenannten G7-Staaten vom 15.-17. Juli des Jahres als Arbeitspapier vorzulegen.

Nun ging es Schlag auf Schlag: Aus Michail Gorbatschows Nähe wurde zunehmender Widerstand gegen die "Schocktherapie" signalisiert. Insbesondere Ministerpräsident Valentin Pawlow sperrte sich. Die konservative Parteipresse Rußlands, etwa die "Sowjetskaja Rossija", sprach von einem "Akt der Unterwerfung", sollte dieser Plan angenommen werden. Ähnliches war vereinzelt auch aus dem radikaldemokratischen Lager zu hören. Boris Jelzin jedoch zeigte sich äußerst zugänglich für Signale aus Washington. Vom 18.6. bis zum 22.6. weilte er zu Besuch in den USA.

Derweil versuchte Michail Gorbatschow aus Moskau ebenfalls positive Meldungen in Richtung USA abzusetzen. Auf den Tisch der Londoner Konferenz legte er schließlich weder das "Antikrisenprogramm" Valentin Pawlows noch den "Great Bargain" Grigorij Jawlinskis, sondern ein "Programm des Präsidenten", ohne daß klar geworden wäre, worin die Unterschiede in der Realität bestanden hätten. Die Regierung kündigte ihrem Präsidenten "eigene Maßnahmen" im Sinne der Notstandsvereinbarungen vom Frühjahr des Jahres an, sollte er ohne Unterstützung aus London zurückkommen. Gleichzeitig beantragte Michail Gorbatschow die Mitgliedschaft der UdSSR im IWF.

Das Ende dieser Geschichte lassen wir die Frankfurter "Börsen-Zeitung" erzählen: "Das Ergebnis von London", schrieb ihr Berichterstatter damals von der Themse, "ist auch, daß Gorbatschow zu Hause zunächst seine Hausaufgaben erledigen muß, ehe der Westen umfassend mit Krediten und Investitionen einspringen will."

Michail Gorbatschow mußte mit leeren Händen nach Hause zurückkehren, er war in die Sackgasse geraten. Eine Woche später war er entmachtet, zunächst durch seine eigene Regierung unter Ministerpräsident Valentin Pawlow und nach deren mißlungenem, bloß dreitägigem Auftritt als "Notstandskomitee zur Rettung des Vaterlandes" durch Boris Jelzin. Der hatte sich der Ausrufung des Notstands nicht angeschlossen, sondern statt dessen den Generalstreik zum Sturz des Notstandskomitees auf dem Roten Platz ausgerufen, kommissarisch die Macht übernommen und die kommunistische Partei verboten. Alle Republiken hatten ihre Souveränität erklärt. Die Sowjetunion hatte faktisch zu bestehen aufgehört. Michail Gorbatschows Rücktritt als Parteisekretär noch im August, seine Abdankung als Staatspräsident der Sowjetunion nach deren Auflösung am 8.12. und die Ausrufung der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" am 21.12.1991 waren nur noch die formale Anerkennung vollzogener Tatsachen.

Die zweite Runde wurde gleich nach dem Putsch mit frischer Besetzung gegeben: "Harvard aktualisiert Plan für Sowjetwirtschaft", der "gescheiterte Putsch schafft neue Chancen zu Wirtschaftsreformen", "Jawlinski-Plan wieder mit Chancen", "Vom Putsch zur Privatisierung" - so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der Presse in den Tagen nach dem gescheiterten Notstandsregime. Bundeskanzler Kohl rief zu verstärkter Hilfe zur Unterstützung der "demokratischen Revolution" auf. US-Präsident Bush ließ erklären, die Vorlage eines glaubwürdigen Plans zur Liberalisierung der Wirtschaft könne ausreichen, um Moskau in den Genuß amerikanischer Finanzhilfe zu bringen.

Am 23. September erreichte eine Experten-Gruppe der "Weltbank" Moskau. Sie hatte die Aufgabe, mit dem "updating", also der Überprüfung der IWF-Studie vom Februar 1991 zu beginnen. Am 5. Oktober 1991 wurde die Sowjetunion unter dem "Status einer speziellen Assoziierung", der ihre völkerrechtliche Übergangsverfassung berücksichtigte, Mitglied des IWF. Am 7. Oktober war bereits ein Stab von zehn IWF-Mitarbeitern in Moskau stationiert. Eine Woche später begannen die Gespräche zwischen den IWF-Mitarbeitern und sowjetischen Regierungsmitgliedern über Einzelheiten der Steuerpolitik, Steuerverwaltung, Haushaltspolitik usw.

Zurück aus seinem Urlaub, in dem er die Wirren des Unionszerfalls aus nützlicher taktischer Distanz begleitet hatte, verkündete Boris Jelzin in einer Fernsehrede am 28.10.1991 seine Entschlossenheit, die "Schocktherapie" zur Erreichung einer "makro-ökonomischen Stabilität" notfalls auch in der russischen Föderation allein durchziehen zu wollen. Erster Schritt werde die Freigabe der Preise, der zweite die Privatisierung des Staatseigentums sein. Für ein halbes Jahr müsse mit einer weiteren Verschlechterung des Lebensniveaus gerechnet werden; danach könnten erste Verbesserungen eintreten; ein Durchbruch zur Marktwirtschaft und die Stabilisierung der Wirtschaft werde bis Ende 1992 erreicht sein.

Der IWF und die übrigen internationalen Kapitalorganisationen honorierten die Ereignisse vom August 1991 umgehend, ebenfalls noch im September des Jahres, mit der Zusage von 25 Milliarden US-$ zukünftiger Kredite und der Einrichtung eines 6 Milliarden US-$ fassenden Umschuldungsfonds. Damit war aus der Perestroika endgültig ein Projekt des internationalen Kapitalismus und aus der Intensivierung mit dem Ziel einer sozialistischen Erneuerung das der Privatisierung im Interesse der schnellen Umwandlung der sowjetischen Gesellschaft in eine kapitalistische geworden. Der russisch-sowjetische Sonderweg schien damit beendet.

Vorabdruck aus: Kai Ehlers: Herausforderung Rußland. Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft? Eine Bilanz zur Privatisierung. Schmetterling-Verlag, Stuttgart; ca. 240 S., ca. 28 DM

29. Innen!Stadt!Aktion (2). Berlin: Hönkeln "97

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:25

Es gehe darum zu verhindern, daß die Innenstädte zunehmend nach den Bedürfnissen der Geschäftswelt und ihrer gehobenen KäuferInnenschicht ausgerichtet werden, hieß es im Aufruf für die Aktionswoche. Die Palette der Aktionen reichte vom Pressefest für das Stadtteilmagazin 'Scheinschlag' über kollektives Nutzen der öffentlichen Verkehrsmittel ohne Fahrschein bis zu unangemeldeten Partys an ungewöhnlichen Orten.

Auch klassische Aktionsformen fehlten nicht, wie eine "Protestkundgebung gegen Razzien und Ausgrenzung" am Alexanderplatz oder eine BesetzerInnendemo. Ein Aufzug etwas anderer Art war die "Bonzenparade", die sich gegen die Umstrukturierungspolitik im Bezirk Friedrichshain richtete. Die TeilnehmerInnenzahl an den unterschiedlichen Aktionen schwankten zwischen 30 und 500.

Die Titel der einzelnen Aktionen ließ die Phantasie der AktionistInnen erahnen. So verbarg sich hinter dem angekündigten "Picknick in L.A." nicht etwa ein Kurztrip in die US-Metropole, sondern die (zeitweise) Umnutzung von Berlins erstem vollprivatisierten Stadtpark, dem Los Angeles Park. Eigentümerin ist die Firma Conti-Park. Essen und Trinken ist auf den in unmittelbarer Nähe zum Kurfürstendamm gelegenen Areal ebenso untersagt, wie das Betreten nach Einbruch der Dunkelheit.

"Zuwiderhandeln wird straf- und zivilrechtlich untersagt"; heißt es auf überall angebrachten Schildern. Für die Durchsetzung des Verbots sorgen Sheriffs in Phantasieuniformen, im Notfall unter Einsatz von Schäferhunden und Schlagstöcken. Doch Polizei und Wachschützer machten gute Miene zum "bösen" Spiel, als sich am 04.06. ca. 350 Menschen bewußt über die Verbote hinwegsetzten. Für einen Nachmittag wurde der Platz zum Picknick, Kiffen und Spielen, kurz zur alternativen Freizeitgestaltung genutzt.

Auch bei der anschließenden Demonstration über den Kurfürstendamm und den Breitscheidplatz zum Palace Hotel hielt sich die Polizei im Hintergrund. Dort fand die Hauptversammlung der AG-City statt, einem Zusammenschluß von finanzkräftigen Geschäftsleuten.

Die AG-City spielt eine Vorreiterrolle bei der Verwandlung der Westberliner Innenstadt in eine Konsum- und Kommerzzone. Menschen mit niedrigen oder keinem Einkommen sollen als Störfaktoren aus der Innenstadt vertrieben werden. Gerade der Breitscheidplatz mitten in Berlin ist dafür ein Paradebeispiel.

TrommlerInnen stehen neben BildermalerInnen, JongleurInnen und SkateboardfahrerInnen gehen ihren Vergnügen nach und mittendrin versuchen BettlerInnen ein Paar Groschen zu sammeln. Die AG-City und die Polizei versuchen gemeinsam Nichtdeutsche und Menschen mit erkennbar geringem Einkommen mit Razzien, Platzverweisen und Festnahmen von diesem Platz zu vertreiben.

In Redebeiträgen wurden die am Breitscheidplatz Anwesenden zur Beteiligung an der Demonstration aufgerufen. Doch die verfolgten das Geschehen zwar mit Neugier, anschließen mochte sich aber kaum jemand von ihnen.

Das war am Abend des nächsten Tag ganz anders, als gegen 23 Uhr mitten in den an Vergnügungslokalitäten reichen Hackeschen Höfen in Berlin-Mitte eine Spontan-Party im Vorraum einer Bank stattfand. Mit Kofferradios, Kassetten und alkoholischen Getränken bewaffnet, verschafften sich die PartysannInnen mit einer Bankcard Zugang und widmeten diesen für ca. 30 Minuten nach dem Motto "Für das Recht auf Party überall und zu jeder Zeit" um.

So richtig böse war nicht mal die Polizei. Als die schließlich mit 6 Beamten nach den Verantwortlichen fragen wollte, war die Aktion auch schon beendet. Vielleicht werden jetzt findige Banker über neue Zwischennutzungskonzepte für ihre Räume in den Nachtstunden nachdenken. Schließlich dienen ja die Schalterräume auch schon als Ausstellungsräume für moderne Kunst.

Was im ak 396 schon nach dem ersten Vorbereitungstreffen minus 96 in Berlin kritisiert wurde, bestätigte sich während der Aktionswoche. Der Kampf gegen die Ausgrenzung von Obdachlosen, Junkies und SozialhilfeempfängerInnen und die Forderung eines konsumfreudigen, vergnügungssüchtigen Kulturpublikums nach Partys immer und überall, wurden einfach aneinander gereiht.

Aber gerade die Verwandlung der Straßen zu verlängerten Gaststätten und Partymeilen geht mit der Verdrängung und Vertreibung der Sozialschwachen Hand in Hand. Billiges Aldi-Bier soll nicht mehr im Park getrunken werden, aber dafür "Corona" für das Dreifache im Straßenrestaurant.

Gerade zehn Jahre ist es her, daß im damaligen Westberlin kurzzeitig die Hönkel-Bewegung aufkam, die als VorläuferInnen der Innenstadtaktionstage gelten könnte. Damals war der autonome Aufbruch der frühen 80er Jahre versandet. Auch damals hieß es, mensch müsse sich die Straßen und Plätze in der Stadt einfach nehmen, Feste feiern, grillen - hönkeln eben. Durch das autonome Revival 1988 geriet die Bewegung schnell in Vergessenheit. So gründlich, daß bei den Innenstadtaktionstagen 10 Jahre später nicht mit einem Wort darauf Bezug genommen wird.

Peter Nowak

30. Innen!Stadt!Aktion (3). Frankfurt/M.: Kleiner Bericht aus einer "großen" Stadt

Autor: Innenstadt AG Frankfurt · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:26

Auch in Frankfurt fanden verschiedene Aktionen im Rahmen der Innenstadt-Aktionswoche statt. Der Auftakt war ein Fest im Bahnhofsviertel diverser frauenpolitischer und antirassistischer Initiativen. Neben der Aneignung des öffentlichen Raumes, ging es dabei um die ständigen Kontrollen im Viertel. Es folgten noch eine Vielzahl anderer Veranstaltungen und Aktionen.

Am 4.6. fand z.B. in der Taunusanlage, einer an das Bahnhofsviertel angrenzenden Grünanlage, aus der 1994 die Drogenszene systematisch vertrieben worden waren, eine Diskussionsveranstaltung statt. Thema waren die kriminalisierenden und rassistischen Stereotypen, die sich insbesondere um den Begriff des "Dealers" kristallisieren.

Gegen die Stadtentwicklungspläne in Frankfurt und die Zerstörung billigen Wohnraumes richtete sich beispielsweise die symbolische Bebauung eines Geländes, auf dem die IG Metall ein Hochhaus plant. Im allgemeinen ist es so, daß das Bahnhofsviertel und der Bahnhof in Frankfurt die bevorzugten Orte sind, den innerstädtischen Raum exklusiv auf Kapitalinteressen auszurichten.

Für das meiste Aufsehen sorgte aber die nichtangemeldete Nachttanzdemo am 5.6. Unter dem Motto "Lärm '97" wollten nachts 2.000 Leute in der Innenstadt feiern, auch um für die Verkürzung der Sperrzeit zu protestieren.

Ein massives Polizeiaufgebot sollte das von Anfang an verhindern. Die Leute, die sich nicht einschüchtern ließen, trafen sich trotzdem. Letztendlich schritt die Polizei, die mit Wasserwerfern aufmarschiert war, ein und räumte Musikwagen, prügelte auf Leute ein und nahm Verhaftungen vor. Die örtliche Presse reagierte auf die Aktion und den Polizeieinsatz zumeist mit Entpolitisierungsversuchen: die Demonstration sei nur eine (unangemeldeten) Loveparade, das polizeiliche Vorgehen daher unverhältnismäßig.

Party: How low can you go?

Daß Parties den Repressionsapparat auf den Plan rufen, dürfte in Frankfurt inzwischen keine Überraschung mehr sein. Wenn zu nachtschlafender Zeit auf öffentlichen Straßen und Plätzen getanzt wird und dies nicht, um die Stadt in ihrem Repräsentationsstreben als Metropole zu feiern, dann schenken die Ordnungsbehörden solchen Veranstaltungen erhöhte Aufmerksamkeit.

Politik und Geschäftswelt fordern nur eine vermarktungsfähige (Sub-)Kultur, die den Vorgaben eines "weichen Standortfaktors" entspricht. Insofern verschaffte der Aufmarsch von Wannen und Wasserwerfern der Lärmdemo nicht nur zusätzlich politische Brisanz, er macht auch deutlich, wie sehr die Frankfurter Ordnungsdezernenten Corts & Co. ihr Terrain angegriffen sahen.

Nicht nur in der Presse, sondern auch in der Szene hörte man in der Folge, daß es sich bei den an der Lärmdemo Beteiligten um "Leute" handele, die Party und Tanz haben wollten und sonst nichts. Als sei damit schon alles gesagt und die Harmlosigkeit der Veranstaltung bewiesen.

Aber wie hat alles so weit kommen können? Auf der einen Seite wird von der Unverhältnismäßigkeit der Polizeigewalt schwadroniert, als ginge es um das rechte Maß an Gewalt, das man hätte akzeptieren können. Als müsse eine irgendwie "politischere" Veranstaltung zu Recht mit solcher Repression rechnen. Auf der anderen Seite vermutet man eine gehörige Portion sich einschleichenden Ernstes. Das Wort Politik macht die Runde und löst allerlei Aufregung aus: Im Rahmen der Innenstadt-Aktionswoche habe die Demo stattgefunden und niemand hätt's gewußt.

Bevor man sich fragt, um was es dabei ging, ob und welche Inhalte man teilt, wird fein sortiert: Party auf die eine Seite, Politik auf die andere. Dabei könnte es ja sein, daß die demonstrative Aneignung von öffentlichen Räumen in Form von Parties im Ernst Spaß bedeutet hat.

Aber was bisher angeblich nie war, das darf auch nicht sein. Dahinter stehen fest eingefahrene Annahmen darüber, welche Formen Politik und Party üblicherweise annehmen sollten. Erklärt werden kann damit aber keineswegs, warum "die Leute" sich an diesem Abend den Spaß nicht verderben lassen wollten, warum sie trotz des enormen Polizeiaufgebot und staatlicher Gewalt weitergelaufen sind, warum sie den öffentlichen Platz weiterhin für sich beanspruchten. Und in Gegenwart von Wasserwerfern kann von Hipness wohl kaum die Rede sein.

Wäre es allein ums Tanzen gegangen, hätte man sicherlich an diesem Abend in Frankfurt mehrere legale Möglichkeiten gehabt. Party in dieser Stadt - ob legal oder illegal - bedeutet schließlich meist, an Türstehern vorbei kommen zu müssen, (nicht zu wenig) Eintritt zu zahlen und drinnen ab 5 DM fürs Bier hinzulegen. Daß es wenige Möglichkeiten gibt, in der Stadt in nicht konventioneller und kontrollierter Weise Parties zu feiern, hat nicht zuletzt etwas mit der städtischen Politik zu tun. So gibt es kaum bezahlbaren Mietraum für Kneipen oder Clubs, die es erlauben würden, die übliche Türsteher- und Finanzpolitik nicht mitzumachen.

Die Lärm '97 war innerhalb der Innenstadt-Aktionswoche eine Form, sich gegen den Schulterschluß von Politik, Geschäftswelt und bravem Bürgertum zu stellen. Auch wenn die Motivationen der Beteiligten unterschiedlich gewesen sein mögen, ist es eine Sache, warum Leute kamen, eine andere, warum sie blieben. Sie nachträglich zu harmlosen Tänzern zu erklären, ist müßig. Dumm stellen können sie sich selbst.

Innenstadt AG Frankfurt

31. Innen!Stadt!Aktion (1). Hamburg: "Die Stadt gehört allen!"

Autor: pp · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:24

Die Innenstadt-Aktionswoche stand in Hamburg unter dem Motto "Die Stadt gehört Allen!". Inhaltlich und organisatorisch getragen wurde sie von einem Bündnis aus antirassistischen und sozialpolitischen Initiativen, die in dieser Form erstmals zusammengearbeitet haben. Erfreulich daher, daß alle getroffenen Vereinbarungen eingehalten und alle verabredeten Aktionen wie geplant stattgefunden haben.

Am Montag abend wurde die Aktionswoche mit Musik, Essen und unterschiedlichen Redebeiträgen auf dem Hein-Köllisch-Platz in St. Pauli eröffnet. Während der gesamten Woche vom 3. bis zum 7.6.1997 war in der Innenstadt ein Informationstisch angemeldet worden, der als Treffpunkt, Informations- und Ansprechstelle diente und jeweils abwechselnd von unterschiedlichen Gruppen wie der Obdachlosenzeitung "Hinz und Kunz(t)", dem Flüchtlingsrat Hamburg oder der antirassistischen Zeitschrift "Off Limits" betreut wurde.

Unter dem Motto "Wir kontrollieren die Kontrolleure" war an mehreren Tagen von zwei Gruppen des Hamburger Flüchtlingsrates eine U- und S-Bahn-Begleitung sowie eine "Überwachung" des Hauptbahnhofs organisiert worden. Insbesondere an Flüchtlinge, BettlerInnen und Obdachlose gerichtet wurde per Handzettel darüber informiert, was Kontrolleure und Schwarze Sheriffs dürfen und was nicht, und des öfteren wurde sich bei beobachteten Kontrollen auch direkt eingemischt.

Unter dem Titel "Auch Szene-Viertel müssen sauber bleiben" hatte die Gruppe Blauer Montag am Dienstag zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, die am Beispiel des Schanzenviertels das eigene unklare Verhalten bzw. Nicht-Verhalten der im Stadtteil lebenden Linken zu DrogenkonsumentInnen, Dealern und der rassistischen Verfolgung schwarzer Jugendlicher thematisieren sollte. Obwohl die Veranstaltung mit ca. 100 Leuten gut besucht war, fand eine kollektive Aufarbeitung so gut wie nicht statt. Subjektive Empfindungen wurden nebeneinander gestellt, die wenigen politischen Statements wurden zur Kenntnis genommen.

"Eat the Rich!" hieß es Mittwoch Abend, als ca. 100 Personen lautstark mit den unterschiedlichsten Krachwerkzeugen gegen das Festbankett des Deutschen Städtetags protestierten. Dieses Treffen der BürgermeisterInnen und OberbürgermeisterInnen fand vom 3. bis 5.6.1997 in Hamburg statt und sollte nicht unkommentiert über die Bühne gehen.

Es hatte schon groteske Züge, mit welchem Polizeiaufgebot inklusive Flutlichtanlage und Wasserwerfer die Polizei die Damen und Herren Ausgrenzungsstrategen schützen wollte. Der Gastgeber des Abendmahls, der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau, ließ es sich in seiner Begrüßungsrede nicht nehmen, gegen den "Pöbel" und die "randalierenden Chaoten" vom Leder zu ziehen und dabei kräftig gegen die Grünen zu holzen.

Zum Abschluß der Aktionswoche ist Sonnabendmittag eine Teil der Fußgängerzone in der Innenstadt abgesperrt und zur "Visitenkarte der Freien und Hansestadt Hamburg" erklärt worden. Per Megaphon wurden die PassantInnen über diese "Maßnahme" informiert, die mit einer gezielten Befragung über Einkommenshöhe, Wohnverhältnisse, Konsum legaler und illegaler Rauschmittel etc. durch freundliche, aber bestimmte Damen und Herren eines "City - Sicherheitsservices" einherging. Im Gegensatz zu den meisten PassantInnen waren die umliegenden Einzelhändler schwer genervt und ließen die Einkaufsmeile nach ca. 20 Minuten durch die echte Polizei "säubern".

Wie weiter?

Die Aktionswoche ist in Hamburg ohne nennenswerte inhaltliche Vordiskussion als Kampagne ziemlich aus dem Boden gestampft worden. Daß dennoch auf der Aktionsebene relativ viel gelaufen ist, ist unter diesen Umständen ein Erfolg und war nicht unbedingt zu erwarten. Das Medienecho war jedoch eher mau. Am 26.6. soll die Woche von allen Beteiligten gründlich ausgewertet werden.

Neben dem "Wie weiter?" muß ein wesentlicher Punkt dabei die ganz offensichtlich nicht vorhandene Mobilisierungsfähigkeit sein. Auf dem Papier waren zwar relativ viele Gruppierungen in die Vorbereitung und Durchführung einbezogen gewesen. Faktisch standen diese Gruppen und Initiativen aber für vielleicht 2-5

Personen. Diejenigen - vor allem SozialarbeiterInnen, KirchenvertreterInnen und liberale BürgerInnen -, die im Januar im Schauspielhaus oder im Mai in der Evangelischen Akademie mit Senats- und Einzelhandelsvertretern durchaus kritisch über Ausgrenzung und Vertreibung diskutiert hatten, fehlten bei der Aktionswoche genauso wie die (autonomen) Linken, die die Umstrukturierung der Stadtviertel zu ihrem Thema machen.

Auch wenn die fehlende inhaltliche Vordiskussion genauso eine Rolle gespielt haben mag wie eine fehlende bündnispolitische Konzeption im Vorfeld: Angesichts ähnlicher Rückmeldungen z.B. aus Berlin spielen hier vielleicht noch andere und u.U. bedeutsamere Faktoren eine Rolle, über die wir uns Gedanken machen müssen.

pp, Hamburg,

23.6.1997

Innen!Stadt!Aktion - Berichte aus drei Städten

Vom 2.-8. Juni fanden in über 15 Städten der BRD, Österreichs und der Schweiz die "Innenstadt-Aktionswoche gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung" statt. Allgemein ist es wohl so, daß die Kampagne nur mäßigen Erfolg hatte. Ein umfassendes Resümee der Aktionswoche steht allerdings noch aus.

32. Die Befragung der Bilder. Die Essays des Schriftstellers und Kulturkritikers John Berger

Autor: ge, Hamburg · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:03

"Sehen. Das Bild der Welt in der Bilderwelt", "Das Leben der Bilder oder die Kunst des Sehens", so lauten Titel von Essaybänden, die der britische Maler, Schriftsteller und Essayist John Berger in den letzten Jahrzehnten veröffentlicht hat. Immer wieder hat der Autor sich mit der Bedeutung und der Rolle von Bildern in unserem Leben auseinandergesetzt. John Berger schrieb über die Fotografen August Sander und Paul Strand, den Gebrauch der Fotografie in der kapitalistischen Gesellschaft, über die Maler Dürer, Rembrandt, Franz Hals, Picasso, Tizian, Courbet und Claude Monet und über Bilder, die von Augenzeugen der Atombombenexplosion über Hiroshima gemalt wurden.

1926 in London geboren, studierte John Berger zunächst Malerei und Kunst und begann - angeregt durch den Kulturhistoriker Frederick Antal - Kunstkritiken zu schreiben. Dann kehrte er London den Rücken, siedelte nach Frankreich über und widmete sich der schriftstellerischen Arbeit. Er schrieb Romane wie "SauErde" und "G", für den er 1972 mit dem Booker Prize Award ausgezeichnet wurde. In Zusammenarbeit mit dem Schweizer Filmemacher Alain Tanner entstanden mehrere Filme, zu denen er die Drehbücher schrieb, so z.B. für "Jonas, der im Jahre 2000 fünfundzwanzig Jahre alt sein wird".

1972 lief in der BBC die Fernsehserie "Ways of seeing", die später als Buch veröffentlicht wurde und in Deutschland unter dem Titel "Sehen. Das Bild der Welt in der Bilderwelt" bis heute immer wieder Neuauflagen erlebte. "Ways of seeing" ist eine Serie, wie man sie heutzutage im Fernsehen vergeblich sucht. John Berger spricht über die ästhetische und gesellschaftliche Funktion von Bildern, entlarvt Mystifikationen und liebgewordene Vorurteile über Bilder und Künstler. Seine Interpretationen sind Vorschläge, die Trennung von Vergangenheit und Gegenwart zu durchschauen: "Wenn wir eine Landschaft ‚sehen`, legen wir unseren Ort in ihr fest. ‚Sähen` wir die Kunst der Vergangenheit, würden wir unseren Ort in der Geschichte festlegen. Werden wir aber daran gehindert, sie zu sehen, nimmt man uns die Geschichte, die uns gehört." (1)

Den Wandschirm der Klischees niederreißen

In "Sehen. Das Bild der Welt in der Bilderwelt" hinterfragt John Berger die Art der Wahrnehmung und Einstellung zur Welt, die sich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts herausgebildet hat. Daß die Kunst zwischen 1500 und 1900 dazu tendierte, den Interessen der herrschenden Klassen zu dienen, wäre - so Berger - keine neue Erkenntnis. Es komme darauf an "genauer zu sagen, daß eine bestimmte Art die Welt zu sehen, die im Grunde auf eine neue Einstellung zu Eigentum und Tauschhandel zurückging, ihren visuellen Ausdruck in der Ölmalerei fand - und diesen auch nicht in irgend einer anderen Kunstform hätte finden können". (2) Nun war die Ölmalerei bereits in der Antike bekannt, aber erst um 1500 entstand das Bedürfnis, diese Technik weiterzuentwickeln und zu vervollkommnen. In der Mitte des 16. Jahrhunderts hatte sie sich durchgesetzt, etwa zeitgleich mit dem Aufschwung des offenen Kunstmarktes, insbesondere in den Niederlanden. Und durchgesetzt hatte sich, so John Berger, nicht nur eine vervollkommnete Technik der Ölmalerei, sondern eine bestimmte Norm der Wahrnehmung. "Die Ölmalerei verhielt sich gegenüber den visuellen Erscheinungen, wie sich das Kapital gegenüber den gesellschaftlichen Beziehungen verhielt: Alles wurde verdinglicht und damit - auf Grund des Warencharakters - austauschbar." (3) Wie bei keiner anderen Technik konnte der Maler beim Betrachter "die Illusion erzeugen, daß er wirkliche Gegenstände und Stoffe sieht." (4) John Berger illustriert dies an einer Reihe von Beispielen aus der europäischen Ölmalerei.

Das Fazit aus dieser Darstellung Bergers ist zunächst einmal ernüchternd: Hunderttausende von Bildern, die das Eigentum verherrlichen und ihre Besitzer feiern. Und man wird fragen, was ist mit Rembrandt, Courbet, Franz Hals, Vincent van Gogh und den vielen anderen, die ja gerade als die großen Meister der europäischen Malerei angesehen werden? Ihre "Meisterschaft" bestand darin, die Malerei nicht mehr zur "Verherrlichung materiellen Besitzes" einzusetzen, sondern mit der erlernten traditionellen Malweise zu brechen. "Alle modernen Künstler haben in ihren Neuerungen das Angebot gesehen, der Wirklichkeit näherzukommen, einen Weg, die Wirklichkeit evidenter zu machen. In diesem Punkt, und nur in diesem, haben der moderne Künstler und der moderne Revolutionär sich bisweilen Seite an Seite befunden, beide gleichermaßen befeuert von der

Vorstellung, den Wandschirm der Klischees niederzureißen, dieser Klischees, die in wachsendem und nie gekanntem Ausmaß trivial und egoistisch geworden sind." (5)

John Berger beginnt seine Essays häufig mit der Beschreibung von Details, die ein weniger guter Beobachter schlicht übersehen oder für nebensächlich halten würde. Im Verlauf des Erzählens verdichten sich diese Beobachtungen zu überraschenden Einsichten. Für den Leser entsteht der Eindruck von der Besonderheit, der Einmaligkeit eines Kunstwerks, er erfährt etwas über die möglichen Motive des Malers oder Fotografen. Zudem vermittelt der Autor einen Einblick in die Entstehungsbedingungen eines Werkes und dessen gesellschaftliches Umfeld und die z.T. einschneidenden Veränderungen, die sich während der Lebenszeit eines Künstlers vollziehen.

Im Essay über Claude Monet wird der Leser auf die Trauer in den Augen des Malers hingewiesen. Ausgehend von dieser Beobachtung deckt John Berger einen wesentlichen, wenig beachteten Aspekt der impressionistischen Malerei auf: "Früher trat der Betrachter in ein Bild ein. Der Rahmen oder die Ränder der Bildfläche waren eine Schwelle. Ein Bild schuf sich seine eigene Zeit und seinen Raum, die eine Art Nische in der Welt bildeten, und die Erfahrung dieser Zeit und dieses Raumes, deutlicher als üblicherweise im Leben, überdauerte ohne jede Veränderung und konnte immer wieder aufgesucht werden. (...) Was ein impressionistisches Bild zeigt, ist so gemalt, daß man gezwungen ist zu erkennen, daß es nicht mehr da ist. (...) Man kann ein impressionistisches Bild nicht betreten; statt dessen ruft es Erinnerungen hervor". (6) Es kann eine angenehme Erinnerung sein, vielleicht an einen Sonntagsausflug an die Seine oder in die Ile de France, die aber begleitet wird "von der Angst, daß die eigene Erfahrung vergänglich und bedeutungslos sei". (7)

Der Bankrott des Franz Hals

In "Franz Hals und der Bankrott" erzählt John Berger die Lebensgeschichte des niederländischen Malers Franz Hals - in Form eines Theaterstücks in drei Akten. Nach dem Sieg über die Habsburger waren die Niederlande zum Finanzzentrum der damaligen Welt geworden. Nicht der Adel, wie im benachbarten Flandern, sondern die neuen Finanzherren in Amsterdam und Haarlem werden Auftraggeber für die Maler. In den Niederlanden entsteht der erste freie Kunstmarkt. 1630 malt Franz Hals "Das Bankett"; es zeigt ein geselliges Treffen von Vertretern der Textilmanufaktur in Haarlem. (8) Seine dynamische Malweise scheint der Mentalität dieser ersten Unternehmergeneration zu entsprechen: "Die Offiziere der St. Georgs Schützengilde von der Haarlemer Bürgergarde gehören zur ersten Generation, die vom modernen Geist des freien Unternehmertums erfüllt ist. Wenig später malte Hals ein Portrait, das, wie ich glaube, diese Geisteshaltung eindrücklicher wiedergibt als irgend sonst ein Bild oder eine Photographie, die ich je zu sehen bekam. Es zeigt Willem van Heythuyzen.

Was dieses Portrait von allen früheren Portraits wohlhabender oder mächtiger Männer unterscheidet, ist seine Labilität. Nichts ruht sicher an seinem Ort. Man hat das Gefühl, einen Mann in einer Schiffskabine zu beobachten, während eine Bö aufkommt. Der Tisch wird über den Boden schlittern. Das Buch vom Tisch fallen. Der Vorhang sich aus der Raffung lösen.

Wie um diese Unsicherheit noch zu betonen und daraus gewissermaßen eine Tugend zu machen, kippt der Mann seinen Stuhl so weit wie irgend möglich zurück und biegt die Gerte in seinen Händen so straff durch, daß sie beinahe entzwei bricht. Und mit seinem Gesichtsausdruck ist es genau dasselbe. Er blickt nur kurz zu uns hin, und um seine Augen zeichnet sich die Müdigkeit ab, die zustande kommt, wenn man ständig, in jedem Moment, neu kalkulieren muß.

Dabei läßt das Portrait in keiner Weise auf Verfalls- oder Auflösungserscheinungen schließen. Eine Bö kann aufkommen, aber das Schiff segelt schnell und zuverlässig. Heute würde van Heythuyzen von seinen Geschäftsfreunden zweifellos als "dynamisch" bezeichnet, und es gibt Millionen, die das Auftreten solcher Männer - wenn auch nicht unbedingt bewußt - zum Vorbild nehmen.

Man versetze van Heythuyzen, ohne seine Stellung zu ändern, in einen Bürostuhl, rücke ein Pult vor ihn hin, tausche die Gerte in seinen Händen gegen einen Maßstab oder einen Aluminium-Zeigestock aus, und er wird der typische moderne Direktor, der einige Minuten seiner Zeit opfert, um unserem Anliegen zuzuhören." (9)

Mitte der 50er Jahre des 17. Jahrhunderts sind Franz Hals Bilder nicht mehr gefragt. Die zweite Generation der Handelskapitalisten ist auf der Bühne erschienen. Sie will im Gegensatz zu ihren Vätern keine spontan

gemalten Portraits, sondern "sich in ihren Portraits vor allem moralisch bestätigt sehen und verlangte den Prototyp des offiziellen heuchlerischen Bourgeois Portraits, das bis heute unverändert geblieben ist". (10) Wie Rembrandt mußte Franz Hals als einer der ersten Maler die bittere Erfahrung machen, die sich für viele Künstler in der bürgerlichen Gesellschaft wiederholen sollte: Die neue Gesellschaft bot ihnen zwar eine nie gekannte Freiheit, zugleich aber auch deren Kehrseite - soziale Unsicherheit. Die Portraits, die Franz Hals malte, lassen etwas von der Desillusionierung und Verzweiflung ahnen, mit der das bürgerliche Zeitalter begann.

Der 3. Akt dieses von John Berger erfundenen Bühnenstücks spielt 1664. Wenige Jahre zuvor war Franz Hals bankrott erklärt worden, Besitz und Bilder wurden gepfändet. Er mußte um städtische Hilfe bitten. Als Gegenleistung malt Hals die Regenten und Regentinnen des Altersheimes, zwei Bilder, die einen "dramatischen Augenblick" festhalten: "... die Regenten und Regentinnen starren den alten Maler an, der sein Ansehen eingebüßt hat und von der öffentlichen Fürsorge lebt; er prüft sie mit den Augen eines Armen, der trotz dieser Situation versuchen muß, (...) die Art zu überwinden, in der er als armer Mann sieht." (11)

... sich der Vergangenheit vergewissern

In "Und unsere Gesichter, mein Herz, vergänglich wie Fotos", versucht John Berger, neue Möglichkeiten der Wahrnehmung zu erkunden, andere Sichtweisen vorzuschlagen - gegen die Bilderflut der Medien, die so oft die Würde der Menschen verletzt. In Essays, literarischen Texten und Gedichten bewegt sich John Berger zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Wie bei Walter Benjamin, dessen Einfluß auf John Berger immer wieder deutlich wird, ist auch für ihn die Vergangenheit "unabgeschlossen". Sie hat, wie Walter Benjamin schrieb, "ein Nachleben, ... dessen Pulse bis in die Gegenwart spürbar sind." (12) Und ebenso wie für Walter Benjamin geht es John Berger darum, sich der Vergangenheit immer wieder zu vergewissern. Nur die Erinnerung kann die Toten davor schützen, vergessen oder von der falschen Seite vereinnahmt zu werden.

Berger erzählt von kurdischen Arbeitern im Widerstand, von Immigranten, von der "modernen Heimatlosigkeit", von den Orten der Armen und Ausgegrenzten, wie sie beispielsweise Caraviaggio im 16. Jahrhundert in Rom gemalt hat und er schreibt über Rembrandt und Vincent von Gogh. Es sind Texte und Gedichte, die vernetzt sind durch eine Zeit und Raum übergreifende Solidarität mit Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben oder getötet wurden, und anderen, die sich widersetzten.

So beschreibt Berger beispielsweise ein Foto, das fünf Arbeiter zeigt. Das Bild entstand nach einer Sitzung des linken Gewerkschaftsbundes DISK im Jahre 1978. Als Berger den Essay schrieb, war die DISK bereits seit September 1980 verboten. "Die Fotografie, die vor mir auf dem Tisch liegt, ist belastend geworden. Besser man druckt sie nicht ab - nicht einmal Tausende von Meilen von der Türkei entfernt." So weist ein leerer Rahmen auf der Seite darauf hin, daß diese Arbeiter sich im Untergrund befinden, in diesem Moment vielleicht gefoltert werden oder bereits tot sind. Und Berger beschreibt die Arbeiter auf dem Foto. An der Haltung ihrer Körper und ihres Kopfes erkennt Berger ihre Klassenzugehörigkeit: "Es ist, als hätte der Richter sie im Augenblick der Zeugung sämtlich dazu verurteilt, im Alter von fünfzehn die Köpfe vom Hals getrennt zu bekommen. Als die Zeit herankam, widersetzten sie sich, wie alle Arbeiter sich widersetzen, und ihre Köpfe blieben auf den Schultern. Doch die Anspannung und Hartnäckigkeit jener Widersetzlichkeit bleibt, sichtbar - dort zwischen Nacken und Schulterblättern. Die meisten Arbeiter auf der Welt tragen dasselbe körperliche Stigma: Zeichen dessen, wie die Arbeitskraft ihrer Körper ihren Köpfen entrissen worden ist. Ihre Gedanken und Phantasien gehen zwar weiter, doch können sie nicht mehr frei über die Einteilung ihrer Zeit und ihrer Energien verfügen.

Für die fünf Männer in dem holzgetäfelten Raum ist der Widerstand mehr als ein Reflex, mehr als die primitive Verweigerung des Muskels dem gegenüber, was der Körper als Ungerechtigkeit begreift (weil ihm das, was er in unablässiger Anstrengung schafft, unverzüglich und unwiederbringlich aus den Händen genommen wird). Ihr Widerstand hat zugenommen und ist in ihre Gedanken, ihre Hoffnungen, ihre Erklärung der Welt eingegangen. Die fünf Köpfe, deren Blicke mich durchbohren, erklären ihre Körper für nicht nur widersetzlich, sondern für militant." (13) Welche Perspektive haben die fünf im Untergrund. Scheint nicht alles hoffnungslos? "Utopien existieren nur in Teppichen. Doch sie wissen auch, daß das, dem sie in ihrem Leben ausgesetzt gewesen sind, unzumutbar ist. Und die Benennung des Unzumutbaren ist selbst schon die Hoffnung." (14)

ge, Hamburg

Anmerkungen:

1) John Berger: Sehen. Das Bild der Welt in der Bilderwelt. Rowohlt 1982, S. 11.

2) A.a.O, S. 82.

3) A.a.O, S. 82.

4) A.a.O., S. 84.

5) John Berger: Und unsere Gesichter, mein Herz, vergänglich wie Fotos. Carl Hanser Verlag 1986, S. 83.

6) John Berger: Das Sichtbare & das Verborgene. Essays, Carl Hanser Verlag 1990, S. 205 f.

7) A.a.O., S. 209.

8) Gezeigt wird das Fest einer Gilde. Ursprünglich als Bürgergarden aus der Notwendigkeit zur Verteidigung der Stadt gegründet, waren die Gilden zur Zeit von Franz Hals bereits zu "zeremoniellen Klubs" geworden. Auch Rembrandts "Nachtwache" zeigt die Zusammenkunft einer Gilde. Das Bild stellt keine "Nachtwache" dar, es zeigt die Mitglieder einer Gilde als Spieler in einer fiktiven Theaterszene. Die Vorstellung von der Welt als einer Bühne, auf der alle Menschen für kurze Zeit eine Rolle spielen und dann abtreten müssen, ist Teil des Lebensgefühls der Barockzeit.

9) John Berger: Das Leben der Bilder. Die Kunst des Sehens. Verlag Klaus Wagenbach, S. 118.

10) A.a.O., S. 119.

11) John Berger: Sehen. Das Bild der Welt in der Bilderwelt. Rowohlt 1982, S. 15.

12) Walter Benjamin: Eduard Fuchs, der Sammler und Historiker. In: ders., Angelus Novus, Ausgewählte Schriften 2. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1966, S. 304.

13) John Berger: Und unsere Gesichter, mein Herz, vergänglich wie Fotos, Carl Hanser Verlag 1986, S. 22.

14) A.a.O., S. 23.

33. "Ein bißchen Spaß muß sein..." Staatsschutz-Aktion gegen das Berliner Autonomen- Infoblatt Interim

Staatsschutzaktion gegen das Berliner Autonomen-Infoblatt Interim

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:16

Am 12. Juni wurden zeitgleich in Berlin neun Hausprojekte, Wohnungen und Druckereien von über 500 Polizeibeamten und sechs Staatsanwälten durchsucht. Objekt der staatlichen Begierde: die Zeitschrift Interim, genauer die unbekannten MacherInnen der autonomen Wochenzeitung.

Das hätte mensch noch vor Jahren nicht für möglich gehalten. Die Staatsorgane greifen die wöchentlich erscheinende Hauspostille der Berliner Autonomen Interim an und fast nix passiert: Keine Scherbendemo, keine Spontanaktionen, kein empörter "Massen"-Aufschrei in der Berliner Szene. Nur die eiligst für den nächsten Tag anberaumte Vollversammlung im Mehringhof in Berlin-Kreuzberg erinnerte noch an alte Zeiten und weckte somit manch melancholische Erinnerung.

Juppheidi, juppheida ...

Wie sehr sich die Zeiten geändert haben, machen die dann doch noch erfolgten öffentlichen (Re-)Aktionen deutlich. Auffällig zum Beispiel war das Engagement der taz, die ausführlich berichtete. So bewertet sie die Staatsschutzaktion als einen weiteren Aspekt der Law-and-Order-Strategie des Innensenators Schönbohm, die sich gegen alles richtet, was "mit der von ihm propagierten ‚nationalen Hauptstadt der Deutschen` nicht vereinbar ist". (taz-Kommentar zur Durchsuchung, 13.6.97)

Erstaunlich ist das Verhalten der taz insofern, weil sie in gewisser Weise - nämlich als Abgrenzungspunkt - der Interim Pate stand. Hieß es doch in deren erster Ausgabe: "Mit dieser Zeitung versuchen wir, ... zwei Lücken zu schließen: Ein fehlendes Berliner Info der undogmatischen Linken und der politische Abgang der taz." (Interim, 1.5.88) Heute ist es nun so, daß die taz die einzige massenwirksame Stimme ist, die der Interim zur Seite springt.

Die Aktionen der restlinken Berliner Szene hatten eher Happening-Charakter. Am 19. Juni, dem nächsten regulären Erscheinungstermin des Info-Blattes nach der Staatsschutzaktion, fanden nacheinander an verschiedenen Stellen der Stadt drei "öffentlichen Redaktionssitzungen" statt, initiiert von einem "Interim-Team" (so jedenfalls die Aufschrift auf zahlreich zu bewundernden T-Shirts). Was treibt die ansonst klandestin arbeitende Redaktion in dieser Situation auf zentrale Plätze Berlins? Eine der Organisatorinnen drückte es so aus: "Gegen Kriminalisierung hilft nur Öffentlichkeit."

Es herrschte eine geradezu ausgelassene Stimmung. Ein selbstproduziertes tape erschallte vom Lautsprecherwagen. Geräusche bremsender Reifen und Sirenengeheul wechselten sich ab mit easy-listening und Schlagermusik. Roberto Blanco sang "Ein bißchen Spaß muß sein". Dazwischen gaben immer wieder - sozusagen gesamtideelle - Interim-LeserInnen kund, was sie an dem Blatt so schätzen. Die schönsten und sinnigsten Begründungen waren da zu hören - so nach dem Motto: Ich lese Interim, weil ... Zum Beispiel spare mensch dank der Interim enorm viel Zeit, da hier die ansonst nur lose zu erhaltenden Flugblätter gesammelt veröffentlicht würden und sie sich so auch viel besser archivieren ließen. Über allem prangte der Stimmung angemessen ein Transparent mit der Aufschrift "Ultimative linksradikale Dorfpostille".

So feierte mensch sich selbst und übte den spielerischen Umgang mit der Repression. Auch das Arbeitsprinzip der Redaktion wurde erklärt. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Auswahl und Zusammenstellung von Artikeln sowie die Produktion und Herausgabe der Zeitung. Die Interim ist eine Wochenzeitung, die allein aus Beiträgen besteht, die über einen öffentlich zugänglichen Briefkasten zugeschickt werden. Eine redaktionelle Bearbeitung findet nicht statt.

... Hausdurchsuchung, Razzia

Die Auslieferung der Interim am Tag der Razzia konnte von der Polizei nicht verhindert werden. Zwar wurden insgesamt 900 Exemplare beschlagnahmt, doch waren bereits 250 Exemplare am Mittwochabend im Postvertrieb ausgeliefert. Auf die Schnelle wurden am selben Tag noch 2.000 Stück nachgedruckt und in Umlauf gebracht.

Zuvor hatten über 500 Schutzpolizisten, Staatsschützer und Staatsanwälte auf der Suche nach HerstellerInnen und Vertriebsstrukturen der Interim insgesamt neun Objekte in Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln durchsucht. Gesucht wurde nach zwölf Personen, gegen die wegen der Herstellung und Verbreitung des linksradikalen Wochenblatts ermittelt wird. Den Betroffenen wird - laut Durchsuchungsbeschlüssen - "vorgeworfen, als Verantwortliche für die redaktionelle Zusammenstellung, Herstellung, den Druck sowie den Vertrieb der Zeitschrift ‚Interim` in mindestens drei Fällen durch den Abdruck anonymer Bekenner- bzw. Bezichtigungsschreiben zu Brandanschlägen auf PKW sowie Eingriffen in den Schienenverkehr Straftaten gebilligt zu haben". Gegen sie wird wegen des Straftatbestandes "Belohnung und Billigung von Straftaten" ermittelt: Acht der Betroffenen wurden bei den Durchsuchungen angetroffen. Sie wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, vernommen und am späten Nachmittag wieder freigelassen.

Darüber hinaus diente die Großrazzia - laut eines Durchsuchungsbeschlusses vom 5. Juni - dem Auffinden von Beweismitteln: Druckvorlagen, Fotos und Redaktionsunterlagen, "welche zu Herstellung, Druck und Vertrieb" der Interim dienten. (taz Berlin, 13.6.97) Außerdem wurde nach Exemplaren der Ausgaben 406 und 411 gesucht.

Begonnen hatte die Staatsschutzaktion um 10 Uhr. Zeitgleich rückten Polizeieinheiten in die Wohnprojekte Yorckstraße 59, Reichenbergerstraße 63a, Liebigstraße 14, Rigaerstraße 84 sowie in verschiedene andere Wohnungen in drei Stadtbezirken und zwei Druckereien ein. Dabei verschafften sie sich zum Teil mit Gewalt Zutritt. In der Yorckstraße 59 wurden sämtliche Wohnräume aller 60 BewohnerInnen und die Büroräume der Antirassistischen Initiative durchsucht - entweder mit der bekannten Begründung "Gefahr im Verzug" oder ohne Begründung, auf jeden Fall ohne richterlichen Beschluß.

Schönbohms "Kriegserklärung"

Das Vorgehen des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft legt nahe, daß es ihnen bei dieser Großrazzia darum ging, die ZeitungsmacherInnen in die Illegalität zu drängen. Der eigentliche Zweck der Polizeiaktion bestand in der Kriminalisierung der seit neun Jahren erscheinenden Interim. Gleichzeitig zielte die Aktion wohl auch darauf, Verunsicherung in die Szene zu bringen bzw. einen genaueren Überblick zu gewinnen. Wie anders ist zu erklären, daß sich die Durchsuchungen nicht gegen Buch- oder Infoläden richteten - wie etwa in Hamburg, wo gegen den "Buchladen in der Osterstraße" wegen des Vertriebs der Zeitung ein Strafbefehl ausgesprochen wurde? (In dieser Sache findet am 12. August in Berlin ein Prozeß statt, da Widerspruch eingelegt wurde.) Bislang wurde kein Versuch unternommen, die Zeitung zu verbieten, dagegen versucht der Staatsschutz nun auf andere Art und Weise, ihr Erscheinen zu verhindern bzw. zu erschweren.

Die Staatsanwaltschaft feiert die Razzia als "vollen Erfolg" - so jedenfalls Justizsprecher Rüdiger Reiff. Sowohl die Druckerei als auch ein angeblicher "Redaktionsraum der Untergrundzeitung" in einem Kreuzberger Hausprojekt seien aufgespürt worden. Jetzt stünde fest, daß die im Impressum angegebene Person und die Postadresse nicht den "tatsächlichen Verhältnissen" entsprächen. (taz, 14.6.97)

BewohnerInnen einiger durchsuchter Projekte erklärten dagegen: "Die Behauptung von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Redaktionsräume der ‚Interim` befänden sich in irgendeinem der durchsuchten Wohnungen oder Wohnprojekte, ist absurd." (Presseerklärung vom 13.6.97) Und die Interim-MacherInnen machten klar, daß es weder eine feste Interim-Redaktion noch eine feste Interim-Produktion bzw. einen festen Vertrieb gebe. (Erklärung der Interim, 13.6.97)

In einem Interview mit der taz widersprachen sie auch der staatsanwaltlichen Erfolgsmeldung: "Ein Erfolg wäre die Aktion nur, wenn die Interim in den nächsten Wochen nicht erscheinen würde oder wenn es der Gegenseite mit ihrem Kriminalisierungsversuch gelingen würde, die linke Szene einzuschüchtern und die Kräfte mit Repressionsarbeit zu binden." (taz Berlin, 14.6.97)

Skepsis ist gegenüber ihrer Einschätzung angebracht, die Staatsschutzaktion sei deshalb zu diesem Zeitpunkt erfolgt, weil ein Anwachsen des Widerstands gegen die Säuberungspolitik des Senats zu verzeichnen sei. Die

neueste Ausgabe der eigenen Zeitung selbst müßte bei ihnen Zweifel an dieser Aussage aufkommen lassen. Aufgerufen, die Interim jetzt noch mehr als früher als Forum der Vernetzung zu nutzen, muß die verantwortliche Interim-Redaktion im Editorial eingestehen, daß "der Briefkasten, was die Texte anbelangt, gähnend leer (war)". (Interim, 19.6.97)

Ihr durchaus wohl selbstkritisch-spöttisch gemeinter Nachschub "Wahrscheinlich seid Ihr im Moment alle auf der Straße ..." greift auch nicht. Dafür war die Mobilisierung doch zu gering. Obwohl die Interim-MacherInnen schon einen Tag nach der Großrazzia erklärt hatten: "Schönbohms Kriegserklärung ist angekommen, und wir werden darauf reagieren."

Insofern hinterläßt ihre markige Behauptung einen schalen Nachgeschmack, das "Kommunikations-PRINZIP: der unzensierte ... Austausch über Theorie und Praxis undogmatischer linksradikaler Politik" der Interim lasse sich ebensowenig durch "Beschlagnahmungen und Verhaftungen" unterbinden, wie sich "ein Gebirgsbach in Handschellen" legen lasse. Das ist nicht mehr als Mut machender Verbalradikalismus angesichts der momentan eigenen wie allgemeinen linken Schwäche.

Mensch sollte nicht den Fehler begehen, die politischen Rahmenbedingungen in Berlin zu beschönigen. Daß Schönbohm die Repressionsschraube derart anzieht, hat nur zum Teil mit seiner Vergangenheit als General zu tun. Und auch sein Bestreben, Berlin "hauptstadtfähig" zu machen, erklärt die repressive Politik nicht alleine. Vielmehr erscheint es (leider) so, als wäre Schönbohm einer der wenigen, der die momentanen Kräfteverhältnisse in Berlin richtig einzuschätzen und zu nutzen vermag.

mb., Berlin

34. Jede Woche Politik, Pop und Techno. Interview mit Wolf-Dieter Vogel, Jungle World

Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:20

Wolf-Dieter Vogel hat seit September 1994 für die junge Welt gearbeitet, zuletzt als Leiter des Ressorts Interview. Während der Kämpfe um die Zeitung hat er im Auftrag der Jungle World -Fraktion in die arbeitsrechtlichen Verhandlungen mit dem Geschäftsführer Dietmar Koschmieder geführt.

Wird die Jungle World eine völlig andere Zeitung als die junge Welt? Habt Ihr bereits ein Konzept?

Die Jungle World ist aus einem Kampf heraus entstanden, an dem die verschiedensten Leute beteiligt waren: Leute mit antinationalen Positionen, Feministinnen, Vertreter der Gewerkschaftsopposition und Leute aus der Wildcat-Ecke, d.h. aus Jobber-Initiativen. In der Jungle World sind also fast alle politischen Richtungen vertreten, die auch vorher schon die junge Welt geprägt haben.

Allerdings waren bei der Besetzung diejenigen nicht dabei, die traditionelle, d.h. DDR-nostalgische Ansätze und Positionen der DKP und der Kommunistischen Plattform der PDS vertreten haben. Die stehen auf der anderen Seite. Aber das übrige Spektrum macht jetzt die Jungle World. Entsprechend wird auch die Zeitung aussehen.

War der Streit in der jungen Welt vor allem ein Streit um die politische Linie oder ein Arbeitskampf?

Es ging zuerst um die Erhaltung der Zeitung. Mit der Entscheidung des Geschäftsführers Dietmar Koschmieder, die Chefredaktion abzusetzen, sollte auch eine bestimmte Tendenzwende in der Zeitung eingeleitet werden. Koschmieder wollte mehr Ostkompetenz - ich würde sagen, mehr DDR-Nostalgie - und mehr marxistische Positionen, wie sie auch in der DKP oder von der Kommunistischen Plattform formuliert werden.

Doch damit wurde genau das bedroht, was die junge Welt im Westen und in Teilen der Ostleserschaft stark gemacht hat und was ihren Gebrauchswert als Tageszeitung ausgemacht hat. Für uns war klar, was dann passieren würde und nun auch passiert: Große Teile der Westlinken bestellen die Zeitung ab. Wir haben hunderte von Schreiben und Anrufen bekommen, die bestätigen, daß die Leute die Linie der anderen Seite nicht wollen. Wir fanden deren Tendenz nicht nur aus politischen Gründen falsch, sondern haben sie auch als ökonomische Bedrohung für die junge Welt empfunden. Deshalb haben wir besetzt.

Nach einigen Tagen hat Koschmieder dann indirekt mit Kündigungen gedroht, und von da an war unser Kampf ein Arbeitskampf.

Woher kommt die Abneigung der Redaktionsmehrheit, mehr Ostthemen zu behandeln?

Was sind Ost- und was sind Westthemen? Soziale Probleme gibt es überall, und wir haben immer versucht, das zu reflektieren. Man kann natürlich die alten SED-Geschichten und die Geschichten vom KGB wieder aufwärmen, wie das gemacht wurde. Aber ich finde diese Themen anachronistisch.

Außerdem muß man aufpassen, daß keine Ostalgie aufbaut wird. Die bekommt schnell etwas Völkisch-Heimatliches, weil politische Fragen in den Hintergrund treten und es mehr darum geht, was alle verbindet.

In den Serien der jungen Welt zur DDR-Geschichte wurden einige Leichen aus den Kellern von SED und PDS geholt. Ostalgie und "Heimatgefühle" können so sicherlich nicht gepflegt werden. Was war so Völkisch-Heimatlich an den Ostthemen dieser Zeitung?

Ich würde nicht behaupten, daß diese Tendenz immer vorhanden war. Aber problematisch ist es, wenn man, wie es die PDS manchmal tut, auf die "alten Werte" und "mehr Menschlichkeit im Osten" pocht.

Unterstützt die PDS die Jungle World?

Ja, wir hatten eine ganzseitige Anzeige der PDS in der ersten Ausgabe der Jungle World. Allerdings gibt es innerhalb der Partei verschiedene Positionen. Die Kommunistische Plattform steht einigermaßen geschlossen

hinter der jungen Welt. Die Jungen GenossInnen sind sicher auf der Seite der Jungle World. Und Hanno Harnisch, der Pressesprecher der PDS, hat sich ziemlich eindeutig auf unsere Seite gestellt.

Das Markenzeichen der Jungle World ist Pluralismus. Auch die junge Welt hat stets ihren Pluralismus betont.

Wenn man eine Tageszeitung für den derzeitigen Stand der radikalen Linken in Deutschland machen will, dann muß man aushalten können, daß ein Autor in dieser Zeitung etwas schreibt, von dem ein anderer ein paar Tage später auf der gleichen Seite das Gegenteil behauptet. Dann muß man Gewerkschaftsoppositionelle ebenso drinhaben wie Autonome, Autoren die sich auf die traditionellen SED-Werte berufen, aber auch einen Jürgen Elsässer.

Der politische Konflikt mit der anderen Seite wird sich auch in der Jungle World niederschlagen. Wir werden sicherlich mit den traditionellen Positionen kritischer umgehen und den Muff der jungen Welt noch weiter abstoßen. Insofern wird die Jungle World nicht so pluralistisch sein, wie die junge Welt es war.

Woher wollt Ihr das Startkapital für die Jungle World nehmen?

Im Moment leben wir von der Hand in den Mund. Wir haben Schulden, aber die erste Ausgabe der Wochenzeitung haben wir gut verkauft, und das läßt uns hoffen.

Wir möchten, wenn alles klappt, zunächst vier bis fünf Stellen für RedakteurInnen schaffen. Viel ist das nicht, nur viel Ackerei. Darauf wird jetzt hingearbeitet. Wir wollen prüfen, wie realistisch unsere Pläne sind. Wenn wir etwa 4.000 AbonnentInnen hätten und darüber hinaus noch 4.000 Exemplare verkaufen könnten, dann wäre das wahrscheinlich möglich.

Wie wollt Ihr Euch von anderen Zeitschriften abgrenzen, etwa von der Wochenzeitung freitag oder von der konkret, die Euch politisch doch sehr nahesteht?

Konkret ist ein Monatsblatt und sehr selektiv, außerdem in seiner journalistischen Form recht eigenwillig. Wir werden uns vor allem auch gegenüber der jungen Welt in einigen Punkten abgrenzen.

Wir wollen zudem schneller im Sinne von peppiger werden und mehr Gewicht auf Subszenen legen - ob es die schwule Subszene ist, die Techno-Szene oder was sich hier sonst noch bewegt.

Wir befassen uns z.B. mit der Love Parade-Diskussion und möchten diese Szene stärker ansprechen. Zur Love Parade werden im Juli eine Million Leute kommen, während beim Verteidigerinnenplädoyer im Lübecker Brandprozeß nicht einmal mehr der Gerichtssaal voll wurde.

Die linken Zeitungen machen vor allem damit Schlagzeilen, daß sie eingehen.

Wir wollen politische Barrieren überspringen und uns nicht nur auf das traditionell linke Spektrum beziehen, sondern auch andere Bereiche mit einbeziehen. Die Linke - auch unsere alte junge Welt - war manchmal ein bißchen zu langsam, nicht auf der Höhe der Zeit. Ich denke da beispielsweise an die mediale Diskussion

Wir haben auch schon einmal überlegt, die Zeitung zwar als zentrales Projekt zu sehen, aber auch das Internet, die freien Radios, Video- und Fernsehgruppen einzubeziehen. Vielleicht kriegt man mit solchen Leuten etwas hin, das über das traditionelle Zeitungsmachen hinausgeht. Auch insofern sollten wir schneller sein. In der Jungle World werden außerdem Feuilleton, Popkultur und Techno einen breiteren Raum einnehmen.

Ich bin jetzt überzeugter als am Anfang, daß wir eine Chance haben.

Interview: Angela Martin

" Flugblätter verfassen reicht nicht aus"

Interview mit Holger Becker, junge Welt

Im Streit um die junge Welt steht Holger Becker auf der Seite der Geschäftsführung. Becker, der vorher beim Neuen Deutschland gearbeitet hat und die Zeitung wegen seiner Kritik an der PDS-Führung verlassen mußte, ist seit 1995 Redakteur der jungen Welt.

Soll die junge Welt "auf Linie" gebracht werden? Wird sie ein Sprachrohr für Positionen der DKP und der Kommunistischen Plattform der PDS?

Nein. Der eigentliche Konfliktpunkt ist nicht, wie das im Umlauf ist, daß sich hier eine Sekte gegen andere durchsetzen wollte. Der eigentliche Bruch ist ein anderer, tieferer. Es geht darum, tatsächlich eine linke Zeitung zu machen. Kein Selbstbespiegelungsblatt, kein Blatt, in dem bis zum Erbrechen die bekannten linken Rechthaber-Diskussionen durchexerziert werden. Sondern eine möglichst gut gemachte Zeitung mit zuverlässigen Information, über der "Aufklärung durch Tatsachen" stehen könnte.

Dann muß die Zeitung möglichst frisch und unterhaltsam sein. Ernsthaftigkeit des politischen Willens schließt doch nicht aus, daß die Artikel gut geschrieben sind und es Spaß macht, sie zu lesen. Ich orientiere mich da gerne an dem Satz von Egon Erwin Kisch, daß die beste Sache der Welt auch die bestvertretene sein sollte. Der Ehrgeiz, Flugblätter zu verfassen, den ich bei einem Teil der alten Redaktion gesehen habe, reicht dazu nicht aus. Der ist vielleicht bei Blättern wie interim oder radikal am Platze.

Und Ihre Sympathien für die Kommunistische Plattform? Sind Sie ein Agent der Kommunistischen Plattform?

Ich gehöre keiner Partei an, keiner Sekte, keiner Kirche. Mich interessiert die PDS sehr, weil ich aus der DDR komme, weil ich beim Neuen Deutschland gearbeitet habe und weil ich über diese Partei auch schreibe. Wenn ich mich entscheiden müßte, wen ich politisch unterstütze, dann im Zweifelsfall eher die Kommunistische Plattform. Auch wenn ich in mancherlei Hinsicht mit diesen Leuten nicht einer Meinung bin und es im Erscheinungsbild der KPF einiges gibt, das mir sehr altväterlich vorkommt.

Wie verhält sich die PDS im Streit um die junge Welt?

Offensichtlich scheint die PDS-Führung die andere Seite zu unterstützen. Hanno Harnisch, der Pressesprecher der PDS, hat in einem Interview mit uns zugegeben, daß die Jungle World eine große Anzeige der PDS bekommt - die hat man dann auch gesehen. Harnisch hat außerdem zugesagt, uns diese Anzeige ebenfalls zu geben. Aber wir haben sie nie bekommen. Eine Anzeige ist ja wie bares Geld, als wenn man ein paar Scheine überreicht.

Ich glaube nicht, daß die PDS - ich meine die PDS-Führung - ein Interesse an Elsässer und Co. hat. Sondern sie hat ein Interesse, die junge Welt kaputtzumachen. Denn es ist das erste Mal seit 1989, daß es hier eine linke Zeitung gibt, in der diese Leute nicht ihre Finger drinhaben.

Beide Parteien predigen einen "linken Pluralismus"...

Wir nicht! "Pluralismus" bedeutet für mich, daß alle durcheinanderquatschen dürfen. Ich benutze lieber den Begriff "Pluralität". Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in einem Blatt wie der jungen Welt Leute unterschiedlicher Anschauungen zu Wort kommen, meinetwegen auch unterschiedlicher Parteien eines bestimmten Spektrums. Aber wenn diskutiert wird, dann sollte die Diskussion an der Sache orientiert sein. Diskussionen nach dem Motto "Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Linkeste im Land?" sind unendlich langweilig und nützen niemandem. Irgendwann schreibt man dann nur noch für ein Publikum, das in eine Telefonzelle paßt. Die Verachtung von Massen, von Masseneinfluß ist tödlich, wenn man eine Tageszeitung machen will.

Heißt das, daß die neue junge Welt auch den netten Nachbarn mit Opel und Schäferhund erreichen soll?

Nein, das heißt doch keineswegs blinde Massenverehrung! Aber einige aus der Jungle World waren früher "Anbeter" der Masse. Als das nicht funktionierte, waren sie zutiefst enttäuscht und wurden zu Verächtern der Masse. Jetzt würden sie den Leuten am liebsten täglich sagen, daß sie Schweine sind.

Welche Leser wollen Sie ansprechen?

Die SED hatte einmal 2 Millionen Mitglieder. Natürlich waren viele nur aus Karriere- und anderen Gründen in der SED, viele sind weg, einige in der PDS. Aber es gibt in einigen Berliner Stadtbezirken bis zu 35 Prozent PDS-Wähler. Das sind Leute, die so ihren spontanen antikapitalistischen Protest ausdrücken, ihren Protest gegen die Verhältnisse in diesem Lande. Für mich sind sie potentielle Ansprechpartner.

Wollen Sie dem Neuen Deutschland die Leser abwerben?

Das Neue Deutschland hat hier im Osten etwa 60.000 Abonnenten, genaue Zahlen weiß ich nicht. Das ist wenig, gemessen an der Zahl der PDS-Wähler. Wir werden uns sicher nicht an die PDS hängen, um Gottes Willen! Wir werden das Profil des linken Kritikers des offiziellen PDS-Kurses einnehmen. Dabei wird diese Kritik sicherlich in vielerlei Hinsicht mit dem korrespondieren, was Leute denken, die irgendwo unten in der PDS sind. Das sind Leute, die nicht unbedingt das Neue Deutschland lesen. Aber was lesen die dann? Nur ihre Bezirkszeitung?

Im Westen gibt es viele Leute, die die taz nicht mögen und für die die UZ schon gar nicht in Frage kommt. Die schauen dann mal in die Frankfurter Rundschau oder die Süddeutsche Zeitung - Blätter, die noch einigermaßen zu ertragen sind und auch ein paar gute Bestandteile haben wie die Frankfurter Rundschau mit ihren Dokumentationen. Aber eigentlich sind diese Leser damit doch nicht zufrieden. Sie brauchen eine überregionale Tageszeitung, die dem entspricht, wie sie politisch sozialisiert sind und wie sie politisch denken. Sie brauchen eine linke Zeitung, aber keine sozialdemokratische wie die Frankfurter Rundschau oder das Neue Deutschland - das sind ja regionale Spielarten desselben Geistes.

Überschätzen Sie nicht die Anzahl der Leute, die links von PDS und SPD stehen?

Was ist aber mit den vielen Leuten, die nicht zur Wahl gehen und zu denen ich auch gehöre? Sicherlich sind etliche von ihnen schon sehr weit nach rechts gedriftet. Aber man sollte nicht aufgeben. Es muß eine Zeitung links von Sozialdemokratie und Grünen geben, denn links davon gibt es eine ganze Menge Leute in diesem Land.

In Euren Erklärungen war oft davon die Rede, daß die junge Welt mehr "Ostkompetenz" braucht. Ein sehr schwammiger Begriff.

Ich mag diesen Begriff auch nicht so sehr. Früher hat sich die Redaktion zu 80 Prozent aus Leuten zusammengesetzt, die aus dem Westen kamen. Das ist problematisch bei einem Blatt, das historisch aus dem Osten kommt und das seine Hauptleserschaft nach wie vor im Osten hat - auch wenn die in den letzten Jahren rapide gefallen ist und das wohl aus guten Gründen. Die Redakteure aus dem Westen sind anders sozialisiert, sind kulturell anders aufgewachsen - das geht bis in die Sprache -, und sie interessieren sich für andere Themen. Deshalb haben die junge Welt-Leser die Dinge, die sie betreffen und interessieren, in ihrem Blatt nicht ausreichend behandelt gefunden.

Ich meine damit nicht diesen Ost-Identitäts-Unsinn, bei dem alles hervorgeholt wird, was kleinbürgerlich-stinkig war in der DDR. Das macht die Super-Illu, die ködert die Leute, indem sie den Mief der DDR hervorholt.

Es geht vielmehr um die existentiellen Interessen der Leute. Die haben im Osten in den letzten Jahren einiges durchgemacht, und der Osten ist in gewisser Hinsicht Experimentierfeld oder Vorläufer für das gewesen, was sich dann gesamtdeutsch vollzogen hat. Der Kahlschlag an den Universitäten im Osten ist doch nur ein erster Probelauf gewesen. Dann die Arbeitslosigkeit - die ist hier in vielen Gegenden erheblich höher als im Westen - und der Sozialabbau ... Die westdeutschen Linken werden erst in den nächsten Jahren begreifen, was das bedeutet und welche politischen Konsequenzen das haben wird.

Welche Inhalte verbinden Sie mit dem Begriff "Ostkompetenz"?

Erstens: Aufarbeitung der DDR-Geschichte, des real existierenden Staatssozialismus. Da können wir als Tageszeitung führend werden. Denn wir kennen eine Menge gute Autoren, die in westdeutschen Blättern - von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bis zu konkret - keine Chancen haben.

Es gibt hier im Osten massenhaft Intelligenz und Wissen. Was z.B. in den Apparaten losgewesen ist, läßt sich aus den Akten großenteils gar nicht rekonstruieren. Da muß man dringesteckt haben.

Dann muß man die Frage stellen, warum die DDR untergegangen ist. Das macht die Linke nicht ernsthaft. Die PDS macht das allenfalls mit sehr vordergründigen Absichten, um das zu instrumentalisieren und gegebenenfalls auch gegen innerparteiliche Gegner einzusetzen: die große Stalinismus-Keule. Aber was "Stalinismus" strukturell bedeutet, das scheint man in der PDS nicht wissen zu wollen. Wir können diese Themen aber sehr gut und auch spannend aufarbeiten.

Zweitens heißt "Ostkompetenz", wenn man diesen Begriff unbedingt verwenden will, zu schreiben, was hier im Osten los ist. Ob das nun die Interessen der abgewickelten Wissenschaftler sind, der Strafberenteten oder der Arbeitslosen auf dem Lande. Aber das hat die Leute von der Jungle World-Truppe nicht interessiert.

War der Konflikt in der Redaktion auch ein Ost-West-Konflikt?

Ost-West-Konflikt? Ach, wenn ich es so definieren sollte, müßte ich ja sagen, daß der Osten klüger ist. Das will ich aber nicht, das klingt ja ziemlich arrogant.

Die junge Welt hat es nicht geschafft, Leser aus dem Osten zu gewinnen oder auch nur zu halten - und das haben natürlich in erster Linie die Leute gesehen, die aus dem Osten stammen. Die anderen haben das nicht eingesehen und uns als Heimattümler verspottet. Obwohl ich selbst, und zwar in diesem Blatt, den Ost-Identitäts-Quatsch kritisiert habe, wird mir immer wieder unterstellt, daß ich diesen Identitäts-Mief reproduzieren will.

Die finanzielle Lage der jungen Welt ist schon vor dem großen Krach nicht eben rosig gewesen. Werdet Ihr es trotzdem schaffen?

Ich bin nicht der Geschäftsführer.

Es gibt Gerüchte, daß die DKP Euch unter die Arme greifen will.

Das ist ziemlicher Quark. Man braucht sich die Zeitung doch nur anzuschauen. Ich kenne die DKP nicht so gut, aber nach allem, was ich gehört habe, dürften die keinen Spaß an dem haben, was wir hier produzieren. Ich glaube, daß unsere Tonlage doch eine sehr andere ist.

Wie ist die Stimmung in der neuen jungen Welt?

Der Bruch war nötig. Ich habe das zwar noch nicht so gesehen, als der große Krach begonnen hat. Aber inzwischen glaube ich, daß der Bruch keine Tragödie ist, sondern eine große Chance.

Interview: Angela Martin

35. "Einmal hin, einmal her ..." PKK-Verbot zeigt noch immer Wirkung

Autor: Büro Ulla Jelpke · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:11

In den vergangenen Monaten ist es ruhig geworden um das sogenannte "PKK-Verbot". Im letzten Jahr erlaubte zunächst der sozialdemokratische Innensenator Hamburgs, Hartmut Wrocklage, eine kurdische Großdemonstration. Wenige Wochen später, im September 1996, konnten KurdInnen im Müngersdorfer Stadion - wo sonst der 1. FC Köln kickt - ein ganztägiges Kulturfestival feiern. Und zuletzt, am 26. April diesen Jahres, war es erneut die rot-grüne Landesregierung NRWs, die es KurdInnen gestattete, im Rahmen einer Demonstration auf den schmutzigen Krieg der türkischen Arme in Kurdistan hinzuweisen.

Allen drei Veranstaltungen war gemein, daß der Staatsschutz es bewußt in Kauf nahm, daß hierbei Symbole der seit November 1993 mit einem Betätigungsverbot belegten Kurdischen Arbeiterpartei PKK bzw. ERNK, ja selbst Konterfeis des "guten Onkels" der PKK, Abdullah Öcalan, gezeigt werden konnten. Dasselbe Verhalten kurdischer und deutscher DemonstrantInnen jedoch war noch z.B. bei der Demonstration gegen das PKK-Verbot im November 1995 in Köln, der Deutsch-Kurdischen Frauen- und Lesbendemonstration in Bonn am 9. März 1996 oder den Versuchen, im März 1996 eine Newroz-Feier in Dortmund durchführen zu können, Anlaß für heftigste Prügeleinsätze der Polizei.

Zuckerbrot (VS) und Peitsche (Polizei)

Heute gibt man sich beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz vordergründig einsichtig. In einem Radio-Interview auf WDR 5 äußerte sich der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW, Fritz Baumann, am 6. Mai 1997 folgendermaßen über das Zustandekommen und die Taktik des Staatsschutzes anläßlich der Düsseldorfer Großdemonstration: "Für die Polizei stellt sich in solchen Situationen immer die Frage, soll man nun gezielt gegen einzelne Personen vorgehen, die solche Bilder oder Fahnen zeigen, oder ist es aus der Einzelsituation heraus besser, das zu unterlassen, um einen friedlichen Verlauf der Veranstaltung zu gewährleisten? In vielen Fällen ist letzteres besser, und das ist auch in diesem Fall geschehen. Das ist in diesem Fall möglich gewesen, und im großen und ganzen, bis auf wenige Bilder und Fahnen, die Sie erwähnt haben, sind die Zusagen, die vorher gegeben worden sind, auch eingehalten worden. Das eröffnet natürlich den Weg für eine allgemeine Befriedigung im Verhältnis der PKK zu den Sicherheitsbehörden unseres Landes. Bei einem weiteren friedlichen Verlauf des Zusammenlebens zwischen PKK-Anhängern, Kurden und den deutschen Sicherheitsbehörden könne man darüber nachdenken, dieses politische Betätigungsverbot zu lockern oder aufzuheben. Dies wird allerdings Zeit brauchen."

Zwischenzeitlich handelt die Polizei. Am 13. Februar wurden in NRW (Bielefeld, Herford, Löhne und Bad Salzuflen) 12 Wohnungen von KurdInnen durchsucht und die Personalien von 58 Personen festgestellt. Ihnen wird "Unterstützung der PKK" unterstellt. Beschlagnahmt wurden im wesentlichen frei erhältliche Bücher und persönliche Aufzeichnungen. Betroffen waren vor allem kurdische Frauen, deren Ausweise während eines polizeilichen Überfalls auf das Bielefelder Kurdistan-Zentrum am 26.11.96 "überprüft" worden waren.

Zwei Monate später, am 29. Januar 1997, war das Kulturzentrum erneut Ziel einer polizeilichen Durchsuchungsaktion. Kurz nach dieser Razzia nahm ein polizeiliches Zugriffskommando in der Bielefelder Fußgängerzone einen Kurden fest. (Kurdistan-Rundbrief 5/97)

Vier Wochen später, wenige Tage vor Newroz, waren KurdInnen aus Wuppertal wiederum Objekt polizeilicher Begierde: Wohnungen wurden durchsucht und die dort angetroffenen KurdInnen erkennungsdienstlich behandelt.

Drei Monate später, am 3. Juni 1997, ging`s weiter. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dortmund wurden nochmals 35 Wohnungen und Geschäftsräume in Ostwestfalen-Lippe (Bielefeld, Detmold, Gütersloh, Herford, Minden, Paderborn und Warendorf) und Berlin durchsucht. 53 KurdInnen wurden polizeilich überprüft sowie bei 13 von ihnen die Personalien festgestellt. Es wurde eine große Summe Bargeld sichergestellt (12.000 DM). Und selbstredend durfte auch diesmal das Stichwort "Spendengelderpressung" nicht fehlen.

In Zweifel für den Staatsschutz

Damit diejenigen, die hierzulande den kurdischen Kampf um Befreiung von der türkischen Unterdrückung solidarisch begleiten, nicht übermütig werden, hat die sattsam bekannte bundesdeutsche politische Justiz erst einmal die Zähne gefletscht: Der Bundesgerichtshof (BGH) verwies die Kurdistan-Berichterstattung in die restriktiven Schranken des PKK-Verbotes.

Worum geht es? Dem Mitgeschäftsführer und presserechtlich verantwortlichen Redakteur des "Kurdistan-Rundbriefes" war zur Last gelegt worden, im Sommer 1995 eine Rede des PKK-Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, abgedruckt zu haben. Dieser hatte sich am 17. Juni 1995 mit einer Grußadresse an eine kurdische Großdemonstration im Bonner Hofgarten gewandt. Der Redakteur war ebenso wegen des Abdrucks einer Erklärung der ERNK in derselben Ausgabe des "Kurdistan-Rundbriefes" angeklagt. Darin analysierte die ERNK den "provokativen Kurs deutscher Behörden" gegenüber den Angeboten der PKK für eine friedliche und politische Lösung in Kurdistan. (vgl. Rote Hilfe Zeitung 1/96)

Ein Jahr später, im August 1996, sprach das Kölner Landgericht den Redakteur des "Kurdistan-Rundbriefes" frei. Im Rahmen einer Güterabwägung zwischen dem Grundrecht der Pressefreiheit (Art. 5 GG) und den mit dem PKK-Verbot zu schützenden Rechtsgütern, kamen die Kölner Richter zu dem Schluß, daß "der Kurdistan-Rundbrief - soweit ersichtlich - die einzige Fachzeitschrift ist, die sich diesem Thema intensiv widmet. Dazu gehört seit ihrem Bestehen auch immer wieder eine authentische Dokumentation kurdischer Quellen (...)

Darüber hinaus ist es auch in anderen deutschen Presseorganen zu Dokumentationen von PKK-Stellungnahmen gekommen. Alle diese Veröffentlichungen sind im Lichte der Pressefreiheit richtigerweise unbeanstandet geblieben, auch wenn darin, ebenso wie in den hier beanstandeten Veröffentlichungen, Äußerungen zugunsten der PKK enthalten sind. Jedoch ergibt sich weder in dem einen noch in dem anderen Fall für die Öffentlichkeit der Eindruck, es werde für eine mit einem Betätigungsverbot belegte Organisation Propaganda gemacht." (vgl. Rote Hilfe Zeitung 3-4/96)

Gegen diesen Freispruch erster Klasse hatte die Staatsanwaltschaft Revision beim BGH eingelegt. Die Karlsruher Richter gaben der Beschwerde nunmehr - in einer Ende Mai 1997 bekannt gewordenen Entscheidung vom April diesen Jahres - statt: Die dem Freispruch zugrunde liegenden Erwägungen des Landgerichtes seien "lückenhaft" und hätten infamerweise "zugunsten des Angeklagten wesentliche Gesichtspunkte außer acht gelassen."

Den Bundesrichtern war offenkundig die Feststellungen des Landgerichts ein Dorn im Auge, der "Kurdistan-Rundbrief" sei "die einzige Fachzeitschrift, mit einer umfassenden Befragung zur Kurdenproblematik". In ihrer Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit und dem redaktionellen und journalistischen Zusammenhang, in dem eine Veröffentlichung steht, fiel das Urteil der obersten Strafrichter der Republik eindeutig aus: gestattet sei der Abdruck von Äußerungen verbotener Vereine bzw. ihrer Repräsentanten lediglich im Rahmen einer "bewertungsfreien Dokumentation", besser noch: einer "distanzierten, kritischen Berichterstattung".

Wo dies nicht gewährleistet sei (aus Sicht des BGH handelt es sich bei dem "Kurdistan-Rundbrief" um das "publizistische Forum für die Propaganda der PKK/ERNK in Deutschland"), muß den durch das PKK-Verbot geschützten "Allgemeininteressen selbst bei Berücksichtigung der grundlegenden Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit der Vorrang zukommen."

Die zensorische Wirkung des PKK-Verbots wird damit offenkundig. Foren, in denen sich VertreterInnen der PKK äußern können, werden von Staats wegen festgelegt. Presseorgane, die sich solidarisch auf den völkerrechtlich legitimen kurdischen Befreiungskampf beziehen, laufen nach diesem höchstrichterlichen Urteil Gefahr, bei unbotmäßiger Dokumentation unliebsamer Texte strafrechtlich verfolgt zu werden. Einem Teil der deutschen Öffentlichkeit - hier also der Kurdistan-Soliszene - soll es verwehrt werden, sich aus öffentlich zugänglichen Quellen dokumentarisch die Texte zusammenzustellen, die er für notwendig erachtet. Getroffen wird durch diese Rechtsprechung nicht der einzelne Text. Vielmehr ist es der politisch motivierte Kontext, den die Karlsruher Richter treffen wollen - und das ist nicht weniger als Gesinnungsjustiz.

Das PKK-Verbot schränkt also - um mit einem weitverbreiteten Vorurteil aufzuräumen - nicht nur die demokratischen Rechte von KurdInnen in der BRD ein. Das Streiten für eine Aufhebung des PKK-Verbots ist im Hinblick auf den Erhalt von BürgerInnenrechten aller hier lebender Menschen unabdingbar.

Büro Ulla Jelpke

Ein zweites Maulkorb-Urteil

Ebenfalls im April 1997 entschied der BGH in einem Revisionsverfahren bezüglich des im Raum Nürnberg-Erlangen erscheinenden deutsch-kurdischen Rundbriefes "Biji". In ihm werden hauptsächlich Erklärungen, Pressemitteilungen und Interviews von Funktionären der PKK, der "Nationalen Befreiungsfront" ERNK sowie der PKK-Volksbefreiungsarmee ARGK dokumentiert.

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte den damals presserechtlich Verantwortlichen "Biji"-Redakteur wegen mittäterschaftlichen Verstoßes gegen das PKK-Verbot.

Die "einseitig zugunsten der PKK/ ERNK vorgenommene Auswahl der Erklärungen und der Zusammenhang mit den übrigen die Sache und die Ziele der PKK/ERNK vertretenen Textbeiträge, macht" - dem BGH-Urteil zufolge - die "Zielsetzung offenbar, die Druckschrift Biji gleichsam als Sprachrohr für die Propaganda der PKK/ERNK einzusetzen. Die damit betriebene Sympathiewerbung war konkret geeignet, das Ansehen der PKK/ERNK zu stärken."

Auch in dieser Entscheidung läßt der BGH einzig eine "distanzierte, kritische Berichterstattung" über die PKK bzw. eine Dokumentation von PKK-Texten zu, die sich innerhalb des "redaktionellen und journalistischen Zusammenhanges" jeglicher (positiver) Bewertung - selbst auf Waffenstillstandserklärungen und Angebote für eine politische Lösung durch die PKK - enthalten muß. Andernfalls muß mit einem Zensur-Urteil wie dem vorliegenden gerechnet werden.

36. Forderungen nach Existenzgeld

BUKO 21 - auf der Suche nach der Gegenmacht

Autor: ch. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:31

Unter dem Motto "Gegenmacht von unten - Mission impossible" fand vom 29. Mai bis zum 1. Juni der 21. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Paderborn statt. Wie das Kongreßthema schon ankündigt, sucht die internationalistische Bewegung nach "neuen" Bündnissen in dem, was von den sozialen Bewegungen und anderen Teilen der Linken noch besteht.

Einige Skeptiker befürchteten, daß der Veranstaltungsort Paderborn als bewegungspolitische Diaspora den BUKO - trotz des spannenden Themas - weiter ins politische Schattendasein führen würde. Daß diese Entwicklung erst einmal aufgehalten werden konnte, zeigte die Teilnahme von über 300 AktivistInnen aus allen Teilen der Linken.

Dies ist um so erstaunlicher, als es kein Forum oder keine Arbeitsgruppe gab, das/die sich dezidiert mit der Annäherung an den Begriff Gegenmacht auseinandersetzte. Dies war kein Versäumnis. Mit dem Kongreß sollte sich den unterschiedlichen Facetten genähert werden. Die Spannbreite in den unterschiedlichen Foren ging von A wie Abwicklung des Nordens (siehe BUKO 20, ak 392) über C wie Chiapas, H wie Häuserkampf und I wie (traditioneller) Internationalismus bis Z wie Zuflucht oder Zonierung. So kam es zu einer Bilanzierung von alten und neuen Ansätzen der Internationalismus-Bewegung der letzten dreißig Jahre. Nicht ganz absichtlich schaltete sich der BUKO damit in die aktuelle Revue "30 Jahre Neue Linke in der BRD" ein.

Die Auseinandersetzung zeigt aber auch, daß die "alten" Themen von sozialen Bewegungen - Widerstand/Befreiung - in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen mit dem Rücken zur Wand stehen. Gab es bislang gesellschaftliche Freiräume, die das Organisieren von anderen Lebensweisen zugelassen haben und damit auch denkbar machten, so wird immer deutlicher, daß das Herrschaftsprojekt "Neoliberalismus" diese Freiräume nach und nach abschottet. Der traditionelle Spagat - ein Bein innerhalb, das andere außerhalb des Systems - mutiert aufgrund des gesellschaftlichen Drucks in die verschiedensten Formen der Anpassung ans System. Wer dies nicht mitmachen will und sich vorstellen kann, daß es auch andere als die herrschenden Verhältnisse geben kann, wird auf das gesellschaftspolitische Abstellgleis geschoben. Der Angriff des Systems kann nur mit Gegenmacht abgewehrt werden.

Daß Gegenmacht immer notwendiger wird, darüber waren sich alle Teilnehmenden einig. Wie diese Gegenmacht aufgebaut werden kann, blieb allerdings unklar. Die abschließende Plenumsdiskussion kam über Berichte und Absichtserklärungen aus den Foren nicht hinaus. Die Diskussion konnte nicht zu einem BUKO-Ansatz oder gar zu einer gemeinsamer Position zusammengeführt werden. Die Ursache hierfür liegt weniger in der fehlenden Zeit zur Diskussion als mehr in der BUKO-internen Fraktionierung, die zu einer Blockade führt. Diese Fraktionierung, die kaum greifbar aus einem Mischmasch von persönlichen und inhaltlichen Differenzen und unterschiedlichen Vorstellungen der Struktur und Finanzverwaltung des BUKO besteht, läßt bedauerlicherweise kaum Spielraum für Diskussionen.

Besonders deutlich wurde dies in der abschließenden BUKO-internen Debatte. Zwar ist es Anliegen fast aller aktiven Gruppen, die BUKO-Strukturen den gegenwärtigen Entwicklungen anzupassen, unklar ist aber, in welche Richtung. Sollen die alten Verhältnisse mit einem Koordinierungsausschuß wieder hergestellt werden, oder kann der BUKO nur durch neue Strukturen nach außen politisch aktiv werden. Grundlegend ist die Frage nach dem Selbstverständnis des BUKO's (die hat in Paderborn allerdings niemand gestellt). Soll der BUKO sich der Kritik der Lobby-Arbeit zuwenden oder wieder verstärkt Grundsatzarbeit leisten, sich also als kritische Instanz profilieren.

Der in Paderborn gefundene Ausweg, diese Debatte auf einem "kleinen BUKO" Ende des Jahren anzufangen, könnte auch ein Modell für die Zukunft der Kongresse sein. Eine Trennung der Kongresse nach thematischen (politischen) und verbandsinternen Debatten, könnte zu einer intensiveren Zusammenarbeit des BUKO's mit anderen politisch Bewegten führen. Das wäre zumindest ein Schritt in Richtung Gegenmacht.

Bleibt zu hoffen, daß bis zum nächsten Jahr die internen Debatten über Selbstverständnis und Struktur des Gesamtverbandes soweit vorangeschritten sind, daß mit der weiteren Thematisierung von Gegenmacht (so der Arbeitstitel für den BUKO 22) die Umsetzung etwas deutlicher herausgearbeitet werden kann.

ch.

Die beiden (stark gekürzten) Referate dokumentieren einige wenige Facetten der Diskussionen beim BUKO 21.

Kampagnen bilanzieren

In jüngerer Zeit hat eine Reihe von Kampagnen begonnen, mit denen soziale Mindeststandards in Weltmarktfabriken durchgesetzt werden sollen: die europaweite "Clean Clothes Campaign" (CCC), die Schweizer Kampagne "Let's Go Fair" (Sportschuhe) und die Kampagne "Menschenwürde ins Spiel bringen" (Spielzeug) der Dritte-Welt-Läden. Kaum bekannt bei uns ist, daß in den USA und Großbritannien ähnliche Kampagnen begonnen haben, die auf die Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen GelegenheitsarbeiterInnen zielen. In den USA gibt es eine kleine Kampagne, die von dem Gourmet-Kaffeeröster Starbucks, der eine eigene Laden-/Café-Kette betreibt, die Einhaltung von Mindeststandards für die KaffeepflückerInnen in Guatemala mit einem unabhängigen Monitoring fordert. "Christian Aid" in Großbritannien hat mit einer "awareness"-Kampagne begonnen, bei der zunächst die Aufmerksamkeit der KundInnen auf die Arbeitsbedingungen in der Produktion und Verarbeitung von Waren aus der Dritten Welt, die sie täglich im Supermarkt einkaufen, gelenkt wird.

Im Gegensatz zu dem Ansatz der "Max-Havelaar"-Stiftung und "TransFair" (TF), einer Gruppe von ProduzentInnen in der "Dritten Welt" durch die Vergabe eines Gütesiegels an hiesige Importeure, Verarbeiter und Händler zu einem besseren Erzeugerpreis zu verhelfen, haben die oben genannten Kampagnen folgende Vorteile:

Es geht nicht darum, mit einem Produkt eines Konzerns (z.B. dem "Café Pedro" der Union-Rösterei) das ethische Marktsegment, d.h. die KäuferInnengruppe, die sich ihr ethisches Bewußtsein ein wenig mehr kosten lassen will, zu bedienen, sondern um den Versuch, die Einhaltung sozialer Mindeststandards bei der Herstellung der gesamten Produktpalette eines Konzerns, tendenziell der ganzen Branche, durchzusetzen.

Bei den genannten Kampagnen wird davon ausgegangen, daß die Verbesserung der Arbeitsbedingungen (einschließlich höherer Löhne) in den Weltmarktfabriken nicht automatisch zu höheren VerbraucherInnenpreisen führen muß. Der Anteil der PflückerInnenlöhne am VerbraucherInnenpreis von Röstkaffee liegt z.B. bei ca. 3%. Bei Sportschuhen liegt der Anteil der Fertigungslöhne in den Weltmarktfabriken bei 1,7 bis 3,9% des durchschnittlichen Ladenpreises. In einem Milieu, in dem seit Jahr und Tag der angebliche Zusammenhang zwischen besseren Arbeitsbedingungen in der unmittelbaren Produktion und höheren EndverbraucherInnenpreisen verinnerlicht ist, kann der Gedanke, es könnten auch die Konzerngewinne zur Finanzierung besserer Arbeitsbedingungen herangezogen werden, nur heilsam sein. Außerdem erlaubt es diese Herangehensweise, von der Fixierung auf die mittelständischen Kreise, die sich dank ihres Einkommens ein etwas besseres Gewissen erlauben können, wegzukommen und sich endlich den Aldi-KundInnen zuzuwenden. (...)

"KonsumentInnen-Macht" zu organisieren, um Mindeststandards der Lohnarbeit durchzusetzen, wirft eine Reihe von Fragen auf:

Das TF-System ist ein Auslaufmodell, weil es einen Präferenzmarkt etabliert, auf dem die ProduzentInnen in der Dritten Welt etwas bessere ErzeugerInnenpreise bekommen, die Lizenznehmer eine überdurchschnittliche Rendite machen und sich nur KundInnen mit einem entsprechenden Einkommen beteiligen können und wollen.

Damit ist auf eine zentrale Beschränktheit des KonsumentInnen-Ansatzes verwiesen, der sich innerhalb des warenproduzierenden Systems bewegt: die Kapitalisten geben die Kosten verbesserter Arbeitsbedingungen (oft überproportional) an die KonsumentInnen weiter. Da diese ihrerseits ProduzentInnen sind und es im Gesamtsystem darauf ankommt, die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft niedrig zu halten, entsteht eine Beziehung zwischen niedrigen Lohnkosten in einer Ecke des Systems und billigen Produktpreisen in einer anderen. Diese Beziehung ist durch ein enormes globales Lohngefälle gekennzeichnet. Anders ausgedrückt:

ohne dieses enorme Lohngefälle gäbe es für die BezieherInnen von Metropolen-Löhnen keine so billigen Waren - und für die Konzerne keine Gewinne. Die Konzerne ziehen aus diesen Verhältnissen mehrere Vorteile: bei der Kapitalverwertung über Billiglohnarbeit erzielen sie einen hohen absoluten Mehrwert, den sie durch den Verkauf der so produzierten Billigwaren realisieren können, womit sie dann auch noch zu niedrigen Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft beitragen.

Die Mindeststandards heißen wohl deshalb "Mindest"standards, weil ihre Durchsetzung das globale Lohngefälle zumindest ein ganz klein wenig verkleinert. Das dürfte auf die Dauer nicht reichen. Es erscheint angezeigt, schon jetzt über einen "globalen Flächentarifvertrag", wie ihn der sozialdemokratische Arbeitsrechtler Hugo Sinzheimer schon 1914 vorgeschlagen hat, nachzudenken und zu diskutieren.

Die allgemeine Durchsetzung von sozialen Mindeststandards läuft auf eine Art globale Mindest-Gewerbeordnung hinaus. Wo eine Gewerbeordnung ist, stellt sich auch die Frage nach einer Gewerbeaufsicht. Die "International Labour Organisation" (ILO) hat bekanntlich nicht die Kompetenz und die Sanktionsgewalt, ihre globale Gewerbeordnung durchzusetzen. Bei der CCC und ähnlichen Kampagnen werden unabhängige Monitoring-Systeme - zu finanzieren von den überwachten Konzernen - vorgeschlagen. Es gibt aber berechtigte Zweifel daran, ob die Arbeitsbedingungen bei Hunderten von Zulieferern auch nur einer Bekleidungs-Einzelhandelskette flächendeckend kontrolliert werden können. Auch erfordern Monitoring-Systeme dieses Umfangs den Einsatz von SpezialistInnen, und dies dürfte zu einer NGOisierung von Kampagnen führen, die erst durch die breite Mobilisierung der (KonsumentInnen-)Basis in Gang kommen.

Damit die "KonsumentInnen"-Macht nicht alsbald in mehr oder weniger kosmetischen Veränderungen des globalen Lohngefälles und in einer Mindeststandard-Aufsicht in Händen einer machtlosen UNO-Instanz (in diesem Falle der ILO) oder des Zertifizierungs-/Versiegelungsgewerbes versandet, müssen in erster Linie die Betroffenen selbst, die unmittelbaren ProduzentInnen, für ihre Mindeststandards kämpfen. So betrachtet ist der KonsumentInnen-Ansatz ein abgeleiteter: die KonsumentInnen unterstützen mit ihren Aktionen, mit ihrem Druck auf die Konzerne, bei denen sie einkaufen, den Kampf der ArbeiterInnen in den Zulieferfirmen um bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und vor allem Organisationsfreiheit und den Kampf der einfachen WarenproduzentInnen um bessere ErzeugerInnenpreise. Selbst wenn nicht in jedem einzelnen Fall die Aktivierung der KonsumentInnen bestimmten Kämpfen der ProduzentInnen zugeordnet sein muß, zeigen einige Beispiele, daß im Kampf um Mindeststandards nur diese Kombination Erfolg verspricht. Ein aktuelles Beispiel ist die Auseinandersetzung in der und um die Textil-Maquiladora "Mandarín" in El Salvador: dem Versuch von ArbeiterInnen, eine Gewerkschaft zu gründen, wurde mit Massenentlassungen geantwortet, die Auseinandersetzungen haben mit der Wiedereinstellung der GewerkschaftsaktivistInnen und vieler entlassener ArbeiterInnen vorläufig geendet. Aktiv unterstützt wurden die Entlassenen durch die KundInnen der Bekleidungs-Einzelhandelskette GAP, für die unter anderen Mandarín produziert.

Aus der Perspektive der KonsumentInnen-Mobilisierung stünde an, die vorhandenen Kampagnen von der Art der CCC zu unterstützen und auf diese Weise die Multis Produkt für Produkt, Branche für Branche anzugehen. Im Mittelpunkt sollten dabei die möglichst direkte Zusammenarbeit mit den Betroffenen, die Forderung nach Gewerkschafts- und Tariffreiheit und das Beharren auf einem unabhängigen Monitoring stehen - wobei der Kampf um einen globalen Flächentarifvertrag und eine globale Gewerbeaufsicht von unten allmählich in die Diskussion gehört.

Ulf Baumgärtner

Informationsstelle El Salvador

Forderungen nach Existenzgeld

Michael Bättig hielt seinen Vortrag in der AG "Sozialbündnisse, garantiertes Mindeseinkommen und Existenzrecht". Im wesentlichen be-zieht er sich auf ein Papier der Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Ar mut von 1992.

"Wir fordern:

- eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Zwang zur Arbeit,

- eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können,

- eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen; Aufhebung der gesellschaftshierarchischen Arbeitsteilung",

um erstens aus den Kämpfen um die gesellschaftliche Organisation der Arbeit sich nicht auszugrenzen, zweitens die Diskussion um gesellschaftlich notwendige Arbeit einzubringen und drittens, um das Verhältnis und die geschlechtshierarchische Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit aufzugreifen.

In den Thesen schwankte der Charakter der Forderung zwischen Forderung an den Staat und Selbstorganisations- und Aneignungsprozeß der Betroffenen. Der Gedanke des Gesellschaftsvertrages (mit den Beschäftigten) wird ausgebaut und die faktische Bedeutung des Existenzgeldes als Mindestlohn hervorgehoben. Die Gefahr einer durch das Existenzgeld festgeschriebenen Spaltung der Gesellschaft sollte durch die Verbindung mit Arbeitszeitverkürzung (AVZ) verhindert werden. Die Existenzgeldforderung war als verallgemeinerbares gesellschaftliches Projekt gedacht - nicht als eine Ein-Punkt-Bewegung der Erwerbslosen. (...)

Das Verhältnis zu den

unterentwickelt gehaltenen Ländern

Als ausgezahlte Geldleistung aus dem in den Metropolen aufgehäuften Reichtum hat das Existenzgeld die bestehende Weltwirtschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder zur Voraussetzung. Doch wenn wir deshalb die Forderung nicht erheben, verändert sich an diesem Verhältnis gar nichts. Kein Mensch würde dadurch einen Pfennig mehr bekommen als vorher, weil wir nicht die Macht über die herrschenden Produktions- und Verteilungsmechanismen dieser Gesellschaft besitzen. Der Widerspruch, die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und gleichzeitig Forderungen auf ihrer Grundlage zu formulieren, ist uns bewußt. Die Forderung nach Existenzgeld will aber gleichzeitig darüberhinaus weisen, nämlich auf einen Entwurf einer politischen und sozialen Utopie von Emanzipation und Befreiung von Herrschaft.

Wir sehen, daß die relative ökonomische Stabilität und der Reichtum der europäischen Nationen immer mehr zur Anziehungskraft für die verarmten und verfolgten Massen Osteuropas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas wird. Schon beschwören die Medien das Bild einer gewaltigen Flüchtlings- und Migrationswelle herauf, die über Europa zu schwappen droht. (...) Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung stellen ein weltweites Problem dar, sie sind gleichzeitig immer relative Verhältnisse, d.h. sie sind immer auf den Reichtum und den Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft bezogen. Selbst "bei uns" in den Metropolen sind sie deshalb das Phänomen, das eine unmittelbare Beziehung zu den Problemen der "3.Welt" hat. Denn Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung stellen die herrschende Art und Weise der Produktion und Verteilung des Reichtums weltweit in Frage. Und so muß es uns hier darumgehen, diese Verhältnisse anzuklagen "als dieselbe Ursache für sehr unterschiedliche Auswirkungen in den verschiedenen Teilen der Welt.

Die Flüchtlings- und

Migrationsbewegung nach Europa

In diesem Zusammenhang begreifen wir die internationalen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen als eine praktische Bewegung für das Recht auf Einkommen und eine menschenwürdige Existenz. Deshalb gilt die Forderung nach Existenzgeld für alle hier lebenden, egal welcher Nationalität - und die sollte in allen Ländern erhoben werden. Ein Existenzgeld und Mindesteinkommen bieten eine materielle Voraussetzung dafür, daß Ausländer und Einheimische solidarisch miteinander leben können; es baut in die Gesellschaft einen Schutz gegen Konkurrenz um schlecht bezahlte Arbeit und geringes Einkommen ein und schafft so zumindest die materiellen Gründe dafür aus der Welt, daß die Schuld für Existenzängste den Ausländern in die Schuhe geschoben werden kann.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß es damit keineswegs getan ist. Denn es sind offensichtlich gar nicht hauptsächlich die Armen und Ausgegrenzten selbst, die rassistisch argumentieren oder handeln. Aber ihre Situation dient als Aufhänger für derartige Denk- und Handlungsmuster. Vielmehr haben die jüngsten Ausschreitungen gezeigt, daß die aktiven Schläger/Mitglieder der rassistischen Gruppen eher aus "geordneten Verhältnissen" stammen und vor allem "Zuschauer" und "Beifallklatscher" ganz "normale Bürger" sind. (...)

Die aktuelle Situation

Die Existenzgeldforderung ist nie Bestandteil einer Massenbewegung geworden. Sie spielt(e) noch zumindest in einigen Initiativen eine Rolle in den Alltagskämpfen als Aneignungsperspektive. Dort aber mehr als Hintergrund und Zielbestimmung für die kleinen Alltagsforderungen. Als einheitliche Forderung auf Bundesebene setzte sie auch eine bundesweite Bewegung voraus. Die ist nicht in Sicht. Parallel zu den Auseinandersetzungen in der Erwerbslosenbewegung selbst hat es eine Unzahl von Entwürfen und Modellen zu Mindesteinkommen, Negativer Einkommenssteuer, bedarfsorientierter Grundsicherung usw. gegeben von den verschiedensten Verbänden und Parteien.

Daß die oben erwähnte Gratwanderung, mit der Existenzgeldforderung eine kritische Position zur herrschenden gesellschaftlichen Organisation von Arbeit durchzusetzen, gefährlich ist, zeigt die Tatsache, daß selbst beim aktuellen Entwurf der Grünen für die Betroffenen eher Verschlechterungen zu erwarten sind. Der Wahnwitz, daß bei sieben Millionen Erwerbslosen und keinerlei Aussicht, diese in den nächsten Jahren auch nur annähernd in vernünftig bezahlte Arbeit zu bringen, der ausschließliche Antrieb jeglicher arbeitsmarktpolitischer Aktivität dennoch nur die "Schaffung von Arbeitsplätzen" ist, kennzeichnet ein gesellschaftliches Tabu. Kein Mensch, der noch ernst genommen werden will, darf heute sagen, daß soziale Einkommen ohne Zwang zur Arbeit erhalten oder etwa ausgeweitet werden müßten. Daß unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht gerade die linken Konzepte eines garantierten Mindesteinkommens eine Chance auf Realisierung haben, liegt auf der Hand. Wir meinen, daß die Existenzgeldforderung ohne breite Unterstützung der Beschäftigten in den Betrieben und ihrer gewerkschaftlichen Organisation als Mindestlohn- und radikale AVZ-Beweguung, also ohne eine Aufhebung der Spaltung von Arbeiter- und Armenpolitik von unten, nur in staatliche Sozialpolitik münden kann, deren Aufgabe ich Eingangs skizziert habe.

Michael Bättig

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg

37. Geronimo Pratt auf Kaution entlassen. Black-Panther-Führer hofft nach 27 Jahren Haft auf neues Verfahren

Autor: Heike Kleffner · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak404/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:18

Er ist der einzige ehemalige Black Panther, den amnesty international auf die Liste der politischen Gefangenen in den USA nahm und mit 27 Jahren Haftzeit neben Nelson Mandela einer der am längsten inhaftierten politischen Gefangenen weltweit. Im Mai dieses Jahres - 25 Jahre nach seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft wegen Raubmordes - entschied ein Richter am Landgericht in Orange City (Kalifornien), daß Elmer "Geronimo" ji-jaga Pratt das Recht auf ein Wiederaufnahmeverfahren hat.

Am Dienstag, den 10. Juni, wurde Pratt nach 27 Jahren Haft gegen Kaution aus dem Gefängnis entlassen. Er ist neben Dhoruba bin Wahad, der 1990 nach 19 Jahren Haft freigelassen wurde, einer der wenigen Ex-Black-Panther, denen ein Gericht bestätigte, daß ihre Verurteilung nur durch dubiose Zeugenaussagen und Beweismittelunterdrückung seitens der Staatsanwaltschaft erfolgen konnte.

Als Geronimo Pratt 1967 mit 19 Jahren der neugegründeten Black Panther Party (BPP) beitrat, war er gerade mit hohen Auszeichnungen "für Tapferkeit vor dem Feind" von einem 18monatigen Vietnameinsatz bei der US-Armee zurückgekehrt. Seine Erfahrungen in Vietnam und seine Herkunft aus einer verarmten afroamerikanischen Community in Louisiana "führten ganz automatisch dazu, für schwarze Selbstbestimmung und in die Black Panther Party einzutreten", so Pratt vor Jahren in einem Interview während seiner Haft. Pratt stieg innerhalb kürzester Zeit zum Vorsitzenden des Ortsverbandes der BPP in Los Angeles auf. In dieser Zeit spitzte sich die rassistische Polizeibrutalität gegen die BPP immer mehr zu. Hausdurchsuchungen, willkürliche Festnahmen und polizeiliche Überfälle auf BPP-Büros waren an der Tagesordnung. Pratt organisierte daraufhin in Los Angeles und an der gesamten US-Westküste Selbstverteidigungskurse für Panther-Aktivisten und den Schutz der BPP-Büros. Das FBI setzte ihn aufgrund seines Engagements auf den "Nationalen Sicherheitsindex für schwarze Agitatoren", und das berüchtigte Los Angeles Police Departement (LAPD) hatte zeitweilig eine zehnköpfige Sondereinheit, die sich ausschließlich mit Pratts "Neutralisierung" beschäftigte. Pratt überlebte zwei Versuche, ihn auf offener Straße zu erschießen - "schließlich war ich es aus Vietnam gewohnt, mir überall Deckung zu suchen" und ließ sich nicht einschüchtern.

Die Spaltung der BPP in zwei offen verfeindete Flügel - den Westküstenflügel um den BPP-Verteidigungsminister Huey P. Newton und den Ostküstenflügel um den exilierten BPP-Informationsminister Eldrige Cleaver - schuf dann jedoch eine Situation, in der Pratt politisch immer mehr isoliert wurde. Pratt, der lange Zeit eine Bündnispolitik der BPP mit anderen unterdrückten Minderheiten und auch mit radikalen weißen Gruppierungen befürwortet hatte, wurde der Fraktion um Eldrige Cleaver zugeordnet und in Los Angeles zunehmend angefeindet. Seine Verhaftung im Jahr 1970 - bei einem Ausflug nach Texas - kam zu einem Zeitpunkt, als er politisch schon stark isoliert war. Nach zwei Jahren Untersuchungshaft klagte ihn die Staatsanwaltschaft schließlich wegen Mordes an. Sie behauptete, Pratt habe im Dezember 1968 auf einem Tennisplatz in Santa Monica Schüsse auf das Ehepaar Kenneth und Caroline Olson abgegeben und sie um 18 Dollar beraubt. Caroline Olson starb an ihren Verletzungen. Ihr Mann überlebte und gab relativ ungenaue Täterbeschreibungen zweier afroamerikanischer Männer.

Vor Gericht führte die Staatsanwaltschaft dann den Ex-Black-Panther Julius Butler als Kronzeugen ein, der behauptete, Pratt habe ihm gegenüber den Mord gestanden. Der Verteidigung war es nicht gelungen nachzuweisen, daß Pratt zum Tatzeitpunkt im mehrere hundert Kilometer entfernten Oakland an einem Treffen führender PantheraktivistInnen teilgenommen hatte. Zum einen sind die FBI-Überwachungstonbänder des Treffens bis heute "verschwunden". Zum anderen weigerte sich beispielsweise Huey P. Newton, der an dem Treffen ebenfalls teilgenommen hatte, wegen des Richtungsstreits unter den Panthers für Pratt vor Gericht auszusagen. Kurz vor seinem Tod entschuldigte sich Huey Newton dann öffentlich bei Pratt dafür, daß er ihn verleugnet hatte.

Nach seiner Verhaftung war Pratt zunächst acht Jahre lang in strenger Einzelhaft isoliert. Erst Interventionen von Menschenrechtsorganisationen und Kongreßabgeordneten führten dazu, daß er in den "Normalvollzug"

verlegt wurde, wo er aber weiterhin ständigen Schikanen ausgesetzt war. Aufgrund eines posttraumatischen Streßsyndroms aus der Vietnamzeit verschlechterte sich sein Gesundheitszustand während der Haft mehrfach. Fünf Versuche, ein neues Verfahren zu erreichen oder auf Bewährung freigelassen zu werden, scheiterten am Widerstand der noch vom ehemaligen kalifornischen Gouverneur und US-Präsidenten Ronald Reagan ernannten Richter und Staatsanwälte und an Pratts Weigerung, sich von seiner Geschichte und seinen politischen Ansichten zu distanzieren. Pratt blieb daher auch im Gefängnis ein "Staatsfeind, der nach seiner Entlassung über eine Privatarmee verfügt, mit der er Krieg gegen die Regierung führen will," so die Staatsanwaltschaft noch Anfang der 90er Jahre in der Ablehnungsbegründung eines Entlassungsantrages von Pratt.

Erst im letzten Jahr gelang es Pratts Verteidiger Jonnie Cochran - mittlerweile durch seine Verteidigung von O.J. Simpson international bekannt geworden - den Beweis dafür zu erbringen, daß Julius Butler schon vor seinen Aussagen gegen Pratt als Informant für das FBI und die LAPD gearbeitet hatte. Cochran wurden geheime Karteikarten aus der Staatsanwaltschaft in Los Angeles zugespielt, auf denen Butler als Informant geführt und ihm mehrfach finanzielle und juristische Vergünstigungen zugestanden wurden. Cochran beantragte daraufhin im Winter 1996 erneut eine Anhörung für ein Wiederaufnahmeverfahren, das im Mai 1997 mit der Feststellung des Richters endete: "Ohne die Aussage von Julius Butler wäre Geronimo Pratt wahrscheinlich nicht verurteilt worden, denn die Beweise für die Anklagepunkte gegen ihn waren sehr dürftig. Es ist davon auszugehen, daß Pratt in einem neuen Verfahren freigesprochen würde."

Die Staatsanwaltschaft hat unterdessen angekündigt, gegen das Urteil Berufung einzulegen, um ein Wiederaufnahmeverfahren zu verhindern. Damit besteht die nicht nur theoretische Möglichkeit, daß Pratt nach einer negativen Entscheidung höherer Instanzen wieder inhaftiert werden könnte.

Heike Kleffner

38. Quelldatei 03bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak404/03bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:03bu

René Magritte, An der Schwelle zur Freiheit

"Sich das Unmögliche vorzustellen, fällt schwer. Das wußte Magritte. ‚Sowohl in gewöhnlichen wie in außergewöhnlichen Momenten unseres Lebens verwirklicht unser Denken seine Freiheit nicht vollständig. Es wird ständig von dem, was uns geschieht, abgelenkt oder bedroht. Es koinzidiert mit tausenden von anderen Dingen, die es einengen. Diese Koinzidenz ist beinahe ein Dauerzustand. Beinahe, aber plötzlich und für kurze Zeit wird fast jeder erfahrungsgemäß das eine oder andere mal im Leben aus ihr befreit.`" (John Berger)

39. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak404/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:34

Palästinensische Flüchtlinge

Die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge wurde in den Nahost-Friedensverhandlungen bisher nicht thematisiert. Ein Recht auf Rückkehr wird von der israelischen Regierung abgelehnt. Auch die USA befürworten eine dauerhafte Ansiedlung der Flüchtlinge in den Gastländern. Insgesamt zählt die UNO 3,2 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Mehr als die Hälfte von ihnen leben außerhalb des Gazastreifens und der Westbank. Das Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (inamo) informiert in einem kürzlich erschienenen Buch über die Lage der Palästinenser im Libanon. Zu den knapp 350.000 registrierten Flüchtlingen kommen weitere 50.000 bis 115.000 nicht registrierte hinzu; ca. 60.000 Palästinenser haben die libanesische Staatsbürgerschaft erworben. 60% der palästinensischen Flüchtlinge leben unterhalb der Armutsgrenze, etwa 150.000 sind dauerhaft in Lagern untergebracht. inamo verbindet Informationen über die Lage der palästinensischen Flüchtlinge mit dem Appell zur Hilfe auch für die von Abschiebung bedrohten PalästinenserInnen in Deutschland und Europa.

Inamo-Buch - Ronald Ofteringer (Hrsg.): Palästinensische Flüchtlinge und der Friedensprozeß. Palästinenser im Libanon; Verlag Das Arabische Buch, Horstweg 2, 14059 Berlin, Tel. 030/3228523, Fax. 3225183; 160 Seiten, 19,80 DM

Ostpreußische Revanchisten

Die Kreisvereinigung Stade der VVN - Bund der Antifaschisten informiert in einer im Juni erschienenen Broschüre über die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und den deutschen Revanchismus. Anlaß dafür ist die Patenschaft der niedersächsischen Stadt Stade mit dem ostpreußischen Goldap. Bei ihren Recherchen stießen die VVN-Mitglieder auf eindeutig revanchistische Äußerungen von Goldaper Funktionären und Festrednern der alljährlich in Stade stattfindenden "Heimattreffen". Kostprobe: "Die Ansiedlung von Rußland-Deutschen im nördlichen Ostpreußen ist geeignet, die Königsberger Region nach Europa zurückzuführen..." In der Broschüre geht es nicht nur um Goldap, sondern auch um die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen", die Landsmannschaft Ostpreußen, Deutschlands politische und ökonomische Interessen in der Region Kaliningrad und um das Treiben militanter Neonazis, die Kaliningrad "regermanisieren" wollen. Daß die Patenschaft mit einem ehemals deutschen "Heimatkreis" keine Stader Spezialität ist, wird aus einer von der Landsmannschaft Ostpreußen zusammengestellten Liste deutlich: Mehr als 50 westdeutsche Städte und Kreise unterhalten ebenfalls solche Patenschaften, allein mit Orten im früheren Ostpreußen. Die vorliegende Broschüre könnte AntifaschistInnen in anderen Städten ermutigen, das Treiben "ihrer" Ostpreußen unter die Lupe zu nehmen und die Kündigung der Patenschaften mit Revanchisten zu fordern.

VVN - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Stade: Revanchistische Patenschaften kündigen! Die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und der deutsche Revanchismus; VVN-BdA, Postfach 2105, 21661 Stade; 56 Seiten, 6 DM

Europäische Linke

Um Europa und die Linke geht es in Heft 3/97 der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft spw. Zwölf Thesen unter dem Titel "Raus aus der Sackgasse - Kurskorrektur für Europa!", Ergebnis der spw-Frühjahrstagung, sind als Grundlage für kontroverse Diskussionen geeignet. Die AutorInnengruppe warnt vor der falschen Alternative "Euro oder Nationalstaaterei", wie sie von Grünen und SPD konstruiert wird. Sie sagt "nein zu dieser Währungsunion" und befürwortet statt dessen "Europa als demokratischen und sozialen Rechtsstaat mit wirtschaftspolitischer Kompetenz" - eine Position, die ähnlich auch von anderen europäischen Linken (etwa Rifondazione Comunista in Italien) vertreten wird. spw stellt eine Reihe von konkreten Forderungen an eine veränderte EU. Sie gehen von Demokratisierung über Beschäftigungspolitik bis hin zu sozialem und ökologischem "Umbau". Andere Forderungen sind eher defensiv: So soll "eine weitere Militarisierung der EU verhindert" werden. Bei all dem stellt sich natürlich die Frage der Durchsetzbarkeit. Auch sie wird in dem Heft thematisiert, u.a. in dem Beitrag "Arbeiterproteste 1997: Letzter Aufstand oder neue soziale Bewegung?" Die Autoren legen besonderes Gewicht auf die Formulierung eines "realistischen

politischen Konzepts" bzw. einer "anderen Politik mit zukunftsfähiger Programmatik". Angesichts der Rechtsentwicklung der europäischen Sozialdemokratie erscheint die Verwirklichung dieses Reformprogramms kaum weniger utopisch als die Revolution.

spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Ausgabe 3/97, Heft 95, Juni/Juli 1997: Europa und die Linke; spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231/402410, Fax. 402416; 60 Seiten, 9,50 DM

Deutsche Bullen

Die CILIP-Redaktion mußte bei der Erarbeitung ihres aktuellen Heftes auf das sonst übliche Schwerpunktthema verzichten und hat statt dessen ein "Potpourri" herausgegeben. Neben den "gängigen" Themen Castor, "organisierte Kriminalität" und Europol ist vor allem der Artikel "Polizeilicher Umgang mit häuslicher Männergewalt" lesenswert. Martina Kant beschreibt die polizeiliche "Strategie der Non-Intervention": Diese mit Abstand am meisten verbreitete Form der Gewalt gilt als privat; auf Hilfeersuchen akut bedrohter Frauen reagiert die Polizei im allgemeinen mit Bagatellisierung und Nicht-Einmischung. Ausgerechnet hier, wo die Gewaltverhältnisse denkbar eindeutig sind, setzt sie auf Vermittlung zwischen den Beteiligten - Tätern und Opfern. Martina Kant bleibt nicht dabei stehen, polizeiliche Untätigkeit anzuklagen, sondern problematisiert auch die möglichen (unerwünschten) Implikationen dieser Anklage. Ihr Artikel endet mit dem Satz: "Wie Schutz und Intervention aussehen sollen, ohne sich dabei dabei mit Scharfmachern in Politik und Polizei in ein Boot zu setzen, bedarf einer grundlegenden Diskussion."

Bürgerrechte & Polizei - CILIP 56 Nr. 1/1997 (Juni 1997); CILIP-Verlag c/o FU Berlin, Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin; 100 Seiten, 14 DM

Deutsche Kriegsverbrecher

Mittelweg 36, die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, führt das Schwerpunktthema des Juni/Juli-Heftes mit zwei Seiten "Bildern" ein: Faksimiles der illustrierten Wochenzeitung "die Strasse" aus dem Jahre 1950: Das Blatt brachte damals die Serie "Mein Mann, der Kriegsverbrecher"- "die Männer um Hitler, mit den Augen ihrer Frauen gesehen." Eine notwendige Ergänzung zu dem in Nürnberg festgestellten "objektiven Tatbestand", fanden die Redakteure der "Strasse". Denn: "Frauen urteilen anders." Daß nicht nur die Ehefrauen der Kriegsverbrecher, sondern große Teile der deutschen Bevölkerung "anders" urteilten als das Nürnberger Tribunal, zeigt Klaus Naumann in seinem Aufsatz "Nachkrieg. Vernichtungskrieg, Wehrmacht und Militär in der deutschen Wahrnehmung nach 1945." Die Kompromißformel, die deutschen Soldaten seien weder Helden noch Verbrecher gewesen, war Konsens. "Sie galten als ‚Opfer` wie die übrige Bevölkerung auch, und als Männer, die ihre ‚Pflicht` getan hatten", schreibt Naumann. Weitere Beiträge zum Schwerpunktthema sind Friedrich P. Kahlenbergs Rede in der Frankfurter Paulskirche zur Eröffnung der Wehrmachtsausstellung, ein Aufsatz zum Kriegsverbrecherprozeß gegen Generalfeldmarschall von Manstein (Oliver von Wrochem) und ein Artikel über "Ehefrauen in der ‚SS-Sippengemeinschaft`" (Gudrun Schwarz).

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Juni/Juli 1997; Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Tel. 040/41409716 und 41409732, Fax. 41409711; 94 Seiten, 18 DM

Berliner JournalistInnen

Wenn die Jungle World überleben sollte, dann auch wegen der Fähigkeit der Redaktion aus der Not eine Tugend zu machen: "Jungle World - mit diesem Namen, mit diesem Motto stellen wir uns in den bewußten Gegensatz zu den autoritären Begradigungsfantasien vieler traditioneller Linker." Gegen "Volkstümlichkeit", für "freie Diskussion", lautet die Devise. Wo es im Heft Nr. 6 um Programmatisches geht (siehe "Zweierlei Antikapitalismus" von Jürgen Elsässer), werden die selbst gesetzten Ansprüche deutlich verfehlt. Der Autor diskutiert nicht, er dekretiert: "Der Slogan ‚Nie wieder Deutschland` (ist) das Minimalprogramm für einen linken Neuanfang". Was zu beweisen war, bleibt Glaubensbekenntnis. Das war in Elsässers täglichen Kurkommentaren in der "jungen Welt" vielleicht hinnehmbar, zumal auf die immer gleiche Pointe nicht lange gewartet werden mußte. Aber in einer Wochenzeitung mit "Anspruch"? Genug der Kritik: Vieles in Jungle World Nr. 6 ist lesenswert, u.a. die Artikel über Europol (Katina Schubert), den Prozeß gegen Safwan Eid (Wolf-Dieter Vogel), Peru (Knut Henkel) und Frankreich (Bernhard Schmid). Der Streit in der jungen Welt, abgehandelt im Dossier "Letzte Ausfahrt Treptow", soll, so die Redaktion, "hoffentlich zum letzten Mal" Thema gewesen sein.

Jungle World Nr. 6, Juli 1997; Tempelhofer Ufer 32, 10963 Berlin, Tel. 030/ 2622688, Fax. 2651945; 48 Seiten, 3 DM

40. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak404/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:404:37

Leserbrief

Lieber differenzieren!

Liebe Freundinnen,

ich lese den AK seit fast 20 Jahren, mal begeistert über treffende Analysen, mal kopfschüttelnd ob Interpretationen, die mir weit hergeholt scheinen - aber nie gelangweilt, bleiben doch nach jeder Nummer Denk-Anstöße zurück.

Daß nun ausgerechnet Kts Artikel zur Goldhagen-Auseinandersetzung dem Gen. R.W. als Grund dienen muß, den AK (die ak muß es ja wohl heißen) abzubestellen, läßt mich seinem Ausruf: "Jetzt reicht's!" ein ermutigendes "Weiter so!" entgegnen.

R.W. mag ja von Goldhagens universeller Vollstrecker-Theorie überzeugt sein, aber er sollte KritikerInnen dieser vereinfachenden Sichtweise nicht vorwerfen, daß sie differenzieren, anstatt monokausale Ursachenforschung zu betreiben.

Was R.W. in seinem Brief als Folgerung aus Kts Artikel interpretiert, steht bei Goldhagen quasi als Ehrenerklärung für die BRD: "Nach dem 2. Weltkrieg haben sich Charakterstruktur und Weltbild der Deutschen dramatisch (!) verändert", behauptet Goldhagen in einer dreizeiligen Fußnote auf S. 667 - ohne Begründung oder wissenschaftliche Herleitung. Da sind mir Differenzierungen doch lieber!

Deshalb bleibe ich bei meinem Abo!

Herzliche Grüße!

Jochen